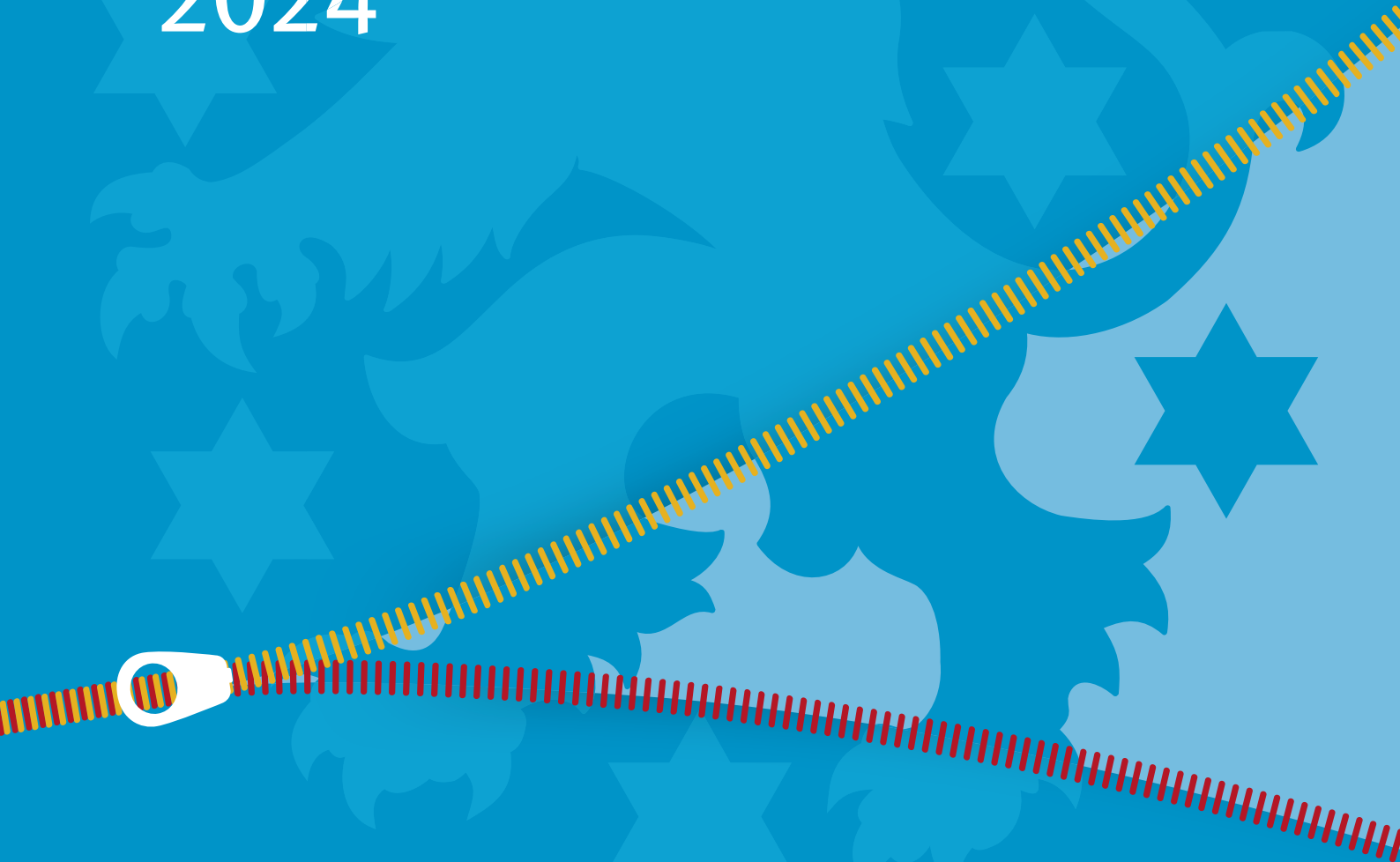


Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsbericht 2024



Inhalt

1	Einleitung	7
1.1	Relevanz des Themas	7
1.2	Integration	9
1.3	Umgang mit Bezeichnungen	12
1.4	Datenbasis	14
1.5	Struktur des Berichts	15
2	Datengrundlage und Vorgehen bei der Messung von Zuwanderung und Integration	17
2.1	Auswahlkriterien für administrative Daten und Umfragedaten	17
2.2	Erfassung der Migrationsgeschichte in Datenquellen	19
2.3	Konfidenzintervalle zur Beurteilung der Genauigkeit von Statistiken	21
2.4	Datenquellen	22
3	Zu- und Abwanderung	33
3.1	Geschichte der Zuwanderung nach Thüringen – ein kurzer Überblick	33
3.2	Bevölkerung, Wanderungen und Entwicklungen anhand administrativer Daten	36
3.2.1	Die Bevölkerung mit Migrationsgeschichte: ein Überblick	36
3.2.2	Wanderungen	50
3.3	Wanderungsmotive und Bleibeabsichten	61
3.4	Fazit	62

4	Integration in Thüringen	66
4.1	Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur	67
4.1.1	Indikatoren auf der Basis administrativer Daten	68
4.1.2	Mikrozensus	70
4.1.3	Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten	72
4.1.4	Zwischenfazit zu interkultureller Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur	83
4.2	Bekämpfung von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	85
4.2.1	Indikatoren auf der Basis administrativer Daten	86
4.2.2	Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten	91
4.2.3	Zwischenfazit zur Bekämpfung von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	98
4.3	Sprache	100
4.3.1	Indikatoren auf der Basis administrativer Daten	100
4.3.2	Daten aus dem Mikrozensus	116
4.3.3	Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten	117
4.3.4	Zwischenfazit zu Sprache	122
4.4	Bildung	124
4.4.1	Indikatoren auf der Basis administrativer Daten	124
4.4.2	Mikrozensus	138
4.4.3	Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten	144
4.4.4	Zwischenfazit zu Bildung	146
4.5	Beschäftigung und Arbeitsmarkt	149
4.5.1	Indikatoren auf der Basis administrativer Daten	150
4.5.2	Mikrozensus	164
4.5.3	Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten	168
4.5.4	Zwischenfazit zu Beschäftigung und Arbeit	169
4.6	Gesundheit	172
4.6.1	Indikatoren auf der Basis administrativer Daten	173
4.6.2	Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten	182
4.6.3	Zwischenfazit zu Gesundheit	190
4.7	Wohnen	193
4.7.1	Indikatoren auf der Basis administrativer Daten	194
4.7.2	Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten	195

4.7.3	Zwischenfazit zu Wohnen	201
4.8	Integration und gesellschaftliche Teilhabe	203
4.8.1	Indikatoren auf der Basis administrativer Daten	203
4.8.2	Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten	212
4.8.3	Zwischenfazit zu Integration und gesellschaftliche Teilhabe	228
5	Zusammenfassende Gesamteinschätzung	231
5.1	Zu- und Abwanderung	232
5.2	Integration in Thüringen	234
5.2.1	Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur. Hin zu einer offenen Gesellschaft	234
5.2.2	Bekämpfung von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	236
5.2.3	Sprache als Schlüssel zu Integration	238
5.2.4	Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe	240
5.2.6	Gesundheit: ein Wert an sich	244
5.2.7	Wohnen: sich zu Hause fühlen	246
5.2.8	Integration und gesellschaftliche Teilhabe: sein Lebensumfeld gestalten	247
5.3	Langfristiges Monitoring zu Zuwanderung und Integration	249
5.4	Aktuelle und zukünftige Herausforderungen	251
	Literaturverzeichnis	253
	Tabellenverzeichnis	272
	Abbildungsverzeichnis	272

Abkürzungen

AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AZR	Ausländerzentralregister
BA	Bundesagentur für Arbeit
BSK	Berufssprachkurse
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
DTZ	Deutsch-Test für Zuwanderer
EU	Europäische Union
BVJ (S)	Berufsvorbereitungsjahr (Sprache)
GER	Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen für Sprachen
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IKI	Integrationsklima-Index
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
SGB	Sozialgesetzbuch
SVR	Sachverständigenrat für Integration und Migration
TIK	Thüringer Integrationskonzept
UE	Unterrichtseinheiten
ZIB	Zuwanderungs- und Integrationsbericht

1 Einleitung

Eine faktenbasierte, kompakte und verständliche Darstellung des Zuwanderungs- und Integrationsgeschehens in Thüringen ist eine wichtige Grundlage für bedarfsgerechte politische Entscheidungen, sachliche öffentliche Debatten und informierte politische Willensbildung. Der Zuwanderungs- und Integrationsbericht (ZIB) für den Freistaat Thüringen macht Entwicklungsprozesse im Migrations- und Integrationsgeschehen anhand nachvollziehbarer und verlässlicher Faktoren sichtbar. Der hier vorliegende ZIB 2024 schreibt den ersten ZIB von 2019 fort. Der ZIB 2019 wurde vom DeZIM Institut, Mau-erstr. 76, 10117 Berlin, unter Leitung von Prof. Dr. Frank Kalter, Prof. Dr. Naika Foroutan und Prof. Dr. Magda Nowicka, durch Dr. Christian Hunkler (Projektkoordination), Dr. David Schiefer, Dr. Niklas Harder, Janna Franke und David Tschöp erarbeitet.

Die im Vorgängerbericht ausgewählten Indikatoren aus administrativen Daten, dem Mikrozensus und verschiedenen Befragungen werden weiter ausgewertet, um aktuelle Lagen und Veränderungen zu zeigen und eine Analyse von Migrations- und Integrationsentwicklungen über einen längeren Zeitraum zu ermöglichen. Zudem werden weitere Daten einbezogen, die für den Vorgängerbericht nicht zur Verfügung standen und thematische Lücken schließen. Die Datenlage zu den verschiedenen Handlungsfeldern der Integration wird bewertet.

1.1 Relevanz des Themas

Migrationsgeschehen sind heterogen und dynamisch und haben Gesellschaften schon immer geprägt. In den letzten Jahren sind Zuwanderung und Integration in gesellschaftlichen und politischen Debatten zu Kernthemen geworden, wenn es um gesellschaftlichen Zusammenhalt, um Arbeitsmarkt und Wirtschaft geht. Dieser Bedeutungszuwachs geht damit einher, dass seit 2011 – im Vergleich zu den Jahren davor – wieder wesentlich mehr Menschen nach Deutschland und auch Thüringen einwandern. Die Fluchtmigration, die 2015/16 einen Höhepunkt erreichte, die EU-Erwerbsmigration und der Bedarf an Fachkräften aus dem Ausland haben hier eine wichtige Rolle gespielt.

Seit der Veröffentlichung des ersten Zuwanderungs- und Integrationsberichts (ZIB 2019) hat die Corona-Pandemie das Zuwanderungsgeschehen vorübergehend reduziert. Ab 2022 wurde durch den russischen Krieg gegen die Ukraine hingegen wieder eine große Fluchtbewegung ausgelöst und viele Menschen haben in Deutschland Schutz gesucht.

In Thüringen liegt der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund¹ mit ca. 11,1 % weit unter dem bundesweiten Durchschnitt von 29,7% (Stand 2023, Statistisches Bundesamt 2024a). Allerdings ist auch hier die Zahl in den letzten Jahren stark gewachsen: Lag der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im Jahr 2011 noch bei 3,5 %, wuchs er bis 2017 auf ca. 6 % (DeZIM 2019 (ZIB): 22–24) und seitdem um weitere vier Prozentpunkte. Der Zuwachs zwischen 2011 und 2017 beruht vor allem auf Zuwanderung aus Hauptfluchtländern und Staaten der EU-Osterweiterung, sodass auch die Gruppen der Geflüchteten und der EU-Staatsangehörigen einen besonders großen Anteil an der ausländischen Bevölkerung Thüringens ausmachen (ebd.: 24–26). Während 2017 noch die meisten Menschen mit Migrationshintergrund aus Syrien kamen, hatten 2023 die meisten Ausländerinnen und Ausländer in Thüringen einen ukrainischen Pass, gefolgt von syrischen und polnischen Staatsangehörigen (Statistisches Bundesamt 2024a; siehe Kapitel 3.2).

Neben der Fluchtmigration steht im Zentrum der öffentlichen Debatten auch die Arbeitsmigration. Aufgrund des demografischen Wandels in Deutschland belastet der Fachkräftemangel bereits jetzt die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt und stellt absehbar eine wachsende Herausforderung dar. Thüringen ist, wie auch andere ostdeutsche Länder, von diesem Wandel besonders stark betroffen. Der „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung prognostiziert für Thüringen, dass die Bevölkerungszahl zwischen 2020 und 2040 um 10,9 Prozent sinken wird und damit einen wesentlich negativeren Trend verzeichnet als der Bundesdurchschnitt von +0,6 %. Dabei wird dann jede dritte Person in Thüringen über 65 Jahre alt sein (Klug et al. 2024). Auch das Thüringer Landesamt für Statistik sieht einen derartigen Rückgang und eine Überalterung der Bevölkerung voraus (TLS 2024a). Mit der Förderung von Einwanderung ist es möglich, den daraus entstehenden sozialen und wirtschaftlichen Belastungsfolgen entgegenzuwirken.

Um politisch bedarfsgerechte Rahmenbedingungen für gelingende Integration zu schaffen ist es wichtig, die Dynamiken und die Vielschichtigkeit von Migrations- und Integrationsprozessen im Blick zu behalten.

¹ Zur Definition von „Migrationshintergrund“ siehe Kapitel 2.2 und 2.4.2.

Integration ist eine komplexe, gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In der politischen Verantwortung steht dabei nicht nur der Bund mit steuernden Grundentscheidungen. Wie rechtliche Vorgaben konkret auszulegen und Integration von Eingewanderten vor Ort gestaltet und gefördert werden kann, liegt in der Kompetenz der Länder in Zusammenarbeit mit den Kommunen. Diese sind wiederum mit sehr verschiedenen Ausgangslagen und Herausforderungen konfrontiert und agieren auf der strukturellen Ebene entsprechend unterschiedlich.

In Thüringen gibt das „Thüringer Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander!“ (siehe Infokasten A auf S. 11) Ziele und Leitlinien der Thüringer Integrationspolitik vor. Um Integrationspolitik den sich ständig ändernden Veränderungen anzupassen und Integration als langfristigen Prozess abzubilden, sieht das Konzept auch die regelmäßige Anfertigung eines Zuwanderungs- und Integrationsberichts auf Basis entsprechender Statistiken vor (TMMJV 2017: 13). Diese regelmäßigen Berichte stellen ein wichtiges Instrumentarium der Koordination und Steuerung von Integrationspolitik dar. Dynamiken im Migrations- und Integrationsgeschehen sollen dabei differenziert erfasst und sich entwickelnde Bedarfe erkannt werden. Außerdem hilft ein regelmäßiges Monitoring, die Wirksamkeit bisher ergriffener integrationspolitischer Maßnahmen zu bewerten.

1.2 Integration

„Integration“ ist in öffentlichen, politischen und wissenschaftlichen Debatten ein umstrittener Begriff, der unterschiedlich definiert und bewertet wird.² Wird der Begriff weit ausgelegt, bezieht sich Integration auf den Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft und die Eingebundenheit und Teilhabechancen aller Menschen. Im öffentlichen Diskurs wird Integration häufig ausschließlich auf Zu- und Eingewanderte bezogen.³ Problematisch daran ist, dass Personen mit Migrationsgeschichte trotz ihrer unterschiedlichen Teilhabevoraussetzungen in der Gesellschaft „gleich gemacht“ werden und andere Faktoren, die Integration bzw. Teilhabe beeinflussen – z. B. Länge des Aufenthaltes, Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarktteilhabe – in der Debatte

² Ein Überblick zur Begriffsdebatte gibt die Fachkommission Integrationsfähigkeit (2020: 201–205).

³ Zu den unterschiedlichen Begrifflichkeiten siehe Kapitel 1.3

häufig außer Acht gelassen werden. Die meisten dieser strukturellen Faktoren beeinflussen die Integration von nichteingewanderten Menschen ebenso wie die von Eingewanderten. Migration stellt also keinen direkten Integrationsvor- oder -nachteil dar, sondern erst im Zusammenwirken mit unterschiedlichen Hürden für Teilhabe.

In der deutschen Einwanderungsgesellschaft ist Integration also eine umfassende gesamtgesellschaftliche und politische Aufgabe. Übergreifendes Ziel ist es, die strukturellen Bedingungen dafür zu schaffen, dass alle Menschen möglichst gleiche Chancen auf Teilhabe an zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens haben, von Bildung, Wohnen über Arbeit und Zugang zu Gesundheitsversorgung bis hin zur zivilgesellschaftlichen und politischen Teilhabe (SVR 2010: 13; Fachkommission Integrationsfähigkeit 2020: 201). Hierbei spielen, wie im Vorgängerbericht verdeutlicht, sowohl der Zugang zu Teilhabe als auch die Anerkennung dieser Teilhabe durch die restliche Gesellschaft und die Chancen auf ein gutes und erfolgreiches (Zusammen)leben als Faktoren zusammen (DeZIM 2019 (ZIB): 11). Demnach bezieht sich die Zielvorstellung von Chancengleichheit als zentraler Aspekt von Integration auf strukturelle Aspekte – Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnraum, Gesundheitsversorgung usw. – und nicht auf die Assimilation in kulturellen Bereichen (Musik, Religion usw.). Letztere (einseitige) Angleichung in kulturellen Bereichen ist keine Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben. Kulturelle Unterschiede werden erst dann zu einem Integrationsnachteil, wenn Diskriminierung aufgrund dieser Unterschiedlichkeit zu struktureller Ungleichheit führt (ebd.: 13; Hoesch 2018). Eine Angleichung auf kognitiver Ebene, z. B. durch Spracherwerb, ist zwar eine wichtige Teilhabevoraussetzung, bedeutet aber nicht, dass z. B. andere Sprachen und kognitive Ressourcen dafür aufgegeben werden müssen. Mehrsprachigkeit stellt vielmehr eine wertvolle Ressource für Gesellschaften dar (DeZIM 2019 (ZIB): 13).

Integration ist im Verständnis des Thüringer Integrationskonzepts kein Zustand, sondern ein vielschichtiger, dauerhafter Prozess (TMJJV 2017). Für diesen sind nicht nur Einwandernde verantwortlich, sondern die gesamte Gesellschaft. Es gilt, sowohl die strukturellen und institutionellen Bedingungen für Integration als auch das Klima zu schaffen, in dem Einwanderung und gesellschaftliche Diversität als positive Normalität und Chance gesehen und gelebt wird (Schamann & Gluns 2021; Hoesch 2018).

Die politischen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen und gesellschaftlich auszugestalten, bedeutet diverse Handlungsfelder und Akteure zusammenzudenken. Dabei ist sowohl einem sehr dynamischen Einwanderungsgeschehen als auch der Heterogenität von Menschen mit Migrationshinter-

grund Rechnung zu tragen. Die Thüringer Landesregierung sieht Zuwanderung als Chance und Gewinn für ihr Land. Das hat sie bereits in ihrem Integrationskonzept festgelegt (TMMJV 2017: 8). Hierin gibt sich die Landesregierung die Aufgabe, „Strukturen zu fördern, die den Weg zu einem guten Miteinander stärken“ und „die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Integration der hier lebenden Menschen zu schaffen“ (TMMJV 2017: 3, 8). Den Rahmen dafür setzt seit 2017 das Thüringer Integrationskonzept (siehe Infokasten A auf S. 1111). Der Zuwanderungs- und Integrationsbericht orientiert sich an den ersten acht Handlungsfeldern, die im Thüringer Integrationskonzept festgelegt wurden und zentrale Facetten von Integration abbilden.

Infokasten A: Das Thüringer Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander!

Das Thüringer Integrationskonzept wurde 2017 in einem partizipatorischen Prozess mit Akteuren der Integrationsarbeit und Verwaltung auf Landes- und kommunaler Ebene und insbesondere mit dem seit 2011 bestehenden Landesintegrationsbeirat erarbeitet.

Im Thüringer Integrationskonzept werden die Grundsätze, Leitlinien und Ziele der Thüringer Integrationspolitik formuliert sowie Handlungsfelder der Integration beschrieben. Während sich die ersten acht Handlungsfelder auf alle in Thüringen lebenden Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte beziehen, geht das neunte Handlungsfeld spezifisch auf die Belange von Geflüchteten ein. Für diese definierten Handlungsfelder wurde die Ausgangslage analysiert und darauf basierend Ziele, Bedarfe und Maßnahmen formuliert. Diese Maßnahmen werden fortlaufend geprüft und sich wandelnden Gegebenheiten angepasst.

Die Handlungsfelder sind:

1. Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur: hin zu einer offenen Gesellschaft
2. Bekämpfung von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
3. Sprache als Schlüssel zur Integration
4. Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe
5. Beschäftigung und Arbeitsmarkt: Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben
6. Gesundheit: ein Wert an sich
7. Wohnen: sich zuhause fühlen
8. Integration und gesellschaftliche Teilhabe: sein Lebensumfeld gestalten
9. Menschenrechtsorientierte Flüchtlings- und Integrationspolitik

Nicht alle Facetten von Integration lassen sich gleichermaßen durch Daten bemessen: Während beispielsweise die strukturelle Teilhabe am Arbeitsmarkt gut anhand administrativer Daten nachvollziehbar ist, geben zu sozialen und emotionalen Dimensionen von Integration – wie z. B. soziale Vernetzung oder das Gefühl, willkommen zu sein – eher Umfragen ein Bild. Deswegen werden für den Zuwanderungs- und Integrationsbericht unterschiedliche Datengrundlagen verwendet (siehe Kapitel 1.4). Hinzu kommt, dass die statistische Betrachtung von Gruppen in ihrer Gesamtheit die große Vielfalt und die unterschiedlichen Ausprägungen von Integration und Integrationshürden innerhalb dieser Gruppen ausblenden. Statistische Durchschnittswerte sollten nicht für verallgemeinernde Urteile genutzt werden. Dennoch helfen sie, gerade über einen längeren Zeitraum betrachtet, strukturelle Ungleichheiten und deren Ursachen, und damit Handlungsbedarfe sichtbar zu machen. Dafür wird in der Regel die Situation von Menschen mit Migrationsgeschichte mit der von Menschen ohne Migrationsgeschichte in verschiedenen Gesellschaftsbereichen anhand statistischer Indikatoren miteinander verglichen. Wenn sich hierbei dauerhafte Ungleichheiten zeigen, deutet dies auf strukturelle Hürden für die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte und damit auf politische und gesellschaftliche Handlungsbedarfe hin (DeZIM 2019 (ZIB): 12). Sofern es durch die Datenlage ermöglicht wird, differenziert der Bericht dieses Bild durch die Unterscheidung zwischen verschiedenen Untergruppen (z. B. nach Geschlecht, Alter, Geburtsländern).

1.3 Umgang mit Bezeichnungen

Im folgenden Bericht werden in der Analyse der ausgewählten Daten die Bezeichnungen aus den jeweiligen Originaldaten benutzt. Die verschiedenen Bezeichnungen unterscheiden sich auch in der statistischen Abgrenzung der von ihnen beschriebenen Gruppen. Welche Begrifflichkeiten in diesem Themenfeld geeignet sind, um Mitglieder der Gruppe statistisch eindeutig und über einen längeren Zeitraum vergleichbar, im öffentlichen Diskurs erkennbar, sachlich zutreffend und nicht stigmatisierend zu beschreiben, ist umstritten.

So wird in Erhebungen des Statistischen Bundesamts vor allem die Kategorie „**Menschen mit Migrationshintergrund**“ verwendet. Damit sind alle Personen gemeint, wenn sie selbst oder mindestens einer ihrer Elternteile nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurden (Statistisches Bundesamt 2024c). Unterschieden wird zwischen Personen mit eigenem/direkten

Migrationshintergrund, wenn diese selbst nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurden; und familiärem/indirektem Migrationshintergrund, wenn dies nur auf mindestens einen Elternteil zutrifft. Zudem kann zwischen einseitigem und zweiseitigem Migrationshintergrund unterschieden werden, je nachdem ob beide Elternteile oder nur einer ohne deutsche Staatsbürgerschaft geboren wurden. Die Unterscheidung zwischen den verschiedenen Migrationsgenerationen (siehe DeZIM 2019 (ZIB): 12) spielt in den Auswertungen für diesen Bericht jedoch kaum eine Rolle, u. a. weil die Fallzahlen der zweiten Generation in Thüringen noch gering sind. Für die Analyse nutzbar ist hingegen die Unterscheidung nach den Geburtsländern (der selbst eingewanderten Personen oder der Eltern) bzw. Geburtsländergruppen (siehe Tabelle 2.1). Seit 2023 veröffentlicht das Statistische Bundesamt auf Empfehlung der Fachkommission zusätzlich Daten zur Kategorie „**Eingewanderte und ihre Nachkommen**“ bzw. „Menschen mit Einwanderungsgeschichte“, also Personen, die seit 1950 selbst zugewandert sind oder deren Eltern beide zugewandert sind. Mit dieser Kategorie soll eine präzisere und mit international verwendeten Definitionen besser vergleichbare Abgrenzung der Gruppe stattfinden. Dabei liegt der Fokus nicht mehr auf der Nationalität. Die Großelterngeneration ist nicht mehr relevant und die Migrationserfahrung *beider* Elternteile ausschlaggebend. Auch sollen durch diese Bezeichnungen Stigmatisierungen vermieden werden, die mit dem Begriff „Migrationshintergrund“ verbunden sind (Fachkommission Integrationsfähigkeit 2020; Statistisches Bundesamt 2024b). Aufgrund der Neueinführung der Kategorie und der damit verbunden mangelnden Vergleichbarkeit mit Erhebungen aus den Vorjahren spielt diese statistische Kategorie im vorliegenden Bericht aber noch keine Rolle.

In administrativen Daten hingegen wird meist ausschließlich die Staatsangehörigkeit von Personen erhoben, sodass zwischen deutschen und **nicht-deutschen Staatsangehörigen bzw. Ausländerinnen und Ausländern** unterschieden wird. Bei ausreichender Datenlage werden die Staatsangehörigkeiten der ausländischen Staatsangehörigen in diesem Bericht weiter differenziert.

Als übergreifende Bezeichnungen, die sich von statistischen Begrifflichkeiten und den damit mitunter verbundenen Stigmatisierungen unterscheiden, werden im Bericht an Stellen, die sich nicht auf eine spezifische Datengrundlage beziehen, die Bezeichnungen „**Personen mit (eigener oder familiärer) Migrationsgeschichte**“⁴ für Personen, die selbst eingewandert sind oder

⁴ Auf die Verwendung dieses Begriffs hat sich auch die Integrationsministerkonferenz 2024 geeinigt (Integrationsministerkonferenz 2024).

mindestens einen eingewanderten Elternteil haben; und **Eingewanderte oder Zugewanderte** für Personen, die selbst eingewandert sind. Für diese Bezeichnungen bestehen keine eindeutigen statistischen Abgrenzungsmerkmale.

Der Begriff „Migrationsgeschichte“ bezieht sich auf die umfassende und individuelle Geschichte von Migrationserfahrungen einer Person oder einer Gruppe von Personen. Die Verwendung schließt Menschen ein, die in Deutschland geboren sind, aber aufgrund ihrer familiären Migrationsgeschichte möglicherweise Diskriminierung erfahren. Er ist somit weiter gefasst als die statistische Kategorie des Migrationshintergrunds, und wird im vorliegenden Bericht verwendet, um unabhängig von der genauen statistischen Erfassung eine Personengruppe zu benennen, in deren Biografien Migration eine prägende Erfahrung ist.

1.4 Datenbasis

Um den Stand der Entwicklungen der Integrationsprozesse und die Teilhabe(-möglichkeiten) von Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen darzustellen, werden Indikatoren amtlicher Statistiken, des Mikrozensus und repräsentativer Studien ausgewertet. Die Analyse unterschiedlicher Arten von Daten ermöglicht es, unterschiedliche Aspekte von Zuwanderung und Integration aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten (siehe Kapitel 1.2).

Administrative Daten werden von Behörden bzw. in Verwaltungsprozessen regelmäßig u. a. für Planungszwecke erhoben. Leicht quantifizierbare Integrations- und Zuwanderungsprozesse, z. B. Zu- und Fortzüge, Bildungsabschlüsse oder sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen, können somit auf einer verlässlichen Datenbasis und auch im Zeitverlauf dargestellt werden. Allerdings werden Menschen, die unter die Kategorie „Menschen mit Migrationshintergrund“ fallen, in vielen administrativen Datenerhebungen nicht gesondert erfasst. In der Regel lassen diese Daten aber eine Unterscheidung nach deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit zu, in einigen Fällen auch nach unterschiedlichen ausländischen Staatsangehörigkeiten. Auch schwierig quantifizierbare Aspekte von Integration – z. B. hinsichtlich der sozialen und kulturellen Teilhabe – lassen sich durch administrative Daten nur begrenzt darstellen.

Die Angaben aus dem Mikrozensus und insbesondere die Umfrageergebnisse sind stärker von den subjektiven Einschätzungen der Befragten geprägt und

umfassen u. a. Fragen zur Lebenssituation und Zufriedenheit der Bevölkerung in Thüringen oder zur Wahrnehmung von Zuwanderung und Integration. Auch werden dabei häufig Angaben bezüglich der eigenen oder der familiären Migrationserfahrung gemacht. Somit können Indikatoren aus Befragungen Aspekte von Integration abbilden, die durch amtliche Statistiken nicht erfasst und quantifiziert werden.

Der Mikrozensus nimmt als Datenquelle einen Zwischenstatus ein: Es handelt sich um eine jährliche amtliche Erhebung – basierend auf einer Haushaltsbefragung – zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung, die für Planungs- und Verwaltungszwecke genutzt wird. Der Mikrozensus ist demnach eine Befragung für administrative Zwecke.

Die verschiedenen Datenquellen werden in Kapitel 2.4 genauer beschrieben. Trotz der Vielzahl verwendeter Datenquellen und Indikatoren zeigen sich weiterhin Datenlücken, die eine differenzierte Analyse einzelner Handlungsfelder erschweren. Hier schlägt der Bericht weitere Indikatoren vor, die in Zukunft für eine umfassendere Darstellung des Zuwanderungs- und Integrationsgeschehens erhoben werden könnten.

1.5 Struktur des Berichts

Die Struktur des ZIB 2024 orientiert sich weitestgehend an der Struktur des Vorgängerberichts von 2019 (DeZIM 2019 (ZIB)). Damit wird eine Ergebnisanalyse im engen Abgleich mit dem Vorgängerbericht vorgenommen. Auch ein Abgleich mit den Maßnahmen und Zielen des Thüringer Integrationskonzepts ist möglich, da die Daten weiterhin entsprechend den Handlungsfeldern des Konzepts aufgearbeitet werden. Der ZIB gliedert sich in zwei große Bereiche:

Im Kapitel über die Zu- und Abwanderung werden Migrationsgeschehen zwischen Thüringen und dem Ausland bzw. Thüringen und anderen Bundesländern dargestellt. Wer wandert woher ein? Wie haben sich die Zu- und Abwanderungszahlen in den letzten Jahren entwickelt? Wie verteilen sich Eingewanderte über die Kommunen? Mit welchem Aufenthaltsstatus leben sie in Thüringen? Diese Analyse beruht vor allem auf administrativen Daten und dem Mikrozensus. Das Kapitel stellt auch Motive für Zu- und Abwanderung dar. Dafür wird auf Befragungsergebnisse zurückgegriffen.

Das zweite Kapitel zur Integration ist entsprechend der ersten acht Handlungsfelder aus dem Thüringer Integrationskonzept untergliedert (siehe Info-

kasten A auf S. 1111). Das neunte Handlungsfeld – „Menschenrechts-orientierte Flüchtlings- und Integrationspolitik“ – wird als Querschnitts-Thema behandelt. Spezifische Situationen und Bedarfe von Geflüchteten sollen dargestellt werden, indem wenn möglich Indikatoren spezifisch für Personen mit Fluchtgeschichte ausgewertet werden. Je nach Handlungsfeld beruhen die Analysen im Bereich Integration in unterschiedlicher Verteilung auf administrativen Daten, Mikrozensus und Befragungsdaten.

In beiden Kapiteln werden die Entwicklungen der Jahre seit dem Vorgängerbericht (DeZIM 2019 (ZIB)) dargestellt und mit den Daten aus dem ZIB 2019 verglichen. Soweit möglich wertet der Bericht die ausgewählten Indikatoren mit einem differenzierten Blick auf die regionalen Unterschiede in Thüringen und auf demografische Untergruppen (z. B. hinsichtlich Geschlecht, Alter, Herkunftsland) aus.

In Kapitel 5 werden die Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Unterkapitel zusammengefasst. Das Abschlusskapitel bietet außerdem einen Überblick über die noch bestehenden Datenlücken und Vorschläge, wie die Datenlage für zukünftige Zuwanderungs- und Integrationsberichte verbessert werden kann.

2 Datengrundlage und Vorgehen bei der Messung von Zuwanderung und Integration

Der ZIB 2024 stützt sich wie bereits der Vorgängerbericht auf administrative Daten, Umfrageergebnisse und Daten aus dem Mikrozensus. Die Analyse des vorliegenden Berichts orientiert sich stark an der Vorgehensweise des letzten Berichts (DeZIM 2019 (ZIB)), um eine Anschlussfähigkeit der beiden Berichte und der jeweiligen Auswertungen zu gewährleisten. Zusätzlich werden Daten auf Basis neuer Indikatoren ausgewertet, die Datenlücken teilweise schließen. Insbesondere werden auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Fluchtmigration aus der Ukraine beschrieben.

Das folgende Kapitel erörtert, nach welchen Kriterien die Daten ausgewählt wurden (Kapitel 2.1), und was bei den unterschiedlichen Kategorien zur Bezeichnung und Abgrenzung von Zugewanderten und Menschen mit Migrationsgeschichte in den verschiedenen Datenquellen zu beachten ist (Kapitel 2.2). In Kapitel 2.3 wird die Anwendung sogenannter Konfidenzintervalle bei Beschreibungen von Gruppenunterschieden auf Basis von Befragungsdaten kurz erklärt. Anschließend erfolgt eine Beschreibung der wichtigsten Datenquellen und ihrer Besonderheiten (siehe Kapitel 2.4). Erklärungen zu einmalig oder selten verwendeten Datenquellen werden in den jeweiligen Kapiteln des Berichts gegeben.

2.1 Auswahlkriterien für administrative Daten und Umfragedaten

Die Auswahlkriterien der im Bericht verwendeten Daten orientieren sich an denen des Vorgängerberichts (DeZIM 2019 (ZIB): 15f.). Für administrative Daten gelten folgende Kriterien:

- Differenzierung der Stichprobe: Die Daten erlauben zumindest eine Unterscheidung zwischen deutschen und nichtdeutschen Staatsange-

hörigen, idealerweise auch eine weitere Differenzierung nach Geburtsland/Staatsangehörigkeit oder nach Gruppierungen von Geburtsländern oder Staatsangehörigkeiten (z. B. Drittstaatsangehörige, EU-Staatsangehörige), nach Aufenthaltsstatus (z. B. Asyl, Aufenthaltserlaubnis für Beschäftigungszwecke) oder Einwanderungsgeneration (eigener oder familiärer Migrationshintergrund).

- **Regionaler Bezug:** Die Daten sollten mindestens eine Abgrenzung für den Freistaat Thüringen zulassen, also dort in ausreichender Fallzahl vorliegen. Bestenfalls ist eine Analyse regionaler Unterschiede innerhalb Thüringens abzubilden. Die Daten lassen, wenn möglich und sinnvoll einen Vergleich mit Daten auf Bundesebene oder in ostdeutschen Bundesländern zu. In Ausnahmefällen, wenn Fallzahlen für Thüringen nicht in ausreichender Größe vorliegen, werden auch Daten verwendet, die einen Vergleich zwischen ost- und westdeutschen Bundesländern zulassen.
- **Zeitlicher Bezug:** Es werden möglichst aktuelle Daten verwendet, idealerweise aus den Jahren 2022 oder 2023. Sind diese nicht verfügbar, werden die jeweils aktuellsten zur Verfügung stehenden Daten herangezogen. Dies kann sich je nach Datenquelle unterscheiden. In der Regel werden Daten ab 2019 in die Analyse einbezogen, bei Daten für den davorliegenden Zeitraum wird auf den Vorgängerbericht verwiesen. Daten, welche im ZIB 2019 verwendet wurden, seitdem aber nicht mehr aktualisiert wurden, finden keine Berücksichtigung in diesem Bericht. Wenn möglich und sinnvoll werden Daten im Zeitverlauf dargestellt, insb. wenn dies auch im Vorgängerbericht der Fall war. Eine Beschreibung des Zeitverlaufs mit Daten aus dem Vorgängerbericht findet im Fließtext statt.
- **Definierte Grundgesamtheit:** Die Daten beziehen sich auf eine klar definierte und für diesen Bericht relevante Grundgesamtheit. Dabei muss es sich nicht unbedingt um die Gesamtbevölkerung handeln, solange die Grundgesamtheit eine Interpretation der ausgewählten Daten wie z. B. die Berechnung von Anteilen oder Mittelwerten zulässt und für die Fragen des Berichts relevant ist. Welche Grundgesamtheit relevant ist, hängt dabei von den inhaltlichen Fragen ab. Die in amtlichen Statistiken erfasste Grundgesamtheit weicht dabei in einigen Fällen jedoch ab von der Grundgesamtheit der Bevölkerungsgruppe, die für die Analyse Relevanz hat. Interessiert man sich beispielsweise für Integration im schulischen Bildungsbereich, können Kinder und Jugendliche an allgemeinbildenden Schulen als Grundgesamtheit betrachtet werden. Diese Grundgesamtheit unterscheidet sich aber von

der aller Kinder im schulfähigen Alter. Ein weiteres Beispiel sind Sprachkurse, deren Teilnehmende nicht unbedingt repräsentativ für die Grundgesamtheit der (neu)zugewanderten Bevölkerung sind. Diese in der Erfassung der Daten begründeten Einschränkungen bei der definierten Grundgesamtheit müssen jedoch in Kauf genommen werden, um in den entsprechenden Bereichen Aussagen treffen zu können.

- Die Auswahlkriterien für Umfragedaten sind grundsätzlich ähnlich, aber aus der Erhebungsmethode ergeben sich einige Abweichungen. Da in der Regel nicht von allen Personen der definierten Grundgesamtheit Daten erhoben werden, sondern nur von einer Teilmenge, gilt hier das Kriterium der wissenschaftlich anerkannten Auswahl der befragten Personen, z. B. durch eine zufällige Stichprobe oder durch die Gewichtung von Daten, um die Umfrageergebnisse so anzupassen, dass sie der Zielpopulation entsprechen. Auch bei Umfragen gilt, dass diese möglichst aktuelle Daten liefern sollen, die eine Abgrenzung von Personen mit Migrationsgeschichte in Thüringen in ausreichender Fallzahl zulassen (siehe oben). Zusätzlich zu den hier ausgewerteten Indikatoren wird für den Kontext auf weitere Studien verwiesen, in denen Daten ausgewertet wurden. Bei diesen Kontextdaten ist die Einhaltung aller oben genannten Auswahlkriterien nicht immer gewährleistet. Da diese Daten für diesen Bericht nicht weiter analysiert werden und lediglich ein besseres Gesamtverständnis vermitteln sollen, sind die Kriterien nicht immer relevant und können teilweise vernachlässigt werden.

2.2 Erfassung der Migrationsgeschichte in Datenquellen

Die „Migrationsgeschichte“ ist in der Regel keine statistische Kategorie und wird entsprechend auch nicht einheitlich definiert.⁵ In diesem Bericht wird dennoch bewusst „Personen mit Migrationsgeschichte“ als übergreifende, von statistischen Definitionen unabhängige Bezeichnung verwendet (siehe

⁵ Eine Ausnahme stellt das Integrationsmonitoring der Länder dar: In dieser Datenquelle wird „Menschen mit Migrationsgeschichte“ als Kategorie verwendet, jedoch wird die Bezeichnung synonym mit „Migrationshintergrund“ oder anderen statistischen Gruppenbezeichnungen gebraucht.

Kapitel 1.3). Die Bezeichnung umfasst verschiedene inhaltlich verwandte Kategorien, die in statistischen Datenquellen erfasst werden. So werden in Datenquellen wie dem Mikrozensus die Kategorien „Menschen mit Migrationshintergrund“ und „Eingewanderte und ihre Nachkommen“ erfasst. Unter die Kategorie „Menschen mit Migrationshintergrund“ fallen Personen, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurden. Die Unterscheidung zwischen erster und zweiter Einwanderungsgeneration (siehe Kapitel 1.3) wird für diesen Bericht wie auch schon für den Vorgängerbericht jedoch nicht standardmäßig ausgewertet, weil die Fallzahlen der zweiten Generationen in Thüringen in der Regel zu gering sind. In administrativen Daten wird hingegen häufig nur die Staatsangehörigkeit erfasst, sodass allein die Identifizierung von Menschen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit möglich ist. Eingewanderte, die bereits die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, können somit nicht ermittelt werden. Da ihr Anteil in unterschiedlichen Herkunftsgruppen auch unterschiedlich groß ist – i. d. R. in Abhängigkeit von der Aufenthaltsdauer – kann dies auch dazu führen, dass bestimmte Herkunftskontexte über die Staatsangehörigkeit stärker erfasst werden als andere (DeZIM 2019 (ZIB): 17). In Umfragedaten variieren die erhobenen Indikatoren zur Abgrenzung von Menschen mit Migrationsgeschichte je nach Design (siehe Kapitel 2.4.3).

Sofern die Datenlage es zulässt und es inhaltlich sinnvoll ist, wird eine weitere Differenzierung nach Geschlecht, Altersgruppen und Geburts- bzw. Herkunftsländern vorgenommen. Bei der Differenzierung nach Herkunft werden die Geburts- bzw. Herkunftsländer häufig gruppiert, z. B. nach regionalen Kriterien, politischer Abgrenzung (z. B. EU-Staatsangehörige) oder Status in Deutschland. Bezüglich des Status werden vor allem die Gruppe der Asylsuchenden und die der (Spät-)Aussiedlerinnen und Aussiedler erfasst. Asylsuchende werden entweder über die von der BA festgelegte Gruppe der Hauptfluchtländer identifiziert, wobei die Ukraine von der BA nicht in dieser Gruppe erfasst wird.⁶ Eine Annäherung an die Gruppe der Geflüchteten wird

⁶ Zu den (nichteuropäischen) Asylherkunftsländern zählt die BA in ihren Datenerfassungen Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien. Diese Zusammenstellung richtet sich danach, dass von 2012 bis 2014 und von Januar bis April 2015 die meisten Asylanträge von Personen aus diesen Ländern gestellt wurden. Die Auswahl ändert sich aus Gründen der Vergleichbarkeit nicht, auch wenn sich das Fluchtgeschehen verändert (Glossar der Statistik der BA). Die Definition über Herkunftsländer vernachlässigt die Aufenthaltsdauer und schließt auch Menschen ein, die nicht geflüchtet sind. Aus Daten des Ausländerzentralregisters geht jedoch hervor, dass Personen, die aus diesen Ländern nach Deutschland eingewandert sind, überwiegend einen Asylantrag gestellt haben. Die Ukraine wird nicht in diese Gruppe der Asylherkunftsländer gezählt. Da die Fluchtmigration aus der

außerdem über bestimmte Aufenthaltstitel versucht (gemeldete Personen mit einem völkerrechtlich, humanitär oder politisch begründetem Aufenthaltstitel, einer Aufenthaltsgestattung (Personen im Asylverfahren) oder einer Duldung). Die Zuwanderungs- und Integrationsbedingungen von Geflüchteten in Deutschland charakterisieren sich u. a. durch eine relativ kurze Aufenthaltsdauer und spezifische statusbedingte Auflagen hinsichtlich Wohnsitz, Beschäftigung, aber zum Teil auch durch bestimmte Fördermaßnahmen wie Deutschkurse. Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus wiederum halten sich meist schon seit längerer Zeit in Deutschland auf, für sie gelten zudem andere rechtliche Zuwanderungsbedingungen und sie erhalten mit der Anerkennung als Spätaussiedler auch die deutsche Staatsbürgerschaft und die damit verbundenen Rechte. Diese Kategorie ist vor allem im Mikrozensus erfasst.

2.3 Konfidenzintervalle zur Beurteilung der Genauigkeit von Statistiken

Wie auch im ZIB 2019 wird bei Abbildungen, die auf Umfragedaten basieren und bei denen Unterschiede interpretiert werden sollen, das sogenannte Konfidenzintervall eingezeichnet, um die Genauigkeit und Vergleichbarkeit der Statistiken beurteilen zu können. Dieses ist vor allem für Umfragedaten mit komplexen Stichprobendesigns wichtig. Denn hier muss geprüft werden, wie wahrscheinlich es ist, dass ein in der Stichprobe ermittelter Gruppenunterschied auf tatsächlichen Unterschieden beruht oder lediglich auf der Auswahl der befragten Personen. Insbesondere bei kleineren Stichproben besteht die Möglichkeit, dass beispielsweise Mittelwertsunterschiede zwischen Gruppen zufällig zustande kommen und sich in der Grundgesamtheit nicht tatsächlich unterscheiden.

Das Konfidenzintervall ist ein geeignetes Instrument hierfür, weil es den Bereich beschreibt, in dem der Durchschnittswert für die betrachtete Bevölkerungsgruppe ausgehend von den Daten einer Stichprobe wahrscheinlich liegt. In diesem Bericht wird, wie beim Vorgängerbericht, ein 95 %-Konfiden-

Ukraine sich aufgrund der geografischen Nähe zur EU und den rechtlichen Rahmenbedingungen - gemäß der Massenzustrom-Richtlinie müssen ukrainische Staatsangehörige keinen Antrag auf Asyl stellen - sich von der oben genannten Gruppe der Asylherkunftsländer unterscheidet, werden Angehörige der Ukraine, insofern die Daten es erlauben und es inhaltlich relevant ist, separat ausgewertet.

zintervall verwendet, was bedeutet, dass in 95 von 100 Fällen der tatsächliche Mittelwert der Bevölkerung innerhalb dieses Bereichs liegt, während er in nur 5 % der Fälle außerhalb des Intervalls liegt. Die Präzision einer Schätzung hängt von der Größe der Stichprobe ab, also davon, wie viele Personen befragt wurden; sowie von der Varianz des Merkmals, also wie stark die Unterschiede zwischen den Antworten ausfallen. Ein kleines Konfidenzintervall – in der Regel beruhend auf einer großen Stichprobe – deutet auf eine präzise Schätzung, ein großes Konfidenzintervall – in der Regel ausgehend von einer kleinen Stichprobe mit sehr divergierenden Angaben – auf eine ungenaue Schätzung hin. Große Konfidenzintervalle sind demzufolge ein Indiz dafür, dass Mittelwerte von zwei beschriebenen Gruppen, nicht unbedingt bzw. nur unter Vorbehalt miteinander vergleichbar sind, und Unterschiede zwischen Mittelwerten nicht als statistisch signifikant interpretiert werden sollten. Stattdessen sollte davon ausgegangen werden, dass die tatsächlichen Mittelwerte in den abgebildeten Bevölkerungsgruppen von denen, die sich aus der Stichprobe ergeben, abweichen (DeZIM 2019 (ZIB): 17). Andersherum bedeuten Mittelwertunterschiede zwischen Gruppen, bei denen sich die Konfidenzintervalle nicht überlappen, dass der Unterschied statistisch signifikant ist. Im ZIB 2019 wurden Konfidenzintervalle auch bei Mikrozensusdaten angegeben. In diesem Bericht 2024 werden hingegen für die Mikrozensus-Aufbereitungen keine Konfidenzintervalle berechnet. Stattdessen wird, entsprechend den Ausweisungen in den Mikrozensus-Daten, die statistische Einschränkung der Aussagekraft an entsprechender Stelle in einer Fußnote angegeben. Laut dem Statistischen Bundesamt gilt ein Zahlenwert als statistisch unsicher, wenn die Fallzahl zwischen 71 und 119 liegt. Dies liegt daran, dass der relative Standardfehler in diesem Bereich durchschnittlich zwischen 10 % und 15 % beträgt. Bei Fallzahlen von 70 und weniger ist der relative Standardfehler durchschnittlich über 15 %, weshalb diese Werte als statistisch nicht sicher gelten und vom Statistischen Bundesamt und somit auch im folgenden Bericht nicht ausgewiesen werden.

2.4 Datenquellen

Im Folgenden werden grundlegende Datenquellen beschrieben, auf denen die Analysen des Berichts beruhen. Weitere Datenquellen, die nur vereinzelt verwendet werden, werden an entsprechender Stelle in den Fußnoten beschrieben.

2.4.1 Administrative Daten

Ausländerzentralregister

Das Ausländerzentralregister (AZR) erfasst umfassend die Daten von ausländischen Personen, die sich für einen Zeitraum von mehr als drei Monaten in Deutschland aufhalten. Diese Datenbank fungiert als zentrale Informationsplattform für verschiedene Behörden, die mit aufenthalts- und asylrechtlichen Verwaltungsaufgaben betraut sind. Darüber hinaus werden im Ausländerzentralregister auch Unionsbürgerinnen und -bürger erfasst, jedoch mit reduzierten Informationen gemäß § 3 Abs. 4 AZR-Gesetz. Die Datenquelle eröffnet die Möglichkeit, regionale Auswertungen und Langzeitanalysen durchzuführen, was für eine umfassende Planung und Bewertung von Entwicklungen im Zuwanderungs- und Integrationsbereich von großer Bedeutung ist. Es kann u. a. nach Aufenthaltstitel, Aufenthaltsdauer und Alter der zu- und abwandernden Personen differenziert werden. Der Nachteil des AZR besteht darin, dass Wegzüge nur mit Verspätung oder gar nicht gemeldet und erfasst werden.

Wanderungsstatistik

Die Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes ist fallbezogen und basiert auf den Daten des Einwohnermeldeamts, das An- und Abmeldungen zählt. Sie umfasst nicht nur ausländische, sondern auch deutsche Staatsangehörige. Die Wanderungsstatistik wird unter anderem für die Berechnung des Wanderungssaldos verwendet (Zuwanderungszahlen abzüglich der Abwanderungszahlen). In der Wanderungsstatistik wird außerdem nicht nur die Staatsangehörigkeit der Personen erfasst, sondern auch aus welchen Ländern die Personen zuwandern und in welche Länder sie abwandern. Außerdem enthält sie Angaben zu Alter, Geschlecht, Familienstand. Auch hier ergeben sich aber Abweichungen vom tatsächlichen Ist-Zustand durch ausbleibende oder verzögerte An- und Abmeldungen. Zu beachten ist, dass sich die Zahlen zu Wanderungsbewegungen in der Wanderungsstatistik und im AZR wegen der unterschiedlichen Erhebungsmethoden und zum Teil auch wegen der Datenübertragungswege zwischen den Behörden bisweilen erheblich unterscheiden (IQ Fachstelle Einwanderung 2018).

Arbeitslosenstatistik und Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit sammelt Informationen über Arbeitslosigkeit, sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung, Bezug von

Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II, Berufsausbildung und andere arbeitsmarktbezogene Daten. Dabei wird auch die Staatsangehörigkeit der Personen berücksichtigt.

2.4.2 *Mikrozensus*

Der Mikrozensus⁷ gehört zu den Verwaltungsstatistiken, da die Daten für Verwaltungszwecke erhoben werden. Im Vergleich zu den vorhergenannten Statistiken werden die Daten aber nicht bei Verwaltungs- und anderen Prozessen erhoben, sondern im Rahmen einer jährlichen repräsentativen Befragung von 1 % aller Haushalte in Deutschland, die durch ein mathematisches Zufallsverfahren ausgewählt werden.⁸ Entsprechend sind die Daten auch stärker subjektiver Natur. Der Mikrozensus umfasst ein umfangreiches Frageprogramm. Seit 2005 wird im Rahmen des Mikrozensus über verschiedene Einzelmerkmale der Migrationshintergrund der Bevölkerung im Wesentlichen nach dem Kriterium der eigenen oder elterlichen, jetzigen oder früheren Staatsangehörigkeit erhoben.⁹ Personen mit Migrationshintergrund werden zudem nach dem eigenen oder elterlichen Geburtsland unterschieden, die entsprechenden Gruppierungen werden in Tabelle 2.1 beschrieben und orientieren sich zu Zwecken der Vergleichbarkeit an den im Vorgängerbericht

⁷ Die für den Bericht genutzten Mikrozensus-Daten (2021 und 2023) beruhen entweder auf Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts und werden im Literaturverzeichnis ausgewiesen oder basieren auf Sonderauswertungen des Thüringer Landesamts für Statistik oder des Statistischen Bundesamts und werden in solchen Fällen als Sonderauswertungen ausgewiesen.

⁸ Ausgenommen sind Personen ohne festen Wohnsitz, Angehörige ausländischer Streitkräfte und diplomatischer Vertretungen. Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften sind unterrepräsentiert, diese werden z. B. nicht einbezogen, wenn sie sich nicht in einem regulären Wohngebäude befinden (Statistisches Bundesamt 2024g).

⁹ „Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen alle Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzen oder die mindestens ein Elternteil haben, auf das dies zutrifft. Im Einzelnen haben folgende Gruppen nach dieser Definition einen Migrationshintergrund: Ausländerinnen/Ausländer, Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedlerinnen/Aussiedler, Personen, die durch die Adoption deutscher Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben, sowie die Kinder dieser vier Gruppen. [...] Bei einer mit deutscher Staatsangehörigkeit geborenen Person werden die Merkmale der Eltern zur Bestimmung des Migrationsstatus verwendet. Wenn mindestens ein Elternteil ausländisch, eingebürgert, (Spät-)Aussiedlerin/Aussiedler oder Deutsch durch Adoption ist, ‚überträgt‘ es diesen Migrationshintergrund auf das Kind“ (Statistisches Bundesamt 2024c). Für die neu eingeführte Kategorie „Eingewanderte und ihre Nachkommen“ richtet sich hingegen nach der Staatsangehörigkeit, sondern nach der Wanderungserfahrung, die über das eigene oder elterliche Geburtsland erfragt wird. (Statistisches Bundesamt 2024a)

vorgenommenen Gruppierungen (DeZIM 2019 (ZIB): 18).¹⁰ Diese Ländergruppierungen werden ebenfalls zur leichteren Vergleichbarkeit auch bei weiteren Datenquellen (z. B. Wanderungsstatistik) angewandt. Auch wenn für diesen Bericht die Entscheidung für die Gruppierungen im Sinne der Kontinuität mit dem Vorgängerbericht gefällt wurde, sind die Kategorien aufgrund politischer Entwicklungen nicht immer faktisch korrekt oder passend. So wurde im Vorgängerbericht Großbritannien zur Kategorie EU-West gezählt und die Ukraine zur Kategorie „ehemalige Sowjetunion“. Diese Gruppierungen sollten im nächsten Bericht vor dem Hintergrund der entsprechenden politischen Situation hinterfragt werden. Bei einer Neugruppierung sollte zudem die aktuelle Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Thüringen und die Ähnlichkeit unterschiedlicher Herkunftsgruppen hinsichtlich integrationspolitischer Bedarfe beachtet und neu evaluiert werden. Da umfangreiche soziodemografische, bildungs- und erwerbsstatistische Merkmale abgefragt werden und eine große Stichprobengröße gewährleistet wird, ist es möglich, die strukturelle Teilhabe unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen auch unter regionalen Gesichtspunkten zu analysieren und zu vergleichen. Diese Befragung ist repräsentativ und teilweise verpflichtend, ihre Ergebnisse sind international vergleichbar. Sie umfasst schwerpunktmäßig die Themen Haushalt (darunter auch soziodemografische Merkmale einzelner Befragten), Arbeitsmarktbeteiligung, Beruf, Ausbildung sowie Einkommen und Lebensbedingungen.

Im Vorgängerbericht wurden Indikatoren aus dem Mikrozensus für die Jahre 2010, 2013 und 2016 ausgewertet. Da im Jahr 2020 im Zuge einer Neuausrichtung des Mikrozensus Änderungen in der Umfragegestaltung vorgenommen wurden, ist eine vergleichende Darstellung der erhobenen Daten vor und nach 2020 nur eingeschränkt möglich.¹¹ Daher werden Indikatoren, die im Zeitverlauf dargestellt werden sollen, für diesen Bericht für die Jahre 2021 und 2023 aufbereitet. Dies erlaubt es zudem, Veränderungen im Migrations- und Integrationsgeschehen durch die Corona-Pandemie und die Fluchtmigration aus der Ukraine abzubilden. Im Vergleich zum vorherigen Bericht

¹⁰ Bei selbst im Ausland geborenen Personen, gilt ihr Geburtsland; bei Personen, die in Deutschland geboren sind, wird das Geburtsland der Eltern ausgewiesen. Bei verschiedenen Geburtsländern der Eltern, gilt das elterliche Geburtsland des Kindes als „unbestimmt“. (Statistisches Bundesamt 2024c)

¹¹ Vor allem geht es in diesem Zusammenhang um die Integration von bis dahin separaten Umfragen zu Lebensbedingungen, Einkommen und Arbeitsmarktbeteiligung (sowie zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien) in die Gesamterhebung des Mikrozensus. Zusammen machen diese Befragungen den integrierten Mikrozensus aus. Darüber hinaus tragen die Auswirkungen der Corona-Pandemie in den Jahren 2020 und 2021 zu weiteren Einschränkungen bei der Setzung der Mikrozensus-Daten im Zeitvergleich sowohl methodisch als auch inhaltlich bei. (Statistisches Bundesamt 2024f)

muss zudem beachtet werden, dass die in diesem Bericht aufgeführten Daten ausschließlich auf Hochrechnungen basieren (mehr Informationen zur Hochrechnung in Schmidt & Stein 2021). Daher sind die in den Abbildungen ausgewiesenen Fallzahlen in diesem Bericht deutlich höher als im Vorgängerbericht.

Tabelle 2.1: Gruppierungen nach Geburtsländern

Benennung	Beschreibung
Deutschland	Personen und ggf. ihre im Haushalt lebenden Eltern, die von Geburt an die deutsche Staatsbürgerschaft haben bzw. hatten.
Hauptflucht-länder	Angelehnt an die Definition der Asylherkunftsstaaten bei Daten der Bundesagentur für Arbeit (siehe Fußnote 6) werden hier Personen mit einem (eigenen oder familiären) Migrationshintergrund aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien zusammengefasst
Personen mit (Spät)aus-siedlerstatus	Alle Personen, die oder deren Eltern angeben, als Aussiedler bzw. Spätaussiedler nach Deutschland gekommen zu sein. Diese Gruppe umfasst insbesondere Personen, die bzw. deren Eltern aus Kasachstan, der Russischen Föderation, Rumänien, der Ukraine, Polen und anderen EU-Ost-Ländern eingewandert sind.
Ehemalige Sowjetunion	Diese Gruppe umfasst Personen mit Migrationshintergrund aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion mit zwei Ausnahmen: Personen mit (Spät)Aussiedlerstatus sowie Personen aus EU-Staaten (Estland, Lettland und Litauen), werden den jeweiligen Gruppen zugeordnet. Zu der Gruppe werden demnach Personen mit Migrationshintergrund aus Russland, Weißrussland, der Ukraine, Republik Moldau, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan gezählt.
EU-Ost	Zu dieser Gruppe gehören Personen mit Migrationshintergrund aus den Ländern, die seit 2004 EU-Mitgliedstaaten geworden sind, also Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn und Zypern. Ausgenommen sind hier ebenfalls Personen mit (Spät)Aussiedlerstatus.
EU-West	Personen mit einem Migrationshintergrund aus Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Spanien, Schweden, Großbritannien, Norwegen und der Schweiz. Personen aus Großbritannien, Norwegen und der Schweiz werden wegen ihrer vergleichbaren Zuwanderungsbedingungen wie bereits im Vorgängerbericht der Gruppe zugeordnet, auch wenn sie keine EU-Mitgliedstaaten sind.

2.4.3 Umfragen

Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) und IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten

Das SOEP¹² ist die größte repräsentative Wiederbefragung von Privathaushalten in Deutschland, die seit 1984 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) durchgeführt wird. Das Ziel des SOEP ist es, langfristige Entwicklungen und Veränderungen in den Lebensbedingungen der Bevölkerung zu untersuchen und zu dokumentieren. Dafür werden beispielsweise Fragen zur Wohn- und Arbeitssituation, zu sozialen Netzwerken, zum Gesundheitszustand u. a. gestellt.

Bereits seit 2013 sind IAB-SOEP-Stichproben Teil des SOEP. Seit 2016 werden im Rahmen der IAB-BAMF-SOEP-Studie jährlich Geflüchtete u. a. zu den Themen Beruf und Bildung, aber auch zu Bleibe- und Abwanderungsabsichten befragt. Zu den Befragten zählen sowohl Personen, die seit 2013 einen Asylantrag gestellt haben und ihre Haushaltsangehörigen als auch seit 2023 ukrainische Staatsangehörige, die infolge des russischen Angriffskriegs geflohen sind. Die Teilnehmenden werden über eine Zufallsstichprobe aus dem Ausländerzentralregister ausgewählt. Die IAB-BAMF-SOEP-Befragung ist mit dem SOEP so abgestimmt, dass das Datenangebot integriert werden kann und Vergleiche zwischen den befragten Geflüchteten und anderen Personen mit und ohne Migrationshintergrund möglich sind.

Aufgrund der gezielten Auswahl von Personen mit Migrationshintergrund im SOEP (Sozio-ökonomisches Panel) werden diese im Verhältnis häufiger befragt als Personen ohne Migrationshintergrund. Im Jahr 2021 war jedoch die Zahl der in Thüringen befragten Personen mit Migrationshintergrund, entweder sie selbst oder ihre Eltern sind eingewandert, mit 431 Personen relativ gering. Daher wurden für die Analysen mit den SOEP-Daten nur zwei Herkunftsgruppen unterschieden: „Hauptfluchtländer“ (Personen mit eigener Migrationserfahrung), wie sie in den Daten der BA und des Mikrozensus definiert sind (siehe Kapitel 2.4.1), und „Personen mit Migrationshintergrund (die nicht aus Hauptfluchtländern stammen)“. Diese Gruppierungen wurden auch ausgewählt, um die spezifische Situation von Geflüchteten in Thüringen und damit Handlungsbedarfe für das neunte Handlungsfeld des TIK sichtbar zu machen (siehe Infokasten A auf S. 1111). Für die Bestimmung des

¹² Ungekürzte Zitierweise: Sozio-oekonomisches Panel, Daten der Jahre 1984-2021 (SOEP-Core, v38.1, Remote Edition - Update). DOI: 10.5684/soep.core.v38.1r. In den Kapiteln wird die Kurzzitierweise „SOEP v38“ verwendet.

Migrationshintergrunds wurde die Geburtsland-Definition verwendet. Aufgrund der niedrigen Fallzahlen bei den vorgesehenen Indikatoren war es nicht möglich, die Herkunftsgruppen für Thüringen weiter zu differenzieren. Hinzu kommt, dass im SOEP-Panel für Thüringen nur wenige Neuzugewanderte befragt wurden und dies in der Interpretation der Ergebnisse berücksichtigt werden muss: Demnach geben in der letzten Erhebungswelle aus dem Jahr 2021 nur rund 9 % der Befragten mit direktem Migrationshintergrund an, seit weniger als fünf Jahren in Thüringen zu leben (zum Vergleich: im Mikrozensus im Jahr 2023 sind es rund 40 % (siehe Kapitel 3.2; Tabelle 3.3).

Der ZIB 2019 verwendete SOEP-Daten bis 2017. Abhängig von der Verfügbarkeit der jeweiligen Indikatoren fließen in diesen Bericht Daten aus den Jahren 2018-2021 ein. Im Jahr 2021 gab es einige Anpassungen im SOEP-Datensatz, u. a. aufgrund der Umstellung auf ein neue Erhebungsinstitution (DIW 2024). Aus diesem Grund sind die Fallzahlen für 2021 für manche Indikatoren geringer als für die Vorjahre und nur eingeschränkt vergleichbar.

Thüringen-Monitor¹³

Der Thüringen-Monitor ist eine seit 2000 durchgeführte, regelmäßige Studie zu den politischen Einstellungen der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger des Freistaates Thüringen. Sie wird im Auftrag der Thüringer Staatskanzlei vom Kompetenzzentrum für Rechtsextremismusforschung (KomRex) in Jena durchgeführt.¹⁴ Der Thüringen Monitor befasst sich mit verschiedenen Aspekten der politischen Kultur und des sozialen Zusammenhalts in Thüringen. Dazu gehören Fragen zur politischen Partizipation, zur Zufriedenheit mit der Demokratie, zu Einstellungen gegenüber Minderheiten, zur sozialen Gerechtigkeit und zur Identifizierung mit dem Bundesland. Dafür werden jährlich ca. 1.000 Personen repräsentativ telefonisch befragt. Die Einschränkung auf wahlberechtigte Thüringerinnen und Thüringer führt dazu, dass Bewohnerinnen und Bewohner ohne deutsche Staatsangehörigkeit und damit ohne Wahlrecht nicht in der Stichprobe vertreten sind. Die in diesem Bericht verwendeten Indikatoren beziehen sich jedoch vor allem auf Einstellungen zu Asyl und unterschiedliche Formen gruppenbezogener Menschenfeindlich-

¹³ Ungekürzte Zitierweise: Schmitt, Karl, Best, Heinrich, & Reiser, Marion (2023). Thüringen-Monitor 2000-2022. *GESIS, Köln. ZA6345 Datenfile Version 7.0.0*, <https://doi.org/10.4232/1.14191>. In den Kapiteln wird die Kurzzitierweise „Thüringen-Monitor 2023“ verwendet.

¹⁴ Weitere Informationen zur Methodik, thematischen Schwerpunkten und Publikationen sind verfügbar unter: <https://www.komrex.uni-jena.de/895/thueringen-monitor> (18.06.2024).

keit, wobei nicht zwischen Befragten mit und ohne Migrationsgeschichte unterschieden wird. Im ZIB 2019 wurden die Befragungsergebnisse bis 2018, in diesem Bericht bis 2022 ausgewertet. Der Bericht von 2023 war zum Zeitpunkt der Fertigstellung des vorliegenden ZIB zwar bereits veröffentlicht, die Rohdaten standen aber noch nicht für die Auswertung zur Verfügung. Auf Ergebnisse von 2023 wird dennoch an geeigneten Stellen verwiesen.¹⁵ Während einige Fragestellungen bzw. Indikatoren im Thüringen Monitor über einen längeren Zeitraum unverändert bleiben und im Jahresverlauf verglichen werden können, müssen sich ändernde Indikatoren einzeln dargestellt werden.

Das Integrationsbarometer¹⁶

Das Integrationsbarometer ist eine durch den Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) telefonisch durchgeführte, repräsentative Bevölkerungsumfrage, die objektive und subjektive Indikatoren umfasst. Zu den subjektiven Indikatoren zählen insbesondere Einschätzungen und Einstellungen zu integrations- und migrationsspezifischen Themen. Das Integrationsbarometer legt einen besonderen Fokus auf die Erreichung von Menschen mit Migrationshintergrund, wobei auch Menschen ohne Migrationshintergrund zu Vergleichszwecken befragt werden. Die Definition des Migrationshintergrundes orientiert sich an der des Statistischen Bundesamts bzw. des Mikrozensus (siehe Kapitel 2.4.2). Der Schwerpunkt auf Personen mit Migrationshintergrund wird durch die statistische Überrepräsentation dieser Gruppe bei der Datenerhebung sichergestellt und stellt eine Besonderheit des Erhebungsdesigns im Integrationsbarometer dar (SVR 2022a). Wie auch im SOEP-Panel ist auch im Integrationsbarometer der Anteil der Neuzugewanderten (d. h. derjenigen, die in den letzten fünf Jahren nach Thüringen eingewandert sind) mit 18,5 % (der Befragten mit eigener Migrationserfahrung) im Jahr 2022 im Vergleich zu den aktuellen Zahlen aus dem Mikrozensus (siehe Kapitel 3.2; Tabelle 3.3) relativ gering.

¹⁵ Reiser, M. / Küppers, A. / Brandy, V. / Hebenstreit, J. / Vogel, L., 2024: Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel: Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2023. Der aktuelle Bericht wird mit „Reiser et al. 2024“ zitiert.

¹⁶ Ungekürzte Zitierweise: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) (2021): SVR-Integrationsbarometer 2020. SVR-Integrationsbarometer. Version: 1. RWI: Leibniz-Institute for Economic Research. Dataset. doi.org/10.7807/SVR_INT.v3. Und: Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) gGmbH (2023): SVR-Integrationsbarometer 2022. SVR-Integrationsbarometer. Version: 1. RWI: Leibniz-Institute for Economic Research. Dataset. doi.org/10.7807/SVR_INT.v4. In den Kapiteln wird die Kurzzitierweise „SVR-Integrationsbarometer“ verwendet und ggf. auf veröffentlichte Quellen im Literaturverzeichnis verwiesen.

Neben der bundesweiten Erhebung und Ausweitung ist seit 2020 durch die Beteiligung der Länder eine länderrepräsentative Auswertung von zwölf Fragenkomplexen möglich, wobei die Fallzahlen in den jeweiligen Bundesländern sehr unterschiedlich ausfallen.¹⁷ Da die Stichprobe des Integrationsbarometers seit Fertigstellung des Vorgängerberichts aufgestockt wurde, können in diesen Bericht erstmals Indikatoren aus dem Integrationsbarometer aufgenommen werden. Es fließen, wenn möglich, Ergebnisse aus den Integrationsbarometern 2020 und 2022 ein. Laut dem Integrationsmonitoring der Länder (2023), in dem die Ergebnisse des Integrationsbarometers teilweise ausgewiesen werden, zeigen sich im Vergleich der Variablen von 2020 und 2022 teilweise erhebliche Schwankungen, die statistisch nicht erklärbar sind. Dies mindert die Aussagekraft der Werte erheblich. Daher wird auf eine Gegenüberstellung der Werte beider Jahre in den meisten Fällen verzichtet.

Deutscher Freiwilligensurvey¹⁸

Der Deutsche Freiwilligensurvey (FWS) ist eine repräsentative telefonische Haushaltsbefragung zum freiwilligen Engagement von Personen über 14 Jahren in Deutschland. Er wird seit 1999 alle fünf Jahre erhoben.

Um mehr Personen mit Migrationserfahrung befragen zu können, wurde der Fragebogen auf Türkisch, Russisch, Polnisch, Arabisch und Englisch übersetzt. Im Deutschen Freiwilligensurvey wird der Migrationshintergrund entsprechend der Erfassungsmethoden des Statistischen Bundesamts nach eigenem Geburtsland oder Geburtsland der Eltern sowie Staatsangehörigkeit erfasst. So kann innerhalb der Gruppe unterschieden werden, ob Personen eigene Zuwanderungserfahrung haben, und ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder nicht (Hameister et al. 2023). Aufgrund der niedrigen Fallzahlen für Thüringen wird bei den hier verwendeten Indikatoren allerdings nur zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund differenziert. Für Thüringen liegen 1.362 Datensätze vor. 115 der Befragten haben ei-

¹⁷ Hierbei muss es auf einen Unterschied bei der Datenerhebung zwischen ostdeutschen und westdeutschen Bundesländern für das Integrationsbarometer 2020 und 2022 hingewiesen werden: Während in westdeutschen Bundesländern jeweils 500 Menschen mit und ohne Migrationshintergrund interviewt wurden, ist das Verhältnis in den ostdeutschen Bundesländern 300 Personen mit Migrationshintergrund zu 500 Personen ohne Migrationshintergrund. Dies wird mit dem vergleichsweise niedrigeren Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtpopulation in ostdeutschen Bundesländern begründet (SVR 2022a).

¹⁸ Vollständige Zitierweise: [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2023: Deutscher Freiwilligensurvey 2019. *GESIS, Köln. ZA5714 Datenfile Version 1.0.0*, <https://doi.org/10.4232/1.14132>. In den Kapiteln wird die Kurzzitierweise „FWS 2019“ verwendet.

nen Migrationshintergrund, wobei davon 89 Personen der zweiten Migrationsgeneration angehören. Dieser relativ hohe Anteil von Angehörigen der zweiten Generation (77 %) lässt wie bereits im ZIB 2019 beschrieben darauf schließen, dass die Personen mit Migrationserfahrung in der Stichprobe des FWS nicht repräsentativ sind für die Grundgesamtheit von Personen mit Migrationserfahrung in Thüringen.¹⁹

Im ZIB 2019 wurden die Befragungsergebnisse des Freiwilligen surveys 2014 ausgewertet. Seitdem wurden die Ergebnisse des fünften Freiwilligen surveys aus dem Jahr 2019 veröffentlicht, welche im aktuellen ZIB ausgewertet werden können, die sechste Welle der Befragung (2024) war zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht abgeschlossen.

2.4.4 *Nicht fortgesetzte Befragungen*

Einige im Vorgängerbericht verwendeten Erhebungen werden nicht mehr oder noch nicht fortgeführt, so dass die im ZIB 2019 ausgewerteten Indikatoren aus diesen Erhebungen im vorliegenden Bericht nicht mehr verwendet werden. Zu den nicht fortgeführten Befragungen zählen die Studie des DeZIM-Instituts „Ost-Migrantische Analogien“ (OstMig) und der Thüringen-Monitor Integration.

¹⁹ Laut Mikrozensus lag 2019 der Anteil von Angehörigen der zweiten Migrationsgeneration (Personen ohne eigene Migrationserfahrung) an allen Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen bei 24 % (Statistisches Bundesamt 2020).

3 Zu- und Abwanderung

3.1 Geschichte der Zuwanderung nach Thüringen – ein kurzer Überblick

Flucht und Vertreibung, Kriege, Wirtschaftskrisen, die Suche nach Arbeit und der Bedarf nach Arbeitskräften, kultureller, wirtschaftlicher und politischer Austausch haben schon immer dazu geführt, dass Migration in Deutschland, inbegriffen Thüringen, zur Normalität gehörte (Oltmer & Hanewinkel 2021). Während vor 100 Jahren die Weimarer Republik noch einen Zufluchtsort für Hunderttausende bot, die u. a. vor den Folgen der Oktoberrevolution und antisemitischen Pogromen in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa flohen, mussten in der Zeit des Nationalsozialismus ca. eine halbe Million nationalsozialistisch Verfolgte vor dem Regime fliehen. Auch der forcierte Zuzug von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, die den Arbeitskräftebedarf in der Industrie decken sollten, spielte in den Weltkriegen eine wichtige Rolle im Migrationsgeschehen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs prägte die Ankunft von Millionen deutscher Vertriebener und Geflüchteter aus Ost-, Ostmittel- und Südeuropa das Migrationsgeschehen in Deutschland: In der DDR lebten 1950 ca. 4,1 Millionen Vertriebene und Geflüchtete und machten damit mehr als ein Viertel der Bevölkerung aus (Oltmer 2021; Mediendienst Integration 2019). Gleichzeitig wanderten zwischen der Staatsgründung 1949 und dem Mauerbau 1961 zwischen 2,7 und 3,6 Millionen Menschen aus der DDR in die BRD ab (ebd.). Die deutsche Teilung führte zu einer unterschiedlichen Entwicklung des Migrationsgeschehens. Infolge des Wirtschaftsbooms in der Bundesrepublik wurden ab 1955 Anwerbeabkommen mit Italien, Griechenland, Spanien, der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien geschlossen, um Arbeitskräfte für die wachsende Wirtschaft zu gewinnen. Bis zum sogenannten „Anwerbestopp“ kamen 14 Millionen Menschen auf diesem Wege nach Deutschland (Oltmer & Hanewinkel 2021). Davon blieben 11 Millionen nur temporär. Die anderen, die sich langfristig niederließen, holten ihre Familien nach oder gründeten neue: 1989 lebten so ca. 4,9 Millionen Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in der BRD (ebd.) Auch die DDR versuchte ab den 1960er Jahren, durch Abkommen mit „Bruderstaaten“ Arbeitskräfte zu gewinnen: Diese wurden „Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter“ genannt. Sie kamen

aus Ungarn, Vietnam, Algerien, Angola, Polen, Mosambik und Kuba. Wie auch in der BRD war es in der DDR vorgesehen, dass diese Menschen nur für eine befristete Zeit bleiben sollten: Ein Nachziehen der Familie wurde ebenso unterbunden wie Familiengründungen. Die Arbeitsverträge und der daran gebundene Aufenthalt wurden streng befristet, das Leben der Zugewanderten stark überwacht und kontrolliert (Oltmer 2021; Poutrus 2020). Gesellschaftliche Teilhabe und private Kontakte mit den Bürgerinnen und Bürgern der DDR sollten unter anderem durch eine räumliche Trennung des Wohnraums unterbunden werden. Von den rund 94.000 Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeitern, die sich 1989 in der DDR aufhielten, musste ein Großteil nach der Wende das Land verlassen, weil ihnen keine weitere Aufenthaltsgenehmigung gewährt wurde (Oltmer & Hanewinkel 2021). Das zunehmend rassistische gesellschaftliche Klima führte zu einer schnellen Abwanderung der ausländischen Bevölkerung, auch nach Westdeutschland (Poutrus 2020). Insgesamt lebten 1989 190.000 ausländischen Staatsangehörige in der DDR: Neben den Arbeiterinnen und Arbeitern auch Studierende, deren Aufenthalt und Kontakt zur DDR-Bevölkerung ebenfalls streng reglementiert war, und wenige Menschen, die in der DDR politisches Asyl erhalten hatten (Mediendienst Integration 2019). Darüber hinaus lebten zur Wendezeit noch ca. 580.000 Soldaten, Zivilangestellte und Familienangehörige der Sowjetischen Streitkräfte in den ostdeutschen Standorten, in der Regel auch sehr isoliert von den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern (Poutrus 2020).

Nach der Wiedervereinigung war das Wanderungsgeschehen in den ostdeutschen Bundesländern vor allem von einem Bevölkerungsschwund infolge der Abwanderung Richtung Westen geprägt. Obwohl auch Zugewanderte aus dem Ausland – unter ihnen Asylsuchende, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und sogenannte jüdische Kontingentflüchtlinge aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion – einem Wohnort in Ostdeutschland zugewiesen wurden, blieb der Anteil der ausländischen Bevölkerung bis in die 2000er bei um die 2 % (Poutrus 2020). Arbeitsmarktzuwanderung spielte wegen der angespannten wirtschaftlichen Situation keine Rolle. Im Jahr 2005 lag der Anteil der ausländischen Bevölkerung in Thüringen und Sachsen-Anhalt bei 2 % und damit am niedrigsten im ostdeutschen Vergleich (ebd.). Schon zu dieser Zeit lag dieser Anteil weit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Gerade für diejenigen, die keinen Status als Spätaussiedler oder „Kontingentflüchtling“ hatten, war diese Zeit von hoher rechtlicher Unsicherheit, sozioökonomischer Prekarität und gesellschaftlicher Marginalisierung bis hin zu Diskriminierung geprägt (Poutrus 2020).

Nachdem das Wanderungsgeschehen in Deutschland zwischen der Wiedervereinigung und 2010 deutlichen Schwankungen unterlag, ist der Wanderungssaldo seit 2010 wieder durchgehend positiv (Oltmer & Hanewinkel 2021). Ausschlaggebend hierfür war vor allem Zuwanderung aus anderen EU-Staaten, insbesondere aus Polen und Rumänien. Mit der EU-Osterweiterung hat die Arbeitsmigration aus der EU noch einmal stark zugenommen.²⁰ 2015 erreichte die Zuwanderung nach Deutschland ihren Höhepunkt, in diesem Fall aufgrund der hohen Fluchtmigration aus nicht-europäischen Staaten. Danach sanken die Zuwanderungszahlen zunächst wieder, insbesondere während der Corona-Pandemie (ebd.; BMI/BAMF 2022; Kapitel 3.2). Infolge der Fluchtmigration aus der Ukraine sind die Zuwanderungszahlen in Deutschland seit 2022 jedoch wieder gewachsen (siehe Kapitel 3.2). Die bundesweiten Entwicklungen seit 2010 betreffen auch Thüringen (siehe DeZIM 2019 (ZIB): Kapitel 3.2), wo der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sich seit 2011 mehr als verdreifacht hat und deren Zuwanderung ab 2014 nach einer langen Phase der Wanderungsverluste wieder in den meisten Jahren zu Wanderungsgewinnen für das Land führte (siehe Kapitel 3.2; Bund-Länder Demografie Portal 2024b). Das Wanderungs- und Integrationsgeschehen ist demnach von junger Arbeitsmarktzuwanderung aus der EU und Fluchtmigration geprägt. Gleichzeitig erlebt Thüringen einen besonders starken demografischen Wandel hin zu einer Überalterung und einem Schrumpfen der Bevölkerung: So sieht beispielsweise die Bevölkerungsvorausberechnung des Datenportals „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung auf Basis amtlicher Statistiken voraus, dass die Thüringer Bevölkerungszahl von 2020 bis 2040 um 10,9 Prozent auf knapp 1,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner sinken wird (Klug et al. 2024).²¹ Die damit verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen steigern den Bedarf an Einwanderung nach Thüringen.

²⁰ 2004 wurden Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern in die EU aufgenommen, allerdings war die seit 1993 in der EU geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bürgerinnen und Bürger dieser Länder noch bis 2011 eingeschränkt. Bulgarien und Rumänien wurden 2007 EU-Mitgliedstaaten; für deren Bürgerinnen und Bürger gilt die umfangreiche EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit seit 2014 (siehe DeZIM 2019 (ZIB): 22).

²¹ In der Vorausberechnung des Thüringer Landesamts für Statistik wird davon ausgegangen, dass die Bevölkerung von 2.091.582 Personen 2020 auf 1.875.097 sinken wird. Der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre wächst hingegen: Waren es 2020 576.504 über 65-Jährige, die in Thüringen lebten, sieht das Statistikamt für 2035 voraus, dass ihre Zahl auf 645.015 wachsen wird und damit mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmacht (TLS 2024a).

3.2 Bevölkerung, Wanderungen und Entwicklungen anhand administrativer Daten

3.2.1 *Die Bevölkerung mit Migrationsgeschichte: ein Überblick*

Im Jahr 2023 lebten laut Mikrozensus insgesamt 232.000 Personen mit Migrationshintergrund²² in Thüringen, was etwa 11,1 % der Landesbevölkerung entspricht (Statistisches Bundesamt 2024a). 2017 hatten gut 6 % der Bevölkerung im Freistaat einen Migrationshintergrund. Allerdings ist ein Vergleich der Mikrozensusdaten hier und im Folgenden aufgrund der Neuausrichtung des Mikrozensus 2020 als eingeschränkt zu betrachten (siehe Kapitel 2.4.2). Die Ukraine, Syrien und Polen waren die zahlenmäßig häufigsten angegebenen Geburtsländer (bzw. Geburtsländer der Eltern) der Personen mit Migrationshintergrund (siehe Abbildung 3.1). Im Jahr 2017 waren hingegen Syrien, Polen und die Russische Föderation die drei häufigsten Herkunftsländer (DEZIM 2019 (ZIB): 22). Der starke Anstieg der Bevölkerung mit ukrainischem Migrationshintergrund infolge der Fluchtmigration aus der Ukraine ist auch ein wesentlicher Faktor für das Wachstum der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt (siehe Abbildung 3.3, Abbildung 3.6).

²² Diese Zahl entspricht der Erhebung des Migrationshintergrunds im weiteren Sinne. Das bedeutet in der Definition des Statistischen Bundesamts, dass alle Informationen über die Eltern genutzt werden und nicht nur diejenigen über Eltern, die auch im gleichen Haushalt leben.

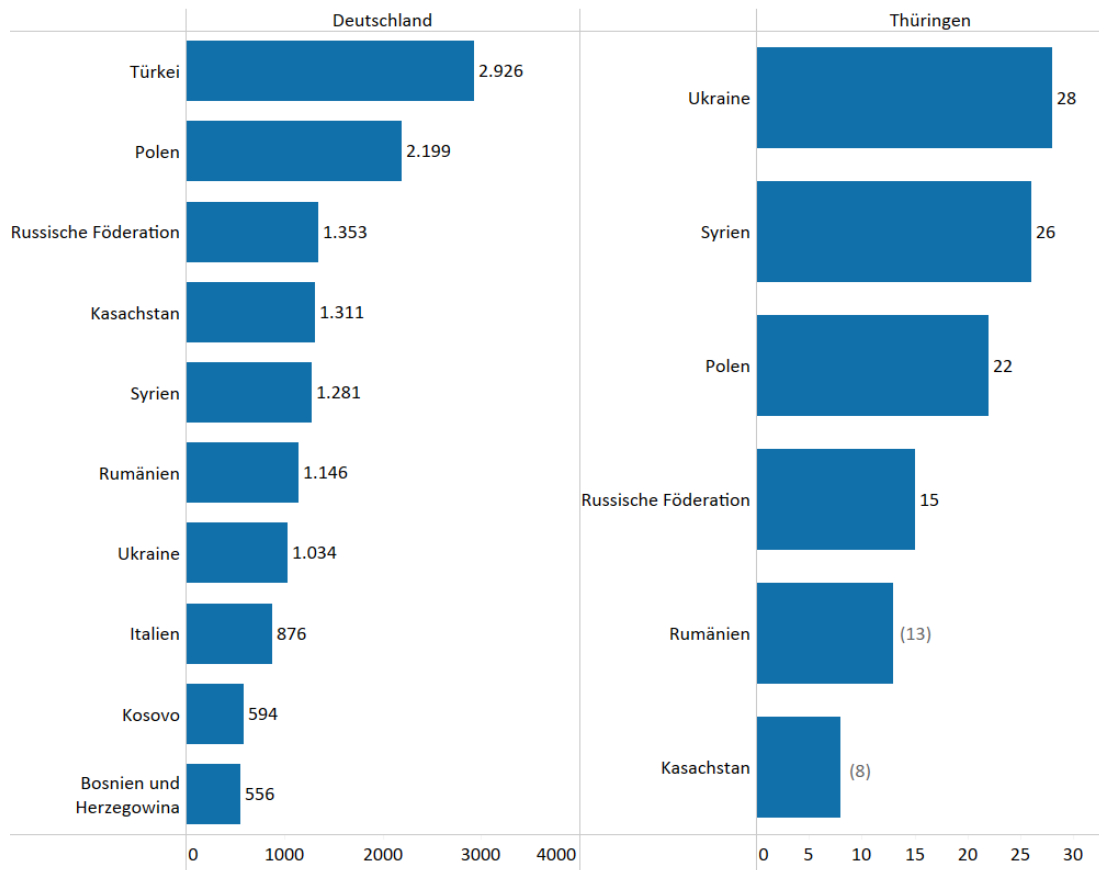


Abbildung 3.1: Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen und Gesamtdeutschland nach Geburtsländern (bzw. Geburtsland der Eltern) (in Tausend) im Jahr 2023

Anmerkung: Laut Mikrozensus sind die in Klammern ausgewiesenen Werte aufgrund der geringen Fallzahl statistisch unsicher.

Quelle: Mikrozensus. Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024a

Gruppiert man die Herkunftsländer und -kontexte in die in Kapitel 2 (siehe Tabelle 2.1) vorgestellten Kategorien ein (Hauptfluchtländer, EU-Ost, EU-West, Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus, Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, Übrige Welt), so kamen in Thüringen im Jahr 2023 23,3 % der Menschen mit Migrationshintergrund aus den EU-Ost-Staaten, wohingegen nur 4,7 % aus westlichen EU-Ländern kamen. Weitere 22,4 % kamen aus den Hauptfluchtländern und 20,7 % aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (siehe Abbildung 3.2). Somit ist im Vergleich zu 2017 (DeZIM 2019 (ZIB): 23) der Anteil von Personen aus anderen EU-Staaten (sowohl Ost als auch West) an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gesunken, während ein größerer Anteil aus Gebieten der ehemaligen Sowjetunion kommen – insbesondere aus der Ukraine. Auch der Anteil von Personen aus Hauptfluchtländern

ist gegenüber 2017 kleiner geworden. Laut Mikrozensus waren unter den Personen mit Migrationshintergrund 14.000 Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus (siehe Abbildung 3.2). Im Vergleich zu 2017 ist ihre Anzahl leicht gesunken (-1.000 Personen) (DeZIM 2019 (ZIB): 23). Die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sind in den Zahlen für die einzelnen Herkunftsländer (siehe Abbildung 3.1) enthalten, werden in den Gruppierungen der Länder (siehe Abbildung 3.2) jedoch aus den anderen Ländergruppen herausgerechnet.

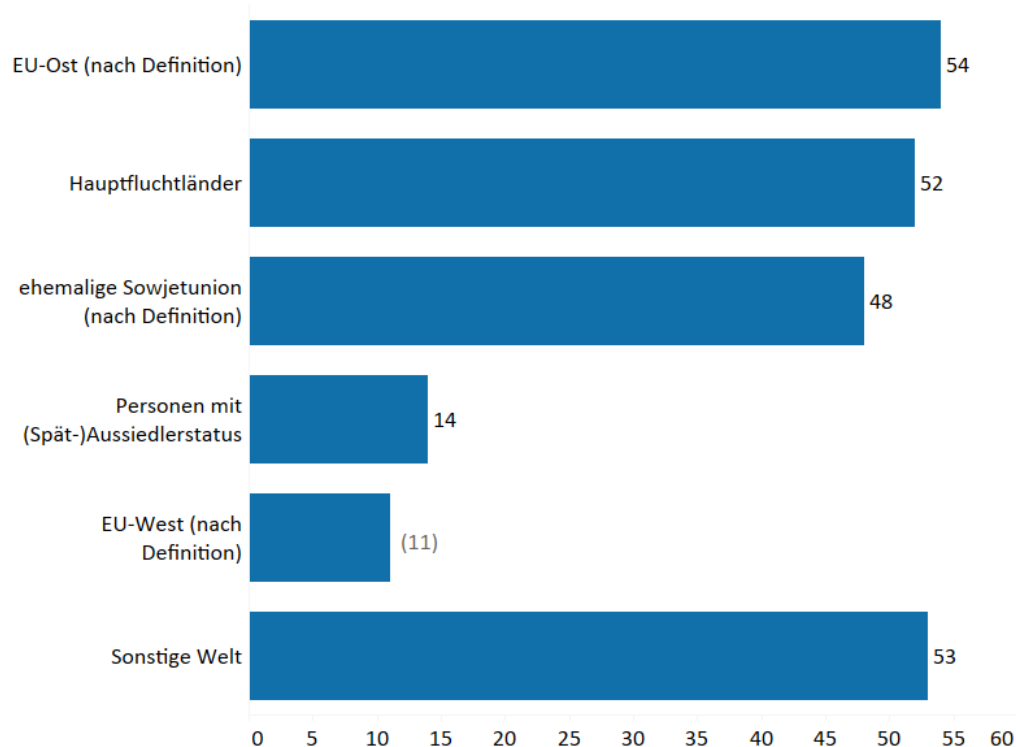


Abbildung 3.2: Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen 2023 nach Geburtsland (bzw. Geburtsland der Eltern) gruppiert (in Tausend)

Anmerkung: Laut Mikrozensus ist der in Klammern ausgewiesene Wert aufgrund der geringen Fallzahl statistisch unsicher.

Quelle: Mikrozensus. Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung)

Da im Mikrozensus 2023 – wie bereits 2017 – keine Informationen über geflüchtete Personen enthalten sind, die im Freistaat Thüringen noch in Gemeinschaftsunterkünften leben, muss deren Anzahl aus anderen Datenquellen entnommen werden. Die Größe dieser Personengruppe kann anhand der Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) geschätzt werden, da diese vor allem Asylsuchende und Personen mit Duldung umfasst und nach der Art der Unterbringung differenziert (Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung).

Am 31. Dezember 2022 lebten in Thüringen etwa 10.625 Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem AsylbLG in verschiedenen Unterbringungsformen: 670 Personen in Erstaufnahmeeinrichtungen und 4.515 in Gemeinschaftsunterkünften.²³ Weitere 5.445 Personen wohnten in dezentralen Unterkünften, also in der Regel Wohnungen oder Häusern, die von den Aufnahmebehörden angemietet wurden und somit von der Mikrozensusbefragung abgedeckt werden (Quelle: Statistisches Bundesamt (Sonderauswertung)). Im Vergleich zum Vorgängerbericht (DeZIM 2019 (ZIB): 24) ist die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) in Thüringen von 9.100 im Jahr 2017 auf 10.625 im Jahr 2022 gestiegen (Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung).

Bevölkerung mit Migrationshintergrund wächst weiter

Seit 2017 hat sich der Bevölkerungsanteil der Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen fast verdoppelt – von gut 6 % (DeZIM 2019 (ZIB): 24) auf gut 11 % (unter Vorbehalt der eingeschränkten Vergleichbarkeit der Mikrozensusdaten durch dessen Neuausrichtung 2020). Damit setzt sich der zwischen 2011 und 2017 verzeichnete Wachstumstrend fort. Abbildung 3.3 zeigt die zeitliche Entwicklung der Bestandszahlen für die Gesamtgruppe mit Migrationshintergrund und für verschiedene Herkunftsgruppen zwischen 2021 und 2023. Auffallend ist der starke Anstieg in der Gruppe der Nachfolgestaaten der Sowjetunion, der vor allem auf die Fluchtmigration aus der Ukraine zurückzuführen ist (siehe Abbildung 3.1; Abbildung 3.6).

Auch in der Gruppe der Hauptfluchtländer, zu denen die Ukraine nicht gezählt wird, ist weiterhin ein Wachstum zu verzeichnen, allerdings weitaus weniger stark als zwischen 2008 und 2016 (DeZIM 2019 (ZIB): 24). Auch wenn Personen aus EU-Ost-Staaten weiterhin eine der größten Gruppen unter Personen mit Migrationshintergrund darstellen, ist das Wachstum dieser Gruppe in den letzten Jahren stagniert.

²³ Da Geflüchtete aus der Ukraine aufgrund ihres besonderen Aufenthaltsstatus in der Regel Sozialleistungen nicht nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, sind diese in den Zahlen kaum erfasst. Eine Ausnahme stellen Ukrainerinnen und Ukrainer dar, die einen Asylantrag gestellt haben.

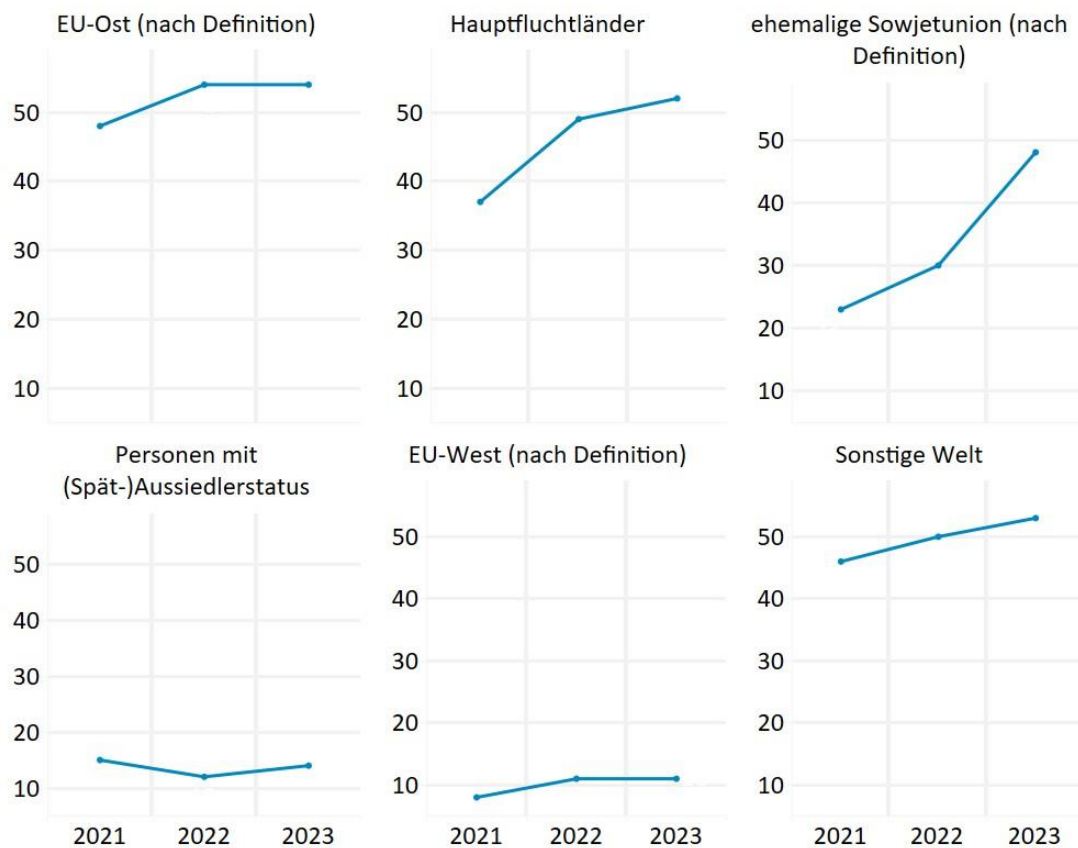


Abbildung 3.3: Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Thüringen nach Geburtsland (bzw. Geburtsland der Eltern) gruppiert (in Tausend)

Anmerkung: Laut Mikrozensus sind die ausgewiesenen Werte für EU-West aufgrund der geringen Fallzahl statistisch unsicher.

Quelle: Mikrozensus. Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung)

Die Verteilung von in Deutschland registrierten Asylsuchenden auf die Bundesländer richtet sich nach einer festgelegten Aufnahmequote für jedes Bundesland, die durch den sogenannten „Königsteiner Schlüssel“ jährlich festgelegt wird und sich nach dem Steueraufkommen und der Bevölkerungszahl der Bundesländer richtet. Dem Bundesland Thüringen werden nach dem Königsteiner Schlüssel aktuell 2,7 % aller in der Bundesrepublik Deutschland ankommenden Geflüchteten²⁴ zugeteilt (BIMF 2024a). Seit 2021 steigt die Zahl dieser in Deutschland registrierten Asylsuchenden wieder deutlich an und

²⁴ Geflüchtete aus der Ukraine werden hierbei nicht berücksichtigt, da sie keinen Antrag auf Asyl stellen müssen.

somit auch in Thüringen (siehe Abbildung 3.4). Davor sank die Anzahl an Erstanträgen nach dem Höchststand in 2016 mit 15.422 Anträgen (DeZIM 2019 (ZIB): 23) auf den Tiefstand von 2.951 Anträge im ersten Corona-Jahr 2020. 2021 stieg die Anzahl an Anträgen danach wieder und betrug im Jahr 2023 8.048, etwas mehr als die Hälfte an Anträgen verglichen mit dem Höchststand in 2016 (siehe Abbildung 3.4). Da ukrainische Geflüchtete für ihren humanitären Aufenthalt keinen Asylantrag stellen mussten, sind sie auch durch diese Zahlen nicht erfasst, ihr Anteil an der Zuwanderung wird jedoch in den Daten des AZR zu den Aufenthaltstiteln der ausländischen Bevölkerung in Thüringen sichtbar (siehe unten).

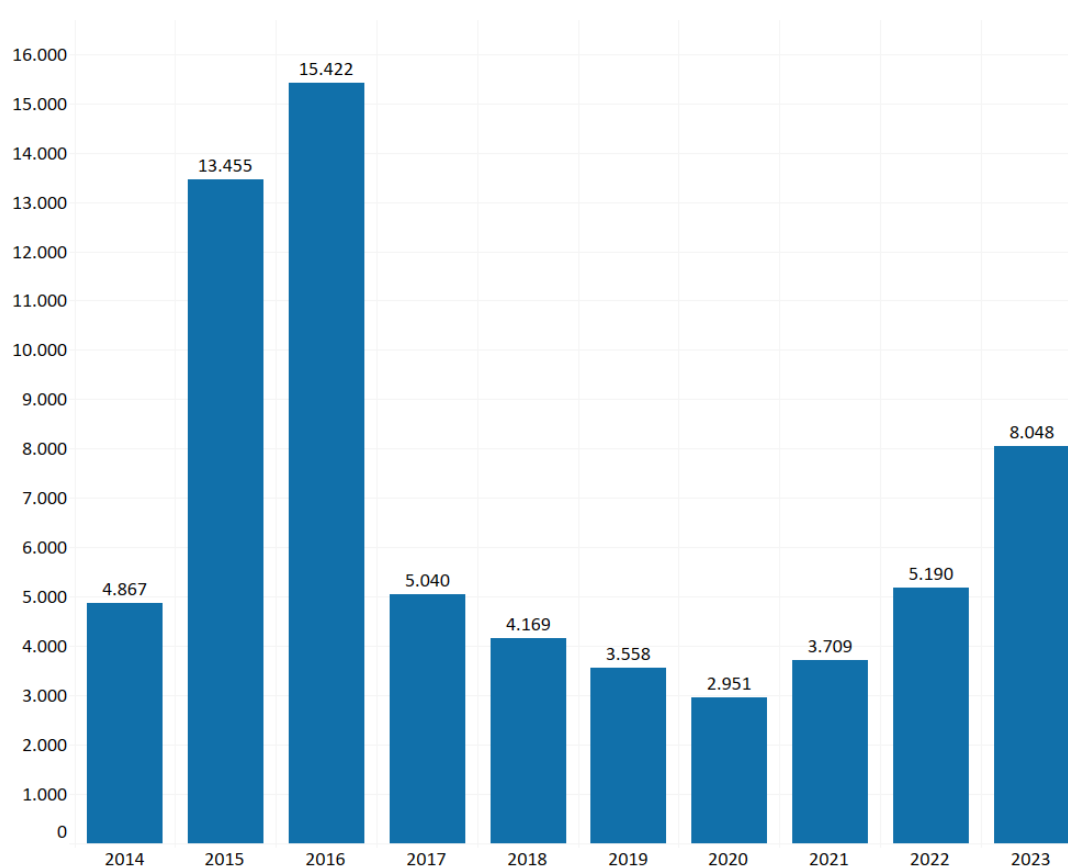


Abbildung 3.4: Asylerstanträge in Thüringen im Zeitverlauf

Stichtag: jeweils 31.12.

Quelle: Ausländerzentralregister (AZR). Eigene Darstellung nach BAMF 2024e

Aufenthaltsstatus: EU-Staatsangehörige und Geflüchtete sind weiterhin die größten Gruppen

Die Daten aus dem Ausländerzentralregister (AZR) lassen zudem einen Blick auf die Aufenthaltstitel der ausländischen Bevölkerung zu. Demnach bilden weiterhin EU-Staatsangehörige, die keine Aufenthaltserlaubnis benötigen, die größte Gruppe. Allerdings schrumpft ihr Anteil im Vergleich zu 2018 von 37,8 % auf 28,9 % und stellt somit nur noch ein knappes Drittel (DeZIM 2019 (ZIB): 26). Auch der Anteil von Personen mit unbefristetem Aufenthaltstitel (z. B. einer Niederlassungserlaubnis nach § 9 Aufenthaltsgesetz) sinkt leicht von 9,7 % (ebd.) auf 7,6 %. Leicht gewachsen ist hingegen der Anteil von Personen mit befristetem Aufenthaltstitel. Unter ihnen machen Personen mit Aufenthaltstiteln aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen die größte Gruppe aus: Insgesamt haben 26,1 % der ausländischen Bevölkerung in Thüringen einen solchen Titel und machen somit nach den EU-Staatsangehörigkeiten die zweitgrößte Gruppe aus. Unter den Titel fallen nicht nur Schutzsuchende mit anerkanntem Schutzstatus, die ein Asylverfahren durchlaufen haben,²⁵ sondern auch Geflüchtete aus der Ukraine, die über die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie (§ 24 AufenthG) einen vorübergehenden Schutzstatus erhielten.²⁶ Relativ klein ist weiterhin der Anteil der Personen, die einen Aufenthaltstitel zum Zwecke der Ausbildung (§ 16-17 AufenthG) (2,6 %) und zum Zwecke der Erwerbstätigkeit (§ 18-21 AufenthG) (3,4 %) haben. Hinzu kommen rund 9 %, die einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt haben und knapp 16 %, die sich ohne Aufenthaltstitel in Thüringen befinden. Zur letzteren Gruppe gehören Personen im Asylverfahren oder mit einer Duldung. Ohne Aufenthaltstitel bedeutet somit nicht, dass Personen sich illegal in Deutschland aufhalten.

Im Vergleich zu den bundesweiten Zahlen fällt auf, dass der Anteil von Personen mit unbefristetem Aufenthaltstitel bundesweit mehr als doppelt so hoch (19 %) ist wie in Thüringen, was wohl auch mit den tendenziell längeren

²⁵ Hierunter fallen Personen, die als Asylberechtigte nach Art. 16 Grundgesetz oder als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention (§ 3 Asylgesetz [AsylG]) anerkannt sind, Personen mit subsidiärem Schutz (§ 4 AsylG) oder mit einem Aufenthaltstitel auf der Grundlage eines nationalen Abschiebungsverbots (§ 60 Abs. 5 und 7 AufenthG) u. a. (Statistisches Bundesamt 2024h).

²⁶ Die EU-Innenministerinnen und -minister haben am 4. März 2022 erstmals die Anwendung der „Richtlinie 2001/55/EG über Vorschriften für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen auf die EU-Mitgliedstaaten“ (sogenannte „Massenzustrom-Richtlinie“) beschlossen, um die schnelle humanitäre Aufnahme von Geflüchteten zu ermöglichen, ohne dass diese vorher ein Asylverfahren durchlaufen müssen. In Deutschland wird die Richtlinie umgesetzt, indem Geflüchtete aus der Ukraine über den § 24 AufenthG einen befristeten humanitären Aufenthaltstitel erhalten.

Aufenthaltszeiten im bundesweiten Durchschnitt zu tun hat (siehe Tabelle 3.1). Auch der Anteil von EU-Bürgerinnen und Bürgern liegt bundesweit fast 10 Prozentpunkte höher bei 38,6 %. Geringer sind die Anteile der ausländischen Bevölkerung, die bundesweit unter Aufenthaltsstatuskategorien von Geflüchteten fallen (16 % mit Aufenthaltstiteln aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen und 8,2 % ohne Aufenthaltstitel, z. B. im Asylverfahren oder mit Duldung).

Tabelle 3.1: Ausländische Bevölkerung in Thüringen und Deutschland zum 31.12.2023 nach Aufenthaltsstatus²⁷

Insgesamt	Mit Freizügigkeit nach EU-Recht*	Aufenthaltstitel erforderlich								
		Mit Aufenthaltstitel							Antrag auf Aufenthaltstitel gestellt	Ohne Aufenthaltstitel (z. B. Duldung, im Asylverfahren)
		Zeitlich unbefristet	Zeitlich befristet	Davon						
Zum Zweck der Ausbildung	Zum Zweck der Erwerbstätigkeit			Völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	Familiäre Gründe	Besondere Aufenthaltsrechte				
Thüringen										
189.035	54.690	14.360 (7,6 %)	72.790 (38,5 %)	6.350 (3,4 %)	4.915 (2,6 %)	49.265 (26,1 %)	10.080 (5,3 %)	1.465 (0,8 %)	17.295 (9,1 %)	29.900 (15,8 %)
Deutschland										
13.886.760	5.360.275	2.644.595 (19,0 %)	4.042.570 (29,1 %)	254.020 (1,8 %)	419.280 (3,0 %)	2.223.555 (16,0 %)	965.530 (7,0 %)	180.190 (1,3 %)	700.885 (5,0 %)	1.138.435 (8,2 %)

Quelle: Ausländerzentralregister (AZR). Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024e

²⁷ Anmerkung: Die Zahlen wurden beim Statistischen Bundesamt für Männer und Frauen unterteilt sowie für EU-Staaten und Drittstaatsangehörige. Für diese Grafik wurden die Zahlen von Minor addiert und die insgesamten Zahlen ausgewiesen.

Geflüchtete aus der Ukraine machen ca. ein Drittel aller Schutzsuchenden aus, unter ihnen sind Frauen im erwerbsfähigen Alter in der Mehrheit.

Die oben analysierten Daten zeigen bereits, wie stark die Fluchtmigration aus der Ukraine das Migrationsgeschehen nach Thüringen geprägt hat. Die AZR-Daten lassen dazu noch genauere Analysen zu: Zum Stichtag 31.12.2023 wurden insgesamt 24.790 Schutzsuchende mit ukrainischer Staatsangehörigkeit gemeldet, was 36,6 % aller Schutzsuchenden entsprach und 2.525 Personen weniger im Vergleich zum Vorjahr. Die Erklärung hierfür kann nicht primär in der Rückwanderung in die Ukraine liegen: Denn 2023 kamen weiterhin mehr Menschen aus der Ukraine nach Thüringen, als dahin zurückkehrten (siehe Abbildung 3.7). Demnach muss der Rückgang der Zahl von Ukrainerinnen und Ukrainern in Thüringen zwischen 2022 und 2023 auf deren Abwanderung in andere Bundesländer oder Länder zurückgehen (siehe folgendes Unterkapitel 3.2.2). Den bedeutsamsten Anstieg im betrachteten Zeitraum gab es im Jahr 2022 als infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine die Anzahl der Schutzsuchenden mit ukrainischer Staatsangehörigkeit um 26.730 Personen anstieg (siehe Tabelle 3.2).

Im Jahr 2023 war die Mehrheit der ukrainischen Schutzsuchenden weiblich (61 %). Im Vergleich dazu war der Anteil an Frauen unter allen Schutzsuchenden niedriger (44,7 %). Mit Blick auf die Altersverteilung sind sowohl ukrainische Schutzsuchende als auch Asylsuchende insgesamt größtenteils im erwerbsfähigen Alter mit einem durchschnittlichen Alter von rund 30-33 Jahren im Jahr 2023.

Tabelle 3.2: Schutzsuchende²⁸ in Thüringen insgesamt und aus der Ukraine nach Jahr, Geschlecht und Alter

Stichtag	Staatsangehörigkeit	Insgesamt	Männlich	Weiblich	Durchschnittsalter
2021	Insgesamt	35.200	21.780	13.420	27,5
	darunter: Ukraine	585	265	320	55,6
2022	Insgesamt	66.165	34.755	31.410	29,4
	darunter: Ukraine	27.315	10.230	17.080	30,9
2023	Insgesamt	67.820	37.540	30.280	30,4
	darunter: Ukraine	24.790	9.660	15.130	32,7

Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024k, 2024l

Ein Großteil der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte ist selbst eingewandert und hat eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Thüringen ist weiterhin von vergleichsweise junger Zuwanderung geprägt: Dreiviertel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat nach dem Mikrozensus eine eigene Migrationserfahrung, gut 40 % sind in den letzten fünf Jahren selbst nach Thüringen eingewandert und knapp 70 % haben keinen deutschen Pass (siehe Tabelle 3.3). Die Zahl aus dem Mikrozensus (ca. 162.000 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit) liegt etwas unter der im AZR erhobenen Zahl von ca. 189.000 (siehe Tabelle 3.1). Somit gibt es kaum Veränderung im Vergleich mit der Struktur von 2017 (DeZIM 2019 (ZIB): 27f.). Das Bild deckt sich mit dem hohen Anteil an geflüchteten Personen und Zugewanderten aus östlichen EU-Ländern (siehe Abbildung 3.2 und Abbildung 3.3). Bundesweit ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund hingegen stärker von langfristigem Verbleib und Migrationserfahrungen in zweiter Generation geprägt: Gut zwei Drittel haben einen eigenen Migrationshintergrund, und nur knapp 20 % sind in den letzten fünf Jahren eingewandert. Die Hälfte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund besitzt bundesweit die deutsche Staatsangehörigkeit. Die Unterschiede erklären sich auch durch die verschiedenen Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland: In den westdeutschen Bundesländern machen Arbeitsmigrantinnen und -migranten, die in den 1950er-70er Jahren in die Bundesrepublik kamen, und deren Nachkommen immer noch einen bedeutenden Teil der Bevölkerung aus. In der

²⁸ Laut Statistischem Bundesamt (2024k) umfasst der Begriff „Schutzsuchende“ Ausländerinnen und Ausländer, die sich aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen in Deutschland aufhalten. Dazu gehören laut AZR Menschen, die in einem Asylverfahren sind, dessen Entscheidung noch aussteht (offener Schutzstatus), sowie diejenigen, die einen befristeten oder unbefristeten Aufenthaltstitel aus humanitären Gründen nach dem Aufenthaltsgesetz (AufenthG) erhalten haben (anerkannter Schutzstatus). Zudem zählen auch Personen dazu, die nach einer Ablehnung ihres Asylantrags oder dem Verlust ihres humanitären Aufenthaltstitels in Deutschland bleiben (abgelehnter Schutzstatus).

ehemaligen DDR hingegen ist der Anteil der Menschen mit Migrationsgeschichte überwiegend durch Einwanderung nach der Wende geprägt (DeZIM 2019 (ZIB): 27-29).

Vergleichsweise junge Bevölkerung und ausgeglichene Geschlechterstruktur

Die Bevölkerung Thüringens mit Migrationshintergrund ist weiterhin von einer jüngeren Altersstruktur geprägt als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Deren Altersdurchschnitt liegt bei 48,3 Jahren, der der Menschen mit Migrationshintergrund bei 32,9 Jahren, wobei bei beiden Gruppen eine leichte Alterung im Vergleich zu 2017 zu verzeichnen ist (DeZIM 2019 (ZIB): 27).²⁹ Fast ein Viertel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund war 2023 unter 18 Jahre alt (siehe Tabelle 3.3). Von allen Personen unter 18 Jahren in Thüringen haben etwa 17 % einen Migrationshintergrund, also ein etwas geringerer Anteil als noch 2017 (DeZIM 2019 (ZIB): 27).

Tabelle 3.3: Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Thüringen und Deutschland 2023 nach ausgewählten Merkmalen

		Anteil an Gesamtbevölkerung (%)	Frauen (%)	U18 (%)	Eigene Mig.-Erf. (%)	<5J. in DE (%)	In Gemeinden mit >20.000 Ew. (%) ³⁰	Nicht-DE Staatsb. (%)
TH	Mit Migrationshintergrund	11,1	48,3	25,0	75,9	41,5	69,4	69,8
	Ohne Migrationshintergrund	88,9	50,9	14,9	-	-	45,6	-
DE	Mit Migrationshintergrund	29,7	49,6	24,6	64,5	19,2	72,7	50,2
	Ohne Migrationshintergrund	70,3	51,0	14,0	-	-	54,6	-

Quelle: Mikrozensus. Eigene Berechnung und Darstellung nach TLS 2024 und Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung)

²⁹ Quelle: Mikrozensus (Sonderauswertung durch das Thüringer Landesamt für Statistik).

³⁰ Die Anzahl an Personen in Gemeinden mit 500.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohner sind für Thüringen im Mikrozensus aufgrund der geringen Fallzahlen nicht ausgewiesen und daher hier nicht in den Anteilen enthalten.

Menschen mit Migrationsgeschichte leben vor allem in Städten

Aus den Mikrozensusdaten geht außerdem hervor, dass 69,4 % der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Thüringen in Städten mit über 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern lebt, ein Anteil, der ungefähr dem Bundesdurchschnitt von 72,7 % aller Personen mit Migrationshintergrund entspricht (siehe Tabelle 3.3). Städtische Infrastrukturen bieten gerade Neuzugewanderten oft leichtere Start- und Integrationsbedingungen als der ländliche Raum: bessere (Unterstützungs-)Netzwerke, mehr Möglichkeiten für Ausbildung, Studium und Arbeit, öffentlicher Nahverkehr, leichtere Aufsuchbarkeit von Behörden, Arztpraxen u. a. machen es leichter, sich ein Leben aufzubauen. Die zunehmende Ansiedlung in städtischen Räumen und der Bevölkerungsverlust im ländlichen Räumen betrifft nicht nur die Bevölkerung mit Migrationshintergrund, sondern spiegelt den allgemeinen demografischen Trend Thüringens: Vorausrechnungen zufolge wird das Geburtendefizit ausschließlich in den kreisfreien Städten Erfurt, Jena und Weimar durch Wanderungsgewinne überstiegen, sodass nur dort mit einem Bevölkerungszuwachs zu rechnen ist (Klug et al. 2024; Bund-Länder Demografie Portal 2024a; TMIL 2023).

Die Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstands³¹ bietet genauere Einblicke in die regionale Verteilung der eingewanderten Bevölkerung in Thüringen. Bei diesen administrativen Daten wird jedoch nach Staatsangehörigkeit und nicht nach Migrationshintergrund unterschieden. Zu beachten ist außerdem, dass Asylsuchende und geduldete Personen ihren Wohnsitz nicht frei in Thüringen wählen dürfen, sondern anhand eines Verteilungsschlüssels den einzelnen kommunalen Gebietskörperschaften zugewiesen werden. Auch nach Zuerkennung eines humanitären Aufenthaltstitels unterliegen Schutzsuchende einer Wohnsitzauflage (BIMF 2024b; Fußnote 34). Abbildung 3.5 zeigt, dass besonders viele Menschen in den städtischen Räumen, allen voran in Erfurt (26.181), Jena (13.950), Gotha (13.044), Gera (12.653) wohnen. Die wenigsten Ausländerinnen und Ausländer wohnen in den Landkreisen Hildburghausen (3.270) und Sömmerda (4.017) sowie im Kyffhäuserkreis (4.096).

³¹ Die Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes basiert auf den Ergebnissen des jeweils letzten Zensus (für die vorliegenden Daten ist der Zensus von 2011 die Grundlage), den Geburten- und Sterbestatistiken und der Wanderungsstatistik. Auch Staatsangehörigkeitswechsel, sonstige Bestandskorrekturen und Gebietsänderungen und zum Nachweis des Familienstandes die Daten zu Eheschließungen, Ehescheidungen und Lebenspartnerschaften fließen in die Erhebung ein.

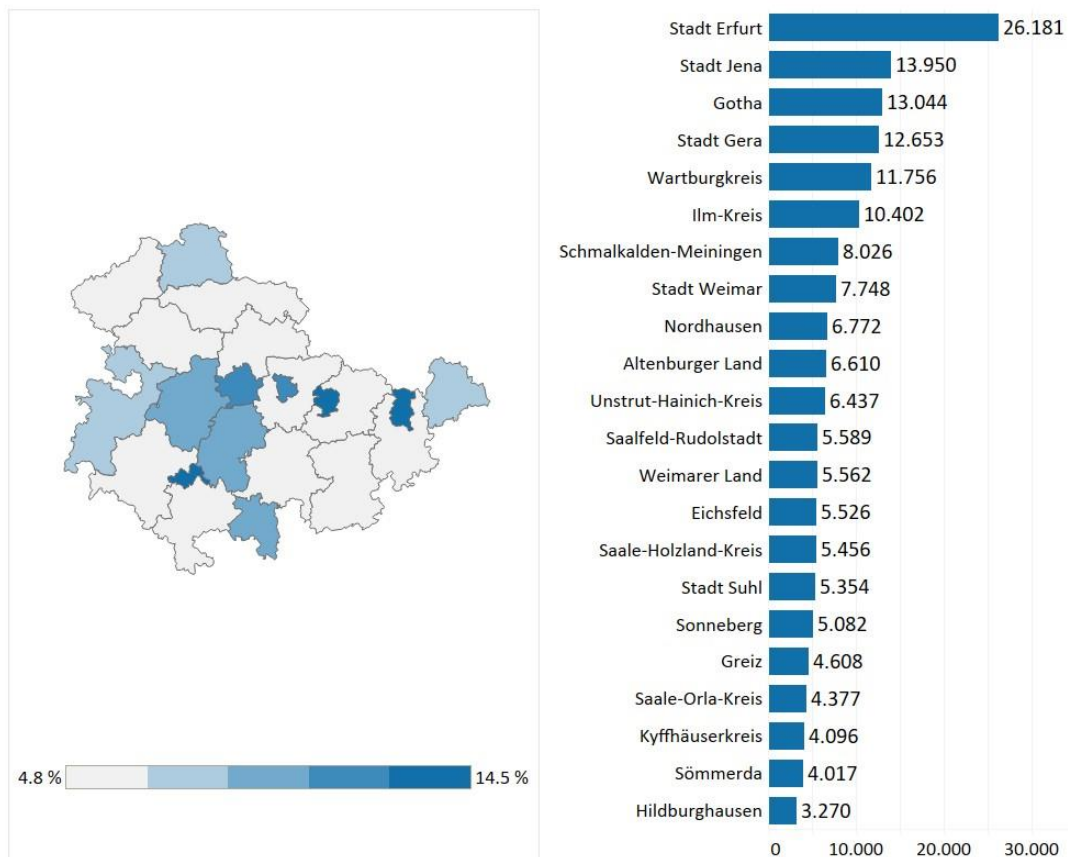


Abbildung 3.5: Anteil an Ausländerinnen und Ausländern nach Landkreis 2023

Stichtag: 31.12.2023. Eigene Darstellung nach TLS 2024c

Betrachtet man den prozentualen Anteil der ausländischen Bevölkerung in den Landkreisen, bestätigt sich zwar die urbane Ballung, allerdings mit einer etwas anderen Abfolge. Die höchsten Anteile an Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit gab es 2023 in den kreisfreien Städten Suhl (14,5 %), Gera (13,3 %), Jena (12,6 %) und der Landeshauptstadt Erfurt (12,1 %) (siehe Abbildung 3.5). In Suhl, der bevölkerungsmäßig kleinsten der kreisfreien Städte Thüringens, befindet sich die größte Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende in Thüringen. Die kreisfreie Stadt Suhl hat auch wie bereits 2017 (DeZIM 2019 (ZIB): 36f.) unter den Landkreisen und kreisfreien Städten Thüringens die meisten Fortzüge in andere Kreise Thüringens zu verzeichnen – 2022 wanderten 5.482 Personen in andere Kreise ab – was allerdings vor allem auf Verteilung von Personen aus der Erstaufnahmeeinrichtung in andere Kreise und nicht auf eigenständige Umzugsentscheidungen zurückgeht (TSL 2024e; TMIL 2023). Im gesamten Bundesland liegt der Anteil an Perso-

nen mit ausländischer Staatsangehörigkeit bei 8,3 % (TLS 2024c), was deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 15,2 % liegt (Statistisches Bundesamt 2024i).

3.2.2 *Wanderungen*

Die im vorherigen Kapitel vorgestellten Bestandsdaten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund stellen dar, wer zu einem bestimmten Stichtag seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Thüringen hat. In diesem Kapitel soll nachvollzogen werden, wie sich das Zu- und Abwanderungsgeschehen in Thüringen entwickelt. Hierfür werden Wanderungsstatistiken verwendet, die zeigen, wer in einem festgelegten Zeitraum zu- oder abgewandert ist. Die Wanderungsstatistik berücksichtigt Zu- und Fortzüge über Gemeindegrenzen hinweg. Dadurch können Wanderungen innerhalb Thüringens sowie zwischen Thüringen und anderen Bundesländern und Thüringen und dem Ausland erfasst werden. Die zugrundeliegende, administrative Datenbasis ermöglicht lediglich eine Unterscheidung zwischen Menschen mit deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit.

Allgemein positiver Wanderungssaldo bei der ausländischen Bevölkerung

Der Wanderungssaldo ergibt sich aus der Differenz zwischen Zuzügen und Fortzügen. Für Thüringen ergibt sich im Jahr 2023 ein knapp positiver Wanderungssaldo: Es sind also mehr Personen nach Thüringen gezogen, als Personen das Bundesland verlassen haben (siehe Tabelle 3.4). Diese positive Bilanz geht auf Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft zurück: 44.829 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind 2023 nach Thüringen gezogen, 29.153 haben das Land wieder verlassen. Betrachtet man allein deutsche Staatsangehörige, fällt das Wanderungssaldo hingegen negativ aus, weil nur 23.947 Personen in den Freistaat gezogen, aber 25.615 ihn verlassen haben. Der insgesamt positive Wanderungssaldo geht außerdem nur auf die Wanderungen zwischen Thüringen und dem Ausland zurück, weil die meisten ausländischen Staatsangehörigen aus dem Ausland zuwandern. Bei Wanderungen zwischen Thüringen und anderen Bundesländern fällt der Saldo hingegen sowohl bei deutschen als auch bei ausländischen Staatsangehörigen negativ für Thüringen aus. Ein Drittel der ausländischen Personen, die Thüringen verlassen, wandern in andere Bundesländer ab (33,5 % aller

Fortzüge ausländischer Personen). Zwei Drittel ziehen ins Ausland. Für weiterführende Studien wäre es interessant zu analysieren, inwiefern die seit 2016 bundesweit festgelegte Wohnsitzauflage für geflüchtete Menschen mit einem Aufenthaltstitel deren Abwanderungen beeinflusst. Eine aktuelle bundesweite Evaluation der Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthG (Baba et al. 2024) zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit von Umzügen zwischen den Bundesländern durch die Wohnsitzauflage um zwei Drittel gesunken ist. Nach Ablauf der dreijährigen Wohnsitzauflage zieht nur ein kleiner Teil der betroffenen Geflüchteten in andere Bundesländer. Dennoch wird die Wohnsitzregelung insgesamt als integrationshemmend angesehen, da sie sich beispielsweise negativ auf die Aufnahme von Erwerbstätigkeiten und die Wohnraumversorgung auswirkt (ebd.).

Die meisten Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger nach Thüringen erfolgen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion (11.206, Wanderungssaldo von 5.045), EU-Ost-Ländern (9.964, wegen der gleichzeitig hohen Fortzüge Wanderungssaldo von 2.026), Ländern der „übrigen Welt“ (7.364, Wanderungssaldo 4.375) und Hauptfluchtländern (3.869, Wanderungssaldo 3.762). Das Bild deckt sich also mit den Bevölkerungsstatistiken im vorhergehenden Kapitel.

Wie schon im Jahr 2017 ist der Anteil der zu- und fortziehenden Männer unter der ausländischen Bevölkerung etwas höher als der der Frauen. Frauen machen ca. 40 % der Zuzüge und ca. 42 % der Fortzüge ausländischer Personen nach und aus Thüringen aus.

Tabelle 3.4: Wanderungsbewegungen in Thüringen über die Bundeslandgrenze 2023³²

	Insgesamt		Davon				Wanderungssaldo	
			Deutsche		Ausländerinnen und Ausländer		Deutsche	Ausländerinnen und Ausländer
	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge		
Insgesamt	68.776	54.768	23.947	25.615	44.829	29.153	-1.668	15.676
Männer	39.042	30.095	12.191	13.150	26.851	16.945	-959	9.906
Frauen	29.734	24.673	11.756	12.465	17.978	12.208	-709	5.770
Nach Herkunfts- bzw. Zielregion								
Anderes Bundesland	26.177	30.059	20.564	21.255	5.613	8.804	-691	-3.191
Ausland	42.599	24.709	3.383	4.360	39.216	20.349	-977	18.867
Davon:								
EU-West	2085	2.224	544	881	1.541	1.343	-337	198
EU-Ost	10.073	8.117	109	179	9964	7.938	-70	2.026
Fluchtländer	3.880	135	11	28	3869	107	-17	3.762
Ehem. Sowjetunion	11.246	6217	40	56	11.206	6.161	-16	5.045
Sonstige Welt	7.825	3.489	461	500	7.364	2.989	-39	4.375
Unbekannt, ohne Angabe	7.490	4.527	2.218	2.716	5.272	1.811	-498	3.461

Stichtag: 31.12.2023.

Quelle: Wanderungsstatistik. Eigene Darstellung nach TLS 2024 (Sonderauswertung)

In den Gruppen der 15-35-Jährigen wandern besonders viele ausländische Staatsangehörige ein, während besonders viele Deutsche abwandern.

Die größte Dynamik in den Wanderungsbewegungen spielt sich in den Altersgruppen der 15- und 35-Jährigen ab, also der Gruppe, die für Ausbildung, Studium und Nachwuchs auf dem Arbeitsmarkt eine entscheidende Rolle spielt. Wie schon 2017 (DeZIM 2019 (ZIB): 31f.) zeigt sich ein gegenläufiger

³² Anmerkung: Die Ländergruppierungen wurden entsprechend der Gruppierungen im Mikrozensus vorgenommen (siehe Tabelle 2.1). Im Vergleich zum äquivalenten Indikator beim ZIB 2019 sind folgende Veränderungen bei den Ländergruppierungen zu beachten: Pakistan ist ein zusätzliches Land unter den Fluchtländern. Norwegen und die Schweiz zählen bei diesem Datensatz zusätzlich zur Gruppe EU-West, zur Gruppe der ehemaligen Sowjetunion werden zusätzlich Armenien, Georgien, Kirgisistan (Kirgistan), Tadschikistan gezählt.

Trend für deutsche und nicht-deutsche Staatsangehörige: Der Wanderungssaldo (Zu- und Fortzüge) für Ausländerinnen und Ausländer ist über alle Alterskategorien hinweg positiv, besonders stark bei den 15-35-Jährigen und mit dem größten Zuwachs in der Altersgruppe der 20-25-Jährigen (siehe Abbildung 3.6). Bei den Deutschen hingegen zeigt sich ein auffällig hoher, negativer Saldo bei 15-35-Jährigen, was sich vermutlich mit einer Ausbildungs- und Arbeitsplatzorientierung aus Thüringen heraus erklären lässt. Auch diese Zahlen weisen darauf hin, dass Thüringen auf die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern angewiesen ist, um dem prognostizierten Bevölkerungsrückgang entgegenzuwirken.

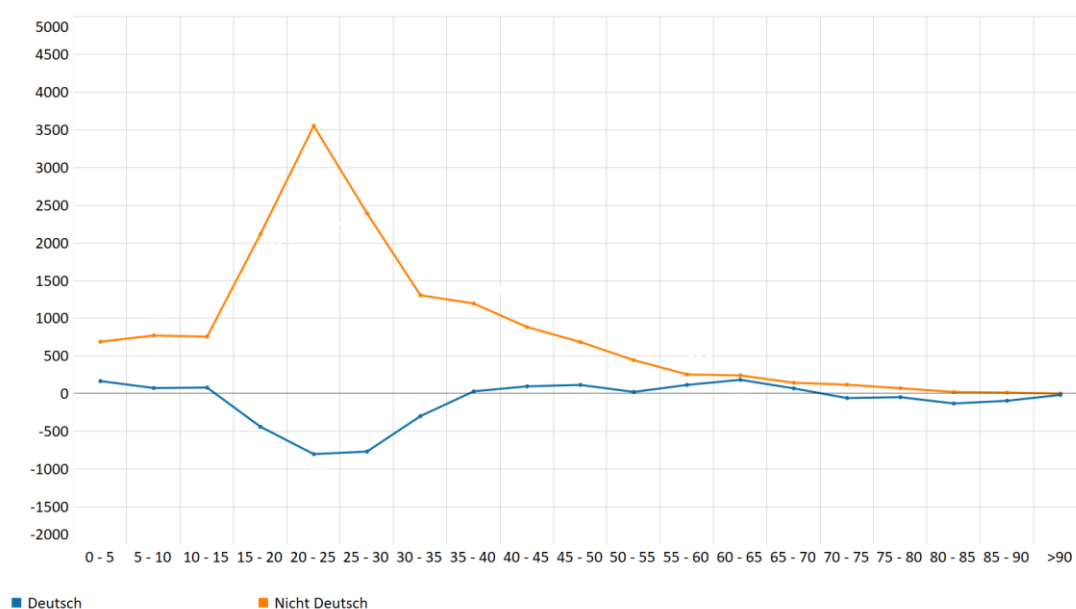


Abbildung 3.6: Wanderungssalden für Thüringen 2023 nach Nationalität und Altersgruppen

Stichtag: 31.12.2023.

Quelle: Wanderungsstatistik. Eigene Darstellung nach TLS 2024 (Sonderauswertung)

Nach einem Wanderungstief während der Corona-Pandemie nimmt die Fluchtzuwanderung aus der Ukraine und anderen Ländern seit 2021 zu. Im betrachteten Zeitraum (2017-2023) zeigt sich, dass der Wanderungssaldo insgesamt im ersten Corona-Jahr 2020 und den damit verbundenen Lockdown und den Grenzschießungen seinen Tiefpunkt erreichte. Dennoch blieb er positiv, was bedeutet, dass im Verhältnis mehr Personen nach Thüringen

kamen als gingen. In den Jahren darauf stieg der Wanderungssaldo und erreichte im Jahr 2022 den Höchststand. Die verschiedenen Herkunftsregionen (siehe Abbildung 3.7) entwickeln sich jedoch unterschiedlich:

Der Wanderungssaldo bei der Gruppe der Hauptfluchtländer bleibt zwar im betrachteten Zeitraum positiv und bis auf einen Rückgang während der Coronapandemie relativ konstant, allerdings weit unter den Wanderungsgewinnen von 2015/2016 (DeZIM 2019 (ZIB): 33). Das heißt, dass immer noch mehr Menschen aus Hauptfluchtländern nach Thüringen kommen als gehen, die Zuwanderung aber deutlich geringer ausfällt als in den Jahren 2015/2016. In der Kategorie der sogenannten „sonstigen Welt“ nehmen die Wanderungsgewinne seit dem Jahr 2020 wieder Jahr um Jahr zu, was vor allem auf Fluchtzuwanderung aus Ländern, die nicht zu den 2015 von der BA definierten Hauptfluchtländern, aber auch auf Erwerbs- und Ausbildungsmigration zurückgeht. Im Jahr 2023 waren die Türkei mit einem Wanderungssaldo von 947, Indien mit 637 und Vietnam mit 524 die am stärksten vertretenen Herkunftsländer in dieser Kategorie in Thüringen (TSL 2024, Sonderauswertung).

Besonders hervorstechend in Abbildung 3.7 ist der rasante Anstieg des Wanderungssaldos bei der Gruppe der Nachfolgestaaten der Sowjetunion ab 2021, der eindeutig mit der Fluchtmigration aus der Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskriegs im selben Jahr zu begründen ist (siehe auch Kapitel 3.2.1). Ab 2023 sinkt das Zuwanderungsplus dieser Gruppe wieder auf ein niedrigeres Niveau.

Auch bei den Wanderungsbewegungen aus EU-Oststaaten ist weiterhin ein Zuwanderungsgewinn zu verzeichnen, allerdings sank dieser Zuwanderungsgewinn zwischen 2017 und 2020 kontinuierlich und nahm nach einer kurzen Erholungsphase 2021 und 2022 im Jahr 2023 wieder ab. Die Erwerbsmigration aus Ländern der EU-Osterweiterung nach Thüringen scheint somit im Vergleich zum Vorberichtszeitraum (2009-2017) an Bedeutung zu verlieren. Die Zuwanderung aus den EU-Weststaaten bleibt auf einem niedrigen Niveau, wobei in den Jahren 2022 und 2023 sogar ein leichter Wanderungsverlust zu verzeichnen ist.

Der Rückgang der Zuwanderung aus anderen EU-Staaten, insbesondere aus den EU-Ost-Staaten, spiegelt eine deutschlandweite Entwicklung der letzten Jahre wider. Gepaart ist dies mit einer steigenden Rückwanderung aus Deutschland in die EU-Herkunftsstaaten. Deutschlandweit führte dies zwischen 2022 und 2023 zu einem Rückgang des Wanderungssaldos von 18,6 % (Graf 2024). In Thüringen sind für die wichtigsten EU-Herkunftsstaaten Rumänien und Polen 2023 nur noch Wanderungsgewinne von +970 Personen (Rumänien) und +955 Personen (Polen) zu verzeichnen (ebd.; Graf 2023).

Nachdem die Zuwanderung aus den Staaten der EU-Osterweiterung nach der Einführung der vollständigen EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit³³ zunächst stark anstieg und 2015 bundesweit und in Thüringen ihren Höhepunkt erreichte, war bereits vor Beginn der Corona-Pandemie ein Rückgang zu verzeichnen (Graf 2024). Während der Pandemie gingen die Zuzugszahlen aufgrund der Einreisebeschränkungen und der wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns in Deutschland stark zurück. Seitdem hat die Zuwanderung aus diesen Ländern nicht wieder das Niveau vor Pandemiebeginn erreicht. Dies wird auf veränderte demografische Strukturen und Arbeitsmarktbedingungen in den Herkunftsländern zurückgeführt (ebd.): Da der demografische Wandel auch in zentralen Herkunftsstaaten der EU-Osterweiterung zu einer Verminderung der Bevölkerung im erwerbstätigen Alter führt und sich gleichzeitig die wirtschaftliche Lage in den Herkunftsländern verbessert, gibt es für weniger Menschen Gründe, zu Erwerbszwecken auszuwandern. Hinzukommt, dass in Deutschland viele EU-Zugewanderte unterhalb ihrer Qualifikation beschäftigt sind bzw. waren (siehe Kapitel 4.5; Pfeffer-Hoffmann et al. 2021: 145–149). Mehrere Studien weisen darauf hin, dass längerfristige Beschäftigungen unterhalb des eigenen Qualifikationsniveaus ein wichtiger Abwanderungsgrund sind (ebd.). Dies betrifft insbesondere wirtschaftliche Krisenzeiten. In der Corona-Pandemie hat sich dies auch an den Arbeitslosenzahlen gezeigt (siehe Kapitel 4.5): Insbesondere zu Beginn der Pandemie waren EU-Staatsangehörige überproportional häufig von Entlassungen und Arbeitslosigkeit betroffen (Knoll & Ünsal 2021; Pfeffer-Hoffmann et al. 2022). Hierbei bestand ein Zusammenhang damit, dass EU-Staatsangehörige besonders häufig in Branchen tätig waren, die von den Pandemiefolgen besonders betroffen waren, z. B. im Tourismus, der Gastronomie oder im Transportwesen (ebd.)

Insgesamt betrachtet verringerte sich 2023 das Auslandswanderungssaldo in Thüringen im Vergleich zu 2022 wieder um 21.585 Personen, weil 18.304 Personen weniger zuzogen, und die Fortzüge um 3.281 Personen zunahmen. Dies lässt sich vor allem durch die geringeren Zuzüge aus der Ukraine begründen (siehe oben): Zwar verzeichnet Thüringen 2023 gegenüber der Ukraine als einzelнем Herkunftsstaat weiterhin den größten Auslandswanderungssaldo, dieser ist aber im Vergleich zum Vorjahr um 82,2 % gesunken (TLS 2024b).

³³ Für die sogenannten EU-8-Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) wurde diese ab 1. Mai 2011, für die sogenannten EU-2-Staaten (Bulgarien, Rumänien) ab 1. Januar 2014, für Kroatien ab 1. Juli 2015 eingeführt.

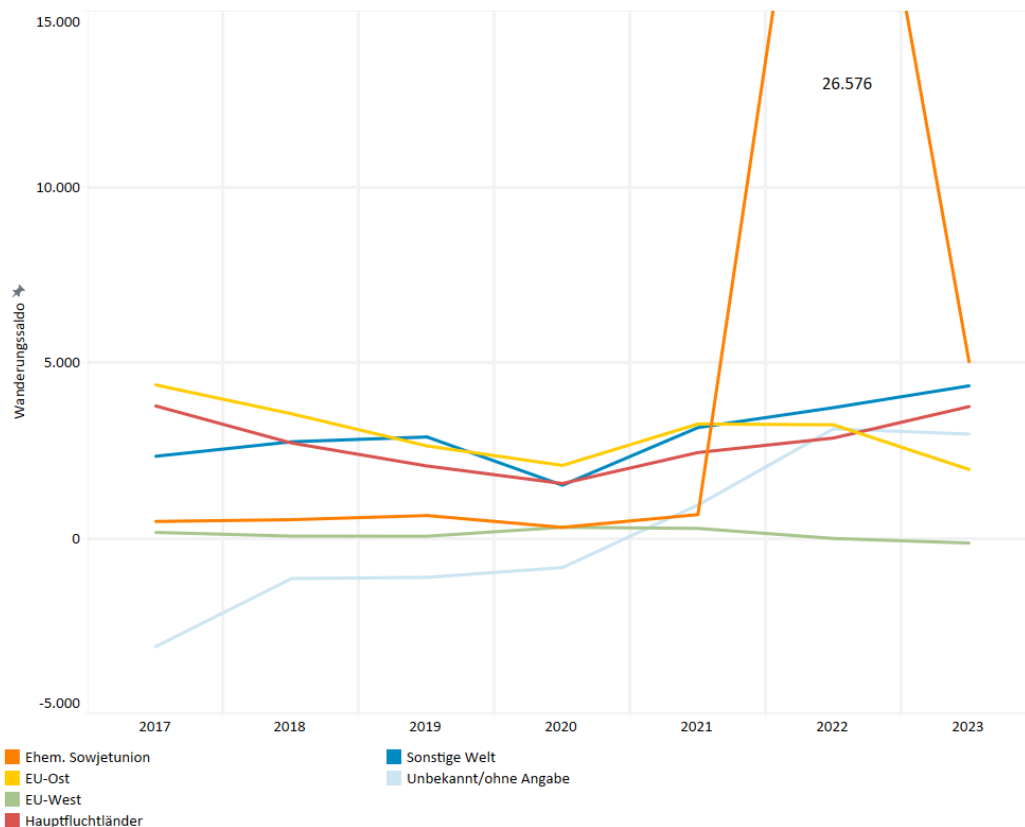


Abbildung 3.7: Wanderungssalden für Wanderungen zwischen Thüringen und dem Ausland nach Herkunfts- bzw. Zielregionen – Jahresverlauf
 Stichtag: jeweils 31.12.

Quelle: Wanderungsstatistik. Eigene Darstellung nach TLS 2024 (Sonderauswertung)

Wanderung innerhalb von Deutschland: Weiterhin wandern Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit vor allem in westdeutsche Bundesländer ab.

Neben der Wanderung zwischen Thüringen und dem Ausland kann auch die Wanderung zwischen Thüringen und anderen Bundesländern beobachtet werden. Insgesamt wandern aus Thüringen mehr Menschen in andere Bundesländer ab, als aus diesen zuwandern. Dies betrifft sowohl deutsche als auch nicht-deutsche Staatsangehörige. Im Jahr 2023 war der Wanderungsverlust unter den Ausländerinnen und Ausländern deutlich höher als bei den deutschen Staatsangehörigen. Konkret bedeutet das, dass 3.191 mehr Ausländerinnen und Ausländer Thüringen in Richtung anderer Bundesländer verlassen haben, als von dort nach Thüringen gezogen sind, während der Wanderungsverlust bei den deutschen Staatsangehörigen nur 691 Personen betrug. Dies zeigt, dass die Binnenabwanderung von Ausländerinnen und

Ausländern wesentlich stärker ausgeprägt ist als die von Deutschen (siehe Abbildung 3.8).

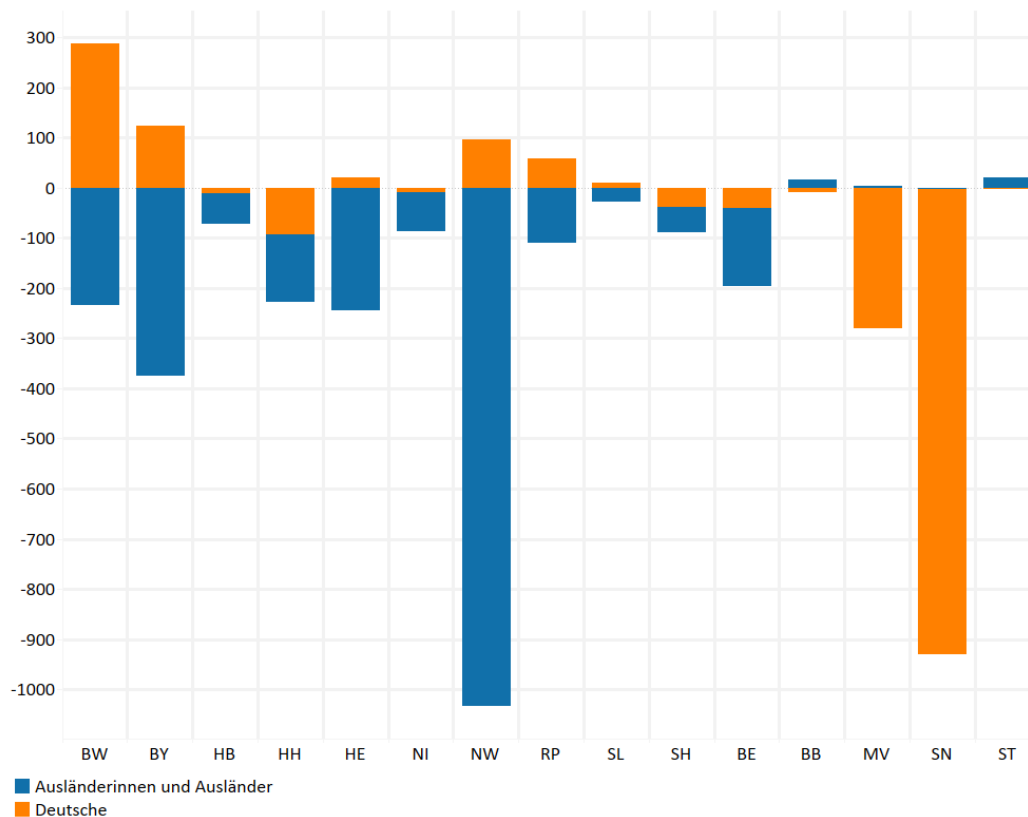


Abbildung 3.8: Wanderungssalden für Thüringen nach Bundesländern (Durchschnitt 2018-2023)

Stichtag: jeweils 31.12.

Quelle: Wanderungsstatistik. Eigene Darstellung nach TLS 2024 (Sonderauswertung)

Betrachtet man die Wanderungsbewegungen zwischen Thüringen und den einzelnen anderen Bundesländern im Durchschnitt der Jahre 2018-2023 (siehe Abbildung 3.8), fällt auf, dass die größten Abwanderungen von Ausländerinnen und Ausländern aus Thüringen in das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen (durchschnittlicher Wanderungsverlust von -1.033) und das größte Bundesland Bayern (durchschnittlicher Wanderungsverlust von -374) erfolgen, aber auch nach Hessen, Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg und Rheinland-Pfalz mit durchschnittlichen Wanderungsverlusten von mehr als 100 Personen. Nur aus Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern wandern im Schnitt etwas mehr Menschen ohne deutschen Pass nach Thüringen ein als dahin ab. Unter den Deutschen

sind hingegen Sachsen (durchschnittlicher Wanderungsverlust von -930) und Mecklenburg-Vorpommern (durchschnittlicher Wanderungsverlust von -280) beliebte Abwanderungsbundesländer. Die meisten Zuzüge von Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft erfolgen aus Baden-Württemberg (durchschnittlicher Wanderungsgewinn von 287,17), aber auch aus Bayern, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz wandern deutlich mehr Menschen ein als dahin ab.

Schaut man sich das Wanderungsgeschehen zwischen Thüringen und anderen Bundesländern im Zeitverlauf an, so ergeben sich für deutsche und nicht-deutsche Staatsangehörige auch unterschiedliche Bilder (siehe Abbildung 3.8). Im Verlauf der Jahre 2018 bis 2022 stieg der Wanderungssaldo für Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft etwas an. Das Verhältnis zwischen Zu- und Fortzügen für Wanderungen zwischen Thüringen und den anderen Bundesländern war also bei Deutschen zuletzt ausgeglichener als in den Jahren zuvor. Damit setzte sich der generelle Trend fort, dass seit der Wiedervereinigung Thüringen mit der Zeit immer weniger deutsche Staatsangehörige an westdeutsche Bundesländer verliert (DeZIM 2019 (ZIB): 35). Nachdem 2021 der Wanderungssaldo zwischen Thüringen und anderen Bundesländern bei Deutschen sogar kurz leicht positiv war, sank es danach wieder leicht ab, ist allerdings nach wie vor weit entfernt von den Werten von 2017 und den Vorjahren. Grund für das zwischenzeitliche Plus waren wohl ausbleibende oder aufgeschobene Fortzüge zu Studiums- und Ausbildungszwecken während der Corona-Pandemie. Für Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft fiel der Wanderungssaldo im Jahr 2020 negativer als in den Jahren zuvor und danach aus: Während des ersten Pandemiejahres zogen also mehr Ausländerinnen und Ausländer aus Thüringen in andere Bundesländer als umgekehrt. Auch 2023 fiel der Wanderungsverlust an andere Bundesländer bei ausländischen Staatsangehörigen wieder deutlich stärker aus als in den Vorjahren. Es ist zu vermuten, dass Geflüchtete, die in den Vorjahren in den Freistaat eingewandert waren, mittlerweile eine Beschäftigung, einen Studien- oder Ausbildungsplatz oder auch andere Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in anderen Bundesländern gefunden haben und somit auch von der Wohnsitzauflage befreit sind.³⁴

³⁴ Die Wohnsitzauflage gemäß § 12a AufenthG sieht vor, dass Menschen mit einem anerkannten Schutzstatus für drei Jahre den Wohnsitzort behalten müssen, wo sie für die Durchführung des Asylverfahrens zugewiesen wurden. Seit 2022 gilt sie auch für Personen, die nach § 24 AufenthG Schutz erhalten, also derzeit Geflüchtete aus der Ukraine. Unter bestimmten Umständen entfällt die Wohnsitzauflage bzw. muss aufgehoben werden, z. B. wenn eine Person oder ihre engen Familienangehörigen in einem anderen Bundesland eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, einen Studien- oder Ausbildungsplatz, einen

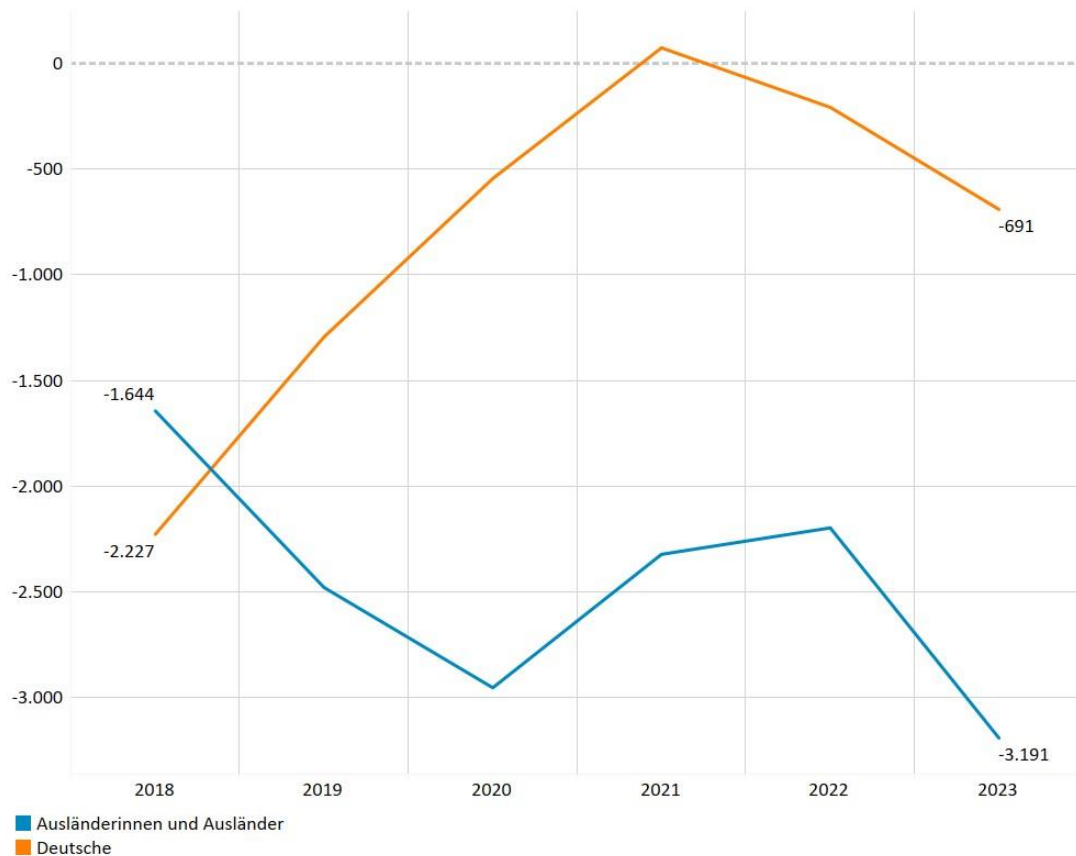


Abbildung 3.9: Wanderungssalden für Wanderungen zwischen Thüringen und den anderen Bundesländern nach Nationalität

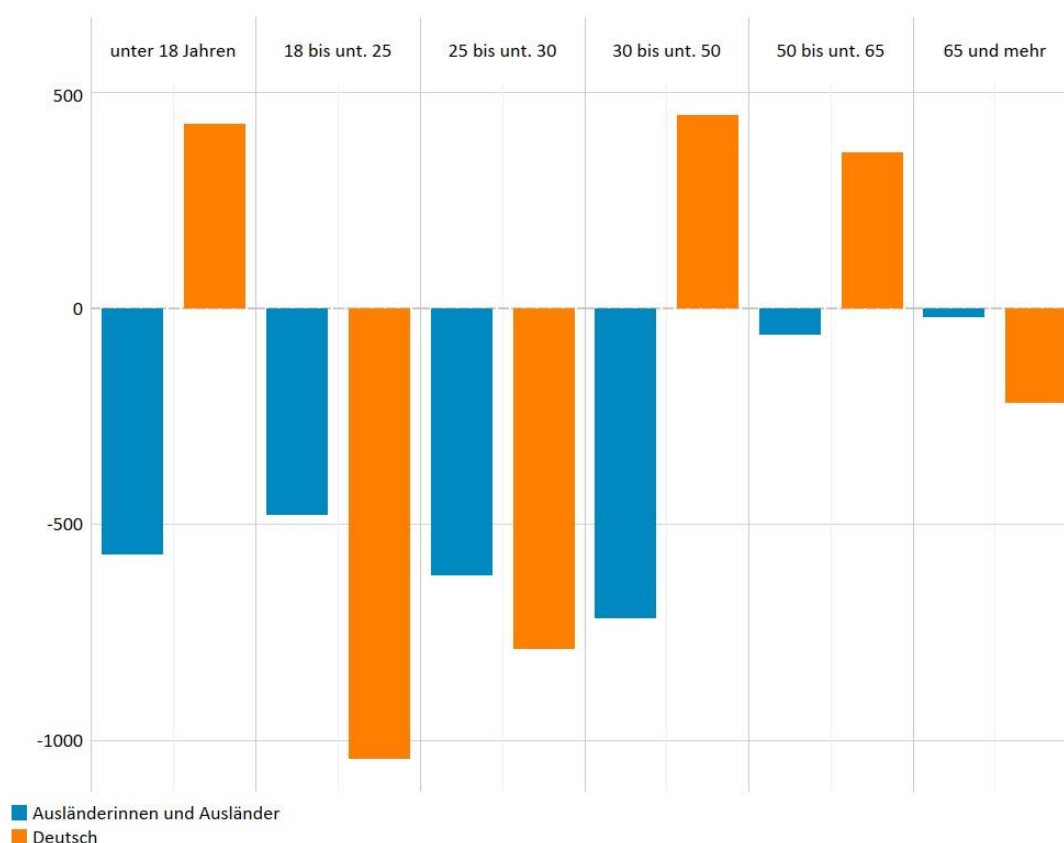
Stichtag: jeweils 31.12.

Quelle: Wanderungsstatistik. Eigene Darstellung nach TLS 2024 (Sonderauswertung)

Mit Blick auf die Altersgruppen bestätigt die Binnenwanderung das allgemeine Wanderungsbild in Abbildung 3.6: In den Gruppen der 18-30-Jährigen – also im Lebensabschnitt der Ausbildung und des Berufseinstiegs – wandern besonders viele deutsche und ausländische Staatsangehörige in andere Bundesländer ab (siehe Abbildung 3.10). Während bei den Minderjährigen und in der Gruppe der 30-50-Jährigen der Wanderungsverlust bei den Personen ohne deutschen Pass noch höher ist, ist bei den Personen mit deutschem Pass in diesen Altersgruppen wieder ein Wanderungsgewinn zu verzeichnen, der sich bei der Gruppe der 50-65-Jährigen fortsetzt. Menschen im Rentenalter (über 65) wandern weniger aus und ein, allerdings mit einem leicht-

Integrationskurs, Berufssprachkurs oder andere berufliche Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen findet.

ten Verlust für Thüringen bei allen Gruppen. Im Vergleich zum Beobach-
 tungszeitraum 2008-2017 (DeZIM 2019 (ZIB): 36) fällt auf, dass zum einen die
 Wanderungsverluste unter deutschen Staatsangehörigen auch in den Grup-
 pen der jungen Erwachsenen geringer ausfallen und zum anderen nicht in
 allen Altersgruppen negativ sind.



**Abbildung 3.10: Durchschnittliche Wanderungssalden für Thüringen be-
 zogen auf die anderen Bundesländer 2018-2023 nach Altersgruppen**
 Stichtag: jeweils 31.12.
 Quelle: Wanderungsstatistik. Eigene Darstellung nach TLS 2024 (Sonderaus-
 wertung)

3.3 Wanderungsmotive und Bleibeabsichten

Die Betrachtung von Wanderungsbewegungszahlen von Personen mit Migrationsgeschichte allein gibt keine Informationen über die Motive für Zu- und Abwanderung – hierfür sind Umfragen nötig. Aufgrund fehlender spezifischer Daten für Thüringen werden hier zunächst bundesweite Forschungsergebnisse vorgestellt:

Eine aktuelle Publikation fasst den Forschungsstand zu Wanderungsmotiven von Migrantinnen und Migranten in Deutschland zusammen und hebt die Vielschichtigkeit der Wanderungsmotive hervor (Loschert & Komitowski 2024). Abwanderungsgründe sind oft gruppenspezifisch sind, variierend nach Geschlecht und Herkunftsregion (ebd.; Sandu et al. 2018). Häufig wandern Menschen in den ersten Jahren nach ihrer Zuwanderung wieder ab, was darauf hinweist, dass wesentliche Hürden beim Aufbau des Lebens in Deutschland Anlass dazu sind, das Land wieder zu verlassen. Auch sind es vor allem junge Menschen zwischen 20 und 40 Jahren, die Deutschland wieder verlassen. Manche planen bereits bei der Einwanderung, Deutschland wieder zu verlassen, etwa nach einem Studienabschluss. Für Drittstaatsangehörige stehen oft aufenthaltsrechtliche Gründe im Vordergrund (Boockmann et al. 2022). Ausschlaggebend für Wanderungsentscheidungen sind zudem oft berufliche Gründe (ebd.; Sandu et al. 2018): Bei der Abwanderung dominieren häufig Arbeitslosigkeit, Beschäftigungsende oder der Mangel an passenden Beschäftigungen als Gründe. Auch die politische und wirtschaftliche Situation im Herkunftsland sowie psychosoziale Gründe, wie mangelnde soziale Integration, sind ausschlaggebend für Fortzugsentscheidungen (Boockmann et al. 2022). Diese Ergebnisse verdeutlichen die Relevanz einer guten Integrationspolitik, um sowohl Deutschland allgemein als auch speziell Thüringen zu einer attraktiven Einwanderungsregion zu machen (siehe Kapitel 4).

In Thüringen machen Geflüchtete einen großen Anteil der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte aus. Ihre Wanderungsentscheidungen sind meist durch die Situation in ihren Herkunftsländern bestimmt, die für individuelle Abwägungen wenig Spielraum lassen. Wenn sich die Situation in ihrem Herkunftsland nicht ändert, dann gibt es auch kaum die Option zur Rückkehr. So erklärten ca. 80 % der befragten Ukrainerinnen und Ukrainer in Thüringen in einer Online-Umfrage des Instituts für kommunale Planung und Entwicklung von 2022, vorerst im Freistaat bleiben zu wollen, ca. 40 % sahen dies auch als langfristige Perspektive (Soliman et al. 2020). Bei einer deutschlandwei-

ten Befragung des BiB/FreDA konnten sich 52 % der Ukrainerinnen und Ukrainer im Sommer 2023 vorstellen, längerfristig in Deutschland zu bleiben (Ette et al. 2023). Erwägungsgründe für eine Rückkehr in die Ukraine waren vor allem persönlicher/familiärer, sozialer und beruflicher Natur (ebd). Vorläufige Ergebnisse einer interviewbasierten Studie mit Ukrainerinnen und Ukrainern im Altenburger Land zeigen, dass ihre Bleibeabsichten für Deutschland vor allem mit dem Krieg in der Ukraine zusammenhängen (Sicherheit, Rückkehrmöglichkeiten usw.) (Proskunina 2023).

Zudem haben Geflüchtete in den ersten Jahren ihres Aufenthalts in Deutschland aufgrund der Wohnsitzauflagen innerhalb von Deutschland nur unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit, ihren Wohnort selbst auszuwählen. Danach können sich die oben genannten Abwanderungsgründe aber auch bei ihnen auf die Entscheidung auswirken, ob sie in Thüringen bzw. Deutschland bleiben oder in ein anderes Bundesland bzw. Land abwandern.

3.4 Fazit

Der Stand der Bevölkerungs- und Wanderungsentwicklung der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte in Thüringen wird vor allem mit den statistischen Kategorien „Migrationshintergrund“ und „Staatsangehörigkeit“ erfasst, wobei in vielen Fällen eine Differenzierung nach Geburtsländern/Nationalitäten, Alter, Geschlecht, Aufenthaltstitel u. a. möglich ist. Zusammenfassend lässt sich sagen:

- In Thüringen wächst die Bevölkerung mit Migrationshintergrund weiterhin stetig. Besonders Fluchtzuwanderung und Zuwanderung aus den östlichen EU-Staaten prägen ihre Zusammensetzung. Die meisten Menschen mit Migrationsgeschichte leben in städtischen Räumen.
- Nachdem die Zuwanderung seit 2017 konstant zurückging, erreichte sie während der Corona-Pandemie einen Tiefpunkt. Danach nahmen die Zuwanderungszahlen wieder zu, mit einem starken Anstieg 2022 und einer Senkung 2023. Ausschlaggebend hierfür war vor allem die Fluchtmigration aus der Ukraine infolge des russischen Angriffskriegs. Diese Ereignisse prägten auch bundesweit das Migrationsgeschehen. Die Zuwanderung aus östlichen EU-Staaten nach Thüringen stagnierte hingegen und macht bei der Neuzuwanderung nur noch einen vergleichsweise geringen Anteil aus. Die Fluchtmigration aus an-

deren nicht-europäischen Staaten nimmt zwar seit der Corona-Pandemie wieder zu, bleibt allerdings weit unter den Anstiegen von 2015/2016.

- Da in Thüringen mehr Menschen selbst und vor Kurzem eingewandert sind als im bundesdeutschen Durchschnitt, hat auch ein geringerer Anteil der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte die deutsche Staatsbürgerschaft.
- Insgesamt ist die Zahl der Menschen, die nach Thüringen zuwandern, mittlerweile größer als die Zahl der Menschen, die das Land verlassen. Dieser Wanderungsgewinn geht allerdings allein auf Zuwanderung aus dem Ausland zurück. An andere deutsche Bundesländer verliert Thüringen hingegen im Schnitt sowohl deutsche als auch ausländische Staatsangehörige. Ausländische Staatsangehörige wandern vor allem in westdeutsche Bundesländer, Deutsche eher in andere ostdeutsche Bundesländer ab. Es sind vor allem junge Menschen im Ausbildungs-, Studiums-, und Berufseinstiegsalter, die den Freistaat verlassen.
- Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist von einer jüngeren Altersstruktur geprägt als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, auch bei den Neuzuwandernden sticht die Gruppe der jungen Erwerbsfähigen hervor.
- Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen wollen langfristig in Deutschland bleiben. Da viele von ihnen geflüchtet sind, ist die Sicherheitslage in ihrem Herkunftsland ausschlaggebend für diese Entscheidung. Aber auch die Zufriedenheit mit der Erwerbssituation und psychosoziale Gründe wie die gesellschaftliche Teilhabe und Aufnahmebereitschaft der Mehrheitsbevölkerung sind maßgebend dafür, ob Menschen in Deutschland und innerhalb Deutschlands in Thüringen bleiben.

Zu wissen, wie sich die Bevölkerung mit Migrationsgeschichte in Thüringen zusammensetzt, von wo, wann und aus welchen Gründen Menschen in das Land kommen oder wegziehen, ist grundlegend, um die integrationspolitischen Bedarfe richtig zu verstehen und danach zu handeln. In Thüringen ist weiterhin primär ausschlaggebend, dass die meisten Menschen selbst und erst in den letzten Jahren eingewandert sind. Damit haben sie ganz andere Integrationsbedarfe als Menschen, die selbst in Deutschland geboren sind oder schon lange hier leben (siehe auch DeZIM 2019 (ZIB): 38f.). Unter anderem müssen Neuzugewanderte zunächst noch die deutsche Sprache lernen,

ihre Bildungs- und Berufsabschlüsse anerkennen lassen oder sich weiterqualifizieren, um auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und soziale Netzwerke aufzubauen. In der Regel sind sie nicht im Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft, was die politische Teilhabe einschränkt und auch in allen anderen Lebensbereichen mit höheren bürokratischen Hürden verbunden ist. Viele Menschen, die 2015/2016 nach Deutschland gekommen sind, haben mittlerweile die Möglichkeit, sich um die deutsche Staatsbürgerschaft zu bewerben, was aber häufig mit langen Wartezeiten verbunden ist (Mediendienst Integration 2024). Der Anteil von Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft unter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist jedoch im Vergleich zum Vorberichtszeitraum nicht gestiegen. Das liegt hauptsächlich daran, dass in den letzten Jahren viele Neuzugewanderte, besonders aus der Ukraine, nach Deutschland gekommen sind, die noch nicht die Voraussetzungen für die Einbürgerung erfüllen.

Die Erfahrungen mit der Integration von Geflüchteten nach 2015/16 lassen sich nutzen, um bei neuankommenden Schutzsuchenden die Bedingungen für eine schnelle Integration möglichst gut zu gestalten. Das gilt insbesondere für Thüringen, wo der Anteil von Geflüchteten unter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Vergleich zum Bundesdurchschnitt besonders hoch ist. Menschen, die wegen der mangelnden Sicherheit in ihren Herkunftsländern nach Deutschland gekommen sind, planen häufig auch mangels Alternativen langfristig in Deutschland zu bleiben.

Neben Geflüchteten bilden Eingewanderte aus östlichen EU-Staaten weiterhin eine große Gruppe unter der eingewanderten Bevölkerung. Sie haben aufgrund der EU-Freizügigkeit ganz andere Zuwanderungs- und Aufenthaltsbedingungen als Menschen, die mit befristetem humanitärem Aufenthalt in Thüringen leben. Dass die Zuwanderung aus Staaten der EU-Osterweiterung in den letzten Jahren zurückgeht und gleichzeitig auch die Rückwanderung in diese Herkunftsländer zunimmt, entspricht den bundesweiten Entwicklungen. Dies hängt zum einen mit dem demografischen Wandel und der verbesserten Wirtschafts- und Arbeitssituation in den Herkunftsländern und zum anderen mit der Beschäftigungssituation in Deutschland zusammen. Eine erneute Zunahme der Wanderungszahlen aus den EU-Oststaaten und des damit verbundenen Ausgleichs des Arbeitskräftemangels in Thüringen ist unter den aktuellen Bedingungen in den nächsten Jahren nicht zu erwarten.

Der Blick auf die Altersstruktur und die Wanderungsbewegungen zeigt, dass Thüringen auf Zuwanderung aus dem Ausland angewiesen ist, um dem demografischen Wandel und dessen sozialen und wirtschaftlichen Folgen ent-

gegenzuwirken. Die grundsätzlich positive Bleibeabsicht der meisten Eingewanderten bietet dafür eine gute Grundvoraussetzung. Es lohnt sich also, in gute Integrationsbedingungen in verschiedenen Lebensbereichen zu investieren. Das kommende Kapitel stellt anhand verschiedener Indikatoren die Entwicklung der Integration in verschiedenen Lebensbereichen und Handlungsfeldern dar und zeigt somit auf, welche integrationspolitischen Maßnahmen in den letzten Jahren gute Wirkung gezeigt haben und wo noch nachjustiert werden sollte.

4 Integration in Thüringen

Die Struktur der Unterkapitel orientiert sich an den acht Handlungsfeldern des Thüringer Integrationskonzepts (siehe Infokasten A auf S. 11). In den folgenden Abschnitten wird jedes Handlungsfeld kurz dargestellt, bevor die ausgewählten Indikatoren analysiert werden. Hierbei werden auch aktuelle Entwicklungen der Jahre seit dem letzten Integrationsbericht und ihre Relevanz für die jeweiligen Handlungsfelder einbezogen. Die Beschreibung und Analyse der Indikatoren wird in den jeweiligen Kapiteln nach der Art der verwendeten Daten (administrative Daten, Mikrozensus, Umfragedaten) untergliedert. Abschließend werden die Ergebnisse der jeweiligen Unterkapitel zusammengefasst und ihre Bedeutung für zukünftige Entwicklungen zusammengefasst.

4.1 Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur

Im Thüringer Integrationskonzept wird das Handlungsfeld „Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur“ in zwei Dimensionen unterteilt. Einerseits umfasst es die Offenheit der Gesellschaft für verschiedene Kulturen, andererseits die interkulturelle Zugänglichkeit sowohl von staatlichen als auch nicht-staatlichen Institutionen. Beide Aspekte zielen darauf ab, den Herausforderungen und Möglichkeiten einer zunehmend vielfältigen Gesellschaft gerecht zu werden. Dabei liegt der Fokus nicht allein auf der Anwerbung hochqualifizierter Arbeitskräfte, sondern auf einer umfassenden Wertschätzung aller Einwohnerinnen und Einwohner des Freistaats mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte.

Die Schaffung eines Umfelds, in dem sich Menschen willkommen und gesellschaftlich anerkannt fühlen, ist entscheidend für die Entwicklung einer dauerhaften Lebensperspektive in Thüringen. Ein vorrangiges Ziel der Landesregierung ist daher die verstärkte interkulturelle Öffnung der staatlichen Institutionen und Behörden sowie die Unterstützung nichtstaatlicher Organisationen in diesem Prozess. In diesem Zusammenhang spielen Strategien und Maßnahmen zur Förderung des interkulturellen Verständnisses sowohl bei der einheimischen Bevölkerung als auch bei Eingewanderten eine entscheidende Rolle.

Administrative Daten sind als Indikatoren in diesem Bereich nur bedingt geeignet. Eine Möglichkeit bieten jedoch Daten über Initiativen zur interkulturellen Öffnung wie beispielsweise die „Charta der Vielfalt“ oder auch „Weltoffenes Thüringen“. Als ein Indikator für die Öffnung gesellschaftlicher und staatlicher Strukturen kann auch der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst betrachtet werden. Hierzu werden Daten aus dem Mikrozensus verwendet, die jedoch aufgrund der geringen Fallzahlen oftmals statistisch unsicher sind und daher nur eingeschränkte Schlussfolgerungen erlauben. Informationen zu Landtagsabgeordneten mit Migrationsgeschichte können dem Integrationsmonitoring der Länder entnommen werden. Darüber hinaus eignen sich insbesondere Umfragedaten, um ein Bild der Willkommens- und Anerkennungskultur im Freistaat zeichnen zu können. Daten zu Einstellungen zum Themenfeld Migration aus dem Thüringen-Monitor sowie aus der Umfrage der Thüringer Ehrenamtsstiftung werden verwendet, um die Willkommenskultur der Mehrheitsgesellschaft abzubilden. Verschiedene Aussagen aus dem Integrationsbarometer zu Kontakten zwischen Personen mit und ohne Migrationsgeschichte sowie zum Vertrauen

in staatliche Institutionen bilden auch die Perspektive von Personen mit Migrationsgeschichte auf die Willkommenskultur ab.

4.1.1 *Indikatoren auf der Basis administrativer Daten*

Charta der Vielfalt

Die „Charta der Vielfalt“ ist eine Initiative zur Förderung von Diversität in Unternehmen und Institutionen in Deutschland. Das Konzept umfasst verschiedene Aktivitäten, die ein öffentliches Bewusstsein für das Thema schaffen sollen. Das Hauptziel der Initiative ist die Schaffung eines diskriminierungsfreien Arbeitsumfelds, in dem alle Mitarbeitenden unabhängig von Alter, ethnischer Herkunft, Nationalität, Geschlecht bzw. geschlechtlicher Identität, körperlichen und geistigen Fähigkeiten, Religion, Weltanschauung, sexueller Orientierung und sozialer Herkunft Wertschätzung erfahren. Die Charta der Vielfalt wurde im Jahr 2006 von Unternehmen und politischen Vertreterinnen und Vertretern ins Leben gerufen, um Vielfalt in der Arbeitskultur anzuerkennen und zu fördern.

Unternehmen und Organisationen, die diese Charta unterzeichnen, verpflichten sich explizit zur Anerkennung, Wertschätzung und Förderung von Vielfalt am Arbeitsplatz. Die jährliche Zunahme an unterzeichnenden Unternehmen und Organisationen kann als Maß für Fortschritte im Bereich der interkulturellen Öffnung betrachtet werden. Analysiert man die Entwicklung der Anzahl von Unterzeichnenden in Thüringen (siehe Abbildung 4.1), zeigt sich eine stetige Zunahme über die letzten Jahre. In Thüringen sowie in anderen Bundesländern sind Unternehmen die am stärksten vertretene Kategorie von Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern. Die Differenz zum öffentlichen Sektor und Vereinen, Verbänden und Stiftungen fällt in Thüringen vergleichsweise gering aus. Jedoch ist die Zahl der Unterzeichnenden in Thüringen insgesamt eher gering, weshalb sich aus den geringeren Unterschieden kaum strukturelle oder repräsentative Unterschiede ableiten lassen. Außerdem ist bei der Interpretation der Anzahl von Unterzeichnenden zu beachten, dass es sich um absolute Werte handelt – in westdeutschen Bundesländern ist die Anzahl an Unternehmen und Organisationen, die die Charta potenziell unterzeichnen könnten, deutlich höher als beispielsweise in Thüringen. Somit sollten nicht die Unterschiede in der absoluten Anzahl, sondern eher Differenzen in der Entwicklung der verschiedenen Kategorien betrachtet werden. Zudem sind die Unterzeichnenden zu keinen spezifischen Zielen verpflichtet, was die Aussagekraft des Indikators zusätzlich einschränkt.

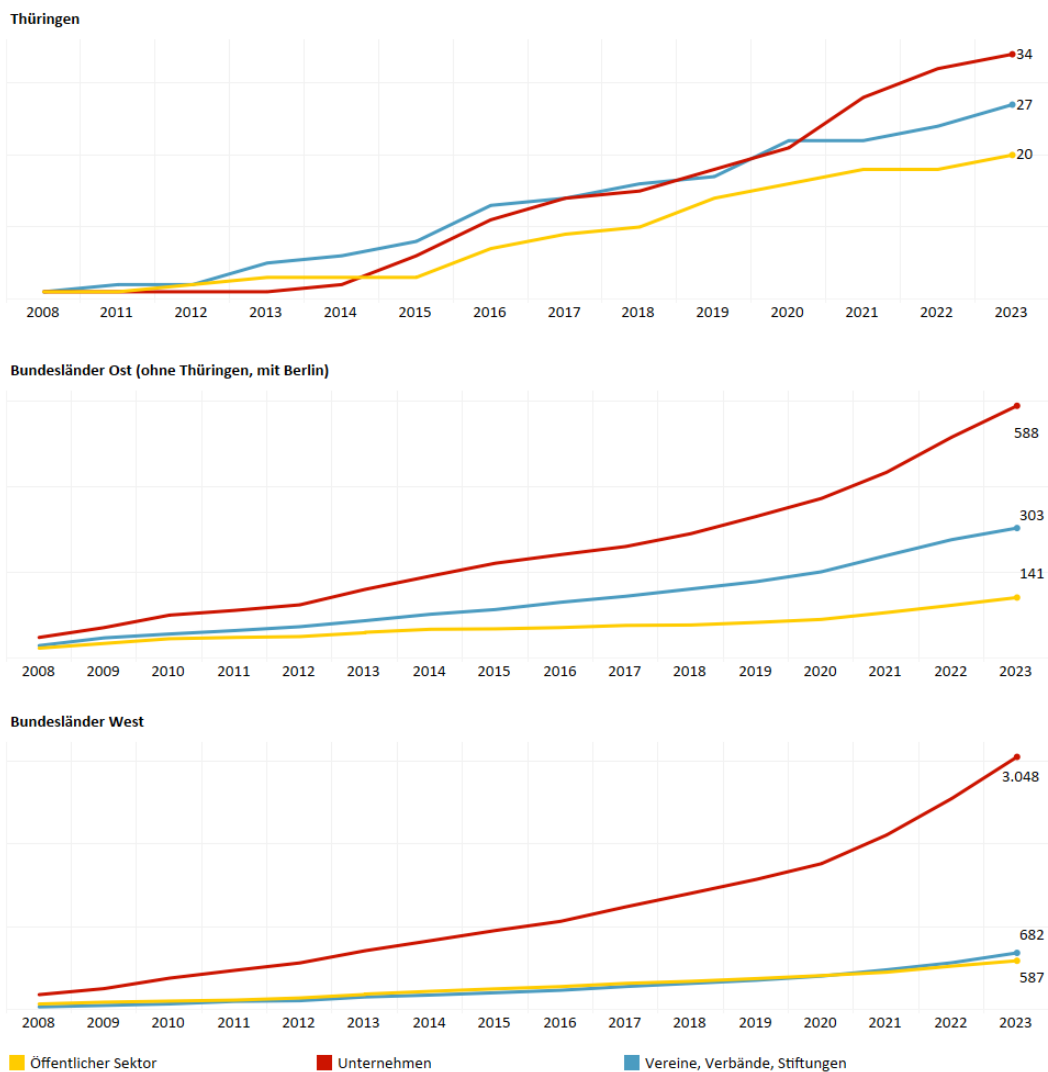


Abbildung 4.1: Charta der Vielfalt: Zahl der unterzeichnenden Unternehmen und Organisationen nach Typ und Region

Anmerkung: Bei den Bundesländer Ost gab es 4 Unterzeichnende, bei denen die Kategorie unklar war, bei den Bundesländern West 93 Unterzeichnende, diese wurden aus der Darstellung ausgeschlossen.

Eigene Darstellung nach Charta der Vielfalt 2024 (Sonderauswertung)

Im Kontext der interkulturellen Öffnung kann auch eine weitere Initiative genannt werden, die im August 2023 gegründet wurde: Die Kampagne „Weltoffenes Thüringen“ möchte laut Teilnahmeaufrufen als demokratische Mitte der Gesellschaft ein Zeichen setzen gegen „die rechtsextremen Übergriffe auf die Zivilgesellschaft, Schändungen der Erinnerungsorte an Nazi-Verbrechen und die hohen Zustimmungswerte für eine vom Thüringer Landesverfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Partei“ (Weltoffenes Thüringen 2024). Im Juli 2024 hatten bereits 7.835 Unterstützerinnen

und Unterstützer unterzeichnet, darunter Unternehmen, Vereine, kirchliche Träger, Universitäten, und viele weitere Organisationen und Privatpersonen. Im Rahmen der Initiative fanden auch landesweite Vernetzungstreffen und zahlreiche Veranstaltungen statt.

4.1.2 *Mikrozensus*

Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Ein Maß für die interkulturelle Öffnung staatlicher Institutionen ist der Anteil der Mitarbeitenden mit Migrationshintergrund, der im Mikrozensus erfasst wird. Im Beobachtungszeitraum von 2017 bis 2023 war der Anteil der Menschen mit Migrationsgeschichte, die im öffentlichen Dienst beschäftigt waren, in Thüringen sehr niedrig.

Laut dem Integrationsmonitoring der Länder (2023) gibt es erhebliche regionale Unterschiede beim Anteil an Erwerbstätigen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst in Deutschland: Im Jahr 2021 lag der Anteil der Beschäftigten mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst im bundesdeutschen Durchschnitt bei 14,6 % und damit unter dem Bevölkerungsanteil von ca. 27,5 % (Statistisches Bundesamt 2024n). In westdeutschen Bundesländern lag der Anteil in Niedersachsen mit 11,2 % am niedrigsten, die Höchstwerte gab es in Baden-Württemberg (20,6 %), Hessen (19,2 %) und Hamburg (19,1 %). In den ostdeutschen Bundesländern sind die Anteile hingegen niedrig (z. B. Sachsen mit 5,9 %) oder in dieser Datenquelle aufgrund kleiner Stichproben (darunter auch in Thüringen) nicht angegeben (Integrationsmonitoring der Länder 2023).

Die letzten verfügbaren Zahlen für Thüringen wurden 2019 ausgewiesen. Demnach haben 3,6 % der Erwerbstätigen im öffentlichen Dienst im Alter von 15 bis unter 65 Jahren eine eigene und familiäre Migrationsgeschichte, wobei der Aussagewert der Prozentzahl aufgrund der geringen Fallzahl statistisch relativ eingeschränkt ist (ebd.).

Abgeordnete in Landesparlamenten

Im Folgenden wird bewertet, in welchem Maß Menschen mit Migrationsgeschichte in Thüringen sich in den Landesparlamenten politisch beteiligen und die deutsche Gesellschaft direkt vertreten. Zudem reflektiert der Indikator die Offenheit der in den Landesparlamenten vertretenen Parteien gegenüber Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationsgeschichte. Er zeigt somit die Zugänglichkeit des politischen Systems für diese Gruppe auf, ohne jedoch eine Aussage über die Vertretung spezifischer Gruppeninteressen zu

treffen (Integrationsmonitoring der Länder 2023). Im Vergleich der Bundesländer und mit Gesamtdeutschland zeigt sich, dass im Landesparlament von Thüringen der Anteil an Landtagsabgeordneten mit Migrationsgeschichte im Jahr 2021 mit 3,2 % sehr gering ist (siehe Abbildung 4.2). In den anderen ostdeutschen Bundesländern Sachsen (0,8 %), Sachsen-Anhalt (1,0 %), Brandenburg (1,1 %) und Mecklenburg-Vorpommern (1,3 %) ist der Anteil jedoch noch niedriger (ebd.). Die Anzahl der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit Migrationsgeschichte im Landesparlament von Thüringen ist für die Vorjahre nicht ausgewiesen (ebd.). Ein Vergleich der absoluten Zahlen im Jahr 2021 zeigt, dass die Anzahl von drei Landtagsabgeordneten in Thüringen im Vergleich zu den absoluten Zahlen anderer Bundesländer (z. B. Hamburg mit 26 Abgeordneten mit Migrationsgeschichte) sehr niedrig ist (ebd.). Die absoluten Zahlen müssen allerdings im Verhältnis zur Zahl der wählbaren Personen mit Migrationshintergrund und deren Anteil an der Bevölkerung betrachtet werden. Vor dem Hintergrund der wesentlich geringeren Bevölkerungsanteile von Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund in den ostdeutschen Bundesländern relativieren sich auch die geringeren absoluten Zahlen der Landtagsabgeordneten dort im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern (Wüst & Bergmann 2024). In jedem Fall ist eine offene Willkommenskultur im öffentlichen Dienst und in politischen Institutionen entscheidend, um eine mögliche Unterrepräsentation der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte in Thüringen auch in den kommenden Jahren auszugleichen. Auch der Zugang zu den rechtlichen Voraussetzungen für die Teilhabe in diesen Institutionen – allen voran zur Staatsbürgerschaft – sollte den dazu Berechtigten möglichst schnell gewährt werden (siehe Kapitel 4.8.3).

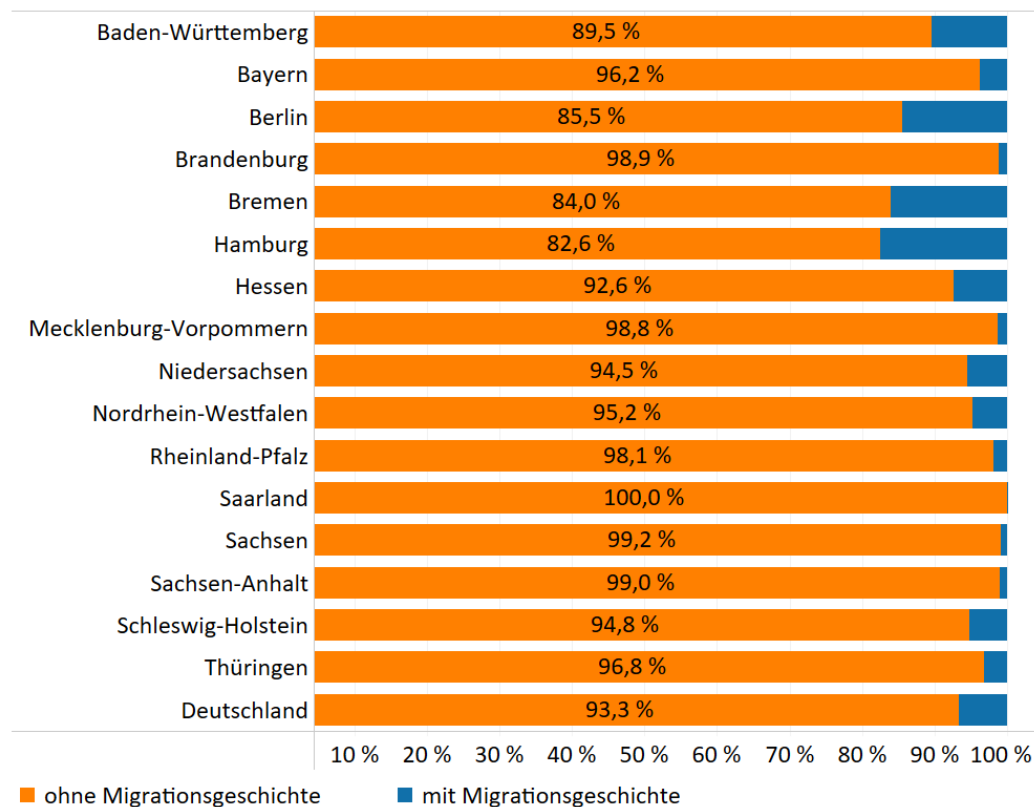


Abbildung 4.2: Landtagsabgeordnete nach Migrationsgeschichte 2021
Eigene Darstellung nach Integrationsmonitoring der Länder 2023

4.1.3 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten

Thüringen-Monitor: Zustimmungswerte zu Migration, Integration und Asyl

Der Thüringen-Monitor ist eine jährlich durchgeführte, repräsentative Bevölkerungsbefragung (siehe Kapitel 2.4.3). Neben Themenblöcken, die jährlich abgefragt werden, gibt es unterschiedliche thematische Schwerpunkte je nach Befragungswelle. In der Befragung aus dem Jahr 2023 lag der Schwerpunkt auf dem Thema „Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel“ (Reiser et al. 2024). Einige der Ergebnisse ermöglichen Aussagen dazu, welchen Stellenwert die Befragten einer ausgeprägten Willkommenskultur beimessen. Der Fachkräftemangel in der Region wird von den Befragten mehrheitlich als großes Problem wahrgenommen. Die Ansichten zum Thema Zuwanderung von ausländischen Fachkräften als Maßnahme, um dem Fachkräftemangel zu begegnen, sind allerdings ge-

mischt. Die Autorinnen und Autoren interpretieren die Ergebnisse der Befragung folgendermaßen: Auf der einen Seite sprechen sich etwa zwei Drittel der Befragten für eine verstärkte Anwerbung von ausländischen Fachkräften und eine offene Willkommenskultur aus, auf der anderen Seite ist etwa ein Drittel der Befragten eher skeptisch – insbesondere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kleiner Unternehmen auf dem Land. Dies kann als ein möglicher Hinweis darauf gedeutet werden, dass im Sinne der sogenannten Kontakthypothese persönliche Interaktionen mit Menschen mit Migrationsgeschichte, insbesondere in großen Unternehmen und Städten, dazu beitragen können, Vorurteile abzubauen. Gleichzeitig wird Zuwanderung nach Deutschland von den Befragten insgesamt kritisch gesehen – so stimmen 58 % der Befragten zu, dass Deutschland bereits „in gefährlichem Maß überfremdet ist“ (Reiser et al. 2024: 120).³⁵

Auch weitere Befragungsdaten aus dem Thüringen-Monitor können als Indikatoren für eine interkulturelle Öffnung gesehen werden. So wurden die Teilnehmenden von 2017 bis 2020 jährlich nach ihrer Zustimmung zu folgender Aussage befragt: „Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein“ (Antwortoptionen: „lehne völlig ab“, „lehne überwiegend ab“, „stimme überwiegend zu“, „stimme voll und ganz zu“). Der Anteil derjenigen, die „überwiegend“ oder „voll und ganz“ zustimmen, lag 2014 noch bei 28,3 %, sank 2018 auf den bisherigen Tiefststand von 14,7 %, um zuletzt wieder leicht zu steigen (2020: 22,4 %; Thüringen-Monitor 2023). Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Aufnahmebereitschaft in Thüringen nach der Zuwanderungswelle 2015/2016 zurückging, um sich danach wieder leicht zu erholen.

Integrationsbarometer: Das Integrationsklima in Thüringen

Der SVR-Integrationsklima-Index (IKI) erfasst das Zusammenleben in verschiedenen Lebensbereichen in Deutschland aus Sicht von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Hierfür werden sowohl Erfahrungen als auch normative Haltungen zum Leben in (ethnisch) vielfältigen Gesellschaften, Einschätzungen zur Leistungsfähigkeit der verschiedenen Bereiche mit Hinblick auf diese Vielfalt und eigene Verhaltensweisen in diversitätsgeprägten Kontexten abgefragt. Der IKI als Mittelwert aus den erhobenen Daten wird

³⁵ Auch die Ergebnisse aus dem Integrationsbarometer, die im folgenden Abschnitt beschrieben werden, geben Hinweise auf die positiven Effekte sozialer Kontakte auf das Integrationsklima.

in den vier Teilhabebereichen Nachbarschaft, Arbeitsmarkt, soziale Beziehungen und Bildung sowie insgesamt auf einer Skala von 0 (negativ) bis 100 (positiv) wiedergegeben.

Im Jahr 2022 liegt der IKI in Thüringen bei durchschnittlich 61 Punkten. Der IKI entwickelt sich im Zeitverlauf grundsätzlich mit der Zeit positiv. Auch die zwischenzeitlich gewachsenen Wahrnehmungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland nähern sich bei der Befragung 2022 wieder an. Betrachtet man die Ergebnisse für Thüringen, so ist ein leichter Aufwärtstrend zwischen 2020 und 2022 zu verzeichnen: Bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund steigt der Index zwischen 2020 und 2022 um 2,1 IKI-Punkte, bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit ca. 0,3 IKI-Punkten nur geringfügig (siehe Abbildung 4.3). Insgesamt schätzen Menschen ohne Migrationshintergrund das Integrationsklima negativer ein als Menschen mit Migrationshintergrund. In Thüringen beträgt dieser Unterschied im Jahr 2022 9,4 IKI-Punkte. Die größere Unzufriedenheit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zeigt sich aber auch bei vielen anderen vom Integrationsbarometer erfassten Themen (siehe z. B. Bildung, Abbildung 4.5).

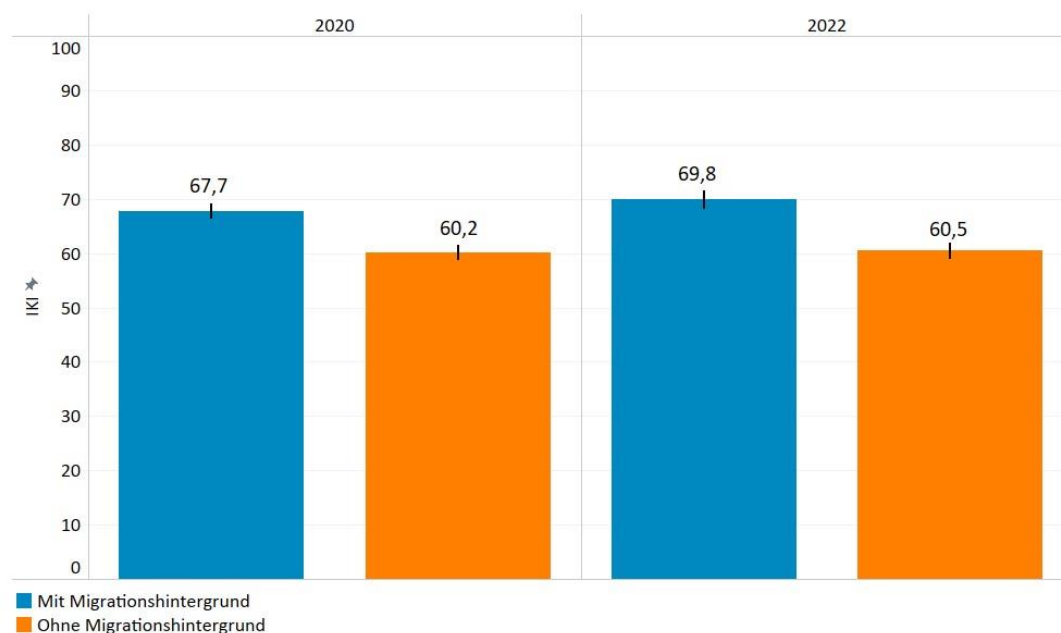


Abbildung 4.3: Integrationsklima-Index (IKI) für Thüringen nach Jahren und Migrationsstatus

Indexwerte zwischen 0 (sehr negatives Integrationsklima) und 100 Punkten (sehr positives Integrationsklima).

Quelle: SVR-Integrationsbarometer. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach RWI 2024 (Sonderauswertung)

Während der IKI von Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen sich kaum von dem in anderen Bundesländern unterscheidet (alle bei ca. 70 IKI-Punkten, siehe Abbildung 4.4), fällt er bei der Gruppe der Menschen ohne Migrationshintergrund in Thüringen schlechter aus (60,5 IKI-Punkte) als im Durchschnitt der ostdeutschen (64,4 IKI-Punkte) und der westdeutschen Bundesländer (69,4 IKI-Punkte). Die Erklärung hierfür sieht der SVR vor allem im geringeren Kontakt zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Ostdeutschland und weniger Erfahrungen mit kultureller und ethnischer Vielfalt (SVR 2018; 2022b). Neben dem Lebensort wirken sich auch andere Faktoren wie der Kontakt zur jeweils anderen Gruppe (mit und ohne Migrationshintergrund), Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und die Herkunftsregion auf die Wahrnehmung des Integrationsklimas aus (SVR 2022b). So könnten auch demografische Faktoren regionale Unterschiede begünstigen. Bei älteren Menschen ohne Migrationshintergrund fällt der IKI insgesamt betrachtet z. B. negativer aus als bei jüngeren (SVR 2022b). Dies könnte sich angesichts der alternden Bevölkerung in Thüringen auch auf den Index im Bundesland auswirken.

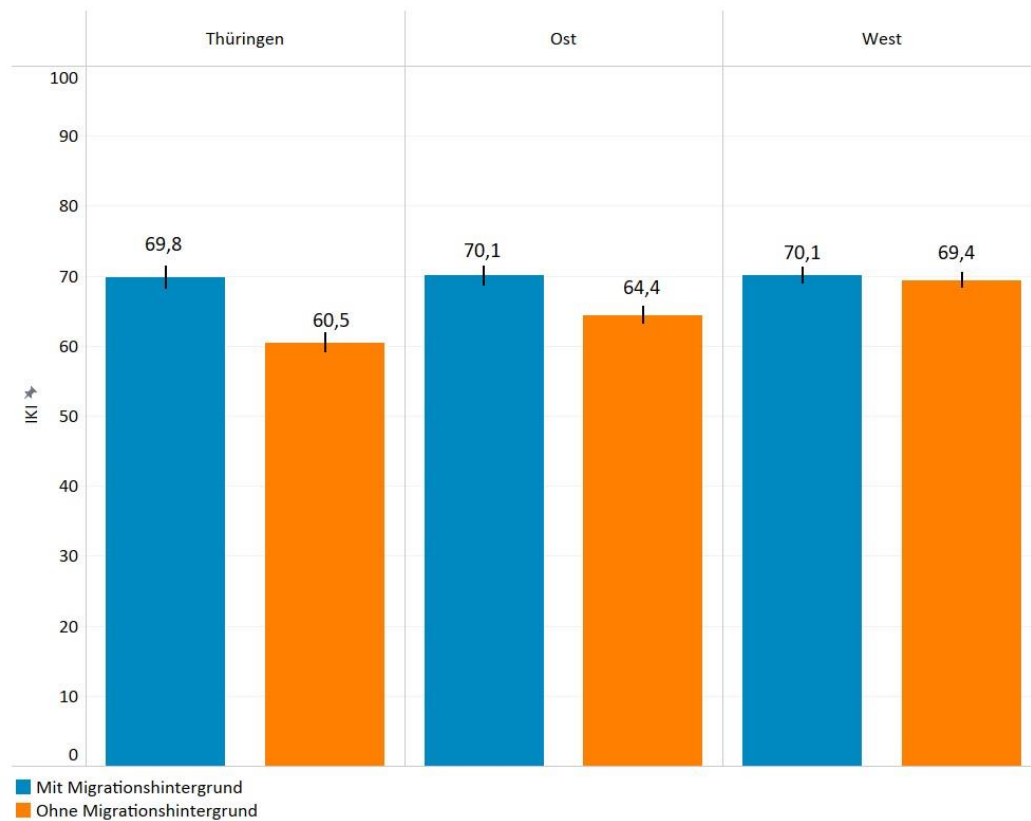


Abbildung 4.4: Integrationsklima-Index (IKI) für Thüringen im Vergleich zu west- und ostdeutschen Bundesländern nach Migrationsstatus 2022
 Indexwerte zwischen 0 (sehr negatives Integrationsklima) und 100 Punkten (sehr positives Integrationsklima).

Quelle: SVR-Integrationsbarometer. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach RWI 2024 (Sonderauswertung)

Betrachtet man den Integrationsklimaindex in den verschiedenen Teilhabebereichen, so zeigt sich in Thüringen eine besondere Diskrepanz zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Bereich „Nachbarschaft“ mit einer Differenz von 19,3 IKI-Punkten (siehe Abbildung 4.5). Während Menschen mit Migrationshintergrund diesen Bereich am positivsten einschätzen (72,5 IKI-Punkte), schätzen ihn Menschen ohne Migrationshintergrund am negativsten ein (53,2 IKI-Punkte). Hier fließen Antworten auf Fragen dazu ein, wie häufig Kontakt untereinander in der Nachbarschaft besteht, wie das Zusammenleben in der Nachbarschaft wahrgenommen wird und wie hoch die Bereitschaft wäre, in ethnisch und kulturell diverse Nachbarschaften zu ziehen. Allein der relativ hohe Anteil von Menschen ohne Migrationshintergrund, die in Thüringen nicht in einer Nachbarschaft mit Menschen mit Migrationshintergrund leben, während dies andersherum kaum

möglich ist, kann hier also einen wesentlichen Grund für die Differenz ausmachen. Auffällig ist, dass der Lebensbereich „Soziale Beziehungen“ im Vergleich zu dem der „Nachbarschaft“ von beiden Gruppen mit einer geringen Differenz von 2,8 IKI-Punkten sehr positiv eingeschätzt wird. Dies spricht dafür, dass tatsächlich bestehende soziale Beziehungen im Freundes- und Bekanntenkreis positiver wahrgenommen werden als eher abstraktes und anonymisiertes Zusammenleben in der Nachbarschaft. Der Bildungsbereich wird von beiden Gruppen negativ eingeschätzt (63,7 IKI bei Personen mit und 56,5 IKI bei Personen ohne Migrationshintergrund). Dieser bezieht sich vor allem auf Wahrnehmungen und Erfahrungen zum gemeinsamen Besuch von Schulen, Universitäten und Ausbildungsstellen.

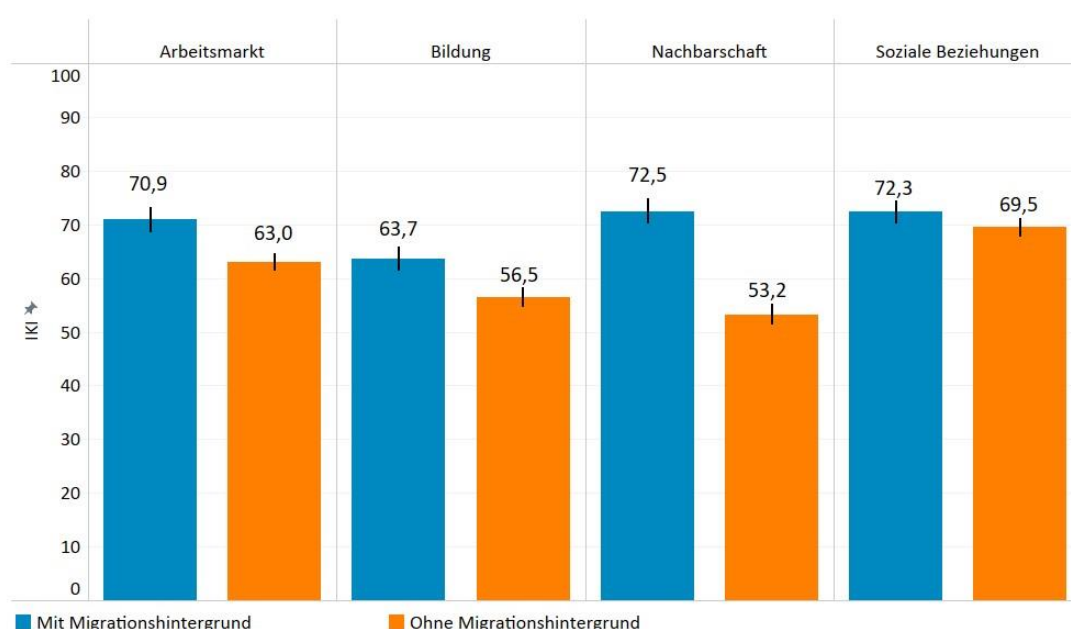


Abbildung 4.5 Integrationsklima-Index (IKI) in verschiedenen Lebensbereichen

Indexwerte zwischen 0 (sehr negatives Integrationsklima) und 100 Punkten (sehr positives Integrationsklima).

Quelle: SVR-Integrationsbarometer. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach RWI 2024 (Sonderauswertung)

In Thüringen geben Menschen ohne Migrationshintergrund im Vergleich zum Bundesdurchschnitt seltener an, Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund im Freundes- und Bekanntenkreis zu haben (siehe Abbildung 4.6). We-

niger als die Hälfte der Befragten (42,8 %) pflegt gelegentlich bis sehr oft solche Kontakte. Die anderen 57,2 % haben nur selten oder nie Kontakt oder geben sogar an, es gebe keine Migrantinnen und Migranten (siehe Fußnote 36). Entsprechend sind die wahrgenommenen Kontakte der Menschen ohne Migrationshintergrund in Thüringen etwas geringer als in anderen ostdeutschen Bundesländern (51,4 % haben gelegentlich bis sehr oft Kontakt) und wesentlich geringer als in westdeutschen Bundesländern (70,8 % haben gelegentlich bis sehr oft Kontakt).



Abbildung 4.6: Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund im Freundes- und Bekanntenkreis im Jahr 2022 nach Bundesland³⁶

Anmerkung: Teilstichprobe, Personen ohne Migrationshintergrund.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach RWI 2024 (Sonderauswertung)

³⁶ Die Frageformulierung im Integrationsbarometer verwendet die Bezeichnungen „Migranten“ und „Deutsche“. Die Definition von Migranten entspricht jedoch der von Menschen mit Migrationshintergrund, sodass wir auch diesen Begriff zur besseren Vergleichbarkeit hier verwenden.

Der Unterschied zu den westdeutschen Bundesländern lässt sich wohl vor allem durch die Bevölkerungsstruktur der Menschen mit Migrationshintergrund erklären: Zum einen ist ihr Anteil in ostdeutschen Bundesländern geringer als in westdeutschen Bundesländern und sie leben noch stärker in städtischen Gebieten geballt.³⁷ Zudem ist Thüringen wie auch andere ostdeutsche Bundesländer vor allem von junger Zuwanderung geprägt, während in westlichen Bundesländern ein größerer Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund schon seit längerem in Deutschland lebt oder schon hier geboren ist. Menschen, die erst seit kurzem in Deutschland sind, haben oft noch keine guten Bedingungen, um Kontakt zur eingewohnten Bevölkerung aufzubauen: Räumliche Isolation, z. B. durch das Wohnen in Erstaufnahmeeinrichtungen, Sprachbarrieren und fehlende Begegnungsräume bei der Arbeit, im Bildungskontext u. a. hemmen die Kontaktaufnahme in der ersten Phase nach der Zuwanderung. Dies äußert sich auch darin, dass Personen aus den Hauptfluchtländern in Thüringen häufig beschreiben, dass sie sich einsam fühlen (siehe Kapitel 4.6). Aber auch gesellschaftliches Klima wirkt sich auf die Einschätzung der Kontakte aus.

Inwieweit es öffentlichen Institutionen gelingt, sich für Menschen mit Migrationsgeschichte zu öffnen, lässt sich zum einen an deren Teilhabe, aber auch an deren Vertrauen in die Institutionen nachweisen. Vertrauen in öffentliche Institutionen ist ein Indiz dafür, dass diese den Bedarfen der Menschen im Sinne einer fairen Teilhabeförderung gerecht werden. Vertrauen ist aber auch ein sehr subjektives Empfinden, das von gesellschaftlichen Debatten und Medien genauso beeinflusst werden kann wie von eigenen Erfahrungen. Das Vertrauen in öffentliche Institutionen bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund wird vom Integrationsbarometer des SVR erfasst. Auffallend ist, dass Menschen ohne Migrationshintergrund bei allen Institutionen ein geringeres Vertrauen vorweisen als Menschen mit Migrationshintergrund, was sich auch im Bundesdurchschnitt widerspiegelt.³⁸

Besonders stark fällt dieser Unterschied beim Vertrauen in den Bundestag (27,5 Prozentpunkte) und in die Bundesregierung (27,2 Prozentpunkte) aus (siehe Abbildung 4.7). 19,4 % der Bevölkerung mit und 50,2 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund geben an, dem Bundestag „eher nicht“ oder „gar nicht“ zu vertrauen. Bei der Bundesregierung geben 22,7 % der Personen mit Migrationshintergrund an, der Bundesregierung „eher nicht“ oder „gar nicht“ zu vertrauen. Unter Menschen ohne Migrationshintergrund ist es

³⁷ Siehe auch Datenvorschau von April 2024: bimf.thueringen.de/integration/zib.

³⁸ Die Werte werden in der Abbildung nicht dargestellt. Quelle entsprechend Abbildung 4.7, Abbildung 4.8 und Abbildung 4.9.

hingegen ebenfalls die Hälfte der Befragten (49,9 %), die der Regierung kein Vertrauen zusprechen. Dies spiegelt eine allgemeine Entwicklung in Deutschland wider, bei der im Kontext der Krisen der vergangenen Jahre (Pandemie, Krieg, Inflation) das Vertrauen in Politik und Institutionen gelitten hat (Best et al. 2023). Kommunale politische Institutionen sind hingegen weniger stark von einem Vertrauensdefizit betroffen: Hier äußern nur 10,4 % der Bevölkerung mit und 27,4 % der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ihr Misstrauen.

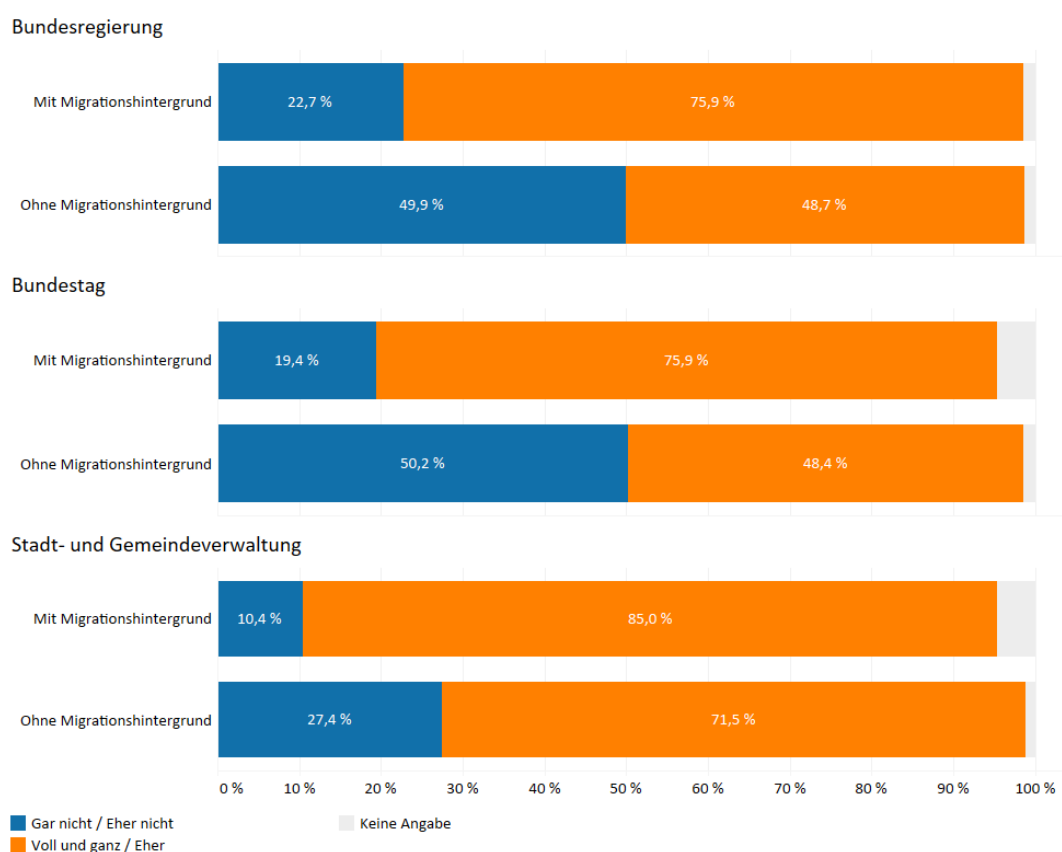


Abbildung 4.7: Vertrauen in politische Institutionen nach Migrationsstatus in Thüringen 2022

Anmerkung: Teilstichprobe, Personen mit Migrationshintergrund.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach RWI 2024 (Sonderauswertung)

Besonders groß ist das Vertrauen beider Gruppen in die Justiz (siehe Abbildung 4.8) sowie in die Polizei. Hier sind die Unterschiede zwischen der Wahrnehmung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund am geringsten.

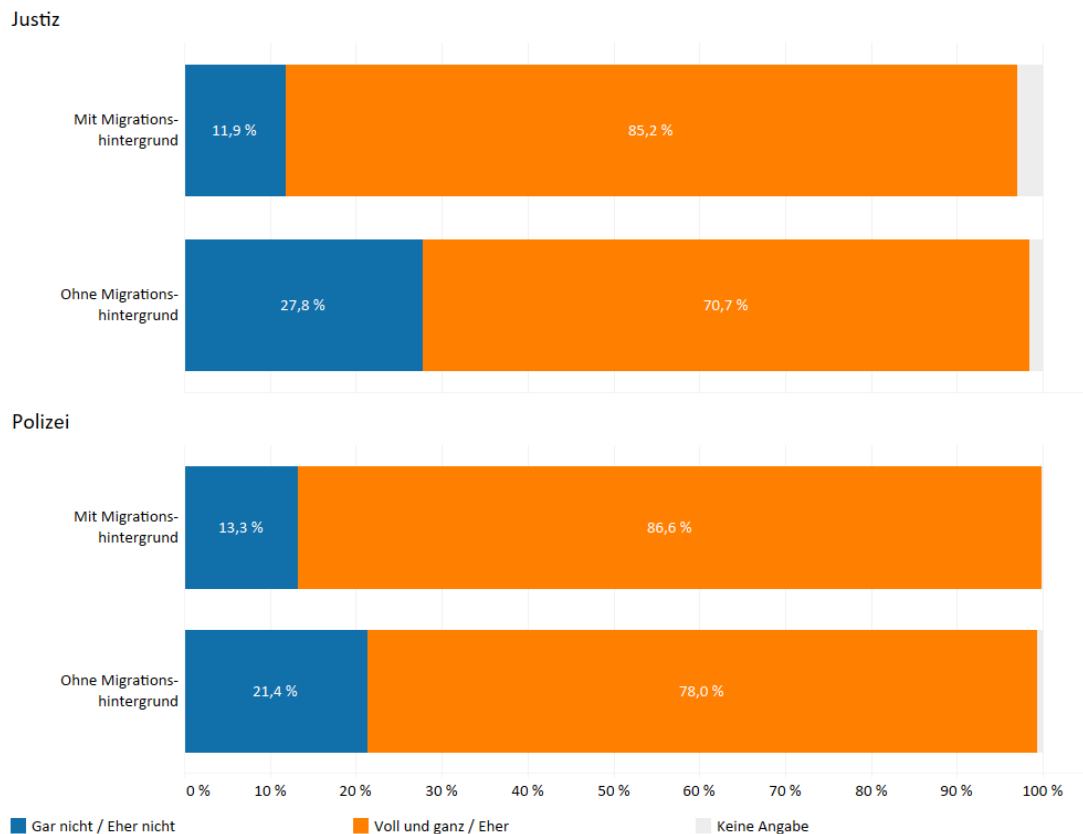


Abbildung 4.8: Vertrauen in Justiz und Polizei nach Migrationsstatus in Thüringen 2022

Anmerkung: Teilstichprobe, Personen mit Migrationshintergrund.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach RWI 2024 (Sonderauswertung)

Beim Gesundheitssystem und beim öffentlichen Schulwesen (siehe Abbildung 4.9) fällt das Vertrauen beider Gruppen ebenfalls größer aus als beim Bundestag und der Bundesregierung. Auch die Unterschiede zwischen der Wahrnehmung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind hier etwas geringer, liegen aber dennoch bei rund 20 Prozentpunkten. Ein größeres Vertrauen von Eingewanderten in öffentliche Institutionen als von Nichteingewanderten zeigen auch andere Befragungsergebnisse, so z. B. die IAB-SOEP-BAMF-Befragung von Geflüchteten (Maddox 2024).

Hieraus ergibt sich, dass das Vertrauen von Geflüchteten in öffentliche Institutionen auch innerhalb der Gruppe der Zugewanderten besonders hoch ist. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass für Eingewanderte die politischen Systeme in ihren Herkunftsländern als Referenzrahmen für ihre Bewertung

der öffentlichen Institutionen in Deutschland dienen: „Je weniger demokratisch dieses vor dem Zuzug nach Deutschland war, desto höher fällt das Institutionenvertrauen aus“ (ebd). Wenn, wie in Thüringen, ein großer Teil der eingewanderten Bevölkerung geflohen ist, liegt es demnach nahe, dass auch die Vertrauenswerte der Bevölkerung mit Migrationshintergrund besonders positiv ausfallen.

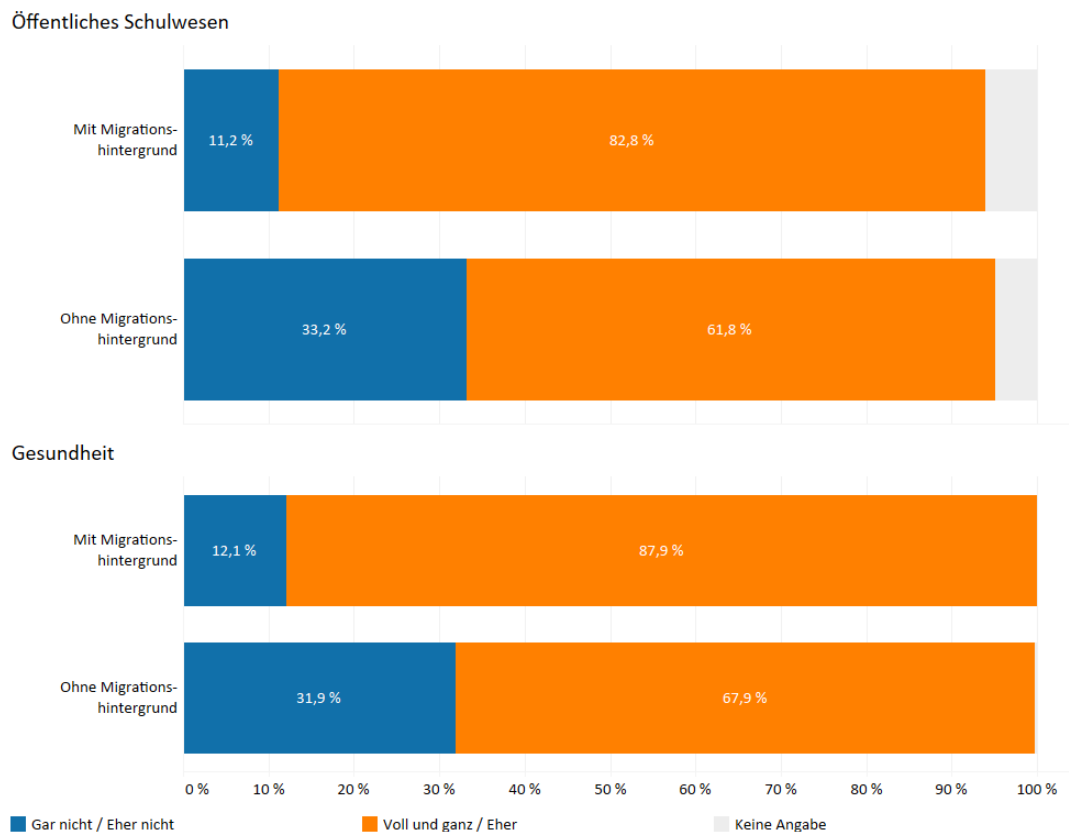


Abbildung 4.9: Vertrauen in das Gesundheitssystem und das öffentliche Schulwesen nach Migrationsstatus in Thüringen 2022

Quelle: SVR-Integrationsbarometer. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach RWI 2024 (Sonderauswertung)

Ehrenamtliches Engagement

Die Thüringer Ehrenamtsstiftung hat in einer Studie von 2020 verschiedene Vereine und Expertinnen und Experten in Thüringen befragt (Stichprobengröße = 352), um ehrenamtliches Engagement im ländlichen Raum in Ostdeutschland zu untersuchen. Zum Themenfeld Migration ziehen die Autorinnen und Autoren folgendes Fazit: Das Engagement, das im Kontext der hohen Zahlen von Geflüchteten 2015 entstand, spiele im ländlichen Raum keine

große Rolle mehr, nur 13 % der Vereine sahen zum Befragungszeitpunkt die Motivation, Geflüchtete zu unterstützen, noch als eine Quelle für Engagement. Auch beim Thema Nachwuchs für Vereine werden Eingewanderte derzeit nur bedingt als wichtige Zielgruppe für Vereine bewertet (51 % der Befragten stimmen „voll“ oder „eher“ zu). „Rückwanderer“, also Personen, die aus anderen Regionen in ihre Heimat Thüringen zurückkehren, werden hingegen von 74 % der Befragten „voll“ oder „eher“ als eine wichtige Zielgruppe eingeschätzt.

Im Kontext der Fluchtmigration aus der Ukraine gab es in Deutschland insbesondere zu Kriegsbeginn 2022 eine Welle der Hilfsbereitschaft in Deutschland, die von der Zivilgesellschaft getragen wurde und ein starkes Signal für eine offene Willkommenskultur ist. Eine Studie zur Situation von Ukrainerinnen und Ukrainern, die nach Thüringen geflohen sind, zeigt: Die Unterstützung der Geflüchteten wurde als hilfreich bewertet (Sereda et al. 2022: 23). 57 % der befragten in Thüringen lebenden Ukrainerinnen und Ukrainer (Stichprobengröße = 327) bewerteten die Unterstützung durch Ehrenamtliche als hilfreich, auch die Angebote der lokalen Verwaltung wurden von 61 % der Befragten als hilfreich eingeschätzt.

4.1.4 Zwischenfazit zu interkultureller Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur

Die Fähigkeit einer Gesellschaft, konstruktiv mit kultureller Vielfalt umzugehen und kulturelle Öffnung zu ermöglichen, lässt sich statistisch schwer fassen. Es handelt sich um ein multidimensionales Konstrukt, dass Inklusivität sowohl im Kontext staatlicher Institutionen als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene greifbar bzw. vergleichbar machen soll. In den vorangegangenen Abschnitten wurde hierfür auf verschiedene Indikatoren und Befragungsdaten zurückgegriffen. Neu gegenüber dem Vorgängerbericht ist zum einen die Aufnahme eines Indikators zur politischen Partizipation, genauer: der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im Thüringer Landesparlament im Vergleich der Bundesländer. Es zeigt sich, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen wie auch in den restlichen ostdeutschen Bundesländern nach wie vor sehr wenig in politischen Vertretungsorganen repräsentiert sind. So mag es auf den ersten Blick kontraintuitiv scheinen, dass das Vertrauen in politische Institutionen von Menschen mit Migrationshintergrund dennoch sehr hoch ausfällt, und das Vertrauen der Bürgerinnen und

Bürger ohne Migrationshintergrund in Bundestag, Bundesregierung sowie in Stadt- und Gemeindeverwaltungen weit übersteigt.

Unter anderem weil davon auszugehen ist, dass sich mit zunehmender Aufenthaltsdauer und fortschreitender Verwurzelung auch die Ansprüche an das politische System ändern werden und die mangelhafte Repräsentation von Menschen mit Migrationshintergrund ein wesentliches demokratisches Defizit darstellt, besteht an dieser Stelle weiterer Handlungsbedarf.

Deutliche Diskrepanzen zeigen sich darüber hinaus auch mit Blick auf das Integrationsklima, das von Menschen mit Migrationshintergrund sowohl insgesamt wie in einzelnen Lebensbereichen durchweg positiver bewertet wird als von Menschen ohne Migrationshintergrund. Die Einschätzungen der Thüringerinnen und Thüringer ohne Migrationshintergrund fallen auch im Bundesvergleich als besonders negativ auf. Gründe hierfür könnten geringe Kontaktmöglichkeiten sein, die sich ihrerseits auf unterschiedliche Bevölkerungsstrukturen, insbesondere zwischen Stadt und Land, zurückführen lassen. Auch wenn die vergleichsweise wohlwollende Bewertung des Integrationsklimas durch Menschen mit Migrationshintergrund als positives Signal gedeutet werden kann, darf nicht außer Acht gelassen werden, welche sozialen Risiken eine Zunahme von Wahrnehmungsunterschieden und negativen Stimmungsbildern beim Thema Integration mit sich bringen könnten. Innovative Ideen und Konzepte zur Erleichterung von Kontakten und zur Schaffung und Gestaltung von Begegnungsräumen für demografisch diverse Zielgruppen sind daher weiterhin gefragt.

Positive Entwicklungen in der interkulturellen Öffnung, die das Kapitel hervorhebt, betreffen die hohe Hilfsbereitschaft in der Zivilgesellschaft gegenüber geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern seit Beginn des russischen Angriffskrieges sowie Initiativen wie „Weltoffenes Thüringen“, die sich als Indizien für eine wachsende Willkommenskultur interpretieren lassen.

4.2 Bekämpfung von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Integration ist ein wechselseitiger Prozess und damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ob sie gelingen kann, liegt nicht allein an staatlichen Förderstrukturen und den Menschen mit Migrationsgeschichte selbst, sondern entscheidet sich vor allem auch am gesellschaftlichen Klima, in dem sie stattfinden soll. Unbedingt notwendige Voraussetzung hierfür ist, dass feindlichen Haltungen gegenüber Zugewanderten und jeglichen Formen von Ausgrenzung, Diskriminierung und Rassismus entschieden entgegengewirkt wird. Dazu gehört, Diskriminierung nicht nur als zivilgesellschaftliches Problem und Ausdruck individueller Haltungen zu begreifen, sondern auch ihre institutionellen und strukturellen Dimensionen zu erfassen. Die Dringlichkeit dahingehender Bemühungen scheint mit Blick auf jüngste Wahlergebnisse und den starken Zulauf zu rechten, teils rechtsextremen Parteien, aber auch auf Forschungs- und Monitoringergebnisse der letzten Jahre, mehr denn je gegeben: Forscherinnen und Forscher berichten aktuell nicht nur über einen Anstieg gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bzw. rassistischer Einstellungen (Zick et al. 2023), auch diskriminierende Verhaltensweisen (ADS 2024) und rassistisch, islamophob oder antisemitisch motivierte Übergriffe und Gewalttaten haben stark zugenommen (BKA 2024). Entwicklungen wie diese haben nicht nur fatale Auswirkungen für Menschen mit Migrationsgeschichte im Land, sondern wirken sich auch auf Deutschlands Attraktivität als Einwanderungsland und dahingehende Chancen, ausländische Fachkräfte zu gewinnen, aus (Bakir 2023).

Um Ausgrenzung und Diskriminierung bekämpfen zu können, ist es wichtig, ein möglichst vollständiges Bild der entsprechenden Einstellungen und Verhaltensweisen in der Thüringer Bevölkerung zu zeichnen. Hierzu können administrative Daten zur Kriminalstatistik und zu Wahlergebnissen für rechte bzw. rechtsextreme Parteien betrachtet werden. Eine wichtige Rolle nehmen auch Umfragedaten zu verschiedenen Aspekten von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, rassistischen und ausgrenzenden Einstellungen ein. Darüber hinaus wird auch die Perspektive von Betroffenen berücksichtigt, indem Umfrageergebnisse zu Diskriminierungserfahrungen analysiert werden.

4.2.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten

Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bedrohen die Demokratie. Dies wird insbesondere zu einem Problem, wenn sich diese Einstellungen in Straftaten äußern und somit die Sicherheit von Personen bedroht ist. Das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales weist sogenannte „fremdenfeindliche Straftaten“ als Form der politisch motivierten Kriminalität aus. Im Zeitraum von 2019 bis 2023 ist die Anzahl an fremdenfeindlichen Straftaten extrem angestiegen: Während 2019 bereits 325 fremdenfeindliche Straftaten polizeibekannt wurden, hat sich die Zahl bis 2023 mehr als verdoppelt (716 Straftaten) (siehe Abbildung 4.10). Auch im Vergleich zum Zeitraum von 2014 bis 2018 bedeutet dies einen deutlichen Anstieg: 2018 lag die Anzahl der Straftaten bei 264 (DeZIM 2019 (ZIB): 50).³⁹ Der Großteil dieser Straftaten lag im Bereich politisch rechts motivierter Kriminalität (im Berichtszeitraum zwischen 91,8 % und 96,6 % der fremdenfeindlichen Straftaten).

Im Berichtszeitraum wurde die Anzahl der Straftaten auch durch den Kontext der Corona-Pandemie geprägt: Durch die Einschränkungen des öffentlichen Lebens boten sich für bestimmte Straftaten, die eher im öffentlichen Raum stattfinden, weniger Gelegenheiten – gleichzeitig könnte sich auch das Anzeigeverhalten und die Entdeckungswahrscheinlichkeit durch Lockdown-Maßnahmen verändert haben (Palmowski 2022). Während insbesondere zu Beginn der Pandemie die Straftaten eher abgenommen haben, sind die Effekte für den Verlauf der weiteren Jahre schwer abzuschätzen. Trotz dieser Einschränkungen bezüglich der Interpretierbarkeit der Daten zeigt sich eine klare Zunahme der fremdenfeindlichen Straftaten in Thüringen im Verlauf der letzten Jahre. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Statistiken von Opferberatungsstellen in Thüringen wider: Im Jahr 2023 wurden 147 Fälle rechtsmotivierter Angriffe berichtet (im Vorjahr waren es 186 Fälle), was laut der Jahresstatistik über dem jährlichen Durchschnitt von 117 Fällen seit dem Bestehen der Opferberatungsstelle 2011 liegt (ezra 2024). Für rassistische Gewalttaten wird der Verlauf damit beschrieben, dass „nach einer Eskalation in 2016 und 2017 [...] rassistische Gewalt in den letzten Jahren eine er-

³⁹ Das LKA Thüringen gibt als Einschränkung für die Interpretation von Zeitverläufen folgenden Hinweis: „Ergänzend wird mitgeteilt, dass im Berichtszeitraum (2019) eine Umstellung der IT-Systeme der polizeilichen Vorgangsbearbeitung in der Thüringer Polizei erfolgte und im Jahr 2020 die Coronapandemie Auswirkungen auf die Kriminalitätsentwicklung entfaltete.“ (Sonderauswertung LKA Thüringen 2024)

neute Verschärfung erfahren“ habe (ebd.). Die Opferberatungsstelle berichtet, dass der Landkreis Sonneberg 2023 zu einem „Hotspot“ rechtsmotivierter Gewalt wurde und sieht einen Zusammenhang zwischen dem starken Anstieg der Straftaten und den besonders hohen Zustimmungswerten für die AfD im Landkreis – in Sonneberg wurde bundesweit zum ersten Mal ein Kandidat der AfD zum Landrat gewählt. Die AfD trage zu einem gesellschaftlichen Klima bei, in dem rechte Gewalttaten normalisiert werden (ebd.). Die Zahl der politisch motivierten Straftaten und insbesondere der rechten Gewaltdelikte erreichte auch auf Bundesebene mit 60.028 erfassten Delikten den bisherigen Höchststand seit 2001, als die Statistik eingeführt wurde (Tagesspiegel 2024). Gleichermaßen berichten Opferberatungsstellen in anderen Bundesländern von einer starken Zunahme rechter, rassistischer und antisemitisch motivierter Gewalt: So meldet der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) im Jahr 2023 insgesamt 2.589 Angriffe, was etwa 20 % mehr als im Vorjahr ist (ebd.).

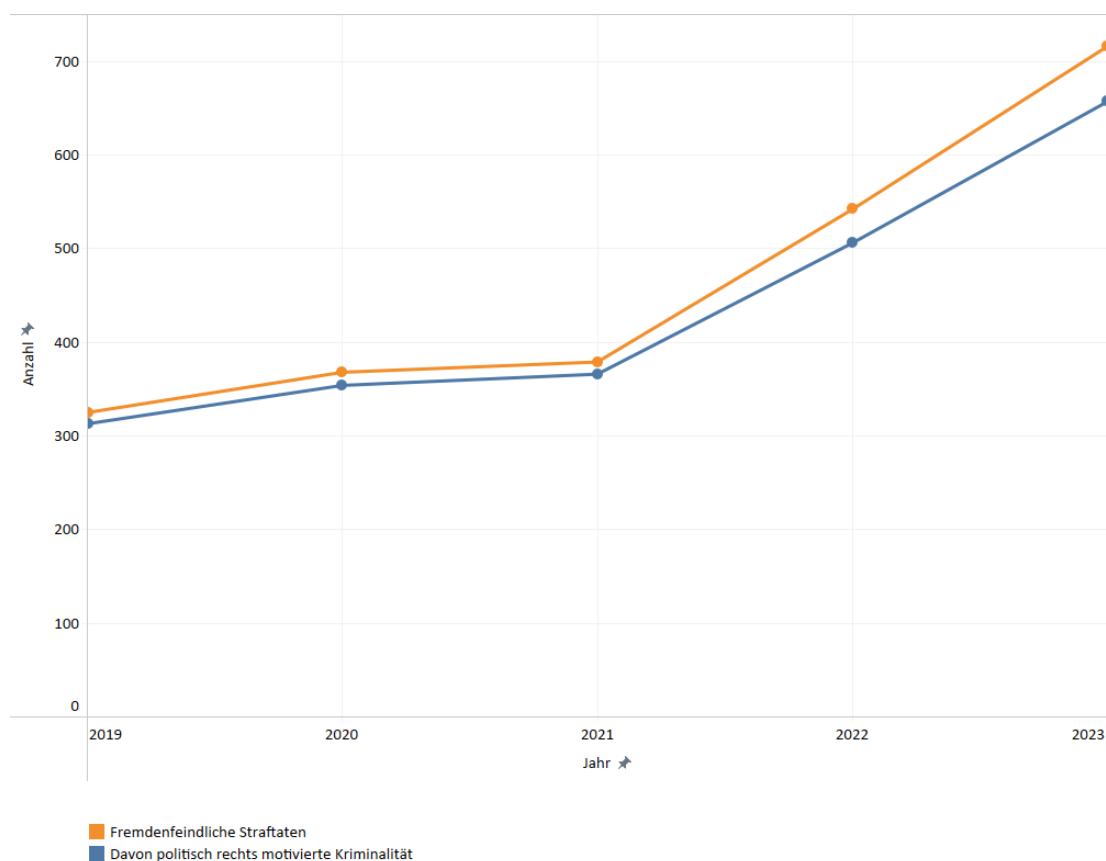


Abbildung 4.10: Fallzahlen fremdenfeindlicher Straftaten und davon politisch rechts motivierte Kriminalität in Thüringen, 2019-2023
Eigene Darstellung nach Landeskriminalamt Thüringen 2024 (Sonderauswertung)

Ein genauerer Blick auf verschiedene Arten von Straftaten – also über als fremdenfeindlich gezählte Straftaten hinaus – nach Opfergruppen zeigt, in welchem Ausmaß Ausländerinnen und Ausländer von den jeweiligen Straftaten betroffen sind. In der polizeilichen Kriminalstatistik werden die versuchten und vollendeten Straftaten nach Staatsangehörigkeit der Opfer aufgeführt. Wie bereits im Vorgängerbericht beschrieben, sind auch hier methodische Einschränkungen zu beachten: So geben die Daten lediglich Auskunft darüber, welche Staatsangehörigkeit die Opfer zum Zeitpunkt der Tat hatten, Personen mit Migrationshintergrund werden nicht berücksichtigt (DeZIM 2019 (ZIB): 51). Außerdem können nur Straftaten analysiert werden, die polizeibekannt sind und bei denen es ein identifiziertes Opfer und somit auch Informationen über dessen Staatsangehörigkeit gibt. Es ist auch nicht bekannt, welche Staatsangehörigkeit die Täterinnen und Täter besitzen und was die (politischen) Motive der jeweiligen Straftaten sind.

Im Berichtszeitraum stieg die absolute Anzahl der versuchten und vollendeten Straftaten (ausgewählte Straftaten in Thüringen, siehe Abbildung 4.11) insgesamt von 20.532 im Jahr 2019 auf 28.239 im Jahr 2023. Der Anteil der ausländischen Opfer an allen Opfern lag 2019 bei 14,1 %, sank in den darauffolgenden Jahren leicht (tiefster Stand 2021: 12,2 %), um 2023 wieder auf 15,2 % zu steigen.⁴⁰ Dieser Anteil liegt deutlich über dem entsprechenden Bevölkerungsanteil, der 2023 bei 8,3 % lag (TLS 2024c), somit werden Ausländerinnen und Ausländer überproportional häufig Opfer von Straftaten. Wie bereits im Vorgängerbericht beschrieben, fallen die meisten der untersuchten Straftaten für alle Opfergruppen in die Kategorie Körperverletzung (DeZIM 2019 (ZIB): 53). Bei der Körperverletzung zeigt sich im Vergleich zum Vorgängerbericht ein leichter Rückgang des Anteils von Personen aus Hauptfluchtländern, die dennoch mit zwischen 6,9 % und 8,4 % Anteil an allen Opfern im Vergleich zu den anderen ausländischen Herkunftsgruppen am häufigsten Opfer von Körperverletzung werden. Auch von Straftaten gegen die persönliche Freiheit und Raub und räuberischer Erpressung sind sie häufiger als andere Herkunftsgruppen betroffen. Eine mögliche Erklärung für diesen Befund ist, dass Personen aus den Hauptfluchtländern insbesondere, wenn sie erst kürzlich nach Deutschland geflohen sind, häufig in Gemeinschaftsunterkünften leben (siehe auch Kapitel 4.7), wo soziale Konflikte durch die unsicheren Lebensbedingungen begünstigt werden und die Bewohnerinnen und Bewohner potenziell Gewalt ausgesetzt sind (Flüchtlingsrat Thüringen 2020). Auch der Anstieg fremdenfeindlicher Straftaten (siehe Abbildung 4.10) ist eine mögliche Erklärung für die überdurchschnittliche

⁴⁰ Daten nicht in Abbildung dargestellt. Quelle siehe Abbildung 4.11.

Betroffenheit von den genannten Straftaten bei ausländischen Opfern. Über die genauen Motive lässt sich jedoch anhand der vorliegenden Daten nur spekulieren. Bei der Interpretation der Daten zu Totschlag gilt zu beachten, dass die Fallzahlen sehr gering sind und somit Schlussfolgerungen über die Herkunftsländer der Opfergruppen nur sehr eingeschränkt möglich sind.

Auch die Neigung zu rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Parteien kann als Indikator für Ausgrenzungstendenzen gewertet werden, da eine Ablehnung von Migration sowie das Verfolgen nationalistischer Interessen und von Ideologien der Ungleichheit meist zentrale Elemente der Parteiprogramme rechter Parteien sind (BpB 2018). Der Thüringer Landesverband der AfD wird durch das Thüringer Amt für Verfassungsschutz seit März 2021 als „erwiesen extremistisch“ eingestuft, unter anderem weil Aussagen von führenden Vertretern der Partei „den zentralen Würdeanspruch des Menschen“ relativieren und sich die Inhalte des Parteiprogramms gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten (MDR 2024).

Bei den Landtagswahlen 2019 erzielte die AfD einen Stimmenanteil von 22,0 % und belegte somit den dritten Platz (TLS 2019). Zuletzt konnte die AfD zunehmende Wahlerfolge verzeichnen: Bei der Europawahl im Juni 2024 stimmten 30,7 % der Wählerinnen und Wähler für die AfD und wurde damit drittstärkste Fraktion (TLS 2024g). Im Vergleich zur letzten Europawahl 2019 bedeutet dies einen Zugewinn von 8,2 Prozentpunkten. Auch bei den Kommunalwahlen konnte die AfD deutliche Zugewinne machen, auch wenn diese insgesamt etwas weniger durchschlagend waren als bei der Europawahl (TLS 2024h).

Neben administrativen Daten zu Wahlergebnissen stehen auch Umfragedaten zur Neigung zu Parteien bzw. zur sogenannten Sonntagsfrage („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Landtagswahl wäre?“) zur Verfügung. In einer repräsentativen Studie aus dem Juni 2024 wurde die AfD mit 28 % ebenfalls stärkste Kraft (infratest dimap 2024).⁴¹ Diese zum Zeitpunkt der Berichterstellung aktuellen Daten liegen unterhalb der Ergebnisse aus einer Studie der Friedrich Ebert Stiftung aus dem Herbst 2023,⁴² bei der 34,7 % der Befragten antworteten, dass sie sich vorstellen könnten, bei der Landtagswahl 2024 die AfD zu wählen (Frydryszek & Merten 2024: 8). Unter den 18-29-Jährigen lag der Anteil bei 47,5 % (ebd.:9).

⁴¹ Stichprobengröße 1.172 Personen, Befragungszeitraum 13.06.2024-16.06.2024.

⁴² Stichprobengröße 1.500 Personen, Befragungszeitraum 2.10.2023-9.11.2023.

4.2.2 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten

Thüringen-Monitor

Negative Einstellungsmuster wie Stereotype und Vorurteile können die Wahrnehmung von gesellschaftlichen Gruppen, den sozialen Zusammenhalt und letztendlich das Verhalten gegenüber vermeintlich „Anderen“ beeinflussen (Zick 2023). Negative Einstellungen führen nicht zwingend zu diskriminierendem Verhalten, sie machen es aber wahrscheinlicher (Ajzen & Fishbein 2018) und können für die betroffenen Gruppen gravierende Auswirkungen haben. Die Einstellungen der wahlberechtigten Thüringer Bevölkerung werden jährlich im Rahmen des Thüringen-Monitors untersucht. Für einen detaillierteren Einblick zu relevanten Einstellungsmustern werden in diesem Bericht beispielhaft Zustimmungswerte im Zeitverlauf beschrieben.

Die Zustimmung zu drei ausgewählten Aussagen wird im Jahresverlauf in Abbildung 4.12 dargestellt: 2019 stimmten 44,8 % der Aussage zu, dass Ausländerinnen und Ausländer nach Deutschland kommen, um den Sozialstaat auszunutzen, der Anteil ist im Lauf der letzten Jahre etwas gesunken und lag 2022 bei 40,8 %. Im Vergleich zum Zeitraum 2008 bis 2018, der im Vorgängerbericht beschrieben wird (DeZIM 2019 (ZIB): 55), in dem die Zustimmung Schwankungen unterlag, war der Anteil in den Jahren 2019 bis 2022 auf konstant hohem Niveau. In der aktuellen Befragung von 2023 stieg der Anteil wieder deutlich auf 50 % (Reiser et al. 2024).⁴⁴

Die Aussage, dass die meisten Musliminnen und Muslime das Grundgesetz akzeptieren, stieß im Jahr 2019 bei 45,2 % der Befragten auf Ablehnung, dieser Anteil blieb im Berichtszeitraum ebenfalls relativ konstant auf diesem Niveau. In den aktuellen Daten von 2023 zeigt sich eine Verschärfung dieser Ablehnung: Etwa 53 % und somit mehr als die Hälfte der Befragten lehnte die Aussage ab (ebd., siehe Fußnote 44).

Betrachtet man Zustimmungswerte für die Aussage, dass „Juden etwas Besonderes an sich haben und nicht zu uns passen“ zeigt sich ein auffallend hoher Wert im Jahr 2019 (15,9 %), der aber in den darauffolgenden Jahren wieder abnahm (2022: 5,8 %). Im Thüringen-Monitor 2023 wird berichtet, dass der oben genannten Aussage 5 % zustimmen, was einen – im Vergleich zu den Vorjahren – eher niedrigen Wert bedeutet (ebd., siehe Fußnote 44). Ein

Dieser Anteil setzt sich wie folgt zusammen: 7,7 % der Opfer stammten aus den Hauptfluchtländern, 4,5 % aus den EU-Ost-Ländern, 3,6 % aus der ehemaligen Sowjetunion, 0,5 % aus EU-West, 3,7 % aus der übrigen Welt; bei 0,7 % war die Staatsangehörigkeit unklar oder ohne Angabe.

⁴⁴ Die Rohdaten von 2023 standen zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht zur Verfügung und sind daher nicht in der Abbildung 4.12 enthalten.

anderes Bild zeigt sich jedoch bei der Zustimmung zu israelbezogenem Antisemitismus: So stieg die Zustimmung zu der Aussage „Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat“ im Jahr 2023 auf 19 % und somit um sieben Prozentpunkte im Vergleich zum Vorjahr (ebd.).

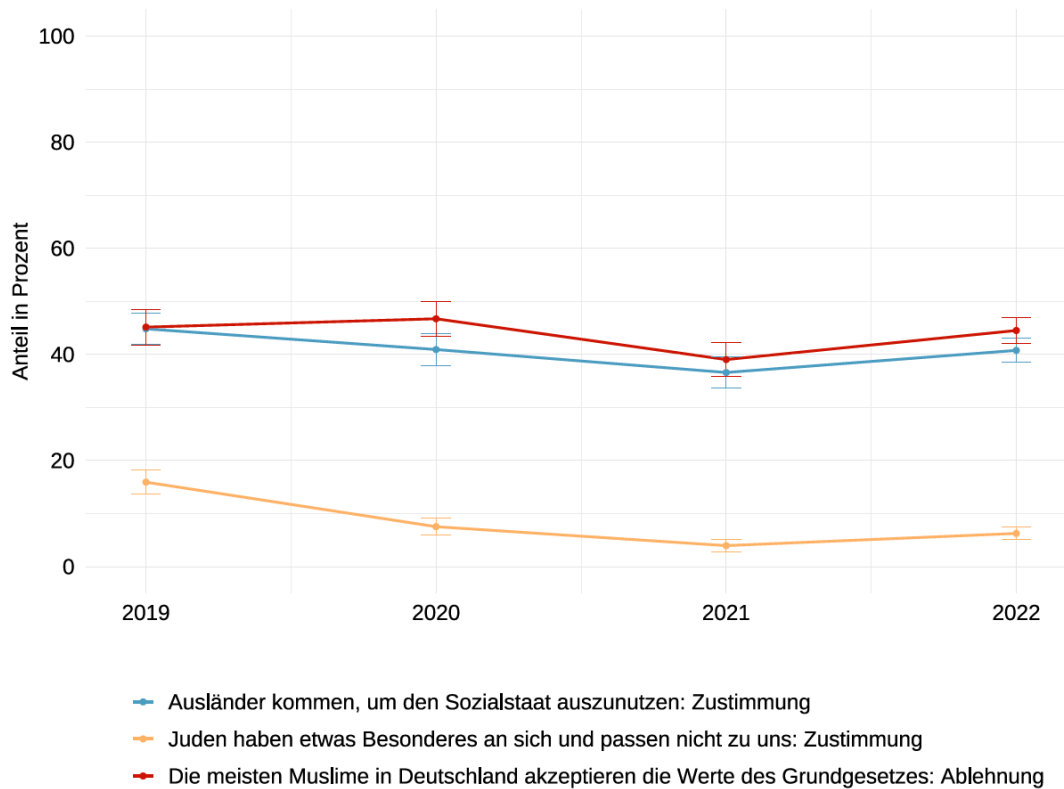


Abbildung 4.12: Einstellungen zu bestimmten Bevölkerungsgruppen in Thüringen

Anmerkung: Anteil der Personen, die der jeweiligen Aussage „voll und ganz“ oder „überwiegend“ zustimmen. Gewichtete Daten.
Eigene Berechnung und Darstellung nach Thüringen-Monitor 2023

Um einen Überblick über weitere Einstellungsmuster im Zeitverlauf zu erhalten, werden beispielhafte Aussagen für die Themenfelder Antiziganismus, Etabliertenvorrechte, negative Einstellungen gegenüber Asylbewerberinnen und Asylbewerbern, Einstellungen zu Asyl und Integration sowie zur Erfassung von Rassismus in

Tabelle 4.1 dargestellt. Die Zustimmungswerte sind insgesamt auf einem konstant hohen Niveau geblieben, haben sich jedoch für die meisten der Aussagen im Berichtszeitraum nicht signifikant erhöht. 2021 stimmten 41,9 % der Befragten der Aussage zu, dass „die Bundesrepublik in gefährlichem Maße überfremdet“ sei, was einen Rückgang im Vergleich zu den Vorjahren

bedeutet – im Jahr 2022 stieg der Wert jedoch wieder auf 47,0 % an, der aktuelle Thüringen-Monitor von 2023 zeigt, dass der Wert zuletzt sogar bei 58 % lag. Auffällig ist auch der Zustimmungswert von 42,5 % im Jahr 2021 zu der Aussage, dass „die meisten Asylbewerber nicht wirklich befürchten, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden – in den Jahren 2015 bis 2020 lag der Wert stets deutlich über 50 %. Eine mögliche Erklärung für den vergleichsweise niedrigen Wert ist das reduzierte Migrationsgeschehen während der Pandemie. Für genauere Erklärungen dazu, wie sich die jeweiligen Einstellungsmuster im Verlauf der Jahre entwickelt haben, wären jedoch tiefergehende Analysen – beispielsweise auch zu Zusammenhängen mit soziodemografischen und strukturellen Kontextfaktoren nötig. Um diese Einstellungsmuster in Thüringen besser einordnen zu können, kann ein Vergleich mit anderen Bundesländern herangezogen werden. So zeigt Abbildung 4.13 Zustimmungswerte zu der auch im Thüringen-Monitor abgefragten Aussage, dass „die Ausländer nur hierher kommen, um den Sozialstaat auszunutzen“, die im Rahmen der Leipziger Autoritarismus Studie auch in anderen Bundesländern untersucht wurde (Decker et al. 2023). In Thüringen lag die manifeste Zustimmung bei 45,8 %, die latente Zustimmung bei 25,8 % (siehe Fußnote 46). Diese Werte liegen sowohl über dem bundesdeutschen Durchschnitt als auch über den Werten der anderen ostdeutschen Bundesländer (ebd.).

Die Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Vergleichsanalyse ostdeutscher Bundesländer des Else Frenkel-Brunswik Instituts aus dem Jahr 2023 (Stichprobengröße 3.546) werden in Bezug auf die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen für Thüringen wie folgt eingeordnet (Salheiser 2023: 40): In Thüringen werden im Vergleich zwischen den ostdeutschen Bundesländern relativ hohe Zustimmungswerte zu fremdenfeindlichen Einstellungen gemessen (30,6 % Zustimmung). Zum Vergleich: In den ostdeutschen Bundesländern insgesamt lag die Zustimmung im Schnitt bei 27,9 %, in den westdeutschen Bundesländern bei 12,6 % (ebd: 40). Auffallend sei außerdem eine erhöhte Zustimmung zum „klassischen Antisemitismus“ (Thüringen: 8 %, ostdeutsche Bundesländer: 5,6 %, westdeutsche Bundesländer: 3,3 %). Auch die Zustimmung zum sogenannten sekundären Antisemitismus⁴⁵ (48,6 %), dem israelbezogenen Antisemitismus (25,5 %) und zu antimuslimischen Aussagen (48,9 %) (ebd.: 40). Auch wenn Befragungsdaten nicht ohne methodische Einschränkungen sind, zeigt sich: rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungsmuster sind kein rein ostdeutsches Problem, sind

⁴⁵ Der sekundäre oder „Post-Shoah-Antisemitismus“ meint eine Form des Antisemitismus, die der Erinnerungs- oder Schuldabwehr dient und darauf abzielt, die Folgen des nationalsozialistischen Judenmords in einer Täter-Opfer-Umkehr zu verdrehen (bpb 2020).

aber in den ostdeutschen Bundesländern und insbesondere in Thüringen besonders stark ausgeprägt.

Tabelle 4.1: Zustimmungswerte für ausgewählte Aussagen

Antiziganismus

„Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Wohngegend aufhalten“
(Fallzahlen zwischen 950 und 1.040 je nach Jahr)

2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
34,7 %	37,4 %	39,2 %				39,7 %	27,7 %			

Etabliertenvorrechte

„Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind.“
(Fallzahlen zwischen 985 und 1.076 je nach Jahr)

2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
		28,0 %	26,9 %		32,1 %		35,7 %			

Negative Einstellungen über Asylbewerberinnen und Asylbewerber

„Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden“ (Fallzahlen zwischen 791 und 875 je nach Jahr)

2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
		55,3 %	56,2 %	54,4 %	58,3 %	57,3 %	53,8 %	42,5 %		

Einstellungen zu Asyl und Integration

„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“
(Fallzahlen zwischen 967 und 1.826 je nach Jahr)

2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
42,3 %	47,5 %	51,5 %	51,9 %	53,3 %	58,2 %	55,6 %	44,4 %	41,9 %	47,0 %	58 %

Erfassung von Rassismus

„Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt“ (Fallzahlen zwischen 975 und 1069 je nach Jahr)

2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
		13,0 %				18,7 %	16,8 %			

Anmerkung: Anteil der Personen, die der jeweiligen Aussage „voll und ganz“ oder „überwiegend“ zustimmen. Gewichtete Daten.

Eigene Berechnung und Darstellung nach Thüringen-Monitor 2023

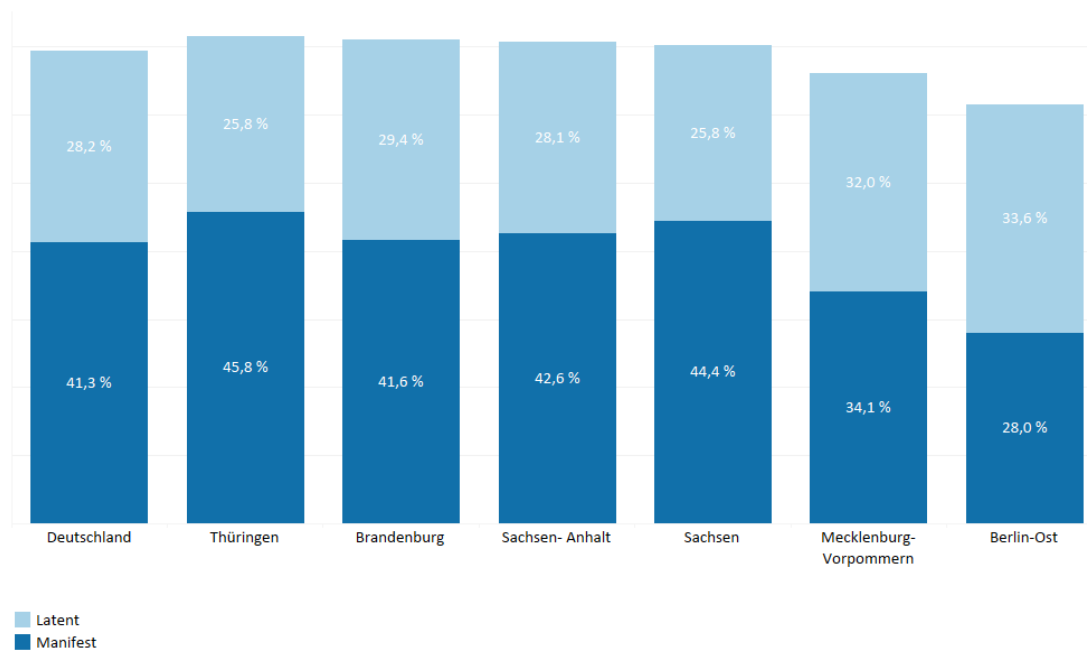


Abbildung 4.13: Manifeste und latente Zustimmung⁴⁶ zur Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ nach Bundesländern (in %) im Jahr 2022
Eigene Darstellung nach Decker et al. 2023

Integrationsbarometer

Um sich dem Einfluss von diskriminierenden Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft auf tatsächliche Ausgrenzungserfahrungen anzunähern, muss die Perspektive der Betroffenen berücksichtigt werden. Hierzu gibt es nur sehr wenige Daten, die Diskriminierung objektiv nachweisen können. Jedoch kann auf Befragungsdaten zurückgegriffen werden, die das subjektive Erleben von Benachteiligung erfassen. Das Integrationsbarometer gibt Auskunft über die Benachteiligungserfahrungen von Personen mit Migrationshintergrund in den jeweiligen Bundesländern. Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Herkunft können den Erfolg der Integration in anderen Bereichen beeinträchtigen (Integrationsmonitoring der Länder 2023). Wie in Abbildung 4.14 erkennbar ist, berichteten 13,1 % der Befragten in Thüringen, dass sie in den vergangenen fünf Jahren „sehr stark“ oder „eher stark“ aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt wurden. Dieser Wert ist etwas geringer als in den anderen ostdeutschen (15,6 %) und ähnlich hoch wie in den westdeutschen Bundesländern (12,5 %). Andererseits liegt jedoch der Anteil der der Personen mit

⁴⁶ Manifeste Zustimmung: „Stimme voll und ganz zu“ und „Stimme überwiegend zu“, latente Zustimmung: „Stimme teils zu, teils nicht zu“, Ablehnung: „Lehne überwiegend ab“ und „Lehne völlig ab“.

Migrationshintergrund, die im Jahr 2022 berichten, dass sie gar nicht aufgrund von ihrer Herkunft benachteiligt wurden, in Thüringen mit 59,2 % etwas niedriger als in den anderen ostdeutschen (65,9 %) und in den westdeutschen Bundesländern (66,2 %).

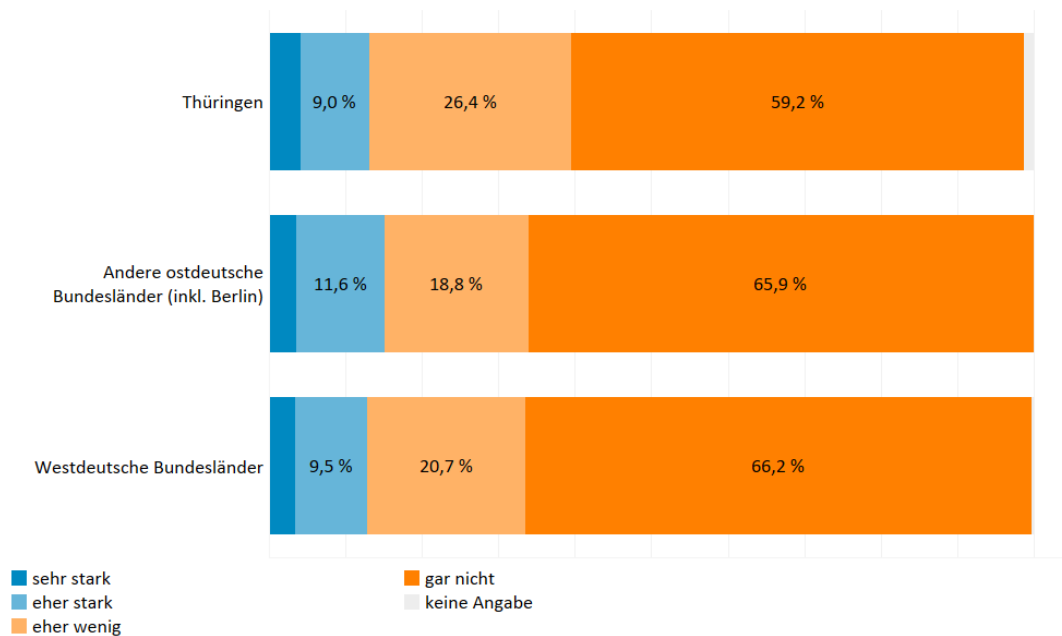


Abbildung 4.14: Erfahrungen von Personen mit Migrationshintergrund, in den vergangenen fünf Jahren aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein in Thüringen im Jahr 2022

Quelle: SVR-Integrationsbarometer. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach RWI 2024 (Sonderauswertung)

IAB-BAMF-SOEP Befragung

In der IAB-BAMF-SOEP-Studie wurden Geflüchtete über mehrere Jahre hinweg danach gefragt, wie häufig sie in Deutschland aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt wurden. Die Ergebnisse zeigen hier einen signifikanten Ost-West-Unterschied (Abbildung 4.15): Während für die Jahre 2016-2021 in den westdeutschen Bundesländern durchschnittlich 6,9 % der Befragten berichteten, dass sie „oft“ Benachteiligung erlebt haben, waren es in den ostdeutschen Bundesländern (ohne Thüringen) 12,9 %. In Thüringen lag der Anteil noch höher bei 20,5 % – allerdings ist der Unterschied zu den anderen ostdeutschen Bundesländern nicht statistisch signifikant. Die Konfidenzintervalle sind für Thüringen sehr groß, was an einer relativ kleinen Stichprobengröße liegt. Für ein besseres Verständnis davon, wie groß die Unterschiede in der Häufigkeit im Vergleich zu anderen Bundesländern sind, in welchen

Lebensbereichen die Diskriminierung erlebt wurde,⁴⁷ welche Personen besonders stark betroffen sind und wie genau sich die Diskriminierung äußert, wären weitere Daten und Analysen nötig.

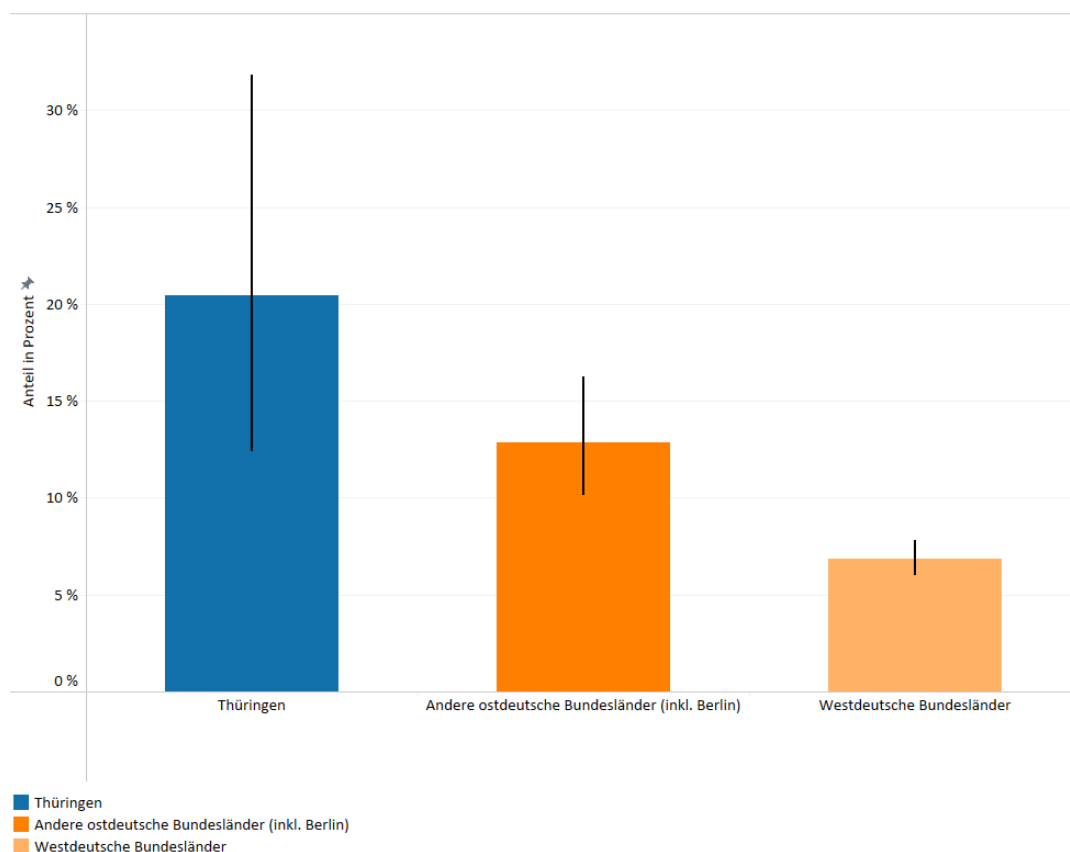


Abbildung 4.15: Häufigkeit der Benachteiligung aufgrund von Herkunft (Durchschnitt 2016-2021)

Anmerkung: Hier dargestellt ist der Anteil der Befragten, die als Antwort „oft“ angaben. Die beiden anderen Antwortmöglichkeiten („selten“ und „nie“) sind nicht abgebildet. Stichprobengröße: 8.441 (westdeutsche Bundesländer), 1.698 (andere ostdeutsche Bundesländer inkl. Berlin), 214 (Thüringen).

Quelle: SOEP v38. Eigene Berechnung und Darstellung nach DIW 2024 (Sonderauswertung)

⁴⁷ In der Studie wurden Benachteiligungserfahrungen auch detaillierter für einzelne Lebensbereiche (Wohnungssuche, Arbeitssuche, Alltag) erfragt, für Thüringen lagen aber jeweils keine ausreichenden aktuellen Daten für eine tiefere Analyse vor.

4.2.3 *Zwischenfazit zur Bekämpfung von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*

In Thüringen sind Einstellungen, die dem Spektrum der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zuzuordnen sind, verbreitet. Negative Einstellungen gegenüber Migrantinnen und Migranten, Musliminnen und Muslimen und antisemitische Einstellungen lagen in den vergangenen Jahren laut Umfragedaten auf einem konstant hohen Niveau und sind teilweise angestiegen. Zu den Umfragedaten muss einschränkend festgestellt werden, dass die Zustimmungswerte zu einzelnen Aussagen nicht immer über viele Jahre hinweg verfügbar und nicht frei von methodischen Einschränkungen sind – insbesondere bei politischen Einstellungen kann beispielsweise die soziale Erwünschtheit die Ergebnisse verzerren. Dennoch zeigt der Vergleich mit anderen Bundesländern: Das Phänomen weit verbreiteter ausgrenzender bzw. rassistischer Einstellungsmuster beschränkt sich nicht auf Thüringen – jedoch ist es hier besonders ausgeprägt. Dies äußert sich auch in zunehmenden Wahlerfolgen der vom Landesverfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingeschätzten Partei „Alternative für Deutschland“.

Negative Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten und eine Neigung zu rechten Parteien äußern sich nicht zwingend im Verhalten. Jedoch sticht die starke Zunahme rechter Gewalt in den vergangenen Jahren ins Auge. Opferberatungsstellen vermuten Zusammenhänge zwischen lokalen Schwerpunkten rechtsmotivierter Gewalt und der Verschiebung von gesellschaftlichen Normen durch die AfD.

Darüber hinaus sind Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit überproportional häufig von Straftaten wie Körperverletzung betroffen. Auch wenn anhand der vorliegenden, rein administrativen Datengrundlage nicht klar ist, ob es sich um politisch motivierte Straftaten handelt, ist dieser Befund in jedem Fall problematisch. Wie Betroffene die Situation selbst erleben, ist anhand der Ergebnisse nur teilweise ablesbar und sollte in zukünftigen Berichten noch genauer beleuchtet werden.

Außerdem sollten intersektionale Diskriminierungseffekte, also das Zusammenwirken verschiedener diskriminierungsrelevanter Merkmale (u. a. Geschlecht, Alter, Behinderung, sozialer Status, Herkunftsgruppen im Einzelnen) für verschiedene Lebensbereiche (Arbeit, Bildung, Wohnen, Alltag) noch mehr in den Fokus genommen werden, um ein umfassenderes Verständnis von Diskriminierungserfahrungen in Thüringen zu erlangen.

Es zeigt sich jedoch: Um Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen zu bekämpfen, muss

seitens der Politik noch mehr unternommen werden, sodass sich alle Thüringerinnen und Thüringer – auch diejenigen, die in den Freistaat zuwandern – willkommen und vor allem sicher fühlen.

4.3 Sprache

Sprache gilt als Schlüssel zur Integration, da sie die Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe schafft und für beinahe alle Lebensbereiche relevant ist. Als Kommunikationsmittel stellt sie die zentrale Voraussetzung für gesellschaftlichen Austausch, den Aufbau sozialer Kontakte und Zugänge zu wichtigen Infrastrukturen des öffentlichen Lebens und der Daseinsvorsorge, – beispielsweise dem Sozial- und Gesundheitssystem, dem Wohnungsmarkt oder auch Möglichkeiten politischer Partizipation – dar. Gute Deutschkenntnisse wirken sich vor allem auch positiv auf den (Weiter-)Bildungserfolg aus und stehen im Zusammenhang mit den individuellen Chancen am Arbeitsmarkt bzw. mit den Zugangsmöglichkeiten zu qualifikationsadäquater Beschäftigung. Sie sind mit ausschlaggebend für die soziale (Aufwärts-)Mobilität (Knoll 2020). Für die persönliche Entwicklung ist die Sprache ebenfalls unerlässlich, da sie ein selbstständiges Handeln ermöglicht. Da Deutschkenntnisse von Eingewanderten oft als Maßstab für Integrationsbemühungen herangezogen kommt werden, kommt ihnen eine besondere Bedeutung zu (Bernhard et al. 2021). Weil die deutsche Sprache bzw. Deutschkenntnisse in so engem Zusammenhang mit sozialer Teilhabe steht, spielt Deutschvermittlung eine entscheidende Rolle bei der Integrationsförderung.

4.3.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten

Um Aussagen über den Prozess des Spracherwerbs in Thüringen treffen zu können, dienen Daten zu Sprachkursen als zentraler Indikator. Wie umfangreich ist das Angebot an Sprachkursen im Bundesland? Wer nimmt an den Sprachkursen teil und wie groß ist der Anteil derjenigen, die einen Sprachkurs erfolgreich abschließen?

Drei administrative Datenquellen werden zur Beantwortung dieser Fragen in diesem Bericht herangezogen: Erstens veröffentlicht das BAMF in der sogenannten „Integrationskursgeschäftsstatistik“ Daten zu den **Integrationskursen**.⁴⁸ Integrationskurse bestehen aus einem Sprach- und einem Orientierungskurs (BAMF 2024b). Der Sprachkurs umfasst 600 Unterrichtseinheiten

⁴⁸ Zum Zeitpunkt der Visualisierung und Aufbereitung der Daten zu Integrationskursen in Thüringen lagen diese ausschließlich bis zum Jahr 2022 vor. Das BAMF veröffentlichte zwar am 03.07.2024 die Daten für das Jahr 2023, allerdings konnten diese in der Kürze der Zeit nicht für den vorliegenden Bericht auf Landesebene aufbereitet werden. Es wird lediglich bei den bundesweiten Wartezeiten auf Integrationskurse auf die aktuellen Daten für das Jahr 2023 Bezug genommen (BAMF 2024a).

(UE) und zielt darauf ab, den Teilnehmenden Deutschkenntnisse auf Niveau B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) zu vermitteln. Der Orientierungskurs umfasst 100 UE und behandelt Themen wie Rechtsordnung, Geschichte, Kultur, Werte und Normen in Deutschland. Integrationskurse stehen sowohl Personen offen, die für eine Beschäftigung oder im Rahmen eines Familiennachzugs eingewandert sind, als auch Geflüchteten mit einer Aufenthaltserlaubnis (§ 44 AufenthG). Reichen die Kapazitäten der Integrationskurse aus, kann das BAMF die Teilnahme auch Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern, Geduldeten oder Personen, die sich noch im Asylverfahren befinden und eine gute Bleibeperspektive haben, ermöglichen. Neben den allgemeinen Integrationskursen gibt es spezielle Kurse für Frauen, Eltern oder Jugendliche sowie Kurse für Analphabetinnen und Analphabeten oder Personen mit besonderem Förderbedarf. Vermehrte digitale Lernangebote und Online-Kurse sollen die Teilnahme erleichtern und flexibler gestalten.

Zweitens veröffentlicht das BAMF Statistiken zu den „**Berufssprachkursen**“ (BSK). Die Berufssprachkurse bauen auf den Integrationskursen auf und dienen der Vorbereitung auf die Arbeitswelt (BAMF 2024c). Der Basiskurs bietet die Grundstruktur der BSK und wird für die Niveaustufen B1 auf B2, B2 auf C1 und C1 auf C2 nach dem GER angeboten. Zusätzlich gibt es Spezialkurse für bestimmte Berufsgruppen oder für Personen, die das Sprachniveau B1 nach Abschluss des Integrationskurses nicht erreichen konnten. Als letzte Neuerung im Bereich der Berufssprachkurse wurde im Februar 2024 der sogenannte „Job-BSK“, ein berufsbegleitendes Sprachkursangebot, eingeführt (BAMF 2024d). Hierzu liegen allerdings noch keine Daten vor.

Drittens fördert das Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV) das **Landesprogramm „Start Deutsch“** und stellt ein gezieltes, thüringenweites Angebot für diejenigen, die mangels Berechtigung oder aufgrund langer Wartezeiten keinen Zugang zum Integrationskurs haben, zur Verfügung. Es gibt sowohl Alphabetisierungskurse als auch Sprachkurse bis zum Niveau B1 und bei Bedarf sogar bis B2 (VHS 2024).

Weitere Sprachkursangebote wie beispielsweise das Landesprogramm „Start Bildung“ werden im Rahmen des vorliegenden Berichts nicht vorgestellt, weil dazu größtenteils keine Daten vorliegen. In den Analysen zum Bildungsbereich werden Daten zum Berufsvorbereitungsjahr Sprache (BVJ-S) dargestellt (siehe Kapitel 4.4).

Einschränkend ist darauf hinzuweisen, dass es anhand von Daten aus den drei Quellen schwer zu beurteilen ist, ob der Bedarf an Sprachförderung durch das bestehende Angebot an Kursen gedeckt werden kann. In einer Umfrage unter Geflüchteten aus der Ukraine in Thüringen wurden Sprachkurse

als der dringendste Bedarf identifiziert (Sereda et al. 2022: 12). Dass die Bedarfe nicht immer zeitnah gedeckt werden können, zeigt ein Blick auf die Entwicklung der Wartezeiten auf Integrationskurse bundesweit, wonach die Wartezeit auf einen Integrationskurs für neue Integrationskursteilnehmende von 2021 auf 2023 im bundesweiten Median nach einem Abschwung auf 4 Wochen (2022) von 6,2 auf 7,3 Wochen angestiegen ist (BAMF 2024a).

Die Auswertung der vorhandenen Daten zeigt: Neben 372 Integrationskursen des BAMF starteten im Jahr 2022 im Freistaat Thüringen 107 Kurse des Landesprogramms „Start Deutsch“, darunter 47 Kurse für A1-Niveau, 21 A2-Kurse, 11 B1-Kurse und 28 Alphabetisierungskurse.⁴⁹ An den 372 Integrationskursen nahmen im Jahr 2022 insgesamt 7.270 Personen teil (BAMF 2022), pro Kurs ergibt sich daraus eine Teilnehmendenzahl von durchschnittlich 19,5 Personen. Im Jahr 2018 waren es im Durchschnitt noch 15,4 Teilnehmende pro Integrationskurs, denn es nahmen 3.563 Personen an 231 Integrationskursen teil (DeZIM 2019 (ZIB): 58). Am Landesprogramm „Start Deutsch“ nahmen 2022 1.672 Personen teil (Thüringer Volkshochschulverband e. V., Teilnahmestatistik des Landesprogramms „Start Deutsch“, Sonderauswertung), was einen Durchschnitt von 15,6 Personen pro Kurs ergibt. Die Zahl der Teilnehmenden pro Kurs ist leicht gesunken: Im Jahr 2018 hatten 1.672 Personen an den 100 „Start Deutsch“-Kursen und somit 16,7 Personen pro Kurs teilgenommen (DeZIM 2019 (ZIB): 58).

Mit Blick auf die Verteilung der Kurse nach Landkreisen und kreisfreien Städten im Jahr 2022 zeigt sich, dass die meisten Kurse dort angeboten werden, wo auch die meisten Geflüchteten leben, nämlich in den kreisfreien Städten Erfurt, Gera und Jena (Abbildung 4.16). In Gera steht das Angebot zwar nicht proportional zur Anzahl der dort lebenden Geflüchteten, aber für die meisten anderen Landkreise und kreisfreien Städte verteilt sich das Sprachkursangebot relativ verhältnismäßig zur Anzahl der dort lebenden Geflüchteten. Die wenigsten Kurse starteten im Saale-Orla-Kreis und in Hildburghausen 2022 mit nur sieben Kursen, im Saale-Holzland-Kreis wurde im Gegensatz zum Jahr 2018 im Jahr 2022 sogar gar kein neues Kursangebot aufgelegt (DeZIM 2019 (ZIB): 59).

Insgesamt deckt die Darstellung, wie einleitend beschrieben, nur einen Teil der angebotenen Sprachkurse ab. Außerdem kann der Bedarf der Zielgruppe der Sprachangebote nur annäherungsweise über die Anzahl der Personen

⁴⁹ Im Landesprogramm „Start Deutsch“ wird nicht zwischen einem Alphabetisierungskurs und einem Zweitschriftlerner-Kurs unterschieden, beide Zielgruppen besuchen einen sogenannten „Alpha-Kurs“.

mit bestimmten humanitären Aufenthaltstiteln (siehe Fußnote 50) in den jeweiligen Landkreisen geschätzt werden. Es ist zu beachten, dass auch Personen mit anderen Aufenthaltstiteln oder jene, die sich im Anerkennungsverfahren für einen Aufenthalt bewerben, Deutschkursbedarfe haben. Die in der Grafik gegenübergestellten Zahlen sind also keine vollständige Darstellung, geben jedoch einen ersten Eindruck vom Verhältnis von Angebot und Bedarf an Sprachkursen im Bundesland.

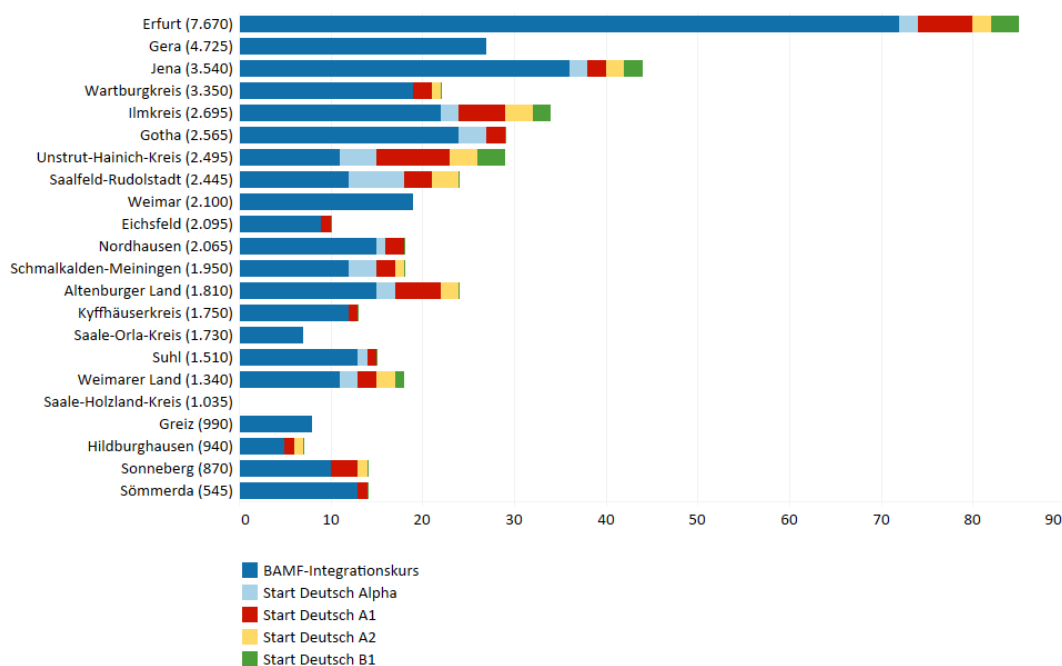


Abbildung 4.16: Anzahl der im Jahr 2022 in Thüringen begonnenen Integrationskurse des BAMF und Sprachkurse des Landesprogramms „Start Deutsch“ nach Landkreisen und kreisfreien Städten (angeordnet nach der Zahl der dort lebenden Geflüchteten⁵⁰)

Eigene Darstellung nach Thüringer Volkshochschulverband e. V., Teilnehmerstatistik des Landesprogramms „Start Deutsch“ (Sonderauswertung); BAMF 2024a; Statistisches Bundesamt 2023c

⁵⁰ Unter „dort lebende Geflüchtete“ sind Personen zu verstehen, die mit einem völkerrechtlich, humanitär oder politisch begründetem Aufenthaltstitel, einer Aufenthaltsgestattung oder einer Duldung in einem der Landkreise oder kreisfreien Städte zum 31.12.2022 ihren Wohnsitz hatten. In Erfurt trifft dies z. B. auf 7.670 Personen zu. Personen in laufenden Asylverfahren werden hier nicht berücksichtigt. Daher ist die angegebene Zahl der Geflüchteten in Suhl trotz der dort gelegenen Landeserstaufnahmeeinrichtung vergleichsweise gering.

Daten zu Integrationskursen des BAMF

Für die Integrationskurse des BAMF lässt sich feststellen, dass von 2018 bis 2021 die Anzahl der Kurseintritte und -austritte⁵¹ stark abgenommen hat, von 5.608 Eintritten auf 1.952 Eintritte und von 3.563 Austritten auf 1.675 Austritte (siehe Abbildung 4.17). Die Corona-Pandemie und damit verbundene Eindämmungsmaßnahmen dürften diese Entwicklung zwischen 2019 und 2020 beschleunigt haben. Allerdings ist für das Jahr 2022 ein starker Anstieg auf 7.270 Kurseintritte (+334 % im Vergleich zum Vorjahr) zu verzeichnen, die Austritte haben auf 2.671 (+59 % im Vergleich zum Vorjahr) zugenommen. Hierfür war die Fluchtmigration aus der Ukraine ursächlich.

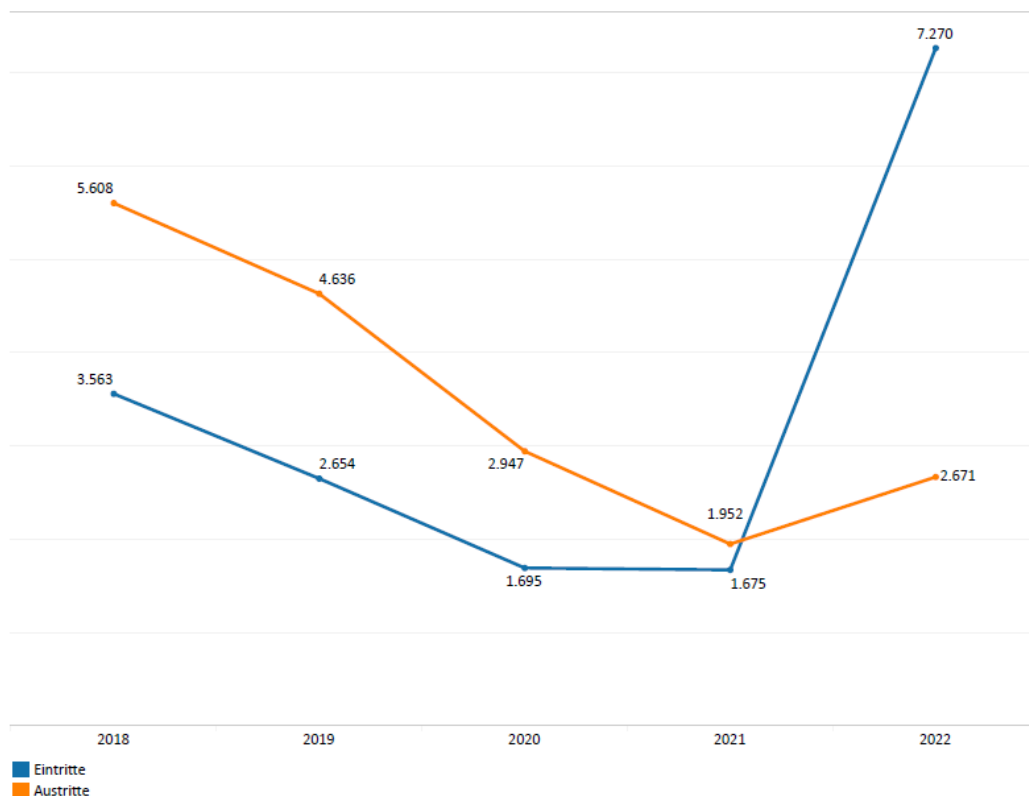


Abbildung 4.17: Integrationskurseintritte und -austritte nach Jahr in Thüringen. Integrationskursgeschäftsstatistik
Eigene Berechnung und Darstellung nach BAMF 2024a

Die Fluchtmigration aus der Ukraine dürfte auch der Grund dafür sein, dass der Anteil von allgemeinen Sprachkursen an allen angebotenen Integrationskursen im Jahr 2022 im Vergleich zu 2021 um 14,6 Prozentpunkte auf 87,9 % angestiegen ist und der Anteil der Alphabetisierungskurse zurückging (siehe

⁵¹ Zu den Kursaustritten werden Personen gezählt, die den Integrationskurs mit mindestens einer Prüfung abgeschlossen haben (BAMF 2024a).

Abbildung 4.18). Der Bildungsgrad der Geflüchteten aus der Ukraine ist relativ hoch, so gaben in einer Befragung 71,9 % der 2022 zugezogenen Geflüchteten aus der Ukraine an, dass sie ein tertiäres Bildungsniveau erreicht haben (Kosyakova & Brücker 2024: 15; siehe auch Kapitel 4.4.2). Dementsprechend dürften viele von ihnen auch mit dem lateinischen Alphabet vertraut sein, da z. B. Englischkenntnisse vorliegen. Der Trend in Thüringen entspricht den bundesweiten Entwicklungen. Auch dort hat der Anteil von allgemeinen Integrationskursen an allen angebotenen Kursen auf 86,8 % im Jahr 2022 zugenommen.⁵²

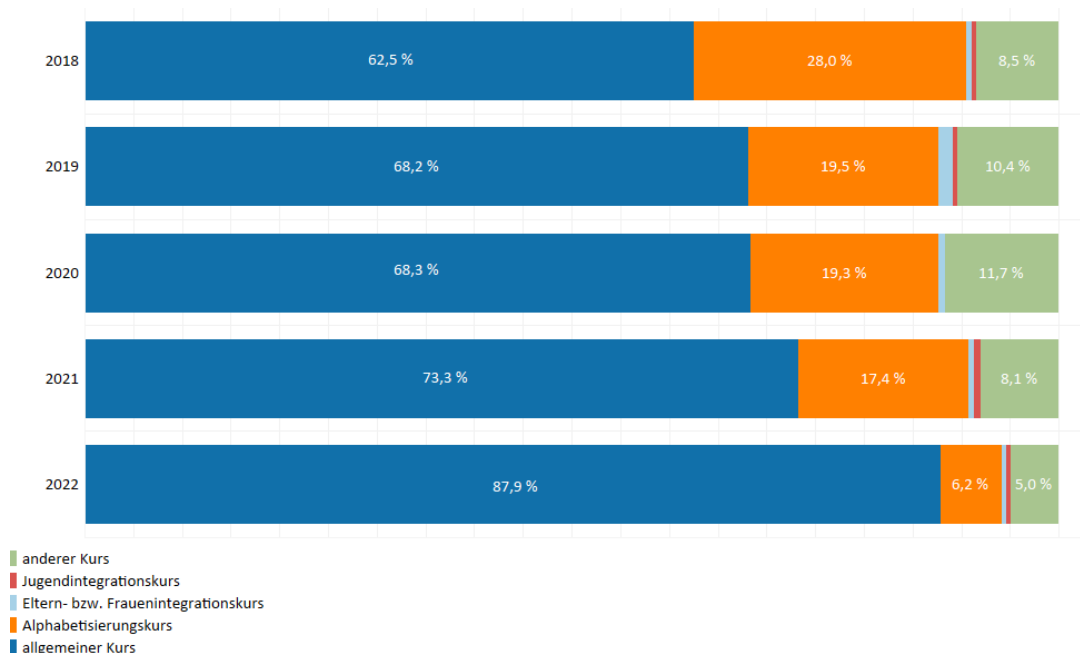


Abbildung 4.18: Anteil der Integrationskursteilnehmenden nach Kursarten und Jahr in Thüringen 2018-2022

Eigene Berechnung und Darstellung nach BAMF 2024a

Jedoch zeigen die Daten nur Erkenntnisse zu den wahrgenommenen Integrationskursen und können die nicht gedeckten Bedarfe nicht abbilden. Eine Hürde stellen lange Wartezeiten auf Sprachkursangebote dar. Laut einer aktuellen Auskunft des BAMF (Sonderauswertung 2024) beträgt die durchschnittliche Wartezeit vom Zeitpunkt der Anmeldung der Teilnehmenden beim Kursträger bis zum Kursbeginn in Thüringen im Jahr 2024 neun Wochen. Diese Daten sind aufgrund fehlender Standardisierung nicht direkt mit dem Bundesdurchschnitt vergleichbar und beziehen sich lediglich auf alle-

⁵² Daten nicht in der Abbildung enthalten, Quelle siehe Abbildung 4.18.

meine Integrationskurse. Die Wartezeiten auf spezifische Angebote wie beispielsweise Frauen- bzw. Elternintegrationskurse oder Berufssprachkurse können abweichen. Außerdem unterscheiden sich die Wartezeiten nach Regionen und können insbesondere im ländlichen Raum länger ausfallen. So zeigt ein Blick auf die Wartezeiten nach Regionen in Thüringen, dass der Medianwert in Mittelthüringen bei 7,0 Wochen liegt, in Nordthüringen allerdings 13,3 Wochen beträgt (ebd.).

Neben den Wartezeiten ist außerdem die Zugangszeit relevant, die den Zeitraum zwischen dem Erhalt der Teilnahmeberechtigung oder -verpflichtung und dem tatsächlichen Kursbeginn umfasst. Aktuelle Daten zeigen für Thüringen je nach Region Zugangszeiten zu allgemeinen Integrationskursen mit Medianwerten zwischen 13,1 Wochen in Mittelthüringen und 25,9 Wochen in Nordthüringen, die somit fast doppelt so lange wie die Wartezeiten ausfallen (ebd.). Neben der Verfügbarkeit passender Angebote spielen für die Zugänglichkeit auch die niedrigschwellige Information über die Kursangebote, die Erreichbarkeit der Lehrstätten mit öffentlichen Verkehrsmitteln vom Wohnort aus, die Möglichkeit zur Kinderbetreuung während der Kurszeiten u. a. eine Rolle.

Daten zu Berufssprachkursen des BAMF

Wie einleitend erläutert, ist das BAMF auch Träger der berufsbezogenen Sprachkurse. Im Jahr 2023 lag die Anzahl an Teilnehmenden an Berufssprachkursen in Thüringen bei 3.280 Personen, im Verlauf der letzten Jahre stieg die Gesamtzahl der Teilnehmenden im Durchschnitt an (Kurseintritte im Jahr 2017: 2.246), wobei im Jahr 2019 ein Höchstwert von 3.688 Kurseintritten erreicht wurde. Der niedrigste Wert wurde mit 1.812 Kurseintritten im Jahr 2021 (1.813) erreicht (siehe Abbildung 4.19), der im Zusammenhang mit den Entwicklungen des Wanderungssaldos in den Jahren 2019 und 2020 steht (siehe Abbildung 3.6).

Die Altersverteilung der Teilnehmenden an Berufssprachkursen stellt sich wie folgt dar: Die meisten Teilnehmenden kommen aus der Altersgruppe der 25- bis 64-Jährigen, es folgt die Gruppe der 19- bis 24-Jährigen. Nur wenige der Teilnehmenden sind unter 18 oder über 65 Jahre alt.

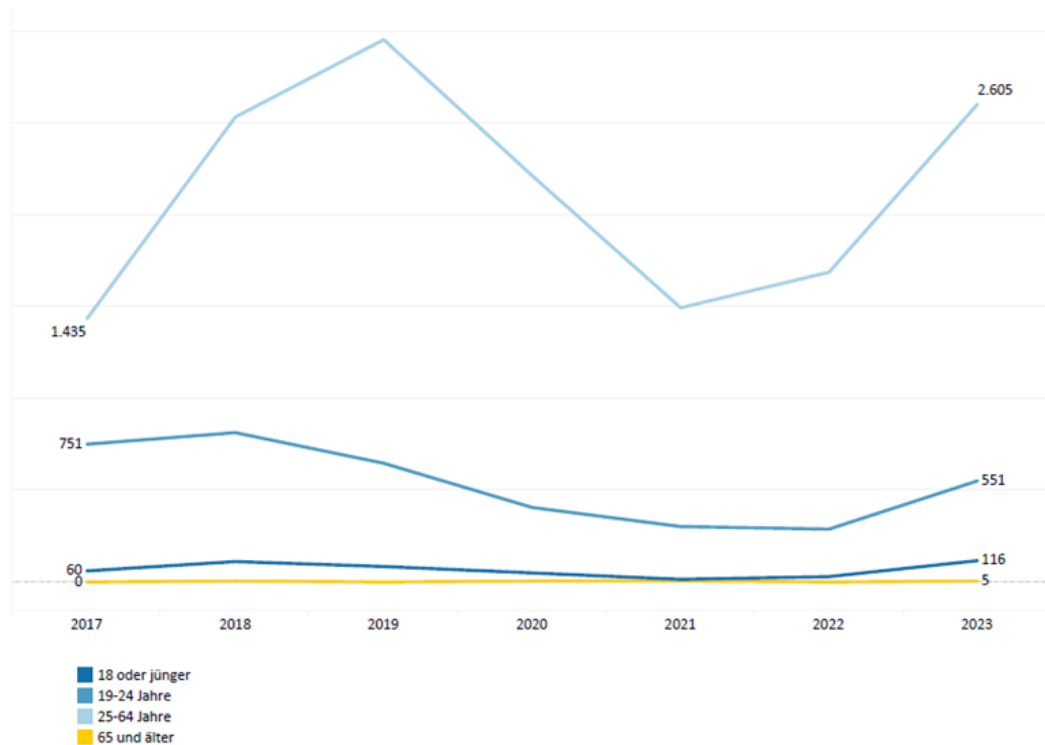


Abbildung 4.19 Kurseintritte in Berufssprachkurse nach Altersgruppen und Jahr in Thüringen⁵³

Eigene Berechnung und Darstellung nach BAMF 2024 (Sonderauswertung)

Betrachtet man den Anteil von weiblichen und männlichen Teilnehmenden, zeigt sich: Das Geschlechterverhältnis hat sich im Laufe der letzten Jahre umgedreht. Während 2017 noch mehrheitlich Männer an den Berufssprachkursen teilnahmen (69,2 %), besuchen derzeit zu einem größeren Anteil Frauen (2023: 68,1 %) die Kurse (siehe Abbildung 4.20). Ein Grund hierfür ist die Veränderung in der Fluchtdynamik: Während die Fluchtmigration in den Jahren 2015/2016 noch überwiegend männlich geprägt war, flüchteten im Zuge des Ukrainekrieges überwiegend Frauen nach Deutschland (siehe Kapitel 3.2.1).

⁵³ Unbekanntes Alter: zwischen 0 und 5 Personen je nach Jahr, die Werte werden in der Grafik nicht dargestellt. Das BAMF hat die Herausgabe von Fallzahlen unter 10 Personen aus Datenschutzgründen gesperrt. In Tabellen, in denen die genaue Zahl durch Rückrechnung noch ermittelt werden konnte, wurden zusätzliche Stellen gesperrt (beispielsweise die letzte Ziffer von vierstelligen Werten). In diesen Fällen werden jeweils Durchschnitte von 5 als Annäherung angegeben.

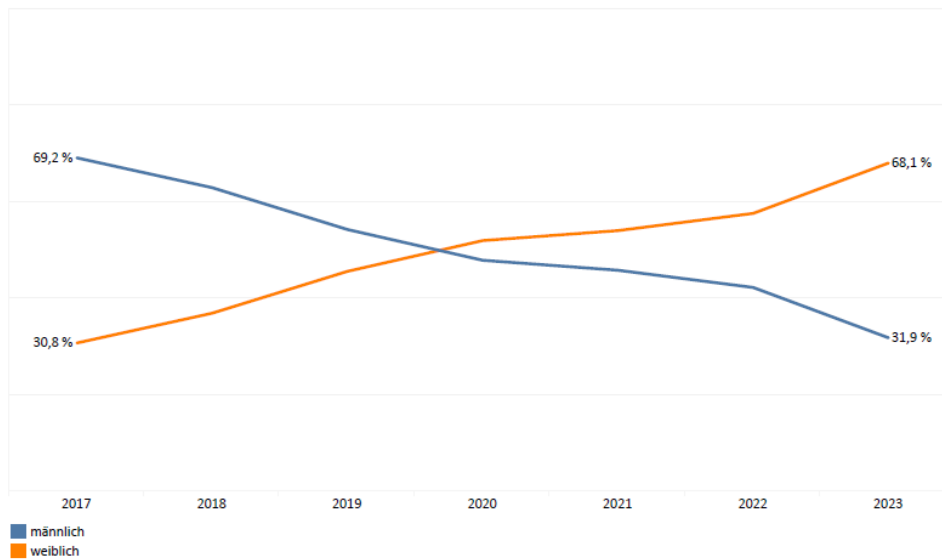


Abbildung 4.20: Kurseintritte in Berufssprachkurse nach Geschlecht und Jahr in Thüringen

Eigene Berechnung und Darstellung nach BAMF 2024 (Sonderauswertung)

Dass die Berufssprachkurse auf den Integrationskursen aufbauen, spiegelt sich auch im Sprachniveau der Kurse wider, die die meisten Personen belegen. Die weit überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden nimmt an Berufssprachkursen mit dem Ziel „Sprachniveau B2“ teil, im Jahr 2023 machen B2-Kurse 80,4 % der Berufssprachkurse in Thüringen aus (Abbildung 4.21), was in etwa auch dem bundesweiten Durchschnitt von 75,2 % entspricht (BAMF 2024a). Die Anzahl der Sprachkursteilnehmenden, die einen Sprachkurs auf niedrigerem (A2, B1) oder höherem Niveau (C1) besuchen, hat seit 2019 abgenommen. Insbesondere die Anteile von Berufssprachkursen mit A2 oder B1 als Zielniveau sind zurückgegangen, was darauf hindeutet, dass das Sprachniveau sich insgesamt verbessert hat, unter anderem da mehr Personen erfolgreich Integrationskurse abgeschlossen und ein B1-Sprachniveau erreicht haben.

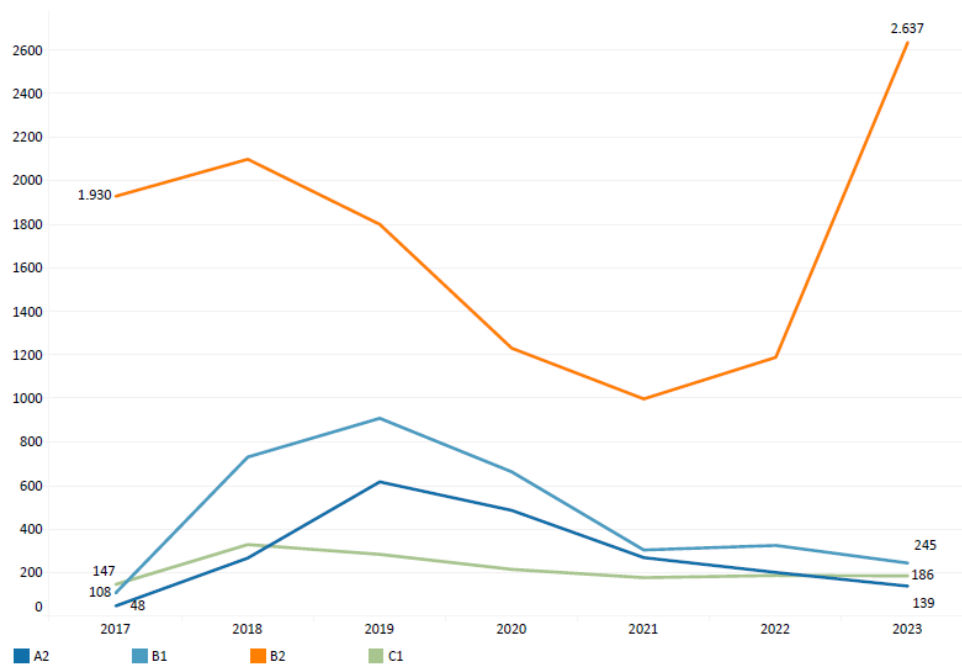


Abbildung 4.21: Kurseintritte in Berufssprachkurse nach Sprachniveau und Jahr in Thüringen⁵⁴

Eigene Berechnung und Darstellung nach BAMF 2024 (Sonderauswertung)

Während von 2017 bis 2019 syrische Staatsangehörige und von 2020 bis 2022 sonstige Staatsangehörige⁵⁵ die größte Gruppe an Teilnehmenden der Berufssprachkurse ausmachten, sind im Jahr 2023 43,4 % der Teilnehmenden ukrainische Staatsangehörige (siehe Abbildung 4.22). Die Anzahl an syrischen und irakischen Teilnehmenden ist, analog zum Rückgang der Fluchtmigration aus diesen Ländern, in den letzten Jahren gesunken, während die Anzahl türkischer Staatsangehöriger in den letzten Jahren leicht angestiegen ist und die Anzahl afghanischer Staatsangehöriger nach einem Rückgang in den Jahren 2019 und 2020 seit 2021 wieder gewachsen ist.

⁵⁴ Neben den vier dargestellten Kursarten gibt es zudem die Kursarten *Akademische Heilberufe, Gesundheitsfachberufe, Gewerbe und Technik* und *Einzelhandel*. Aufgrund geringer Fallzahlen (<100 Eintritte) sind diese Kursarten in der Grafik nicht ausgewiesen. Die Pilotkurse Azubi-BSK und Fachpraxis-BSK sind der Kursart Gewerbe/Technik (fachspezifischer Unterricht) zugeordnet und werden ebenfalls nicht in der Grafik dargestellt. Die Kurse werden jedoch in die Gesamtzahl der Berufssprachkurse miteinberechnet.

⁵⁵ Die Staatsangehörigkeiten von weniger als 90 Teilnehmenden an Berufssprachkursen sind unter „Sonstige“ zusammengefasst.

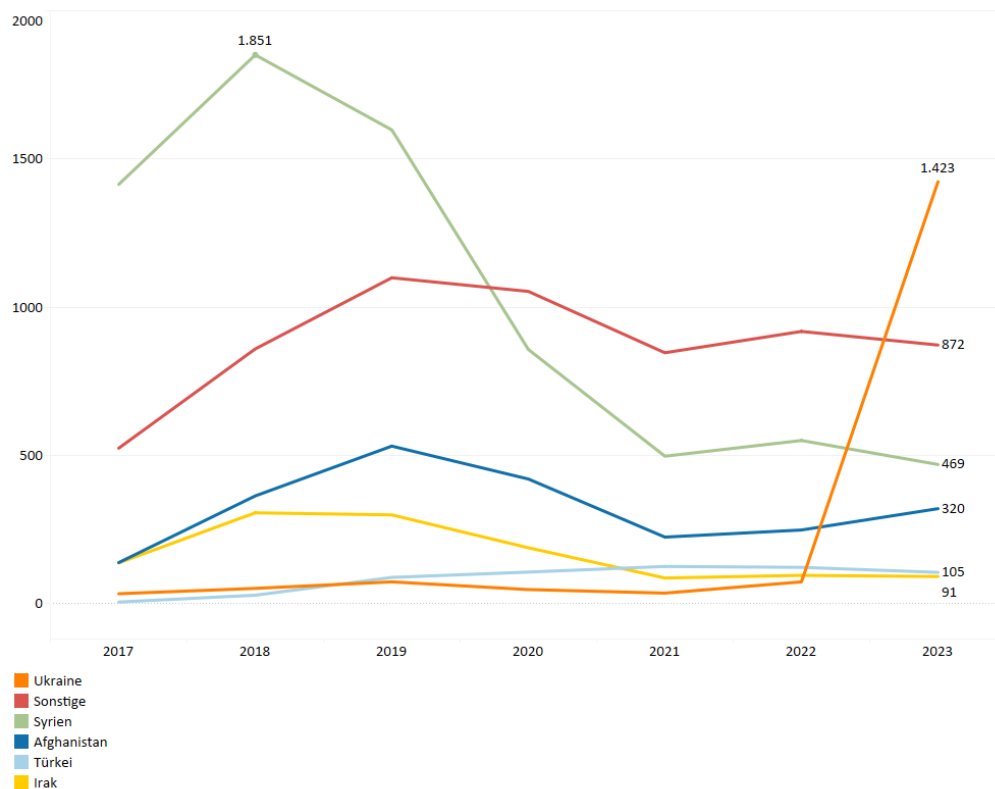


Abbildung 4.22: Kurseintritte in Berufssprachkurse nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Jahr in Thüringen
Eigene Berechnung und Darstellung nach BAMF 2024 (Sonderauswertung)

Daten zu Kursen des Landesprogramms „Start Deutsch“

Auch die Daten zu den Sprachkursen im Rahmen der Landesprogramms „Start Deutsch“ des Thüringer Volkshochschulverbands geben Aufschluss darüber, wie groß das Angebot an Sprachförderung im Freistaat Thüringen ist. Wie einleitend beschrieben, richtet sich das Landesprogramm an Personengruppen, die keine Zielgruppe der Integrations- und Berufssprachkurse des BAMF sind oder deren Wartezeit auf einen Integrationskurs die Dauer von sechs Wochen überschreitet und füllt hier eine Förderlücke. Das Programm wurde 2023 geöffnet für Personen, die eigentlich Zielgruppe der Kurse des BAMF wären, deren Bedarfe aber aufgrund der langen Wartezeiten nicht gedeckt werden können. So erklärt sich auch, warum afghanische Staatsangehörige die größte Gruppe an Teilnehmenden der „Start Deutsch“-Sprachkurse ausmachen, gefolgt von syrischen und ukrainischen Staatsangehörigen. Auch irakische Staatsangehörige sind im Vergleich zur Gesamtzahl der in Thüringen lebenden Personen mit irakischer Staatsangehörigkeit

in den Kursen überrepräsentiert. Personen mit den genannten Staatsangehörigkeiten sind in den vergangenen Jahren verstärkt als Geflüchtete nach Thüringen gekommen. Vermutlich sind sie aufgrund von langen Wartezeiten auf Integrationskurse verstärkt im „Start Deutsch“-Programm angebunden.

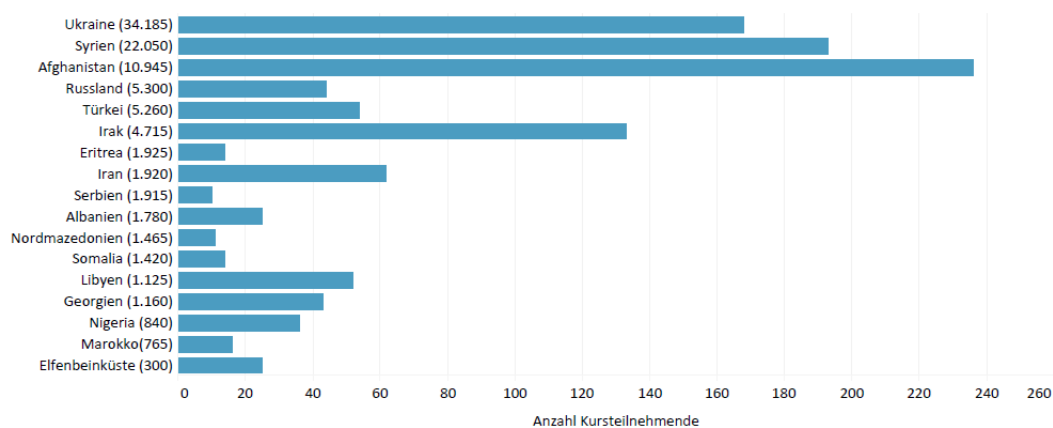


Abbildung 4.23: Teilnehmende an Deutschkursen im Rahmen des Landesprogramms „Start Deutsch“ in Thüringen 2023 nach Herkunftsländern (angeordnet nach der Anzahl der in Thüringen lebenden Ausländerinnen und Ausländer⁵⁶)

Eigene Darstellung nach Thüringer Volkshochschulverband e. V., Teilnahmestatistik des Landesprogramms „Start Deutsch“ (Sonderauswertung); Statistisches Bundesamt 2024e

Von den 1.202 Teilnehmenden an den Deutschkursen des Landesprogramms waren im Jahr 2023 62,9 % Männer und 37,1 % Frauen (siehe Abbildung 4.24). Das Geschlechterverhältnis hat sich im Verlauf der letzten Jahre weiter angeglichen – 2018 lag der Anteil der männlichen Teilnehmenden noch bei 71,0 % (DeZIM 2019 (ZIB): 61). Im Unterschied dazu waren bei den Berufssprachkursen des BAMF in Thüringen 31,9 % der Teilnehmenden im Jahr 2023 Männer und 68,1 % Frauen (siehe Abbildung 4.20).

Hinsichtlich der Altersverteilung zeigt sich, dass nur sehr wenige unter 18-Jährige an den Kursen teilnehmen (1,7 %), was sich dadurch erklären lässt, dass schulpflichtige Personen nicht am Programm teilnehmen können. Die meisten Teilnehmenden, sowohl bei Frauen als auch bei Männern, sind über 30 Jahre alt (über beide Geschlechter hinweg 54,0 %). Die Altersgruppen der

⁵⁶ Abweichungen der Anzahl in Thüringen lebender ausländischer Personen um 0-10 Personen sind möglich, da die Daten im AZR bei zu geringer Fallzahl gesperrt sein können.

18-23-Jährigen und der 24-30-Jährigen machen respektive jeweils 16,6 % und 25,9 % aus (siehe Abbildung 4.24).⁵⁷

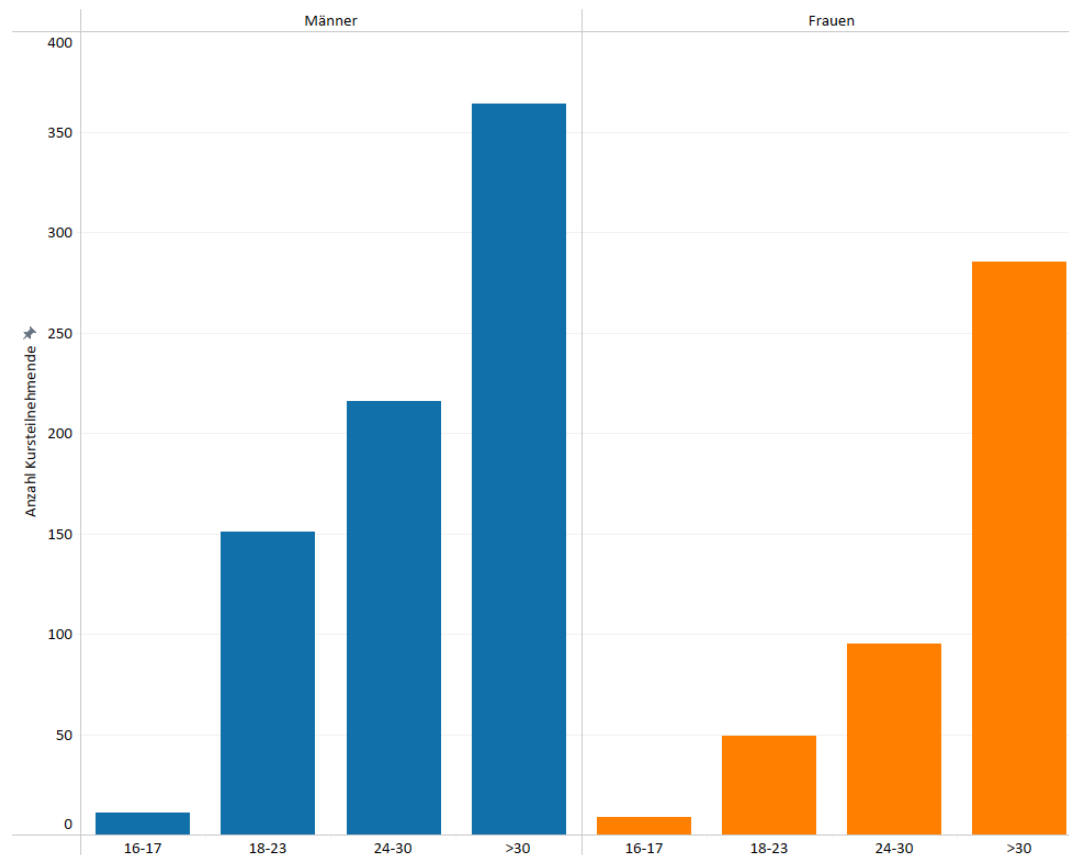


Abbildung 4.24: Teilnehmende an Deutschkursen im Rahmen des Landesprogramms „Start Deutsch“ in Thüringen 2023 nach Geschlecht und Alter

Eigene Darstellung nach Thüringer Volkshochschulverband e. V., Teilnahmestatistik des Landesprogramms „Start Deutsch“ (Sonderauswertung)

Im Zeitraum 2020 bis 2023 hatten 19,7 % der Kursteilnehmenden maximal vier Jahre im Herkunftsland eine Schule besucht, 23,8 % waren fünf bis acht Jahre zur Schule gegangen, 49,2 % zwischen neun und zwölf Jahren und 7,3 % über zwölf Jahre. Die Mehrheit der Kursteilnehmenden hatte demnach über neun Jahre Schulbildung erfahren, allerdings war auch ein Fünftel nur bis zu vier Jahre beschult worden. Es handelt sich also um eine heterogene

⁵⁷ Ein Vergleich mit dem Vorgängerbericht ist nur eingeschränkt möglich, da sich die Alterskategorien zwischen 2018 und 2023 geändert haben. Tendenziell lässt sich aber der Trend ablesen, dass der Teilnehmendenkreis insgesamt im Jahr 2023 etwas älter ist als noch 2018 (DeZIM (ZIB) 2019: 59).

Gruppe hinsichtlich des Bildungshintergrunds. Tendenziell hat sich der Bildungsstand der Teilnehmenden im Vergleich zum Jahr 2018 erhöht, durchschnittlich wurde länger die Schule besucht (DeZIM 2019 (ZIB): 62).

Wirft man einen isolierten Blick auf das Jahr 2023 und differenziert nach den Kursarten, so zeigt sich, dass die Personen mit einer geringeren Anzahl an absolvierten Schuljahren überproportional in den Alphabetisierungskursen vertreten sind. So haben über 61 % der Teilnehmenden an Alphabetisierungskursen weniger als neun Jahre die Schule besucht. Das Bildungsniveau der Teilnehmenden der übrigen Kurse entspricht dem heterogenen Bildungsniveau aller Teilnehmenden und mit Schwierigkeitsgrad des Kurses nimmt der Anteil derjenigen zu, die über neun Jahre Schulbildung mitbringen (siehe Abbildung 4.25).

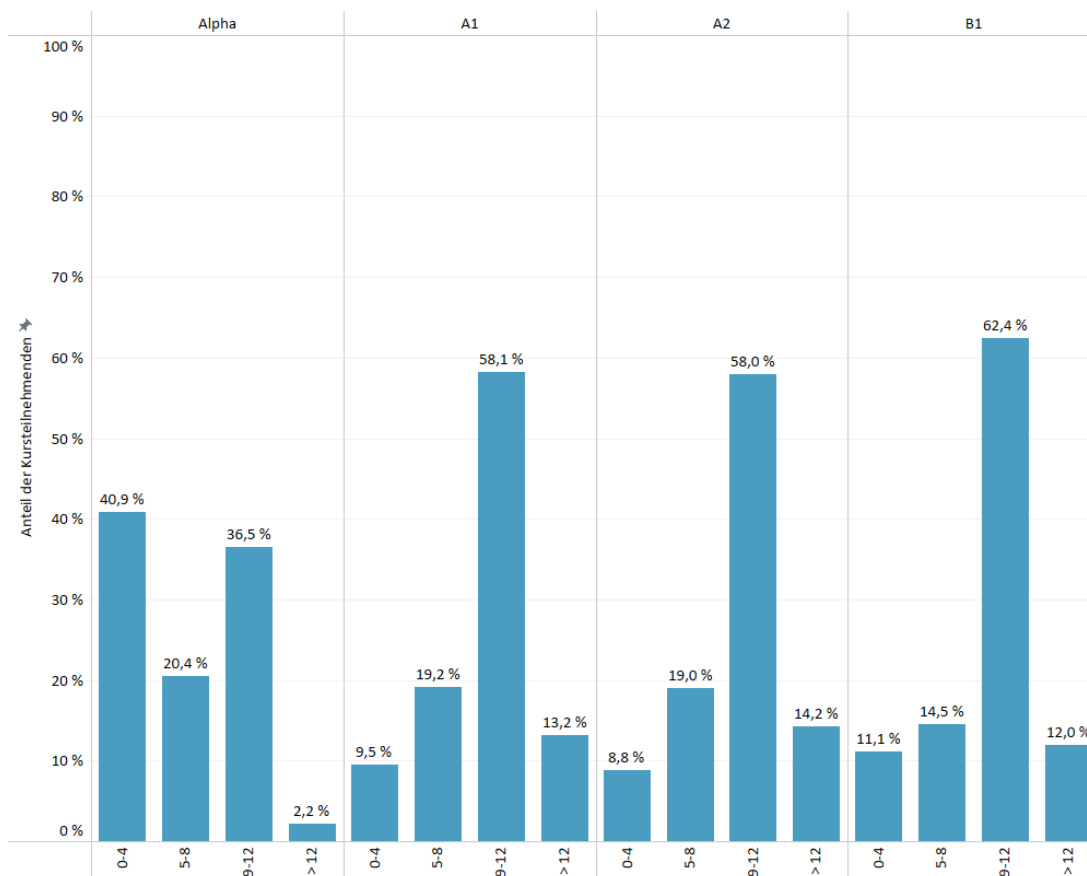


Abbildung 4.25: Anteil der Teilnehmenden an Deutschkursen im Rahmen des Landesprogramms „Start Deutsch“ in Thüringen 2023 nach Niveaustufe des Kurses und Zahl der absolvierten Schuljahre im Herkunftsland⁵⁸

Eigene Berechnung und Darstellung nach Thüringer Volkshochschulverband e. V., Teilnahmestatistik des Landesprogramms „Start Deutsch“ (Sonderauswertung)

Mit höherem Kursniveau sinkt der Anteil an Personen, die den Kurs erfolgreich mit einer bestandenen Prüfung abschließen. Im Zeitraum 2019-2023 bestanden insgesamt 65,2 % der an einer Prüfung Teilnehmenden.⁵⁹ Für das

⁵⁸0-4: maximal vier Schuljahre im Herkunftsland, 5-8: zwischen fünf und acht Schuljahre im Herkunftsland, 9-12: zwischen neun und zwölf Schuljahre im Herkunftsland, > 12: mehr als zwölf Schuljahre im Herkunftsland

⁵⁹ Nicht alle Sprachkurse des Landesprogramms „Start Deutsch“, insbesondere die Alphabetisierungskurse, sehen eine Prüfung vor. Zudem ist das Ablegen einer Prüfung freiwillig, die Daten beziehen sich lediglich auf die tatsächlich abgelegten Prüfungen und bildet daher nicht die gesamte Teilnehmendenzahl der Kurse ab.

A1-Niveau lag der Wert bei 66,3 %, für A2 bei 63,8 %. Laut Vorgängerbericht lag die Erfolgsquote im Zeitraum 2016-2018 bei A1-Prüfungen bei 60,6 % und bei A2-Prüfungen bei 54,4 % (DeZIM 2019 (ZIB): 63). Für B1 liegen ausschließlich Werte für die Jahre 2019, 2020 und 2023 vor, in diesen Jahren bestanden durchschnittlich 47,6 % der 349 Prüfungsteilnehmenden. Eine besonders hohe Erfolgsquote ist für die DTZ A2/B1-Prüfung zu verzeichnen, hier bestanden 88,2 % der 254 Teilnehmenden der Jahre 2021 und 2022 (siehe Abbildung 4.26). Ein Vergleich mit dem Vorgängerbericht ist nicht möglich, da im Jahr 2018 die Fallzahlen für die B1 und A2/B1-Kurse zu niedrig waren.

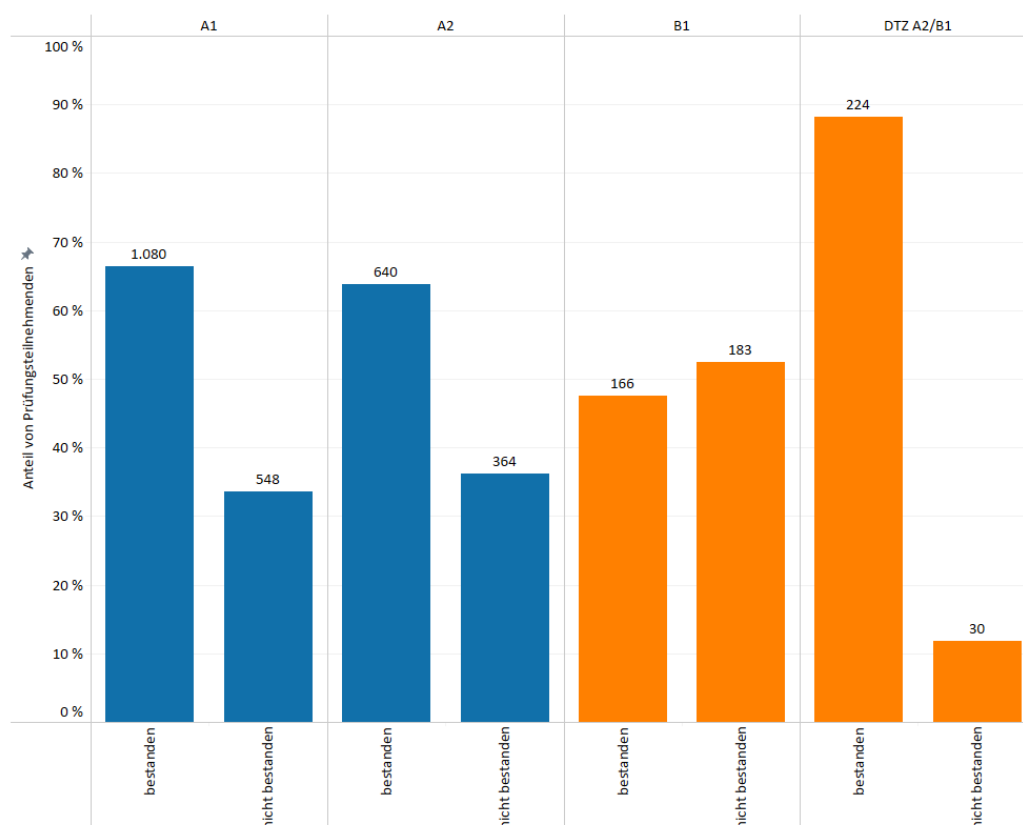


Abbildung 4.26 Prüfungsergebnisse des Landesprogramms „Start Deutsch“ nach Niveaustufe der vorgesehenen Prüfung 2019-2023⁶⁰

Anteile bestandener vs. nicht bestandener Prüfungen nach jeweiliger Niveaustufe. Absolute Anzahl der Kursteilnehmenden über den Balken.

Eigene Darstellung nach Thüringer Volkshochschulverband e. V., Teilnahmestatistik des Landesprogramms „Start Deutsch“ (Sonderauswertung)

⁶⁰ Für Niveaustufe B1 liegen ausschließlich Werte der Jahre 2019, 2020 und 2023 vor, für Niveaustufe DTZ A2/B1 nur für die Jahre 2021 und 2022, weshalb die Balken farblich unterschiedlich dargestellt werden.

4.3.2 Daten aus dem Mikrozensus

Um das Sprachniveau der in Thüringen lebenden ausländischen Bevölkerung zu erfassen, reicht es nicht aus, sich allein den Sprachförderinstrumenten und abgeschlossenen Sprachprüfungen zu widmen. Der Blick ist auch auf die Anwendung der deutschen Sprache im Alltag zu richten. Im Mikrozensus (siehe Kapitel 2.4.2), der auf jährlichen Haushaltsbefragungen von ca. 1 % der Bevölkerung in Deutschland beruht, wird unter anderem abgefragt welche Sprache bzw. Sprachen im Haushalt hauptsächlich gesprochen wird bzw. werden.

Etwa ein Viertel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund i. w. S.⁶¹ in Thüringen spricht im Haushalt ausschließlich Deutsch (siehe Abbildung 4.27), das sind etwa 3 Prozentpunkte weniger als im Bundesdurchschnitt (Statistisches Bundesamt 2024j). Auch spricht ein etwas kleinerer Anteil in Thüringen (35,8 %) Deutsch und mindestens eine weitere Sprache als im bundesweiten Durchschnitt (39,4 %⁶²). Die größte Abweichung vom Bundesdurchschnitt ergibt sich bei Haushalten, in denen kein Deutsch, sondern nur eine andere Sprache gesprochen wird. Während es in Deutschland etwa jeder fünfte Haushalt der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne ist, trifft dies in Thüringen etwa auf jeden dritten zu. Als Erklärung dafür kann unter anderem die Tatsache dienen, dass ein Großteil der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte in Thüringen eine eigene Migrationserfahrung hat und erst in den letzten Jahren eingewandert ist, die Personen also weniger lange in Thüringen leben als im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands (siehe Kapitel 3.2.1).

⁶¹ Der Mikrozensus definiert Personen mit Migrationshintergrund als solche, die nicht von Geburt an deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind, oder bei denen mindestens ein Elternteil dies nicht ist. Bei der Definition im weiteren Sinne werden alle verfügbaren Informationen über die Eltern der Befragten berücksichtigt. Die engere Definition bezieht sich nur auf die im selben Haushalt lebenden Eltern (Statistisches Bundesamt 2024m).

⁶² Daten für den Bundesdurchschnitt sind nicht in der Abbildung dargestellt.

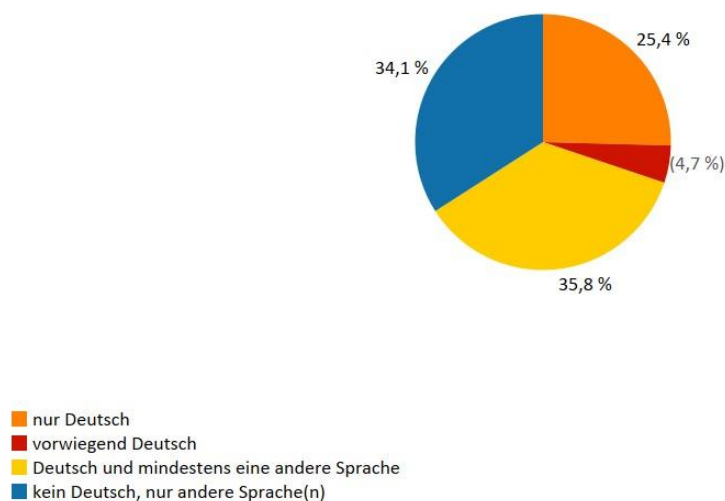


Abbildung 4.27: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund i. w. S. nach gesprochener Sprache in Privathaushalten in Thüringen 2023

Anmerkung: Laut Mikrozensus ist der ausgewiesene Anteil in Klammern aufgrund der geringen Fallzahl statistisch unsicher. Fallzahl: 232.000 Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen.

Quelle: Mikrozensus. Eigene Berechnung und Darstellung nach TLS 2024 und Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung)

4.3.3 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten

SOEP-Daten

Auch in Umfragen des SOEP (siehe Kapitel 2.4.3) werden Menschen mit Migrationshintergrund zu ihrem selbsteingeschätzten Sprachniveau befragt. Das Sprachniveau kann auf einer Skala mit fünf Stufen von „gar nicht“ bis „sehr gut“ eingestuft werden. Mit Blick auf Thüringen zeigt sich, dass der Mittelwert des Sprachniveaus der Personen mit Migrationshintergrund (ohne Personen aus Hauptfluchtländern) 2019 bei 3,7 lag, 2021 betrug er 4,0. Bei Personen aus den Hauptfluchtländern lag er 2019 bei 3,6 und 2021 bei 3,8 (siehe Abbildung 4.28). Die Unterschiede sind aber weder zwischen den Gruppen noch über die Jahre hinweg statistisch signifikant, was daran erkennbar ist, dass sich die jeweiligen Konfidenzintervalle überlappen.

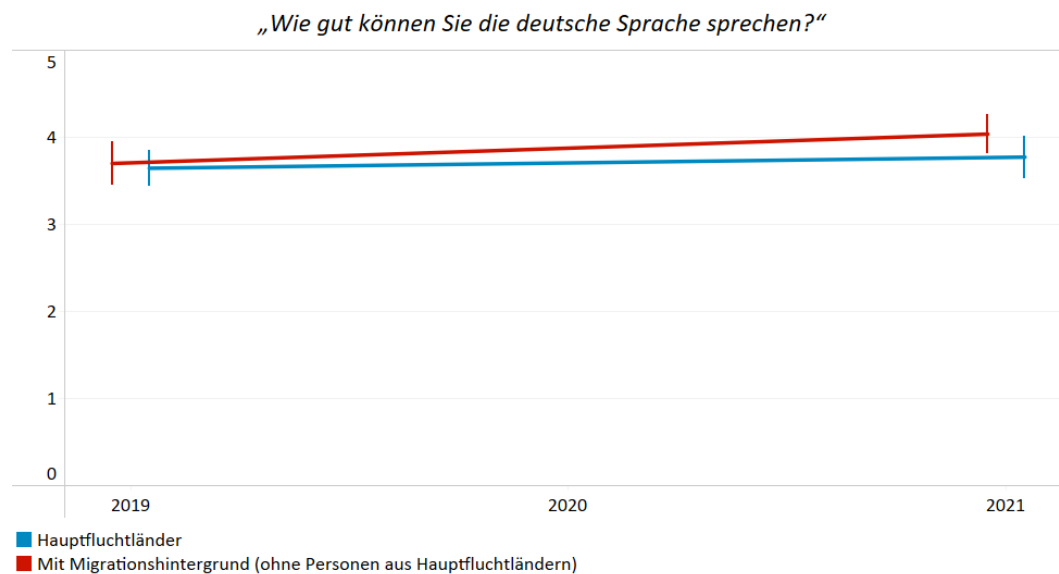


Abbildung 4.28: Einschätzung der eigenen Deutschkenntnisse bei Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund in Thüringen⁶³

Anmerkung: Skala von 0 („Gar nicht“) bis 5 („Sehr gut“). Fallzahl: zwischen 47 und 79 je nach Gruppe und Erhebungsjahr.

Quelle: SOEP v38. Eigene Berechnung und Darstellung nach DIW 2024 (Sonderauswertung)

Vergleicht man die Mittelwerte in Thüringen mit denen der ost- und westdeutschen Bundesländer,⁶⁴ so ist für das Jahr 2021 ersichtlich, dass der Mittelwert für Personen mit Migrationshintergrund (ohne jene aus Hauptfluchtländern) in den ostdeutschen Bundesländern inkl. Berlin bei 4,3 liegt, in den westdeutschen Bundesländern bei 4,4. In Thüringen beträgt der Mittelwert 4,0. Für die Hauptfluchtländer zeichnet sich folgendes Bild: Der thüringische Mittelwert liegt für das Jahr 2021 bei 3,8, der ostdeutsche Mittelwert bei 3,6 und der westdeutsche Mittelwert bei 3,7. Jedoch sind auch hier die Unterschiede zwischen den Mittelwerten nicht signifikant.

Eine Erklärung für den hier ausgewiesenen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund mit „guten“ bis „sehr guten“ Sprachkenntnissen in der Selbsteinschätzung ist, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten mit Migrationshintergrund im SOEP-Panel angibt (91 %), seit mehr als fünf

⁶³ Die Einschätzung der eigenen Deutschkenntnisse wird in der SOEP-Befragung für Personen mit Migrationshintergrund alle zwei Jahre erhoben. Personen aus den Hauptfluchtländern erhalten die Frage seit 2016 jährlich.

⁶⁴ Diese Daten sind nicht in einer Abbildung dargestellt. Quelle siehe Abbildung 4.28.

Jahren in Thüringen zu leben (siehe Kapitel 2.4.3). Der starke Anstieg der Neuzuwanderung in den letzten Jahren wird daher durch das SOEP-Panel mit den aktuellen Daten aus dem Jahr 2021 nicht erfasst und zeigt daher keine repräsentative Verteilung der Bevölkerung.

Die IAB-BAMF-SOEP-Stichprobe von Geflüchteten liefert auch Daten zur Teilnahme an Sprachkursen. Von den Personen aus Thüringen, die in den Jahren 2018 bis 2021⁶⁵ befragt wurden, hatten insgesamt 89 % bereits einen Kurs besucht.⁶⁶ In den übrigen ostdeutschen Bundesländern inkl. Berlin als auch in den westdeutschen Bundesländern lag der Anteil darunter (65,8 % und 61,8 %). Das Konfidenzintervall des Wertes von Thüringen überschneidet sich nicht mit den Intervallen der beiden Bundesländervergleichswerte und lässt daher auf signifikante Unterschiede schließen.

Betrachtet man die Bewertung der Sprachkurse der Teilnehmenden der IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten, so gaben im Mittel 87,1 % in Thüringen an, dass sie die Teilnahme als „sehr hilfreich“ oder „eher hilfreich“ empfanden. Für die ostdeutschen Bundesländer inkl. Berlin und die westdeutschen Bundesländer lagen die Werte bei 87,5 % respektive 92,1 % (siehe Abbildung 4.29). Der beobachtete Unterschied ist allerdings für Thüringen statistisch unsicher. Dieselbe Beobachtung war bereits im Vorgängerbericht festzustellen (DeZIM 2019 (ZIB): 66).

⁶⁵ Aufgrund der geringen Fallzahlen wurde für diesen Indikator der Zeitraum von 2018 bis 2021 analysiert. Die Daten umfassen somit eine Stichprobengröße von 337 (Thüringen) bis 13.519 in westdeutschen Bundesländern. Aufgrund des vierjährigen Betrachtungszeitraumes liegen für manche Befragten Angaben aus mehreren Jahren vor (z. B. im Falle von Kurswiederholenden).

⁶⁶ Die Werte werden in der Abbildung nicht dargestellt. Quelle entsprechend Abbildung 4.29.

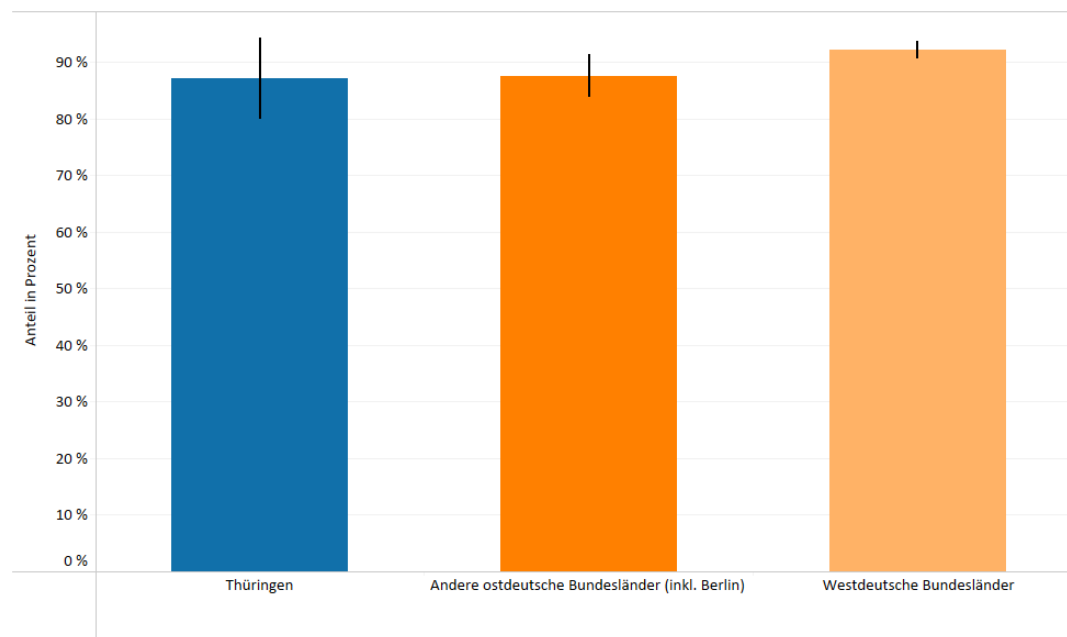


Abbildung 4.29: Bewertung der Teilnahme an einem Sprachkurs als hilfreich im Jahr 2021

Anmerkung: In der Grafik wird der Anteil der Befragten dargestellt, die die Teilnahme an einem Sprachkurs als „sehr hilfreich“ oder „eher hilfreich“ empfunden haben.⁶⁷ Stichprobengröße: 157 (Thüringen), 3.881 (Westdeutsche Bundesländer und 686 (andere ostdeutsche Bundesländer).

Quelle: SOEP v38. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach DIW 2024 (Sonderauswertung)

⁶⁷ Die weiteren möglichen Antworten waren „eher nicht hilfreich“ und „kaum hilfreich“. Die Prozentzahlen umfassen die Antworten der Jahre 2018–2021 und beziehen sich auf folgende Sprachkurse: BAMF-Integrationskurs, ESF-BAMF-Kurs zur berufsbezogenen Sprachförderung, Maßnahmen der Agentur für Arbeit (z. B. „Perspektiven für Flüchtlinge“, „Perspektiven für weibliche Flüchtlinge“, „Perspektiven für jugendliche Flüchtlinge“ und „KompAS: Kompetenzfeststellung, frühzeitige Aktivierung und Spracherwerb“) sowie „andere Deutschsprachkurse“. Bei der Auswertung wurde nicht nach Herkunftsland differenziert, da nahezu alle befragten Personen aus den Hauptfluchtländern stammten.

Integrationsbarometer

Neben dem SOEP gibt es weitere Umfragedaten, die Aufschluss über die Sprachkenntnisse der ausländischen Bevölkerung in Deutschland geben, darunter das Integrationsbarometer des SVR (siehe Kapitel 2.4.3). Da die Bundesländer sich erst seit 2019 am Integrationsbarometer beteiligen, konnte im Vorgängerbericht keine länderspezifische Auswertung vorgenommen werden, dies ist erstmals in diesem Bericht möglich (Integrationsmonitoring der Länder 2023).

Im Gegensatz zu den Daten des SOEP und Mikrozensus, fragt das Integrationsbarometer nach der im Freundeskreis gesprochenen Sprache. Für das Land Thüringen lässt sich feststellen, dass der Anteil der Befragten, die ausschließlich oder überwiegend Deutsch im Freundeskreis sprechen, im Jahr 2022 60,3 % (ohne Abbildung, SVR-Integrationsbarometer, RWI 2024, Sonderauswertung) beträgt.

In den Daten zur gesprochenen Sprache im Freundeskreis des Integrationsbarometers ist hervorzuheben, dass in ostdeutschen Bundesländern (15,2 %) und insbesondere auch in Thüringen (19,6 %) ein weitaus größerer Anteil als in den westdeutschen Bundesländern (8,7 %) angab, weder Deutsch noch die Herkunftssprache im Freundeskreis zu sprechen, sondern eine ganz andere Sprache.

Befragt zu ihren selbsteingeschätzten Deutschkenntnissen, gaben im Jahr 2022⁶⁸ 82,2 % der Befragten mit Migrationshintergrund in den westdeutschen Bundesländern diese mit „sehr gut“ oder „eher gut“ an. In den ostdeutschen Bundesländern traf dies auf 81,7 % zu, während es in Thüringen 75 % waren. Der Anteil von Befragten, die ihre Deutschkenntnisse mit „eher schlecht“ einschätzen, war in Thüringen mit 22,7 % im Vergleich zu den westdeutschen (13,1 %) und den ostdeutschen (14,1 %) am größten. Allerdings gab ein geringerer Anteil der thüringischen Befragten (2,7 %) an, „sehr schlechte“ Deutschkenntnisse zu haben als in den Vergleichsgruppen westdeutsche (4,7 %) und ostdeutsche (4,2 %) Bundesländer (ebd.).

⁶⁸ Zwar liegen auch Daten für das Jahr 2020 vor, jedoch wurde aufgrund von nicht erklärbaren Abweichungen in den Daten für diesen Indikator an dieser Stelle auf einen Vergleich im Zeitverlauf verzichtet (siehe Kapitel 2.4.3).

4.3.4 *Zwischenfazit zu Sprache*

Integrationskurse machen weiterhin den größten Anteil an Sprachförderangeboten in Thüringen aus. Das Angebot ist im Vergleich zum Jahr 2018 größer geworden und wird auch weitaus häufiger genutzt. Die Entwicklung in Thüringen deckt sich mit der bundesweiten: Im Zuge der Fluchtmigration aus der Ukraine wurden die Angebote stark ausgebaut, da der Bedarf gestiegen ist. Veränderungen im Bildungsgrad der Teilnehmenden an Integrations- und Berufssprachkursen sowie die Umkehr des Geschlechterverhältnisses von einem mehrheitlich männlichen zu einem mehrheitlich weiblichen Teilnehmendenkreis im Vergleich zum Vorgängerbericht lassen sich ebenfalls mit der Fluchtmigration aus der Ukraine erklären. Geflüchtete aus der Ukraine sind mehrheitlich weiblich und haben ein vergleichsweise hohes Bildungsniveau.

Allerdings werden erst in Kombination mit den Sprachkursen des Landesprogramms „Start Deutsch“ auch die Zielgruppen erreicht, die keinen Zugang zu Integrationskursen (mehr) haben, entweder aufgrund der Teilnahmevoraussetzungen oder aufgrund von langen Wartezeiten auf Integrationskurse. Um den gestiegenen Bedarf zu decken, wurde das Landesprogramm „Start Deutsch“ auch für Personen geöffnet, die mehr als sechs Wochen auf einen Sprachkurs des BAMF warten. Das Landesprogramm „Start Deutsch“ scheint sich weitestgehend etabliert zu haben, so wurde in fast jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt mindestens ein Kurs angeboten. Auch schließt inzwischen ein größerer Anteil an Kursteilnehmenden, die zur Prüfung antreten, diese erfolgreich ab, als dies noch im Vorgängerbericht bei den „Start Deutsch“-Prüfungen der Fall war.

Zwar kann kein direkter kausaler Zusammenhang zwischen dem größeren Angebot an Kursen im Vergleich zu 2018 und einem höheren Sprachniveau der ausländischen Bevölkerung in Thüringen festgestellt werden, die vorliegenden Daten aus dem Mikrozensus und den SOEP-Daten deuten tendenziell aber zumindest darauf hin. Die Daten zur Selbsteinschätzung des Sprachniveaus geben aufgrund der großen Konfidenzintervalle keine sichere Auskunft darüber, inwiefern es hier Veränderungen gab. Auch wird erst in den kommenden Jahren ersichtlich sein, in welchem Ausmaß sich die Sprachförderangebote, die insbesondere von der quantitativ großen Gruppe der Geflüchteten aus der Ukraine wahrgenommen wurden, insgesamt auf das Sprachniveau von Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen auswirken.

Die für diesen Bericht zur Verfügung stehenden Daten können wenig Auskunft dazu geben, welche Bedarfe nicht gedeckt werden und welche Perso-

nengruppen aus welchen Gründen nicht mit den Sprachkursen erreicht werden können. Bereits jetzt lässt sich aus Daten zu Wartezeiten auf Integrationskurse ablesen, dass sich für viele Kursberechtigte der Einstieg in passende Deutschkursangebote erheblich verzögert. Die Gründe dafür, aber auch die Zugangsmöglichkeiten zu Deutschkursen für Personen ohne Integrationskursberechtigung sind weiter zu analysieren. Ein besseres Monitoring der ungedeckten Bedarfe und eine schnelle Verbesserung der Situation sind essenziell, da ein verzögerter Spracherwerb auch für alle anderen Lebensbereiche ein erhebliches Integrationshindernis darstellt.

4.4 Bildung

Das Bildungssystem stellt einen der gesellschaftlichen Bereiche dar, die am stärksten mit der Reproduktion sozialer Ungleichheit in Verbindung gebracht werden. Der persönliche Bildungserfolg entscheidet in hohem Maße über gesellschaftliche Aufstiegschancen und wird bereits im Rahmen frühkindlicher Bildungsangebote angelegt, hängt jedoch nach wie vor stark von Herkunftsfaktoren und familiären Hintergründen ab (Rutter 2021; Hummerich 2017; Debuschewitz & Bujard 2014). Studien zeigen, dass sich solche Effekte während des pandemiebedingten Lockdowns – der Zeit des häuslichen Lernens – noch verstärkten. Als besonders schwierig erwies sich die Situation für geflüchtete Kinder, vor allem wenn sie mit ihren Familien in Sammelunterkünften lebten, wo ihnen häufig kein adäquates Lernumfeld und die nötige technische Ausstattung zur Verfügung stand (Rude 2020). Konsequenterweise müssen auch Integrationsmaßnahmen an diesem Punkt ansetzen und Lösungsansätze liefern, die allen Menschen, auch in Ausnahmesituationen, einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Weiterbildung ermöglichen. Dabei gilt es, Benachteiligungen und Barrieren für Menschen mit Migrationsgeschichte in der frühkindlichen und (hoch-)schulischen Bildung, ebenso aber in berufsbildenden und außerschulischen Bereichen sowie der Erwachsenenbildung zu erkennen und abzubauen. Diesen umfassenden Anspruch an Bildungsteilhabe entwickelt auch das Thüringer Integrationskonzept. Denn Bildung ist nicht nur maßgeblich für Arbeitsmarktintegration und den sozioökonomischen Status, sondern hat auch darüber hinaus Auswirkungen auf die gesamtgesellschaftliche Teilhabe: Sie ermöglicht persönliche Entwicklung, die Entfaltung der individuellen Potenziale, sowie Orientierung. Bildung emanzipiert und befähigt damit Menschen, sich aktiv in das gesellschaftliche Geschehen einzubringen und gesellschaftliche Willens- und Entscheidungsbildung mitzugestalten.

4.4.1 *Indikatoren auf der Basis administrativer Daten*

Zusätzlich zu den administrativen Daten im Vorgängerbericht konnten in diesem Bericht weitere Indikatoren ausgewertet werden, die neben den Bildungsabschlüssen auch die Teilhabe an verschiedenen Bildungsangeboten abbilden.

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung

Wichtige Grundlagen für die Bildungsteilhabe und gleiche Chancen für die Entwicklung der Potenziale werden bereits im Bereich der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung aufgebaut. Neben dem Ausgleich von Ungleichheiten in der kindlichen Entwicklung trägt die Betreuung auch zu einer höheren Erwerbstätigkeit der Eltern und vor allem Mütter bei und wirkt damit Kinderarmut und deren negativen Konsequenzen für die kindliche Entwicklung entgegen (Huebener et al. 2023). Für Kinder aus Familien, in denen vorrangig eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird, ist die Betreuung und frühkindliche Bildung und Förderung insbesondere wegen der Entwicklung der deutschen Sprachkenntnisse als Voraussetzung für spätere Bildungserfolge wichtig. Nach wie vor gibt es aber starke Ungleichheiten bei der Nutzung von Kindertagesbetreuung (sogenannte Kita-Gaps): Kinder aus armutsgefährdeten Familien, aus Familien, in denen vorwiegend kein Deutsch gesprochen wird sowie aus nicht-akademischen Familien besuchen seltener Kindertagesbetreuungseinrichtungen als andere Kinder. Eine deutschlandweite Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt zu dem Schluss, dass dies nicht auf weniger Bedarfe für Kinderbetreuung in diesen Familien zurückzuführen ist, sondern dass diese Bedarfe aus verschiedenen Gründen nicht gedeckt werden. So stellen Such- und Anmeldeverfahren für diese Familien eine größere Hürde dar als für andere. Für Eltern, die zuhause eine andere Sprache als Deutsch sprechen, waren als Hürden zumeist unzureichende Angebote an Betreuungsplätzen oder an wohnortnahen Betreuungsstätten ausschlaggebend (ebd.). Die Studie zeigt aber auch, dass in Thüringen, gerade im Vergleich zu anderen Bundesländern, die Kita-Bedarfe sehr gut gedeckt sind, wobei die größten ungedeckten Bedarfe bei Familien festgestellt werden, die eine andere Sprache als Deutsch sprechen.

Wie bereits im Vorgängerbericht (DeZIM 2019 (ZIB): 71) vermerkt, ist die Datenlage zur Betreuungsquote der 3- bis 6-jährigen Kinder mit Migrationsgeschichte⁶⁹ in Thüringen eingeschränkt. Demnach wurde im Integrationsmonitoring für das Jahr 2021 die Betreuungsquote für Kinder mit Migrationsgeschichte aufgrund der geringen Fallzahl nicht ausgewiesen.

Für das Jahr 2019 liegen hingegen Zahlen vor: Die Betreuungsquote der Kinder ohne Migrationsgeschichte liegt in Thüringen bei 95,4 %, die der Kinder mit Migrationsgeschichte bei 85,4 % (Integrationsmonitoring der Länder

⁶⁹ Die Betreuungsquote wird seit 2017 über den Mikrozensus ermittelt. Erfragt wird die Inanspruchnahme von Betreuung in Kindertagesstätten, durch Tagesmütter/ Tagesväter, Verwandte, Freunde, Nachbarn oder eine sonstige Betreuung. Mit Migrationsgeschichte bedeutet in der Statistik, dass mindestens ein Elternteil ausländischer Herkunft ist (Integrationsmonitoring der Länder 2023).

2023). Einschränkend festzuhalten ist jedoch, dass der Wert für Kinder mit Migrationsgeschichte aufgrund der geringen Fallzahl statistisch unsicher ist und sich somit hieraus nicht verlässlich Bildungsungleichheit ableiten lässt. Vergleicht man für dasselbe Jahr die Werte zwischen den westdeutschen und den anderen ostdeutschen Bundesländern,⁷⁰ so zeigt sich, dass auch hier anteilig mehr Kinder ohne Migrationsgeschichte in Kindertagesbetreuung sind als 3- bis 6-Jährige mit Migrationsgeschichte.⁷¹ Die Betreuungsquote der 3- bis 6-Jährigen mit Migrationsgeschichte ist im Bundesländervergleich in Thüringen höher als der Durchschnitt aller westdeutschen (75,4 %) und ostdeutschen Bundesländer (81,7 %) (ebd.).

Im Zeitverlauf zeigt sich in Thüringen trotz der kurzen Zeitspanne eine Annäherung der Betreuungsquote von 3- bis 6-Jährigen mit und ohne Migrationsgeschichte im Vergleich von 2019 zur vorherigen Erhebung im Jahr 2017 (Integrationsmonitoring der Länder 2023; DeZIM 2019 (ZIB): 71). Aufgrund der statistischen Unsicherheit der Werte in beiden Jahren ist dieser Unterschied jedoch nicht eindeutig. Für die ostdeutschen und westdeutschen Bundesländer liegen genügend Zahlen zu den Betreuungsquoten 2021 vor. Diese zeigen auch einen Anstieg der Betreuungsquoten von Kindern mit Migrationsgeschichte in den letzten Jahren. Im Jahr 2021 betragen diese 85,1 % in den ostdeutschen und 82,1 % in den westdeutschen Bundesländern (Integrationsmonitoring der Länder 2023).

Die Datenlage zum Anteil von Kindern mit Migrationsgeschichte in Kindertageseinrichtung ist deutlicher als die zur breiter gefassten Kinderbetreuungsquote (siehe Fußnote 69). Kinder mit Migrationsgeschichte machten gemäß dem Integrationsmonitoring 2017 noch 8,3 % aller Kinder in Thüringer Kindertageseinrichtungen aus, bis 2021 stieg ihr Anteil auf 11,6 % (ebd.). Die aktuellsten Daten hierzu liegen durch das Thüringer Landesamt für Statistik zum 01.03.2023 vor: Zu diesem Zeitpunkt machten Kinder mit Migrationsgeschichte⁷² ca. 15,2 % aller 3-6-Jährigen in Tageseinrichtungen öffentlicher und freier Träger aus (TLS 2023).

Neben der Betreuungsquote ist im Integrationsmonitoring außerdem der Anteil an 3- 6-Jährigen in Kindertageseinrichtungen nach der vorwiegend in der

⁷⁰ Die Bundesländerkategorien umfassen nicht Berlin (Integrationsmonitoring der Länder 2023).

⁷¹ Die Unterschiede zwischen den Betreuungsquoten der 3- bis 6- Jährigen mit und ohne Migrationsgeschichte beläuft sich auf 13,7 Prozentpunkte Unterschied in ostdeutschen Bundesländern und 12,5 Prozentpunkte in westdeutschen Bundesländern (Integrationsmonitoring der Länder 2023).

⁷² In der Statistik werden diese als „Kinder mit ausländischer Herkunft mindestens eines Elternteils“ beschrieben, was der Definition von „Migrationsgeschichte“ beim entsprechenden Indikator im Integrationsmonitoring entspricht.

Familie gesprochenen Sprache in der Familie ausgewiesen. Über die Jahre hinweg ist hier der Anteil derer, in deren Familien vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, an allen betreuten Kindern leicht angestiegen, von 5,3 % im Jahr 2017 auf 8,3 % im Jahr 2021 (Integrationsmonitoring der Länder 2023). Hierbei zeigen sich keine auffälligen geschlechterspezifischen Unterschiede. Im Monitoringbericht zum KiTa-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetz für das Jahr 2022 wird zudem analysiert, inwieweit Kinder mit nicht deutscher Familiensprache integriert betreut werden. Dabei zeigt sich ein leichter Trend zur stärkeren Segregation zwischen 2021 und 2022, d. h. ein größerer Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Familiensprache besucht Kindertageseinrichtungen, in denen auch viele andere Kinder zuhause vorwiegend kein Deutsch sprechen. (BMFSJF 2024a: 735).⁷³

Schulische Bildung

Abbildung 4.30 und Abbildung 4.31 zeigen anhand von Daten des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, dass der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund an Thüringer Schulen im Laufe der vergangenen Jahre kontinuierlich gestiegen ist. Während er im Schuljahr 2015/2016 noch bei insgesamt 4,4 % lag, hatte er sich im Jahr 2023/2024 auf 11,8 % gesteigert.

Weiterhin zeigen sich unterschiedliche Anteile von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund je nach Schulart: Im Schuljahr 2023/24 haben 13,4 % der Grundschulkindern einen Migrationshintergrund, aber nur 7,3% der Gymnasiastinnen und Gymnasiasten. Zwar ist der Anteil von Schülerinnen und Schülern an Gymnasien somit gegenüber 2017 (3,5 %) gestiegen, auch im Verhältnis zum Anteil an allen Schulen (2017 bei 7,5 %). Dennoch ist ihr Anteil in Gymnasien nach wie vor nur etwas mehr als halb so hoch wie der Anteil an allen Schularten, sodass weiterhin Handlungsbedarf zur Förderung der Teilhabe an gymnasialer Bildung besteht.

Ein Vergleich mit den Anteilen von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund auf Bundesebene anhand administrativer Daten ist aufgrund

⁷³ Für die Bemessung der integrierten Betreuung nach Familiensprache wird untersucht, wie hoch der Anteil an Kindern mit nichtdeutscher Familiensprache in den Einrichtungen ist, die diese Kinder besuchen. Es zeigt sich für Thüringen im Jahr 2022, dass zwar 57,5 % der über Dreijährigen mit nichtdeutscher Familiensprache in Einrichtungen betreut werden, in denen weniger als ein Viertel der betreuten Kinder zu Hause kein Deutsch sprechen. Allerdings stiegen gegenüber 2021 auch die Anteile der Kinder mit nicht deutscher Familiensprache an stärker segregierten Einrichtungen. Der Anteil dieser Kinder, die Tageseinrichtungen mit einem Anteil von 25-50 % mit Kindern, in deren Zuhause vorrangig nicht Deutsch gesprochen wurde, besuchten, stieg zwischen 2021 und 2022 um 6,1 Prozentpunkte auf 37,6 %. 4,9 % dieser Kinder besuchten 2022 Kindertageseinrichtungen mit min. 50 % Kindern mit nichtdeutscher Familiensprache. (BMFSJF 2024a: 735)

der unterschiedlichen Schulsysteme in den Ländern nicht direkt möglich. Hinweise geben jedoch Daten aus dem Mikrozensus.⁷⁴ Im Jahr 2023 lag unter den Personen, die vier Wochen vor dem Befragungszeitpunkt eine allgemeinbildende Schule besucht hatten, der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund bundesweit⁷⁵ bei 42,1 %. Während in Grundschulen 43,4 % der Kinder einen Migrationshintergrund haben, sind es an Gymnasien nur 35,4 %. Der Vergleich mit den Thüringer Daten ist aber sowohl wegen der unterschiedlichen Datenquellen als auch wegen der unterschiedlichen Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nur eingeschränkt möglich. In Thüringen ist der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, die erst in den letzten Jahren eingewandert sind und somit eigene Migrationserfahrungen haben, höher als im Bundesdurchschnitt (siehe Kapitel 3.2.1). Dass sich bundesweit die Anteile der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in Gymnasien gegenüber denen an allgemeinbildenden Schulen verhältnismäßig nicht so stark unterscheiden, zeigt dass ein längerer Aufenthalt in Deutschland – der Kinder, aber vor allem auch der Eltern – Bildungsteilhabe und -erfolge begünstigt, u. a. aufgrund geringerer oder nicht vorhandener Sprachbarrieren.

⁷⁴ Eigene Berechnung nach Statistisches Bundesamt und TLS 2024 (Sonderauswertung).

⁷⁵ Bezieht sich hier auf Migrationshintergrund im weiteren Sinne, siehe Fußnote 61.

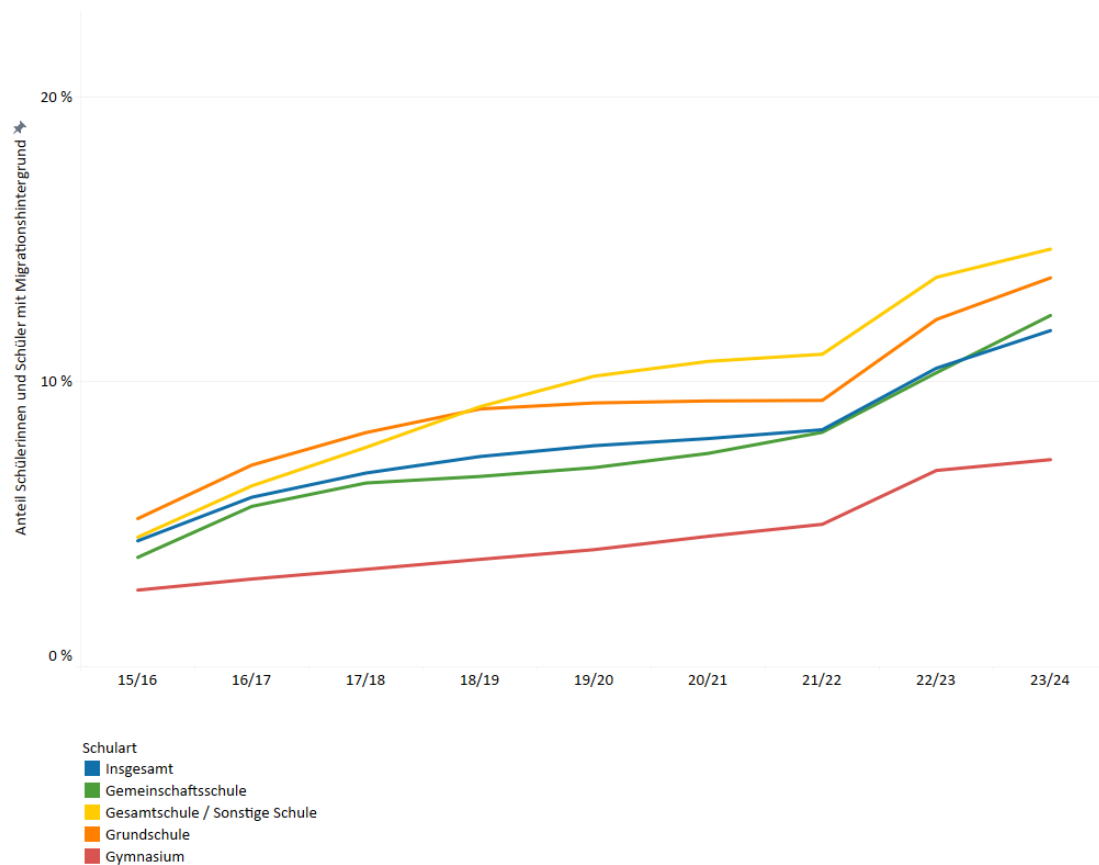


Abbildung 4.30: Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund nach ausgewählten Schularten in Thüringen (Schuljahr 2015/2016 bis Schuljahr 2023/2024)⁷⁶
Eigene Darstellung nach TMBJS 2024a

Betrachtet man die anderen Schularten, so zeigt sich, dass 2023/24 der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund bei Förderschulen ebenso wie bei Gymnasien unterdurchschnittlich, bei allen anderen Schularten jedoch überdurchschnittlich ausfällt. Besonders groß ist der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund an Gesamtschulen (14,7 %),⁷⁷ Grundschulen (13,7 %) und Regelschulen (13,5 %).

⁷⁶ Die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund lag im Schuljahr 2015/2016 bei 10.490, im Jahr 2023/2024 ist sie gestiegen auf 30.394. „Migrationshintergrund“ wird in der Schuljahresstatistik wie folgt definiert: „Ein Migrationshintergrund liegt vor, wenn eine der folgenden Bedingungen erfüllt ist: außerhalb Deutschlands geboren, keine deutsche Staatsbürgerschaft, nicht deutsche Familiensprache“.

⁷⁷ Es ist jedoch zu beachten, dass die absoluten Zahlen von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund bspw. an Gemeinschaftsschulen und Regelschulen höher liegen, da diese Schularten in Thüringen auch wesentlich häufiger vorkommen als Gesamtschulen. Die Anteile von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund an Kollegs wird nicht ausgewertet, da die absoluten Zahlen unter 20 Personen lagen und somit eine Entwicklung der Anteile nicht aussagekräftig wäre.

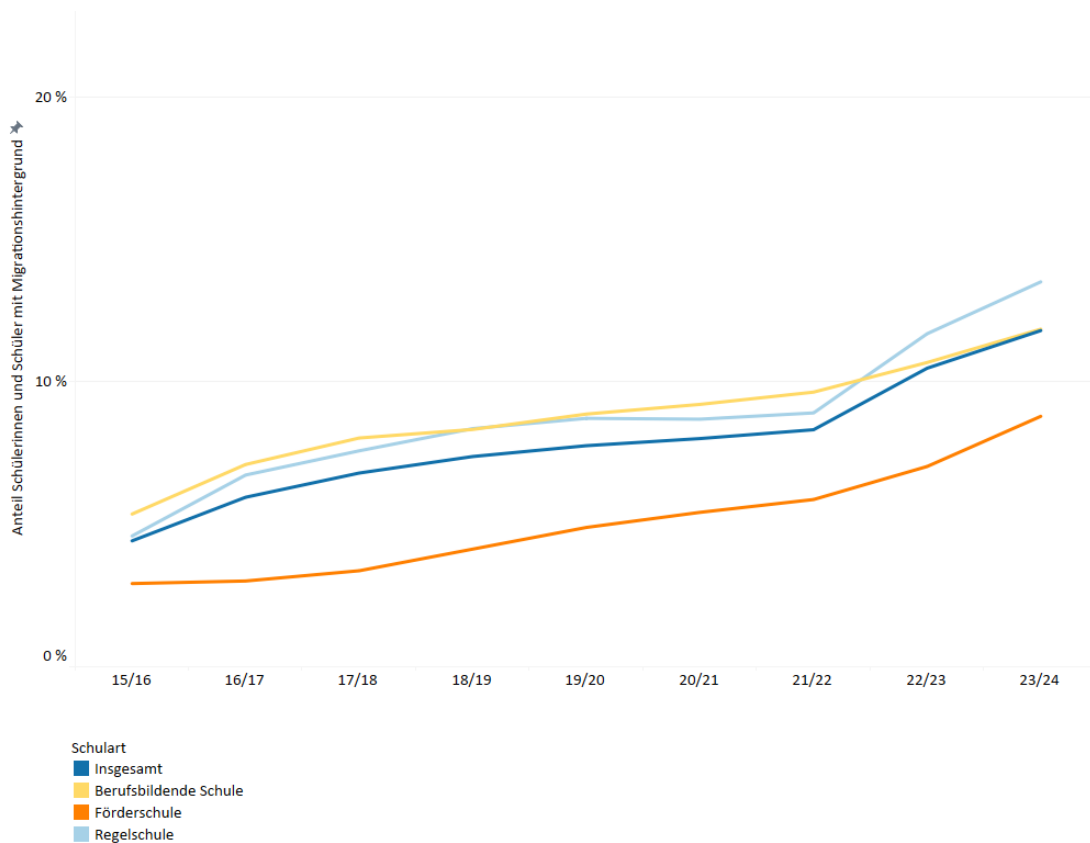


Abbildung 4.31: Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund nach weiteren Schularten in Thüringen (Schuljahr 2015/2016 bis Schuljahr 2023/2024)

Eigene Darstellung nach TMBJS 2024a

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, die Förderbedarf im Bereich Deutsch als Zweitsprache aufweisen, hat sich in den letzten Jahren kaum verändert und liegt im vierten Quartal des Jahres 2023 bei 71,9 % (Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport 2024, Sonderauswertung). Dies entspricht einer absoluten Zahl von 17.052 Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und einem Förderbedarf Deutsch als Zweitsprache an allgemeinbildenden Schulen. Im gleichen Schuljahr 2023/2024 gab es 4.396 Kinder, die zwar einen Förderbedarf hatten, aber nicht an einer Fördermaßnahme teilnahmen. Dies weist darauf hin, dass ca. ein Viertel der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in diesem Schuljahr nicht an Fördermaßnahmen teilgenommen haben.

Aus dem Integrationsmonitoring der Länder geht hervor, dass 2021 62 % der Schülerinnen und Schüler der 4. Jahrgangsstufe ohne Migrationshintergrund die Regelstandards in Mathematik erreichen, im Fach Deutsch liegt der Anteil bei 58,7 % (Integrationsmonitoring der Länder 2023). Schülerinnen und

Schüler mit Migrationshintergrund fallen hier nach wie vor merklich zurück: Von ihnen erreichen 46,8 % die entsprechenden Anforderungen in Mathematik, und 42 % in Deutsch. Diese Disparitäten haben sich seit dem letzten Erhebungszeitpunkt im Jahr 2016 vergrößert. Im Jahr 2021 belaufen sie sich auf 7,4 Prozentpunkte in Mathematik und 16,7 Prozentpunkte in Deutsch (2016 noch 8 und 11 Prozentpunkte, siehe DeZIM 2019 (ZIB): 70). Eine Erklärung hierfür kann sein, dass Schülerinnen und Schüler durch den fehlenden Präsenzunterricht im Rahmen der Lockdown-Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie im Spracherwerb zurückgefallen sind und demnach besonders stark von den Maßnahmen betroffen waren (OECD 2024). Vergleicht man diese Zahlen mit dem Bundesmittel, zeigt sich allerdings auch, dass die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in Thüringen etwas besser abschneiden als im Durchschnitt. In Mathematik erreichen hier 3,2 Prozentpunkte mehr die Regelstandards, in Deutsch 2,7 Prozentpunkte (Integrationsmonitoring der Länder 2023).

Aus administrativen Daten geht auch hervor, mit welchen Ländern internationale Schulpartnerschaften bestehen. Schulpartnerschaften können als Ausdruck und Förderung von Weltoffenheit und gegenseitiger Wertschätzung verstanden werden, aber auch Bildungs- und Beschäftigungswege prägen. Hier zeigt sich: Die meisten Partnerschaften bestanden im Schuljahr 2023/2024 mit Frankreich (56 Partnerschaften), Polen (34) und Tschechien (23) (TMBJS 2024b).

Die zahlreichen Schulpartnerschaften mit Schulen im Nachbarland Frankreich korrelieren mit der Tatsache, dass Französisch an allgemeinbildenden Schulen nach Englisch von den meisten Schülerinnen und Schülern gelernt wird (TMBJS 2024c). Auffälliger, auch im Vergleich zu den Schulpartnerschaften auf Bundesebene – ist die starke Repräsentation der Nachbarländer Polen und Tschechien. Die u. a. durch die geografische Nähe begünstigte Verbindung zu diesen Ländern spiegelt sich auch in den Einwanderungszahlen wider: Polen gehört zu den Top 3 Herkunftsländern der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Thüringen (siehe Kapitel 3.2.1). Einwanderinnen und Einwanderer aus Polen machen auch eine große Anzahl der Beschäftigten mit Migrationshintergrund aus (siehe Kapitel 4.5). Gute Beziehungen zu ausländischen Bildungsbehörden begünstigen zudem umfangreiche Schulpartnerschaften in deren Regionen.

Austauscherfahrten in der Schulzeit können auch spätere Wanderungsentscheidungen zu Studiums-, Ausbildungs- oder Erwerbszwecken prägen. Eine Deckungsgleichheit zwischen Schulpartnerschaften und Herkunftslän-

dern von Studierenden ist jedoch nicht zu beobachten. Die meisten ausländischen Studierenden in Thüringen kamen 2023 – mit deutlichem Abstand – aus Indien und Österreich (siehe unten).

Um Schlüsse zu ziehen, in welchem Verhältnis Schulpartnerschaften, Wanderungsbewegungen und Ausbildungs- bzw. Berufsverläufe stehen, bräuchte man jedoch sehr viel komplexere, längsschnittliche Studiendesigns.

Übergangssystem

Ein wichtiger Baustein bei der Bildungsintegration von Menschen ohne Hauptschulabschluss und mit mangelnden Deutschkenntnissen stellt das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) bzw. Berufsvorbereitungsjahr Sprache (BVJ S) dar (TMBJS 2023). Dieses soll den Erwerb eines dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Abschlusses und den Einstieg in Ausbildung und Berufsleben ermöglichen. Im BVJ werden sowohl Kenntnisse des allgemeinbildenden Unterrichts als auch fachtheoretische und fachpraktische Grundqualifikationen und Einblicke in ausgewählte Berufsfelder vermittelt.

Junge Menschen, die einen Förderbedarf zum Erwerb der deutschen Sprache haben (Zugangsvoraussetzung A2), können in das BVJ mit dem vorangehenden Berufsvorbereitungsjahr Sprache (BVJ S) aufgenommen werden, in dem das Erlernen der deutschen Sprache einen Schwerpunkt darstellt und mit dem fachlichen Lernen verbunden wird. Die Teilnehmenden wechseln in der Regel nach einem Jahr in das reguläre Berufsvorbereitungsjahr.

Daten des TMBJS zeigen, dass 2023 insgesamt 905 Personen am BVJ-S teilgenommen haben (siehe Abbildung 4.32). Die mit Abstand meisten Teilnehmenden kamen aus den Hauptasylherkunftsstaaten (515). Mit Blick auf die Länder stechen Afghanistan (222), Syrien (189) und die Ukraine (150) hervor, die auch zu den wichtigsten Herkunftsländern der Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen allgemein gehören. Im zeitlichen Verlauf stiegen die Schülerzahlen zwischen 2019 und 2021 zunächst kontinuierlich an. Nach einem kurzen Rückgang 2022 besuchen 2023 wieder mehr Schülerinnen und Schüler das BVJ S.

Das Berufsvorbereitungsjahr Sprache (BVJ-S) war in den letzten Jahren das meistbesuchte Angebot des Übergangsbereichs für die Integration in die Ausbildung in Thüringen und bundesweit (Statistisches Bundesamt 2023a). Der Übergangsbereich stellt innerhalb des Bildungssystems einen zentralen Baustein für die Integration von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte dar (Anslinger et al. 2023; Wöhlbier et al. 2023). Er wird zunächst von einem sehr diversen und breiten Spektrum an Maßnahmen und Angeboten gebildet, die

den Übergang in die berufliche Ausbildung oder den Arbeitsmarkt erleichtern bzw. ermöglichen sollen. Für die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte sind vorrangig Angebote relevant, die die Möglichkeit bieten, Qualifikationen nachzuholen und dies mit dem Spracherwerb zu verbinden. Das gilt insbesondere für Menschen, die aufgrund des Zeitraums ihrer Migration und Ausnahmeständen in ihren Herkunftsländern Schulabschlüsse weder im Ausland noch in Deutschland abschließend erwerben konnten bzw. deren ausländische Schulabschlüsse in Deutschland nicht anerkannt werden. Ein weiteres wichtiges Angebot für junge Zugewanderte, die nicht mehr der Schulpflicht unterliegen, ist das Landesprogramm „Start Bildung“, mit dem der Anschluss an die Regelsysteme ermöglicht wird. Das Landesprogramm kann als Vorstufe zur Teilnahme am BVJ (S), zu einer dualen Ausbildung oder einer Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme der Agentur für Arbeit wahrgenommen werden.

Im Jahr 2022 hatten deutschlandweit ca. 37 % der anfangenden Teilnehmenden in Angeboten des Übergangssystems eine ausländische Staatsangehörigkeit, in Thüringen waren es ca. 29 % (Statistisches Bundesamt 2023a).

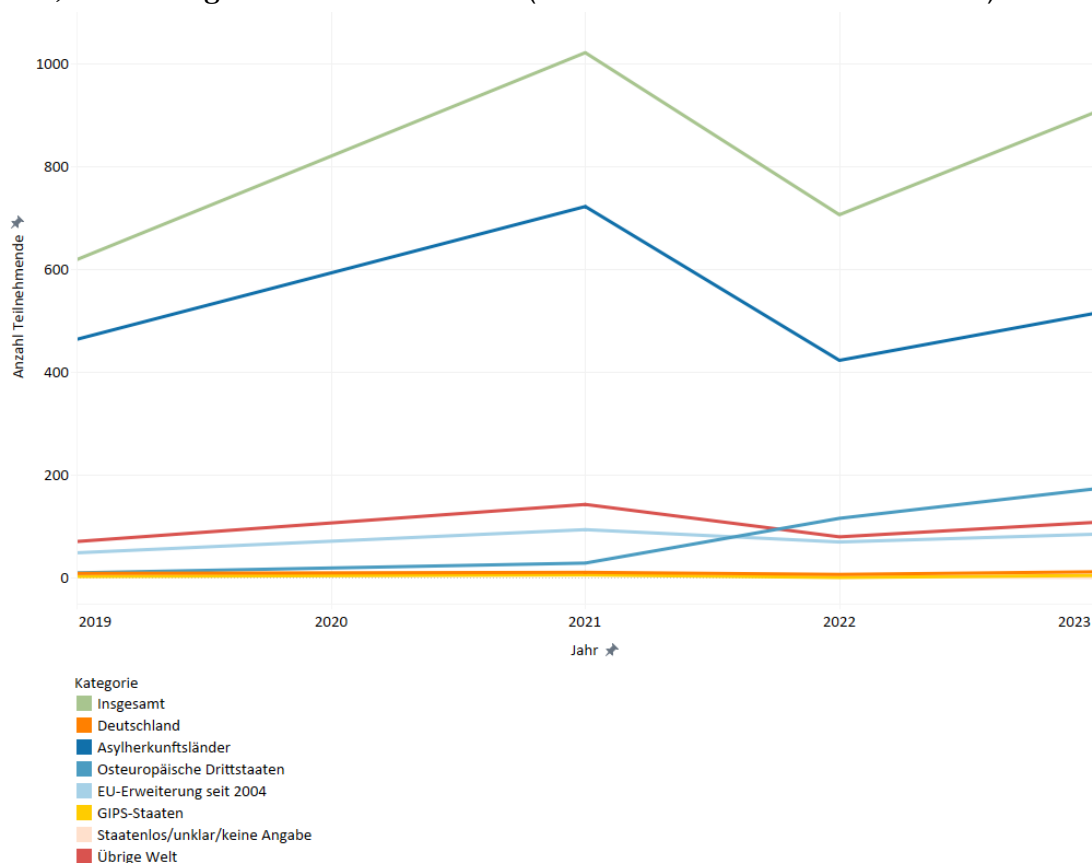


Abbildung 4.32: Teilnehmende am Berufsvorbereitungsjahr Sprache nach Herkunftsgruppen in Thüringen, 2019-2023
Eigene Berechnung und Darstellung nach TMBJS 2024 (Sonderauswertung)

Ausländische und deutsche Auszubildende in der dualen Berufsausbildung

Deutschlandweit ist seit Jahren ein rückläufiger Trend bei der Zahl der Auszubildenden zu verzeichnen. Der demografische Wandel mit weniger Schulabgängerinnen und Schulabgängern wirkt hier zusammen mit einem stärkeren Trend zu hohen Schulabschlüssen und mehr Entscheidungen für ein Studium (bibb 2024). Auch wenn sich die Zahlen in den letzten Jahren stabilisiert haben: In Thüringen wie auch in anderen ostdeutschen Bundesländern hat die Zahl der verfügbaren Ausbildungsplätze 2022 die der Ausbildungssuchenden überstiegen, noch stärker als im bundesweiten Durchschnitt (ebd.). So gab es im Juli 2022 noch 6.100 offene Lehrstellen (MDR 2022). Davon waren alle Branchen betroffen, vor allem aber Einzelhandel und Metallindustrie (ebd.). Um dem damit verbundenen Fachkräftemangel entgegenzuwirken und gleichzeitig die Arbeitsmarktintegration von Eingewanderten zu gewährleisten, ist es wichtig, ihre Teilhabe am Ausbildungsmarkt zu fördern.

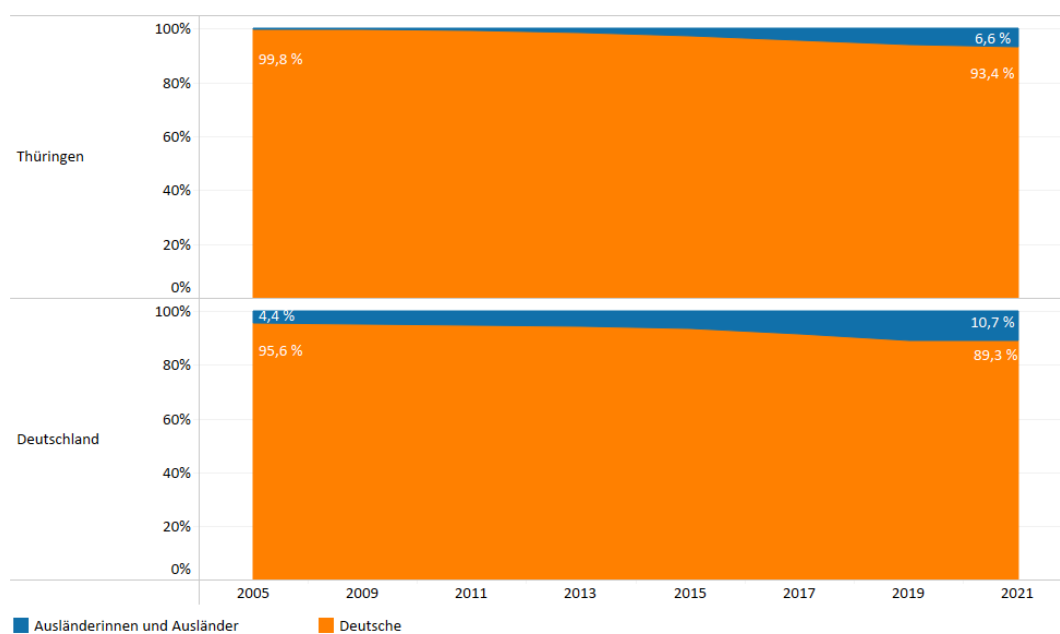


Abbildung 4.33: Anteil ausländischer und deutscher Auszubildenden in der dualen Berufsausbildung in Thüringen und Deutschland nach Jahr

Fallzahlen: zwischen 25.437 und 1.271.457 je nach Jahr und Region.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berufsbildungsstatistik. Eigene Berechnung und Darstellung nach Integrationsmonitoring der Länder 2023

Abbildung 4.33 zeigt die Anteile ausländischer und deutscher Auszubildender in der dualen Berufsausbildung. Ein Vergleich zwischen Thüringen und

dem gesamten Bundesgebiet zeigt, dass der Anteil nicht-deutscher Auszubildender in Thüringen über den betrachteten Zeitraum hinweg zwar leicht gewachsen ist, aber stets niedriger war als im gesamten Bundesgebiet. Im Jahr 2021 betrug der Anteil Auszubildender ohne deutschen Pass in Thüringen 6,6 %, während er im Bundesdurchschnitt bei 10,7 % lag. Setzt man die Werte allerdings in Relation zum Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung (2021 lag dieser bei 5,8 % in Thüringen und 13,1 % in Deutschland), fällt die Beteiligung der Eingewanderten ohne deutschen Pass im Ausbildungsmarkt in Thüringen stärker aus als im Bundesdurchschnitt (Statistisches Bundesamt 2022).

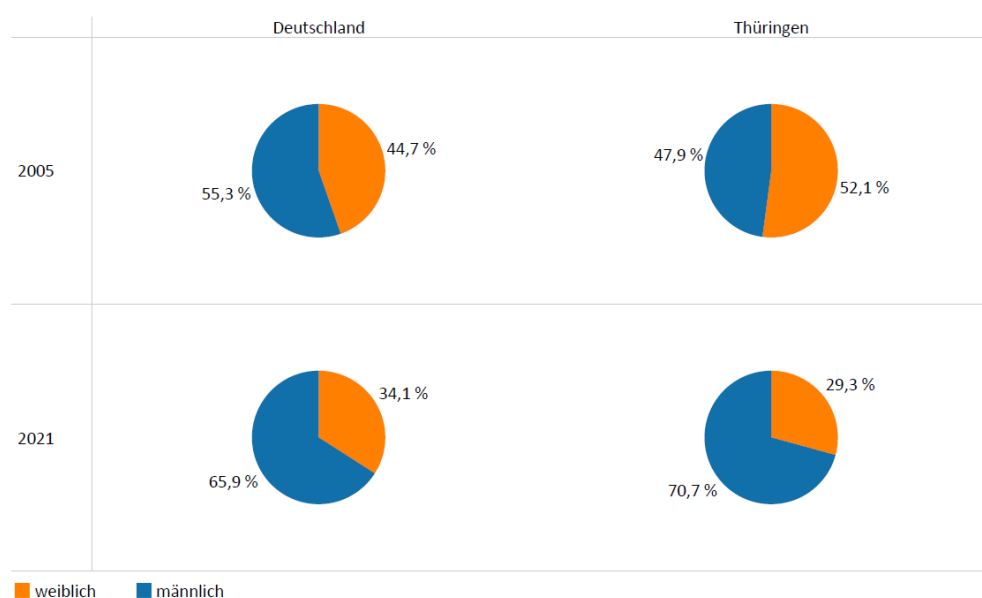


Abbildung 4.34: Auszubildende ohne deutschen Pass in der dualen Berufsausbildung in Thüringen und Deutschland nach Geschlecht und Jahr
 Fallzahlen: zwischen 25.437 und 1.271.457 je nach Jahr und Region.
 Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berufsbildungsstatistik. Eigene Berechnung und Darstellung nach Integrationsmonitoring der Länder 2023

Ein Blick auf die Geschlechterverteilung zeigt, dass sowohl der Anteil weiblicher Auszubildender insgesamt⁷⁸ als auch der Anteil weiblicher Auszubildender ohne deutschen Pass in Thüringen unter dem Bundesdurchschnitt liegt (siehe Abbildung 4.34), und dass der Frauenanteil insbesondere bei den

⁷⁸ Der Wert wird in der Abbildung nicht dargestellt. Quelle entsprechend Abbildung 4.34.

ausländischen Auszubildenden im Laufe der Jahre gesunken ist. Demnach gab es im Jahr 2021 unter den nicht-deutschen Auszubildenden in Thüringen nur 29,3 % weibliche Auszubildende, ein deutlicher Rückgang gegenüber 2005 (-22,8 Prozentpunkte). Entsprechend lag der Anteil männlicher Auszubildender ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Thüringen im Jahr 2021 bei 70,7 %. Auch deutschlandweit ist der Anteil weiblicher Auszubildender ohne deutschen Pass im Jahr 2021 im Vergleich zu 2005 gesunken, allerdings nicht so stark wie in Thüringen. 2021 waren 34,1 % der ausländischen Auszubildenden weiblich, während es 2005 noch 44,7 % waren.

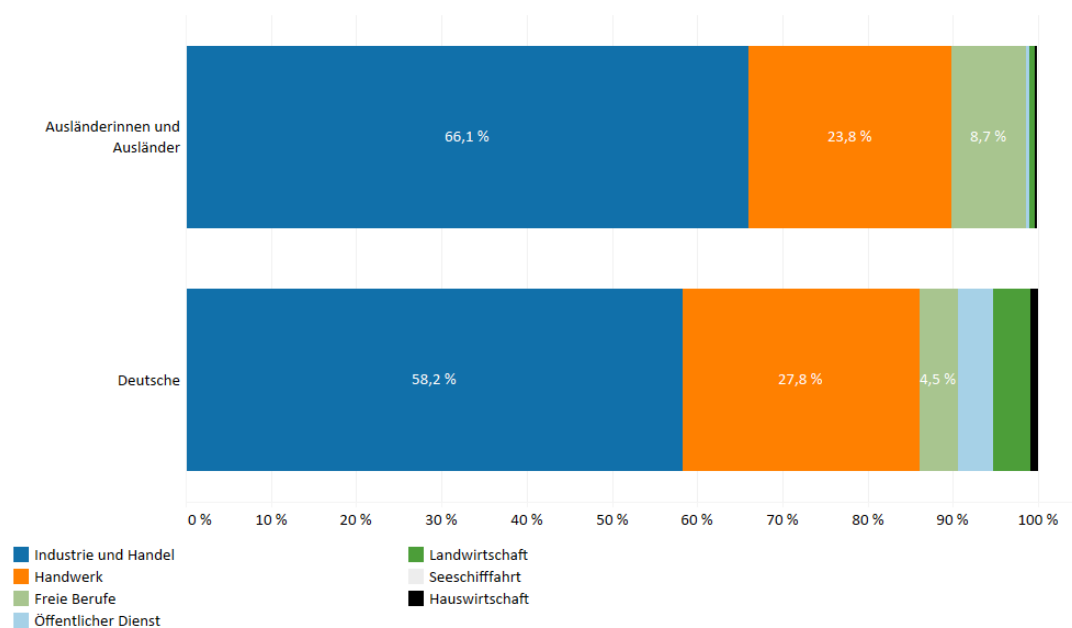


Abbildung 4.35: Ausländische und deutsche Auszubildende in der dualen Berufsausbildung nach Ausbildungsbereichen in Thüringen im Jahr 2021

Fallzahl: 25.437 insgesamt. Prozentzahlen unter 5 sind in der Abbildung nicht ausgewiesen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Berufsbildungsstatistik. Eigene Berechnung und Darstellung nach Integrationsmonitoring der Länder 2023

Betrachtet man die verschiedenen Ausbildungsbereiche (siehe Abbildung 4.35), in denen Auszubildende mit und ohne deutschen Pass in Thüringen tätig sind, überwiegt in beiden Gruppen der Anteil derer, die im Bereich Industrie und Handel ihre Ausbildung absolvieren. Unter den Nicht-Deutschen ist dieser Anteil höher (+ 7,9 Prozentpunkte).

Im Handwerk sind dagegen anteilig etwas mehr deutsche Auszubildende tätig (+ 4,0 Prozentpunkte). Außerdem fällt auf, dass mehr Ausländerinnen und Ausländer in freien Berufen (+ 3,7 Prozentpunkte) ihre Ausbildung absolvieren und deutlich weniger im öffentlichen Dienst beschäftigt sind (d. h. unter 1 % der nicht-deutschen Auszubildenden im Vergleich zu 4 % aller deutschen Auszubildenden). Zur langfristigen interkulturellen Öffnung der staatlichen Verwaltung (siehe auch Kapitel 4.1) ist ein Zuwachs an Auszubildenden mit Migrationshintergrund im öffentlichen Sektor dringend notwendig.

Betrachtet man die Verteilung auf die Ausbildungsbereiche im Vergleich zum Bundesdurchschnitt 2021, so zeigen sich einige Unterschiede: Bundesweit ist der Anteil der deutschen Auszubildenden in Industrie und Handel größer (57,7 %) als der Anteil der nicht-deutschen Auszubildenden (45,2 %). Dafür machen anteilig mehr Menschen ohne deutschen Pass eine Ausbildung im Handwerk (36,6 % gegenüber 27,4 % bei den Deutschen). Der Unterschied in den freien Berufen fällt noch etwas größer aus als in Thüringen: Hier lernen 16,2 % der ausländischen und 8,1 % der deutschen Auszubildenden ihren Beruf (Integrationsmonitoring der Länder 2023).

Hochschulen und Wissenschaft

Im Wintersemester 2022/23 waren an Thüringer Hochschulen 22.131 Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit eingeschrieben, was einem Anteil von 16,3 % an allen in Thüringen eingeschriebenen Studierenden entspricht. Davon waren 5.953 Personen an Universitäten, 309 Personen an Kunsthochschulen und 15.869 Personen an Fachhochschulen (außer Verwaltungshochschulen) eingeschrieben (TLS 2024i). Besonders hoch waren die Zahlen der ausländischen Studierenden in den Fächergruppen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (10.083) und Ingenieurwissenschaften (7.152). Das Geschlechterverhältnis unter den ausländischen Studierenden war ausgeglichen. Die meisten ausländischen Studierenden kamen aus Indien (3.755), Österreich (3.767) und China (1.046) (TLS 2024j). Die höchsten ausländischen Studierendenanteile wiesen die Hochschule Schmalkalden (42 %), die Hochschule für Musik FRANZ LISZT Weimar (41,8 %) und die Technische Universität Ilmenau (39,7 %) aus (ebd.). Mit Blick auf die absoluten Zahlen ist außerdem zu beachten, dass 8.928 ausländische Studierende an staatlichen Hochschulen und 13.203 an einer privaten Hochschule mit zum Teil ausgeprägtem Fernstudienangebot eingeschrieben waren und sich demnach nicht zwingend alle in Thüringen aufhalten mussten (TLS2024i). Gegenüber dem Wintersemester 2018/19 ist der Anteil ausländischer Studierender um 0,8 Prozentpunkte gestiegen (ebd.). Thüringen liegt somit etwas

über dem bundesweiten Durchschnitt von 15,7 % ausländischer Studierender, aber etwas unter dem ostdeutschen Durchschnitt (inkl. Berlin) von 18 % (Statistisches Bundesamt 2023b). In westdeutschen Bundesländern liegt der Anteil durchschnittlich bei 15 % (ebd.). Auffällig ist, dass in Thüringen wie auch in anderen ostdeutschen Bundesländern der Anteil der ausländischen Studierenden im Vergleich zum Anteil der ausländischen Gesamtbevölkerung überproportional hoch ist. Dies deutet darauf hin, dass die Hochschullandschaft ein besonders großer Anziehungspunkt für Zuwanderung aus dem Ausland ist. Ob dies auch in einen langfristigen Verbleib im Erwerbsleben mündet, hängt jedoch von den beruflichen Perspektiven und der Lebensqualität im Land ab.

Die Entwicklung der Anteile des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals mit ausländischer Staatsangehörigkeit an Hochschulen bietet Einblicke in die Internationalisierung und Diversität der akademischen Landschaft in Thüringen auch über das Studium hinaus: Demnach hatten im Jahr 2022 17,2 % des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals (inkl. Professorinnen und Professoren) an den Thüringer Hochschulen (einschließlich privater Hochschulen) keine deutsche Staatsbürgerschaft. Ihr Anteil ist somit im Vergleich zum Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung eher hoch (siehe Kapitel 3.2.1). Seit 2017 ist dieser Anteil stetig leicht gestiegen, von 12,2 % auf 17,2 %, was einen Zuwachs von 5 Prozentpunkten bedeutet. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt ist der Anteil in Thüringen ähnlich hoch: Bundesweit betrug der Anteil 2017 noch 13,1 % und stieg bis 2022 ebenfalls leicht auf 16,4 %.⁷⁹

Der Anteil ausländischer Promovierender ist in Thüringen höher als bundesweit. Während er im Freistaat von 26,8 % 2019 auf 28,1 % 2022 gestiegen ist, lag er bundesweit 2022 bei 23,1 % und 2022 bei 23,4 % (Statistisches Bundesamt 2023d).

4.4.2 *Mikrozensus*

Der Mikrozensus liefert umfassende Daten zu den Bildungsabschlüssen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Hierbei gilt weiterhin zu beachten, dass als Antwortmöglichkeiten die deutschen Schul- und Ausbildungsabschlüsse vorgegeben sind und Personen mit ausländischen Bildungsabschlüssen eine möglichst äquivalente Option auswählen müssen. Aufgrund

⁷⁹ Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft 2024 (Sonderauswertung auf Basis der amtlichen Hochschulpersonalstatistik).

der unterschiedlichen Bildungssysteme in den verschiedenen Ländern ist es oft schwierig, die Äquivalenz der Bildungsabschlüsse zu bestimmen. Dies ist bei der Bewertung der selbsteingeschätzten Bildungsabschlüsse zu berücksichtigen und kann Unterschiede zwischen den beschriebenen Gruppen mitverursachen. Zudem kann aufgrund geringer Fallzahlen keine Differenzierung nach Altersgruppen vorgenommen werden. Aufgrund der unterschiedlichen Altersstruktur der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund kann somit nicht dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die tendenziell jüngere Bevölkerung anteilig noch mehr dabei ist, Bildungsabschlüsse zu erwerben, während die tendenziell ältere Bevölkerung ohne Migrationshintergrund anteilig schon häufiger ihre Bildungswege abgeschlossen und Abschlüsse erworben hat (siehe DeZIM 2019 (ZIB): 71). Aufgrund der Neuausrichtung des Mikrozensus 2020 und der dadurch eingeschränkten Vergleichbarkeit (siehe Kapitel 2.4.2) wird auf Vergleich mit den im Vorgängerbericht beschriebenen Daten verzichtet.

Abbildung 4.36 zeigt die höchsten allgemeinbildenden Bildungsabschlüsse von Personen mit und ohne Migrationshintergrund, wobei bei ersteren danach unterschieden wird, ob diese in Deutschland geboren sind oder nicht. Die Daten unterscheiden sich von denen des Vorgängerberichts insofern, als dass hier aufgrund geringer Fallzahlen alle Personen über 18 Jahren beachtet werden, während im Vorgängerbericht nur die Gruppe der 18-25-Jährigen betrachtet wurde. Somit handelt es sich um eine andere Grundgesamtheit.⁸⁰ Schaut man sich die Zahlen für 2021-2023 an, so fällt auf, dass unter den nicht in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund sowohl der Anteil derjenigen, die eine (Fach-)Hochschulreife (47 %) als auch derjenigen ohne Abschluss oder ohne Angabe (12,8 %) höher liegt als bei den Vergleichsgruppen. Realschulabschlüsse werden hingegen anteilig deutlich häufiger von Personen ohne Migrationshintergrund erworben als von Personen mit Migrationshintergrund, insbesondere wenn diese im Ausland geboren wurden. Diese Diskrepanz ist wohl weiterhin damit erklärbar, dass der Realabschluss ein Spezifikum des deutschen Bildungssystems ist und von Personen, die ihren Abschluss im Ausland erworben haben, nicht als äquivalent eingeordnet wird. Die Anteile derjenigen, die einen Hauptschulabschluss erworben haben, sind hingegen in den betrachteten Gruppen ähnlich. Die Fallzahlen für in Deutschland geborene Personen mit Migrationshintergrund sind gering und daher vorsichtig zu bewerten: Tendenziell liegen die

⁸⁰ Im Vorgängerbericht wurden die Daten dem Integrationsmonitoring der Länder entnommen und im Kapitel zu administrativen Daten beschrieben.

Anteile bei dieser Gruppe aber zwischen denen von Personen ohne Migrationshintergrund und im Ausland geborenen Personen mit Migrationshintergrund. In den beobachteten Jahren ist keine bedeutsame Veränderung im Zeitverlauf zu beobachten.

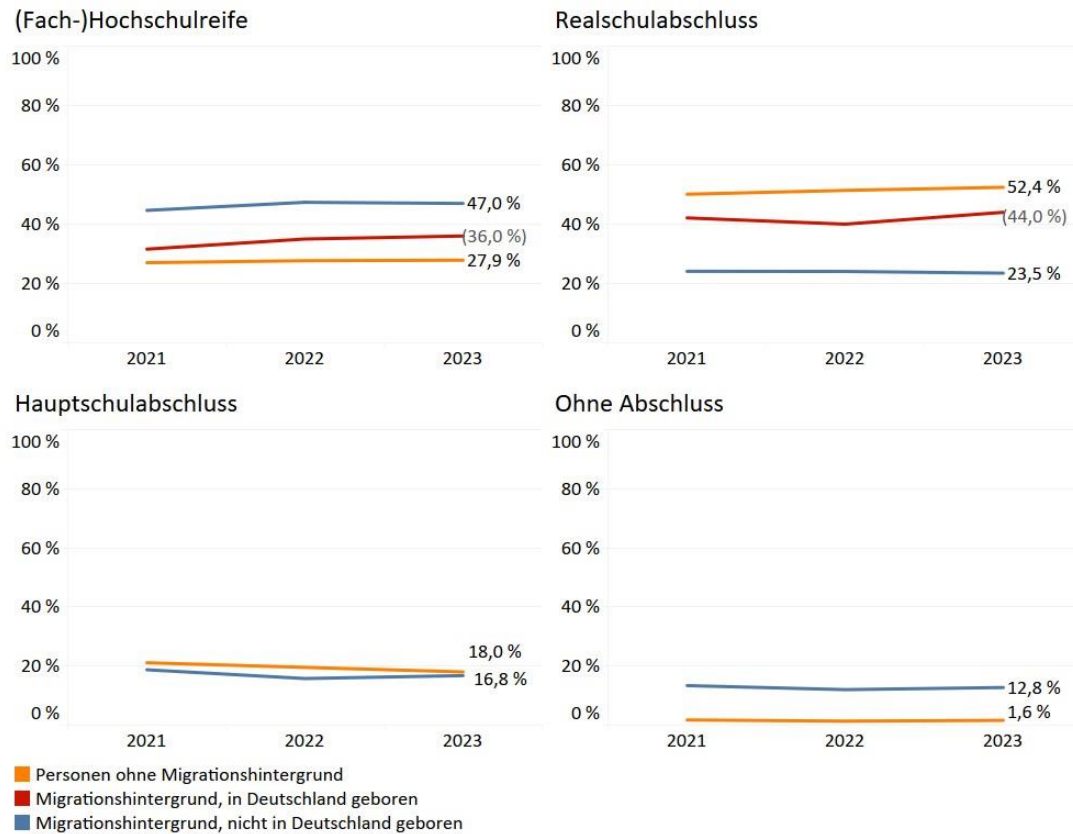


Abbildung 4.36: Höchster allgemeinbildender Schulabschluss (ab 18 Jahren) nach Migrationshintergrund, Geburtsort und Jahr in Thüringen

Anmerkung: Aufgrund der geringen Fallzahlen ist der Aussagewert mancher Anteile eingeschränkt und daher in Klammern (grau) abgebildet. Andere Anteile sind aufgrund von statistischer Unsicherheit im Mikrozensus nicht ausgewiesen und fehlen hier. Fallzahlen: zwischen 19 und 1.633 Tausend je nach Region und Jahr.

Quelle: Mikrozensus. Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung)

Schaut man sich die Schulabschlüsse in den unterschiedlichen Herkunftsguppen in Thüringen im Jahr 2023 an, so ergibt sich ein differenzierteres Bild (siehe Abbildung 4.37). Zu beachten ist, dass hier im Unterschied zu der Vorgängergrafik die Beschränkung auf die Antworten der befragten Personen

über 18 nicht mehr besteht. Die Grafik zeigt die Bildungsabschlüsse von verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Thüringen und teilt sie in drei Kategorien ein: (Fach-)Hochschulreife, sonstiger Abschluss und kein Abschluss/keine Angabe. Die analysierten Gruppen umfassen Deutsche ohne Migrationshintergrund, Personen mit Migrationshintergrund und darunter: Personen aus Hauptfluchtländern, der ehemaligen Sowjetunion, aus der EU-Ost und dem Rest der Welt. EU-West (11 Tsd. Personen) und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler (14 Tsd. Personen) werden wegen geringen Fallzahlen nach Schulabschluss nicht ausgewiesen. Daraus ergibt sich: Personen mit Migrationshintergrund und insbesondere Personen aus der „sonstigen Welt“, der EU-Ost und der ehemaligen Sowjetunion haben im Schnitt häufiger (Fach-)Hochschulabschlüsse als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Menschen ohne Migrationshintergrund weisen wiederum weitaus häufiger als die Vergleichsgruppen sonstige allgemeinbildende Abschlüsse aus. Personen aus den Hauptfluchtländern geben hingegen zu einem ähnlich hohen Anteil (23,5 %) an, über einen höheren Bildungsabschluss zu verfügen wie Deutsche ohne Migrationshintergrund. Dafür ist der Anteil derjenigen, die angaben, keinen Bildungsabschluss zu haben oder keine Angabe machten, mit 54,9 % am größten. Der Anteil von Personen ohne allgemeinbildenden Schulabschluss ist auch bei Personen mit Migrationshintergrund insgesamt höher als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund. Diese Tendenz zeichnete sich bereits im Vorgängerbericht ab (DeZIM 2019 (ZIB): 71f.). Dabei ist zu beachten, dass entsprechend dem Indikator des Vorgängerberichts alle Befragungsdaten und nicht nur die der über 18-Jährigen einbezogen werden. Schaut man sich die Ergebnisse für volljährige Befragte an, so liegt der Anteil der Personen ohne Abschluss und ohne Angabe bei Personen mit Migrationshintergrund bei 12,1 % und bei Personen aus Hauptfluchtstaaten bei 32,4 %, also wesentlich niedriger als in der Gesamtbetrachtung. Dies spricht dafür, dass der hohe Anteil derjenigen, die keinen formellen Abschluss angaben, auch auf die junge Altersstruktur zurückgeht. Der Umstand, dass viele Minderjährige ihren Abschluss noch nicht erworben haben, ist hier relevant. Des Weiteren kann davon ausgegangen werden, dass viele Personen, insbesondere aus Nicht-EU-Staaten und wenn sie erst vor kurzem nach Deutschland gekommen sind, mit dem deutschen Bildungssystem noch nicht vertraut sind und keine oder unzutreffende Antworten geben. Hinzu kommt, dass insbesondere Geflüchtete ihre Bildungslaufbahn häufig unterbrechen und einen allgemeinen Bildungsabschluss in Deutschland erst noch erwerben bzw. abschließen müssen (ebd.).

Die Geschlechterverteilung bei den allgemeinen Schulabschlüssen zeigt keine auffälligen Unterschiede, weder bei Personen mit noch ohne Migrationshintergrund.⁸¹

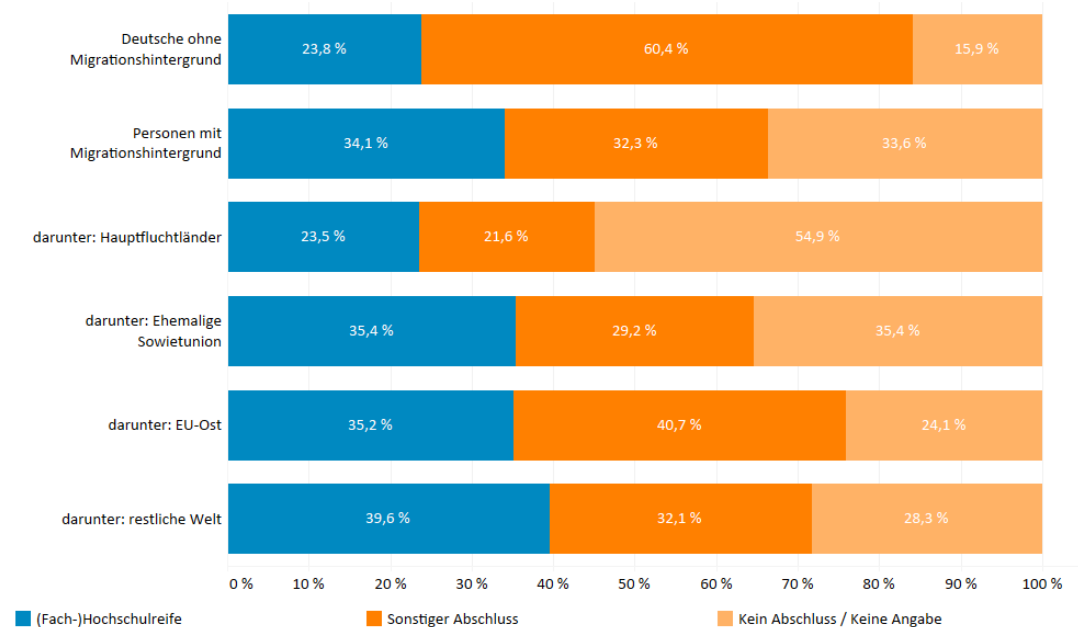


Abbildung 4.37: Allgemeine Schulabschlüsse von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Thüringen nach Herkunftsgruppen im Jahr 2023

Anmerkungen: Hier sind alle Personen ausgewiesen und nicht wie in der vorherigen Grafik nur Personen ab 18 Jahren. Fallzahlen in Tsd.: 1.863 (Deutsche ohne Migrationshintergrund), 232 (Personen mit Migrationshintergrund), 52 (Hauptfluchtländer), 48 (Ehemalige Sowjetunion), 54 (EU-Ost), 53 (Sonstige Welt). Die Kategorien EU-West und Personen mit (Spät-) Aussiedlerstatus können aufgrund der geringen Fallzahlen nicht ausgewiesen werden.

Quelle: Mikrozensus. Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung)

Vergleicht man die Zahlen für Thüringen mit dem gesamtdeutschen Durchschnitt, so fällt auf, dass die Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund bundesweit insgesamt geringer ausfallen. Vor allem bei der (Fach-)Hochschulreife variieren die Anteile in den verschiedenen Gruppen nur zwischen 25 % (Hauptfluchtländer) und 37,1 % (EU-West). Der Anteil von Personen aus Hauptfluchtländern, die keine Angabe machten oder

⁸¹ Daten in der Abbildung nicht dargestellt, Quelle siehe Abbildung 4.37.

angaben, keinen Abschluss zu haben, liegt bundesweit bei 55,9 % und damit erheblich niedriger als in Thüringen. Dafür weisen bundesweit Personen aus EU-Staaten und der sonstigen Welt häufiger keinen Abschluss aus als in Thüringen.⁸²

Gefragt nach abgeschlossenen beruflichen und akademischen Abschlüssen, sind ebenfalls deutliche Unterschiede erkennbar (siehe Abbildung 4.38). Die im Vorgängerbericht beschriebenen Muster sind dabei weiterhin zu beobachten (DeZIM 2019 (ZIB): 72). Personen mit Migrationshintergrund und insbesondere aus Nachfolgestaaten der Sowjetunion und aus Ländern der sonstigen Welt haben häufiger einen akademischen Abschluss als Personen ohne Migrationshintergrund. Hingegen weisen Thüringerinnen und Thüringer ohne Migrationshintergrund wesentlich häufiger einen beruflichen Abschluss auf. Das liegt auch daran, dass in Deutschland insbesondere das duale Ausbildungssystem einen besonders hohen Stellenwert oder kein Äquivalent in anderen Berufsbildungssystemen hat. Nur Personen aus EU-Oststaaten haben ebenfalls größtenteils einen Berufsabschluss. Auffällig ist, dass nur wenige Personen aus Hauptfluchtländern angeben, einen Berufsabschluss zu haben (11,1 %), wobei der Anteil statistisch unsicher ist. Für drei Viertel der Befragten aus den Hauptfluchtländern liegen keine Angaben vor oder sie besitzen keinen weiterführenden Bildungsabschluss. Für den Anteil derer, die keinen weiterführenden Bildungsabschluss haben oder keine Angaben machten, ist neben der schwierigen Vergleichbarkeit der Ausbildungssysteme und fehlender bzw. un abgeschlossener Anerkennung der beruflichen Qualifikationen in Deutschland wohl auch das junge Alter vieler Geflüchteter ein wesentlicher Grund: Viele verlassen ihr Herkunftsland, bevor sie dort einen weiterführenden Bildungsabschluss erwerben können oder müssen diesen aufgrund von Krisensituationen unterbrechen.

Ein geschlechterspezifischer Vergleich der beruflichen und akademischen Abschlüsse in Thüringen zeigt, dass weder bei Personen mit Migrationshintergrund noch bei Personen ohne Migrationshintergrund auffällige Unterschiede in den Verteilungen zu erkennen sind. Bundesweit ist zudem zu sehen, dass sich hinsichtlich der Berufsabschlüsse ähnliche Tendenzen wie in Thüringen abzeichnen.⁸³

⁸² Ohne Abbildung. Mikrozensus. Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung).

⁸³ Daten nicht in Abbildung dargestellt. Quelle siehe Abbildung 4.37.

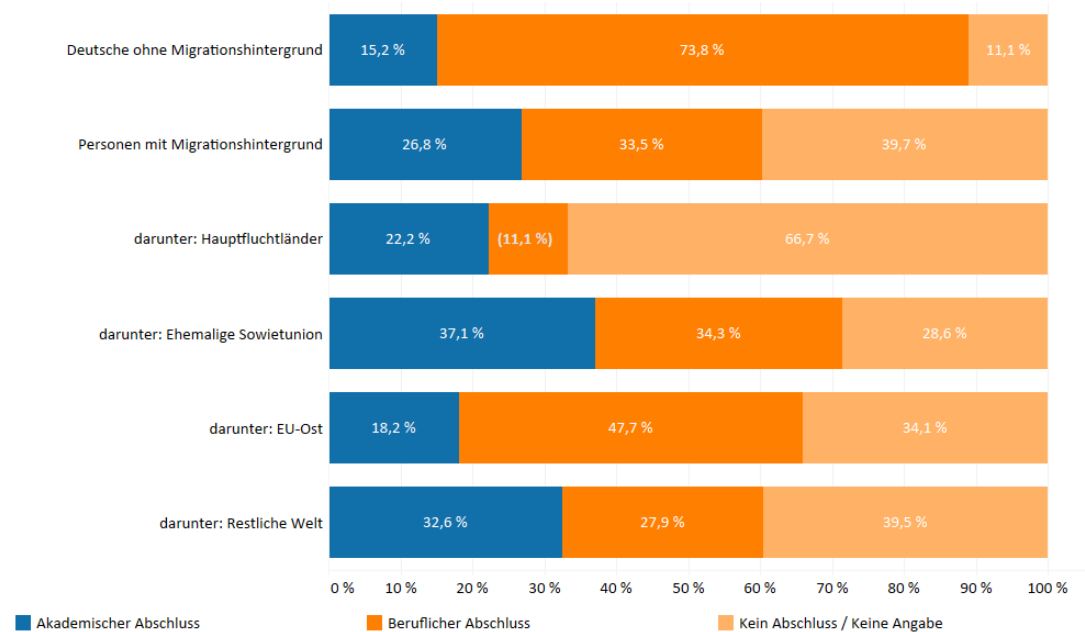


Abbildung 4.38: Weiterführende Abschlüsse von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Thüringen nach Herkunftsgruppen im Jahr 2023

Anmerkung: Anteil an Personen ab 15 Jahren. Der Aussagewert der Zahl in Klammern ist laut Mikrozensus statistisch unsicher. Fallzahlen in Tsd.: 1.617 (Deutsche ohne Migrationshintergrund), 179 (Personen mit Migrationshintergrund), 36 (Hauptfluchtländer), 35 (Ehemalige Sowjetunion), 45 (EU-Ost), 43 (Sonstige Welt).

Quelle: Mikrozensus. Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung)

4.4.3 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten

Während im Vorgängerbericht noch keine Indikatoren zu Bildung auf Basis von Umfragedaten vorlagen, können in diesem Bericht neue Umfrageergebnisse ausgewertet werden. Diese gehen aus einer Studierendenbefragung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung aus dem Jahr 2021 hervor (Kroher et al. 2023), an der sich knapp 188.000 Studierende von 250 deutschen Hochschulen beteiligten.⁸⁴

⁸⁴ Zur Gewichtung der Daten siehe DZHW 2023.

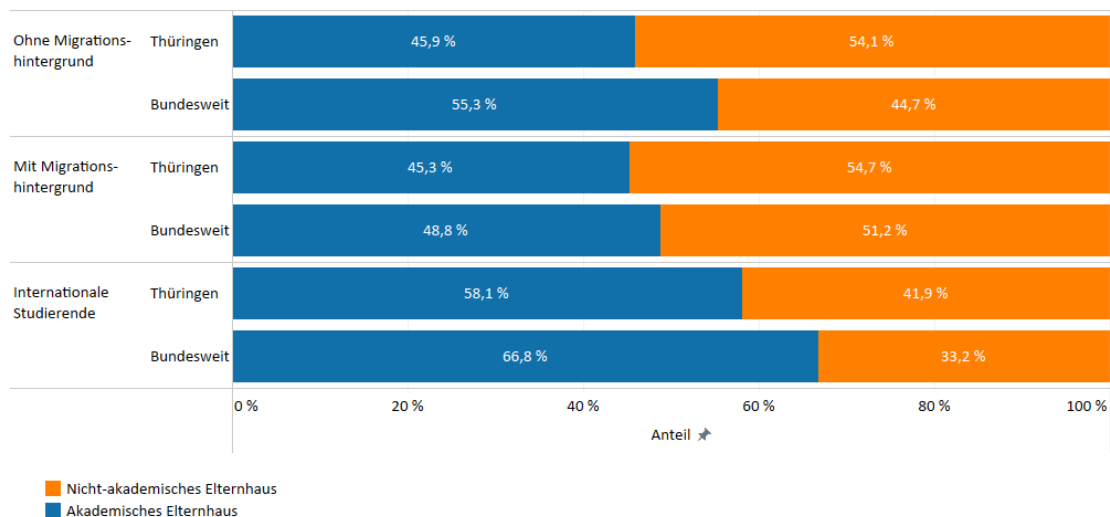


Abbildung 4.39: Bildungsstand der Eltern von Studierenden im Jahr 2021 in Thüringen und bundesweit nach Migrationshintergrund (in %)

Anmerkung: Als nicht-akademisches Elternhaus gelten Konstellationen, in denen keines der Elternteile einen Hochschulabschluss erworben hat. Wenn mindestens eines der Elternteile einen akademischen Abschluss erworben hat, werden die Befragten der Gruppe „akademisches Elternhaus“ zugeordnet.

Quelle: Eigene Darstellung nach DZHW „Die Studierendenbefragung in Deutschland 2021“ (Sonderauswertung HEADS-Arbeitsgruppe)

In Thüringen hatten dabei 11,8 % der befragten Studierenden in Deutschland einen Migrationshintergrund, 16,7 % waren internationale Studierende.⁸⁵ Die Studierenden wurden u. a. nach dem Bildungsstand ihrer Eltern befragt (siehe Abbildung 4.39). Dieser ist für die Bildungslaufbahn der Kinder ein wesentlicher Einflussfaktor. Von den Studierenden ohne Migrationshintergrund gab jeweils ungefähr die Hälfte an, aus einem akademischen oder nicht-akademischen Elternhaus zu kommen. Während bei Thüringer Studierenden ohne Migrationshintergrund die Eltern etwas häufiger (54,1 %) keinen akademischen Abschluss hatten, war dies bundesweit andersherum. Bei den deut-

⁸⁵ Für die Zuordnung des Migrationshintergrunds werden mehrere Variablen im Fragebogen einbezogen: das Geburtsland der Befragten, das Geburtsland der Eltern und der Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland oder im Ausland. „Studierende aus Deutschland“ sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund werden als solche definiert, wenn sie ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erworben haben. Als „Studierende aus Deutschland mit Migrationshintergrund“ gelten diejenigen, die entweder selbst im Ausland geboren sind oder mindestens ein im Ausland geborenes Elternteil haben. Als internationale Studierende gelten die Befragten, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben.

schen Studierenden ohne Migrationshintergrund war das Verhältnis in Thüringen nahezu gleich, während bundesweit der Anteil aus nicht-akademischen Haushalten etwas größer war. Auffällig ist, dass Eltern von internationalen Studierenden sowohl in Thüringen als auch bundesweit überdurchschnittlich oft studiert haben. Hierbei dürfte eine Rolle spielen, dass zur Finanzierung eines Studiums in Deutschland finanzielle Ressourcen vorhanden sein müssen, die wohl häufiger von Familien in hochqualifizierten Beschäftigungen gestellt werden können als in nicht-akademischen Familien. Bei der Bewertung der Ergebnisse ist zu beachten, dass die Anteile akademischer Elternhäuser nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind (siehe auch Kapitel 4.4.2). Denn Kinder von akademischen Eltern haben grundsätzlich eine höhere Chance zu studieren als Kinder von Eltern, die selbst keine akademische Laufbahn durchlaufen sind (Stifterverband für die deutsche Wissenschaft 2022). Studierende aus Akademikerfamilien sind unabhängig vom Migrationshintergrund an Universitäten überrepräsentiert.

4.4.4 *Zwischenfazit zu Bildung*

In Thüringen sind die Bedingungen für eine faire Bildungsteilnahme weiterhin stark davon geprägt, dass viele Menschen erst vor kurzem und in jungem Alter zugewandert sind. Hürden für die Bildungsteilnahme bestehen daher vor allem durch Sprachbarrieren, aber auch dadurch, dass insbesondere bei Geflüchteten der Bildungsweg durch die Flucht unterbrochen wurde und sie deshalb keinen formalen Bildungsabschluss mitbringen. Auch die Unterschiedlichkeit und zum Teil Inkompatibilität der Bildungssysteme wirkt sich hemmend auf die Fortsetzung migrationsgeprägter Bildungswege aus. Bildungsintegrationspolitische Maßnahmen müssen daher zum einen darauf abzielen, Kindern und Jugendlichen im vorschulischen und Schulalter gute Bedingungen für Bildungserfolge zu geben und sie schnellstmöglich in das Bildungssystem zu integrieren. Zum anderen sind insbesondere für junge Erwachsene Maßnahmen bedeutsam, die einen Einstieg in das Regelsystem trotz fehlender formaler Abschlüsse ermöglichen.

Dies zeigt auch die inzwischen breitere administrative Datenlage.

Wichtige Grundlagen für spätere Bildungserfolge werden bereits in der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung gelegt. Insbesondere können dort bereits Deutschkenntnisse vermittelt und gefestigt werden und somit spätere Hürden in der Schule im Vorhinein abgebaut werden. Die Betreuungsquoten der 3- bis 6-Jährigen mit Migrationshintergrund liegen zwar in

Thüringen weiterhin unter denen von Kindern ohne Migrationshintergrund. Positiv ist jedoch zu bewerten, dass die Unterschiede sich verkleinern und Thüringen im Vergleich mit den anderen Bundesländern eine höhere Betreuungsquote erreicht.

Der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an Thüringer Schulen steigt gemeinsam mit dem ausländischen Bevölkerungsanteil allgemein kontinuierlich an. Auffällig ist, dass Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an Gymnasien unterrepräsentiert sind. Hier besteht weiterhin Handlungsbedarf. Dass die verhältnismäßigen Unterschiede bundesweit geringer ausfallen, weist darauf hin, dass mit längerer Aufenthaltsdauer auch die Teilhabe von Kindern mit Migrationshintergrund an Gymnasien wachsen wird. Um dies zu beschleunigen, muss vor allem der Abbau von Sprachbarrieren gefördert werden. Das zeigen auch die weiterhin hohen Anteile der Schülerinnen und Schüler mit einem Förderbedarf im Bereich Deutsch an Thüringer Schulen. Es gilt also, das Angebot an Fördermaßnahmen für Deutsch als Zweitsprache begleitend zum Regelunterricht aufrechtzuerhalten bzw. auszubauen. Die Disparitäten zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, die in der 4. Jahrgangsstufe die Regelstandards Deutsch und Mathematik erreichen, haben sich seit dem letzten Bericht noch weiter zu Ungunsten der Kinder mit Migrationshintergrund vergrößert. Dies kann u. a. auf die Folgen des Lockdowns während der Corona-Pandemie zurückgeführt werden und weist auf die Notwendigkeit weiterer Fördermaßnahmen hin.

Für junge Erwachsene, die mit geringen Deutschkenntnissen und fehlenden formalen Schulabschlüssen nach Deutschland kommen, erweist sich das Übergangssystem als Schlüssel für die Teilhabe am Ausbildungs- und Berufsleben. Ein Drittel aller Teilnehmenden am Übergangssystem hat eine ausländische Staatsangehörigkeit. Besonders wichtig ist das Berufsvorbereitungsjahr (Sprache), um auf die Aufnahme einer Ausbildung oder den Erwerb eines Schulabschlusses vorzubereiten.

In Thüringen besteht ein hoher Bedarf an neuen Auszubildenden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an den Thüringer Auszubildenden ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen und lag 2021 bei 6,1 %. Das ist zwar weniger als im Bundesdurchschnitt, aber im Verhältnis zur ausländischen Gesamtbevölkerung ein vergleichsweise hoher Anteil. Rückläufig ist dagegen der Anteil der weiblichen Auszubildenden: Sie machten 2021 nur noch knapp ein Drittel aller ausländischer Auszubildenden aus. Ausländische Auszubildende in Thüringen lernen ihren Beruf anteilig häufiger in den Bereichen Industrie und Handel sowie in den freien Berufen als Azubis mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Die Thüringer Hochschullandschaft stellt einen besonderen Anziehungspunkt für Zuwanderung aus dem Ausland dar: 16,3 % aller Studierenden an Thüringer Hochschulen hatten im Wintersemester 2022/23 einen ausländischen Pass. Der Anteil des Personals ohne deutschen Pass an Thüringer Hochschulen ist in den letzten Jahren ebenfalls gewachsen. Beide Anteile sind im Vergleich zu den Verhältnissen in der Gesamtbevölkerung hoch.

Mikrozensusdaten zeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund häufiger einen höheren Schulabschluss und einen akademischen weiterführenden Abschluss haben als Menschen ohne Migrationshintergrund. Auf der anderen Seite geben Menschen mit Migrationshintergrund und insbesondere aus den Hauptfluchtländern aber auch häufiger an, keine Bildungsabschlüsse zu haben. Hier ändert sich also nichts an den stark polarisierten Tendenzen, die auch schon im Vorgängerbericht beobachtet wurden. Erklärt werden kann dies zum einen durch die junge Altersstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Denn unter Volljährigen fallen die Anteile ohne Abschluss bzw. ohne Angabe wesentlich geringer aus. Zudem erschweren unterschiedliche Bildungssysteme die Einschätzung der Äquivalenz von Abschlüssen. Dies weist auch darauf hin, dass ein Übergang von ausländischen ins deutsche Bildungssystem möglichst einfach gestaltet werden muss, z. B. durch schnelle Anerkennungsverfahren zu ausländischen Abschlüssen und ausreichende Anpassungsqualifizierungsangebote. Zum anderen sind viele Menschen mit Migrationshintergrund in einem jungen Alter geflohen und wurden somit gezwungen, ihre Bildungswege zu unterbrechen. Für sie sind adäquate Angebote wie das oben beschriebene Übergangssystem notwendig, die auch nach dem Schulpflichtalter einen Anschluss an das deutsche Regelsystem ermöglichen.

Weiterhin liegen wenig Umfragedaten vor, aus denen Schlüsse über die Bildungsteilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte gezogen werden können. Mehr Befragungen insbesondere zu Hürden bei der Bildungsteilhabe wären aber eine wichtige weitere Grundlage, um strukturelle Faktoren für Ungleichheiten zu identifizieren und diesen entgegenzuwirken.

4.5 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die Beschäftigungssituation von Personen mit Migrationsgeschichte gilt als zentraler Indikator für das Integrationsgeschehen. Ein Arbeitsverhältnis und die Positionierung auf dem Arbeitsmarkt beeinflussen fast alle Lebensbereiche und spielen somit eine entscheidende Rolle für die gesellschaftliche Teilhabe. Darüber hinaus zeigt sich: Der Arbeitsmarkt in Thüringen ist schon heute auf Migration angewiesen.

Der demografische Wandel in Thüringen führt zur Überalterung und zum Schrumpfen der Bevölkerung und dadurch zu einem Arbeits- bzw. Fachkräftemangel. So schätzt beispielsweise eine Studie der Bertelsmann Stiftung, dass die Thüringer Bevölkerungszahl von 2020 bis 2040 um 10,9 % auf knapp 1,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner sinken wird (Klug et al. 2024; siehe auch Kapitel 1 und 3). Bereits jetzt zeigt sich in den Daten der Bundesagentur für Arbeit, dass in Thüringen, genauso wie Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter aufgrund des demografischen Wandels im Juni 2023 im Vergleich zum Vorjahresmonat um Tausende zurückging – in Thüringen betrug der Rückgang 3.800 Personen (SZ 2024). Eine Studie der Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) und des ifo-Instituts prognostiziert, dass bis 2035 in Thüringen 250.000 Arbeitskräfte fehlen werden (Bernardt et al. 2023). Das Defizit kann nicht allein durch die Ausschöpfung vorhandener Potenziale, z. B. durch die Wiedereingliederung von Arbeitslosen oder stärkere Erwerbseinbindung von Frauen, behoben werden (ebd.).

Bereits jetzt spielen ausländische Beschäftigte eine wichtige Rolle, um diesem Defizit etwas entgegenzusetzen. Der Beschäftigungszuwachs in Thüringen (2013–2022) war laut IAB insgesamt vor allem auf ausländische Beschäftigte zurückzuführen (Leclerque & Fritzsche 2024). Im Jahr 2022 waren in Thüringen 62.158 Personen ohne deutschen Pass sozialversicherungspflichtig beschäftigt und somit fast vier Mal mehr als 2013. Die junge Bevölkerungsstruktur der Eingewanderten in Thüringen birgt außerdem ein hohes Potenzial, den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft langfristig zu stärken (siehe Kapitel 3). Zudem zeigen neue Studienergebnisse der OECD, dass die Erwerbsbeteiligung von Eingewanderten in Deutschland in den letzten zehn Jahren gewachsen ist und über dem europäischen Durchschnitt liegt (OECD 2024).

4.5.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) ist die wichtigste Lieferantin administrativer Daten zum Arbeitsmarkt. Diese werden nach verschiedenen Merkmalen unterschieden. So lassen sich die Daten, neben der Differenzierung nach Bundesland, auch getrennt nach Staatsangehörigkeiten analysieren. Aus den Daten lassen sich Rückschlüsse für die Arbeitsmarktsituation von Zugewanderten auf dem deutschen Arbeitsmarkt ziehen.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Daten z. T. zu unterschiedlichen Zeitpunkten veröffentlicht werden und es verschiedene Indikatoren gibt. Aufgrund der Fluchtmigration in den Jahren 2015 bis 2016 kam es beispielsweise zu großen Veränderungen in den tatsächlichen Zahlen ausländischer Personen, wodurch die Berechnung der Arbeitslosenquote eingeschränkt war und die sogenannte „eingeschränkte Bezugsgröße“ eingeführt wurde, um kurzfristige Veränderungen besser abbilden zu können. Bei der Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße werden lediglich sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig Beschäftigte einbezogen; Selbstständige, Beamtinnen und Beamte sowie Grenzpendlerinnen und Grenzpendler werden nicht abgebildet. Die Daten sind kurzfristig und monatsaktuell verfügbar.

Entwicklung der Arbeitslosenquote

Mit Blick auf die Entwicklung der Arbeitslosenquote in Thüringen seit Januar 2019 (siehe Abbildung 4.40) zeigt sich, dass es verhältnismäßig viele Schwankungen gab, die sich allerdings nur in einem relativ kleinen Rahmen zwischen 4,8 % (November 2021) und 6,5 % (Januar 2024) bewegen. Neben den saisonalen Schwankungen sind Anstiege der Arbeitslosenquote im Verlauf des Jahres 2020 und seit Mitte 2022 festzustellen, während die Arbeitslosenquote zwischen Januar 2021 und Mitte 2022 um 1,5 Prozentpunkte auf 4,9 % abnahm.

So hat sich der Arbeitsmarkt nach den Einschränkungen durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 2020 wieder erholt.

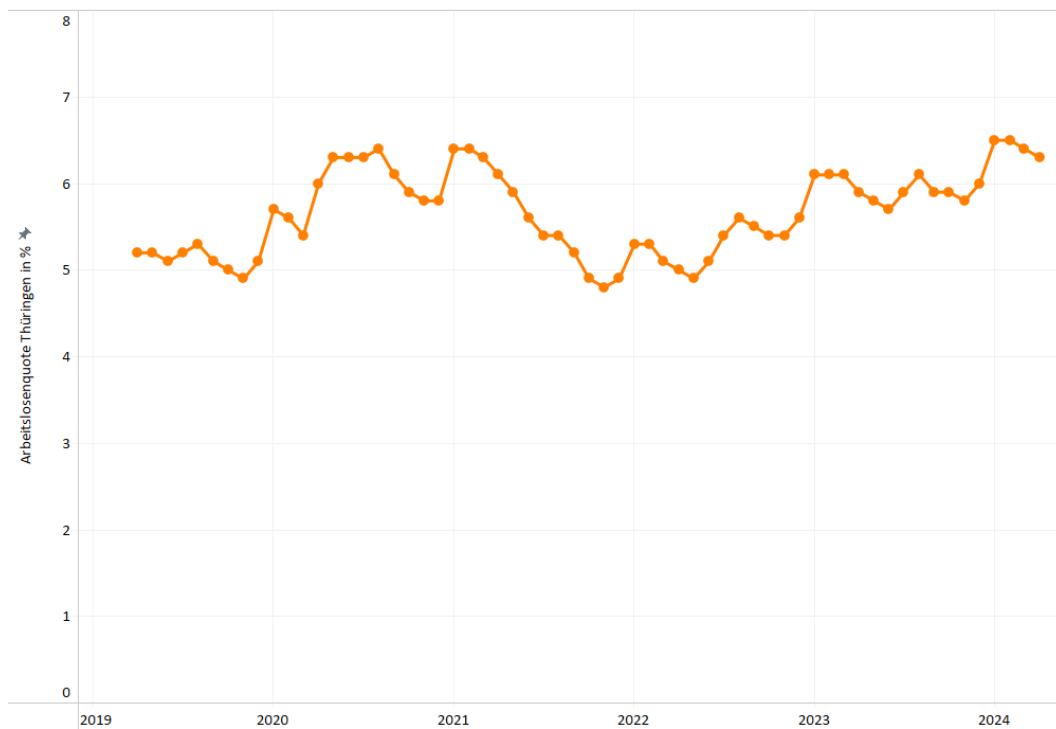


Abbildung 4.40: Monatliche Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen in Thüringen in %, April 2019 - April 2024
Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2024

Der Wiederanstieg der Arbeitslosenquote seit Mitte 2022 lässt sich einerseits mit Inflation und einer generell schlechteren Wirtschaftslage erklären (Heining et al., 2023). Andererseits steht er auch im Zusammenhang mit dem starken Anstieg der absoluten Anzahl ausländischer Beschäftigter und Arbeitsloser (Abbildung 4.41) in Thüringen, der wiederum auf die Fluchtmigration aus der Ukraine und die Aufnahme der Personen mit einem Aufenthaltstitel nach § 24 AufenthG in den Rechtskreis des SGB II zurückzuführen ist. Ein (vorläufiger) Anstieg der Arbeitslosenquote unter ausländischen Personen, wenn eine größere Anzahl an Personen nach Deutschland flüchtet, ist nicht ungewöhnlich, da auf einem formalisierten Arbeitsmarkt wie in Deutschland Prozesse des Ankommens, des Spracherwerbs und der beruflichen Anerkennung nacheinander geschaltet werden, was i. d. R. einen verzögerten Eintritt in den Arbeitsmarkt nach sich zieht. Zusätzlich sind unter den Geflüchteten aus der Ukraine überproportional viele Frauen mit Pflege- und/oder Betreuungsverpflichtungen vertreten, die zunächst diese organisieren müssen und dem Arbeitsmarkt noch nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung stehen.

Während die Anzahl ausländischer Arbeitsloser bis zu dem geschilderten Anstieg Mitte 2022 relativ stabil war, ist die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigter ohne deutsche Staatsangehörigkeit im gleichen Zeitraum stets angestiegen, von 41.912 Personen im Januar 2019 auf 70.505 im August 2023.

Der Anstieg an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist allerdings nicht gleichbedeutend damit, dass der im Thüringer Integrationskonzept formulierte Anspruch der gleichberechtigten Teilhabe am Erwerbsleben erfüllt wurde, wie der später im Kapitel folgende Blick auf das monatliche Bruttoeinkommen zeigt.

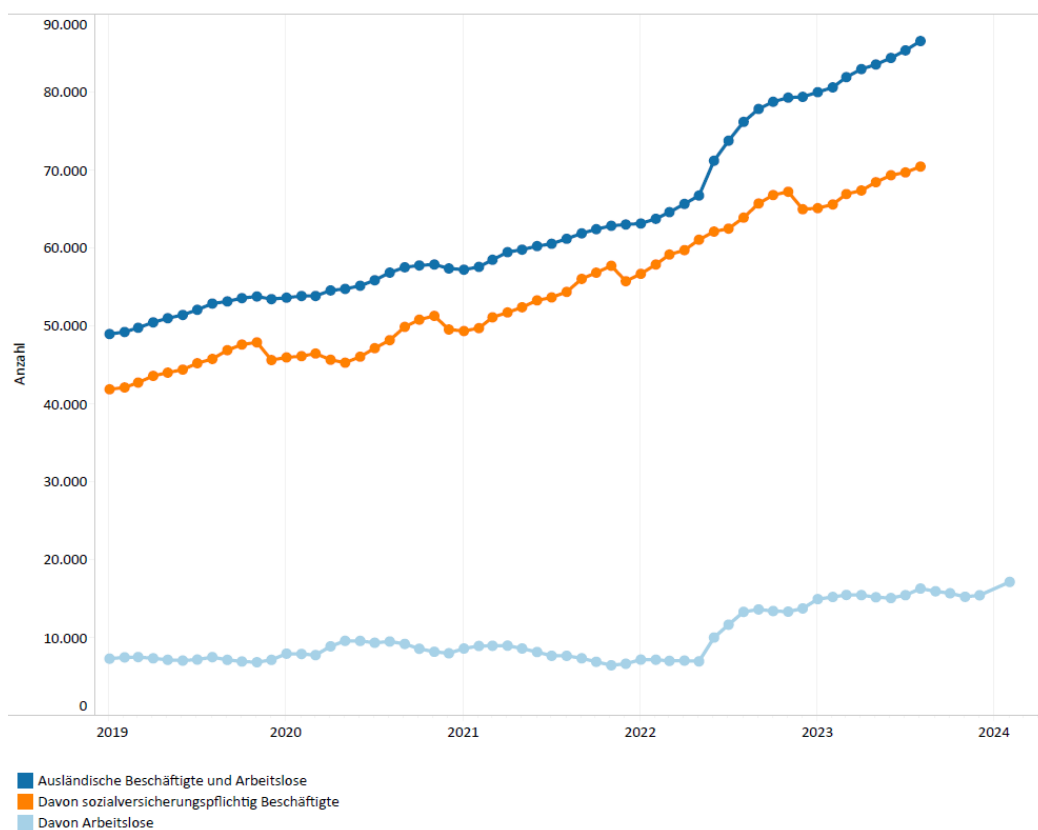


Abbildung 4.41: Anzahl der ausländischen Beschäftigten und Arbeitslosen in Thüringen nach Monat, Januar 2019-Februar 2024
Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2024

Während die Arbeitslosenquote der deutschen Staatsangehörigen im Zeitraum 2019 bis Ende 2023 in allen Planungsregionen⁸⁶ in Thüringen nahezu konstant bleibt, unterliegt die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und

⁸⁶ Das Thüringer Landesamt für Statistik unterteilt das Land in die Planungsregionen Mittelthüringen, Nordthüringen, Ostthüringen, Südwestthüringen (TLS 2024d).

Ausländern teilweise starken Schwankungen (siehe Abbildung 4.42). Geprägt ist der Zeitraum durch zwei Ereignisse, die auf dem Arbeitsmarkt eine Krisenwirkung entfaltet haben: die Corona-Pandemie und damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen sowie der Ausbruch des Krieges in der Ukraine und der damit verbundene starke Anstieg der Geflüchtetenzahlen auch in Thüringen. Auch hier ist die eingeschränkte Bezugsgröße der Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu berücksichtigen: Bei der Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße werden lediglich sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig Beschäftigte berücksichtigt.

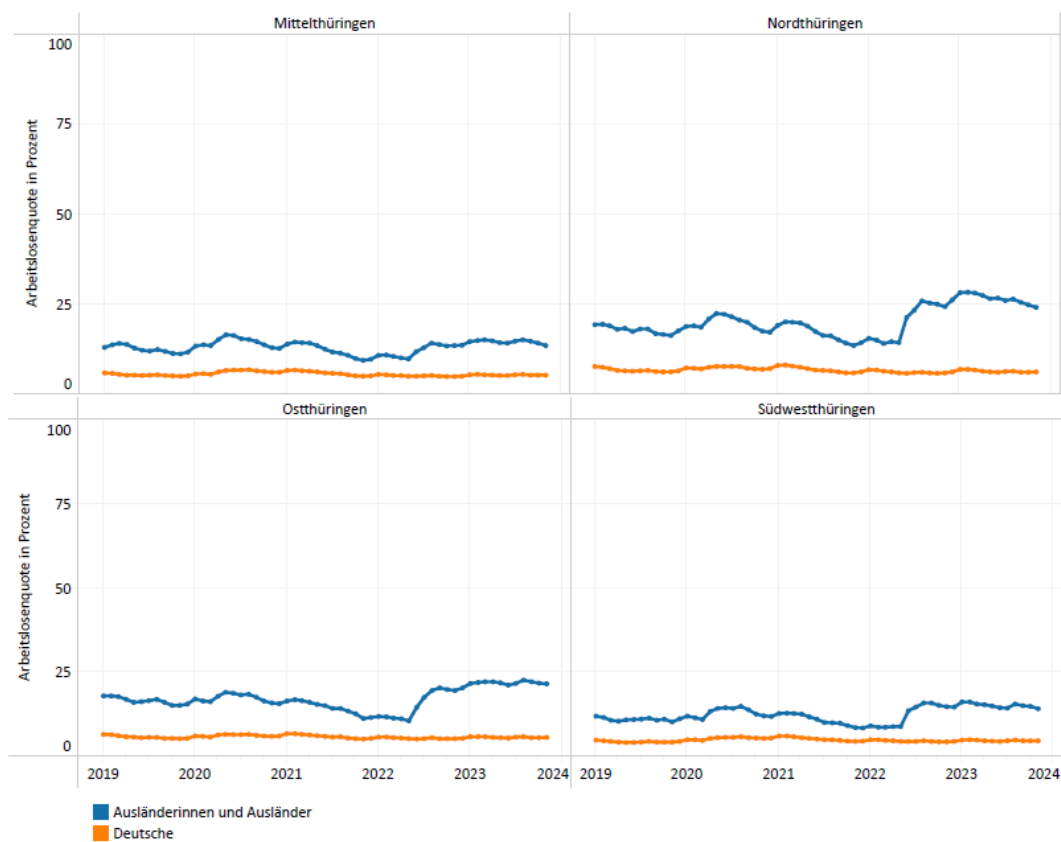


Abbildung 4.42: Arbeitslosenquote bezogen auf die eingeschränkte Bezugsgröße nach Staatsangehörigkeit und Thüringer Planungsregionen Januar 2019 bis November 2023

Quelle: Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2024 (Sonderauswertung)

Die Schwankung in der Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern im Zeitraum 2020 bis Ende 2021 zeigt, dass sie im Vergleich zu den deutschen Erwerbsfähigen deutlich stärker von den Eindämmungsmaßnahmen in der Corona-Krise betroffen waren (Becker et al. 2021). Auch Thüringen hat

diese Entwicklung gespürt, am stärksten in Nordthüringen und Ostthüringen. Nachdem sich die Arbeitslosenquote gegen Ende 2021 wieder beruhigt hat und auf dem niedrigsten Stand seit 2019 gesunken ist, stieg sie im Laufe des Jahres 2022 unter Ausländerinnen und Ausländern erneut deutlich an. Zurückzuführen ist dieser Anstieg auf die hohe Zahl Geflüchteter aus der Ukraine und deren Rechtskreiswechsel ins SGB II. Auch hier sind am stärksten Nord- und Ostthüringen als ländliche Regionen betroffen, während Mittelthüringen mit den urbanen Zentren Erfurt, Weimar und Gotha durch den Großstadteffekt am stabilsten bleibt. Dieser Effekt war bereits im Vorgängerbericht beschrieben worden: Nach der Fluchtzuwanderung von 2015 und 2016 stieg die Arbeitslosenquote bei Ausländerinnen und Ausländern in Nord- und Ostthüringen besonders stark und brauchte länger, um sich wieder einzupendeln (DeZIM 2019 (ZIB): 79).

Einkommen

Die Entwicklung der Medianeinkommen⁸⁷ aller drei Gruppen, also Ausländerinnen und Ausländer, Unionsbürgerinnen und Unionsbürger sowie deutsche Staatsangehörige, ist von 2018 bis 2022 positiv. Allerdings liegt in jedem Jahr sowohl das Medianeinkommen von Ausländerinnen und Ausländern im Allgemeinen als auch das Medianeinkommen von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern im Besonderen unterhalb der mittleren 60 % der Einkommen von deutschen Staatsangehörigen (siehe Abbildung 4.43).

⁸⁷ Das Medianeinkommen (auch mittleres Einkommen) ist das Einkommen, bei dem es genauso viele Menschen mit einem höheren, wie mit einem niedrigeren Einkommen gibt. Würde man die Bevölkerung nach der Höhe ihres Einkommens sortieren und dann zwei gleich große Gruppen bilden, würde die Person, die genau in der Mitte dieser Verteilung steht, das Medianeinkommen beziehen. Das Medianeinkommen ist robuster gegenüber Ausreißern und wird daher oftmals dem Durchschnitt vorgezogen.

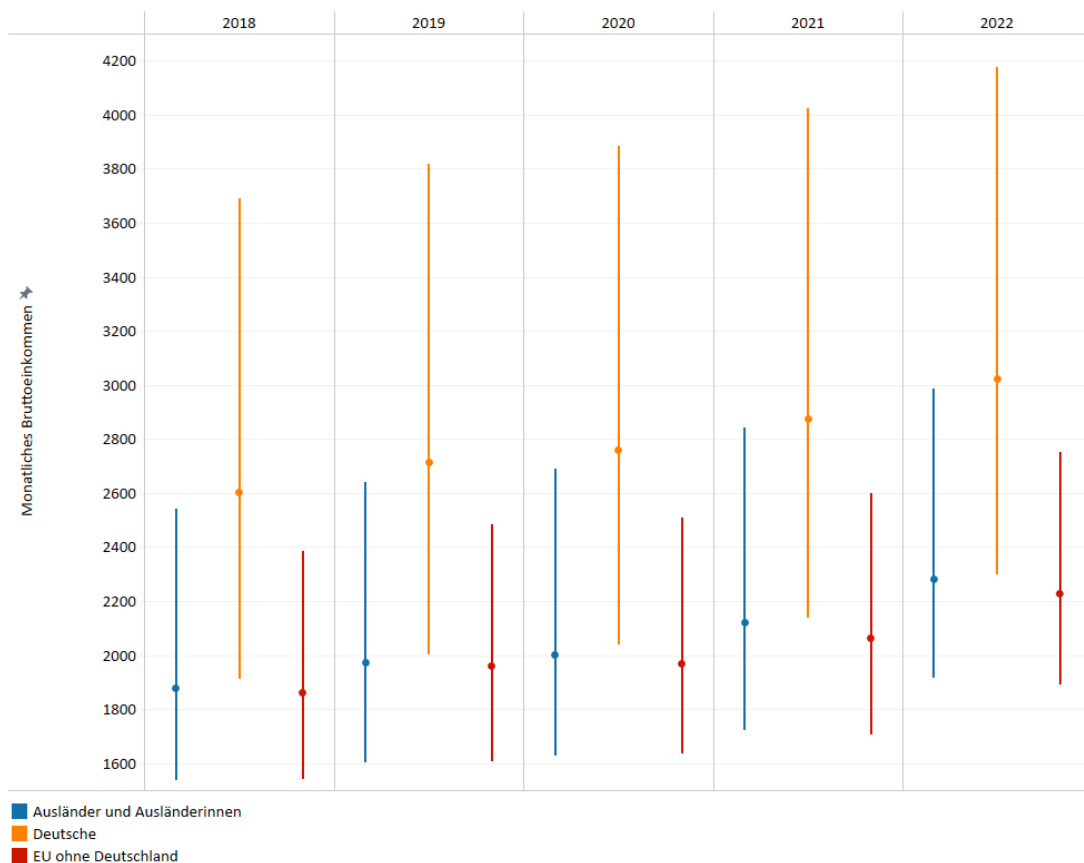


Abbildung 4.43: Monatliches Bruttoeinkommen: Median und mittlere 60 % von Ausländerinnen und Ausländern, Deutschen und Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern, 2018-2022

Anmerkung: Der Median ist als Punkt dargestellt, die Linien zeigen den Bereich, in dem 60 % der Einkommen verortet sind. Die Gruppe der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger (rot eingefärbt) ist auch in der Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer (blau eingefärbt) enthalten. Stichtag ist der 31.12. des jeweiligen Jahres.

Quelle: Beschäftigungsstatistik. Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2024 (Sonderauswertung 2024)

Ein differenzierter Blick auf die monatlichen Bruttoeinkommen im Jahr 2022 zeigt, dass lediglich die Medianeinkommen von Staatsangehörigen der GIPS- und der osteuropäischen Drittstaaten⁸⁸ im mittleren 60 %-Bereich der Einkommen deutscher Staatsangehöriger liegen (siehe Abbildung 4.44). Im Vergleich zum Vorgängerbericht (DeZIM 2019 (ZIB): 76) ist festzustellen, dass insbesondere das Medianeinkommen von Staatsangehörigen der GIPS-Staa-

⁸⁸ Zur Erläuterung GIPS-Staaten und osteuropäische Drittstaaten siehe die nachfolgende Fußnote 89.

ten gestiegen ist, und zwar dahingehend, dass eine größere Streuung der Einkommen im mittleren 60 %-Bereich für diese Personengruppe ersichtlich ist, was bedeutet, dass auch höhere Gehälter erreicht werden. Um festzustellen, ob es sich bei der ungleichen Bezahlung für die jeweiligen Gruppen um ein strukturelles Problem handelt, widmen wir uns im folgenden Abschnitt genauer dem sogenannten „Migrant-Gender-Pay-Gap“, der existierende Gehaltsunterschiede nicht nur zwischen Frauen und Männern, sondern auch zwischen in Deutschland Eingewanderten und Nichteingewanderten festhält.

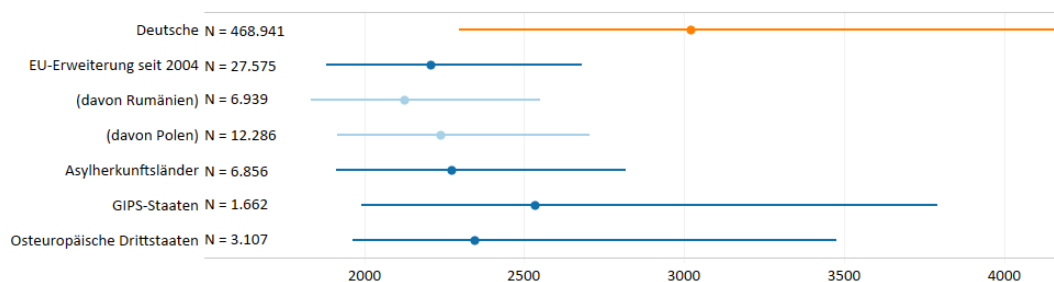


Abbildung 4.44: Monatliches Bruttoeinkommen: Median und mittlere 60 % ausgewählter Gruppen nach Staatsangehörigkeit zum 31.12.2022⁸⁹
 Quelle: Beschäftigungsstatistik. Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2024 (Sonderauswertung)

Die meisten Beschäftigten ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind als Fachkräfte oder als Helferinnen und Helfer beschäftigt (siehe Infokasten B auf S. 157). Auffällig ist der deutlich höhere Anteil an nicht-deutschen Beschäftigten in Helfertätigkeiten im Vergleich zu den deutschen Beschäftigten und komplementär der geringe Anteil an Beschäftigten ohne deutschen Pass in Beschäftigungsverhältnissen mit komplexen Spezialistentätigkeiten.

Dies geht u. a. auf die folgenden Gründe zurück: Bereits jetzt fehlen im Helfertätigkeitsbereich so viele Beschäftigte, dass auf ausländische Erwerbstä-

⁸⁹ Der Median ist als Punkt dargestellt, die Linien zeigen den Bereich, in dem 60 % der Einkommen verortet sind. Rumänische und polnische Staatsangehörige sind eine Teilmenge der Gruppe der Staatsangehörigen der EU-Osterweiterung. Einkommen der sogenannten „Kerngruppe“ (ohne Teilzeitbeschäftigte und Auszubildende). Anzahl der Beschäftigten in der „Kerngruppe“ für die jeweiligen Herkunftsgruppen steht hinter der Gruppenbezeichnung. Die Länder wurden von der Bundesagentur für Arbeit wie folgt gruppiert: Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern (EU-Erweiterung seit 2004); Eritrea, Nigeria, Somalia, Afghanistan, Irak, Iran, Pakistan, Syrien (Asylherkunftsländer); Griechenland, Italien, Portugal, Spanien (GIPS-Staaten); Republik Moldau, Russische Föderation, Ukraine, Weißrussland (Osteuropäische Drittstaaten).

tige zurückgegriffen wird (Leclerque & Fritzsche 2024). Und obwohl ein hoher Anteil der ausländischen Bevölkerung über einen Hochschulabschluss verfügt, sind Menschen dieser Gruppe häufig unter ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt, was u. a. auf die fehlende oder langsame Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse zurückzuführen ist (ebd.). Zum Beispiel arbeiten 53,4 % aller ausländischen Frauen und nur 12,1 % aller deutschen Frauen in Tätigkeiten auf Helferniveau (siehe Abbildung 4.45). Unter den Expertinnen und Experten, dem höchsten Anforderungsniveau, sind hingegen prozentual relativ viele Personen ohne deutschen Pass vertreten und unter den ausländischen Frauen sogar anteilig fast ebenso viele wie unter den deutschen Frauen (rund 13 %) (siehe Abbildung 4.45).

Infokasten B: Anforderungsniveaus

Die Bundesagentur für Arbeit strukturiert und gruppiert Berufe in der „Klassifikation der Berufe“ u. a. anhand ihres Anforderungsniveaus, das die Komplexität der beschriebenen Tätigkeit ausweist (BA 2011: 27f.).

Anforderungsniveau 1 „Helfer- und Anlerntätigkeiten“:

Berufe mit einfachen, wenig komplexen Tätigkeiten, die meist keine oder nur geringe spezifische Fachkenntnisse erfordern.

Anforderungsniveau 2 „Fachlich ausgerichtete Tätigkeiten“:

Komplexere und stärker fachlich ausgerichtete Berufe, für die häufig fundierte Fachkenntnisse und Fertigkeiten wie der Abschluss einer mehrjährigen Berufsausbildung erforderlich sind.

Anforderungsniveau 3 „Komplexe Spezialistentätigkeiten“:

Deutlich komplexer als im Anforderungsniveau 2, erfordern Spezialkenntnisse und -fertigkeiten sowie häufig die Befähigung zur Bewältigung gehobener Fach- und Führungsaufgaben.

Anforderungsniveau 4 „Hoch komplexe Tätigkeiten/Expertise“:

Berufe, die ein hohes Kenntnis- und Fertigniveau erfordern, in der Regel mit einer Hochschulausbildung und Berufserfahrung verbunden.

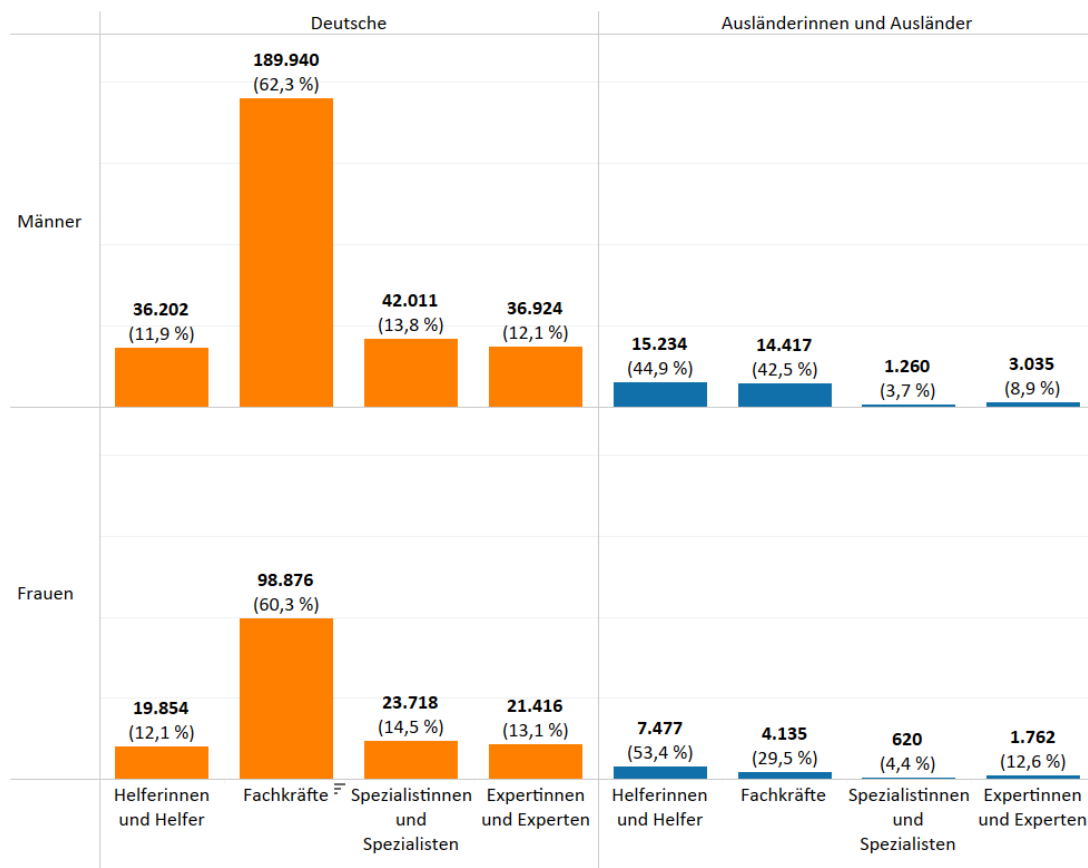


Abbildung 4.45: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Thüringen nach Geschlecht, Anforderungsniveau und Nationalität im Jahr 2022

Stichtag: 31.12. Anmerkung: Dargestellt sind die absoluten Fallzahlen sowie der Anteil an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Geschlecht und Nationalität.

Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2024 (Sonderauswertung)

Migrant-Gender-Pay-Gap

Der Migrant-Gender-Pay-Gap bezieht sich auf Gehaltsunterschiede zwischen Beschäftigten mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit und Männern und Frauen. Er wird gemessen, indem das Medianentgelt⁹⁰ nach Geschlecht, Nationalität und Anforderungsniveau mit dem Medianentgelt

⁹⁰ Der Median ist der Wert, der die Einkommensverteilung genau in der Mitte teilt und daher nicht von sehr niedrigen oder hohen Einkommen beeinflusst wird. Aufgrund dieser Stabilität wird in Entgeltstatistiken häufig der Median anstelle des arithmetischen Mittels verwendet, da dieses empfindlich gegenüber Ausreißern ist und dadurch verzerrte Ergebnisse liefern kann.

männlicher, deutscher Staatsangehöriger verglichen wird.⁹¹ Indem neben Geschlecht und Nationalität auch das Anforderungsniveau in die Analyse miteinbezogen wird, wird ausgeschlossen, dass sich Gehaltsunterschiede durch ein unterschiedliches Anforderungsniveau der Tätigkeiten erklären lassen.

Studien von Minor zum deutschlandweiten Migrant-Gender-Pay-Gap zeigen, dass die Gehaltsunterschiede je nach Branche und Region variieren (Spitaleri 2022; Dülken & Shibeshi 2024). In Ostdeutschland sind die Gehälter generell niedriger als in Westdeutschland, dafür aber die Lohnunterschiede, sowohl zwischen Männern und Frauen als auch zwischen den Staatsangehörigkeiten, geringer (Spitaleri 2022). Die deutschlandweiten Zahlen von 2020 zeigen aber auch, dass die Gehaltsunterschiede sich bei niedrigeren Gehältern generell verringern (Spitaleri 2022). Zudem sind eingewanderte Frauen häufig besonders stark auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt. So verdienen im Bundesdurchschnitt im Jahr 2021 Frauen ohne deutschen Pass, die als Fachkräfte arbeiten, 20,7 Prozent weniger als ihre männlichen deutschen Kollegen, bei Männern ausländischer Staatsangehörigkeit beläuft sich dieser Unterschied auf 19,3 Prozent. Frauen aus den Asylherkunftsländern verdienen sogar 33,9 Prozent weniger als deutsche Männer im Fachkräftebereich.⁹²

Das Ergebnis für Thüringen beruhend auf den Daten der Bundesagentur für Arbeit von 2022 deutet ebenfalls auf eine strukturelle Benachteiligung eingewanderter Frauen auf dem Arbeitsmarkt hin. Der größte Migrant-Gender-Pay-Gap existiert bei Personen, die auf Fachkraftniveau beschäftigt sind: Weibliche Fachkräfte ohne deutschen Pass verdienen 22,6 % weniger als ihre männlichen Kollegen mit deutschem Pass (siehe Abbildung 4.46). Wie in der deutschlandweiten Minor-Studie (Dülken & Shibeshi 2024) beschrieben, zeigt sich auch in Thüringen, dass die Staatsangehörigkeit einen größeren Einfluss auf Lohnunterschiede hat als geschlechterspezifische Gehaltsunterschiede. Das bedeutet, dass sowohl Frauen als auch Männer ohne deutsche Staatsangehörigkeit deutlich weniger verdienen als deutsche Staatsangehörige. Eine Ausnahme bilden Spezialistinnen- und Spezialisten- sowie Expertinnen- und Expertentätigkeiten: Hier ist der Gehaltsunterschied zwischen

⁹¹ Die Daten umfassen nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Vollzeit und spiegeln daher nur einen Teil des Arbeitsmarktes wider. Da die Teilzeitquote bei Frauen und atypische Beschäftigungsformen bei Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund im Allgemeinen höher sind, fallen die dargestellten Unterschiede mit hoher Wahrscheinlichkeit für den gesamten Arbeitsmarkt noch höher aus, als die Daten aufzeigen können

⁹² Die Werte beruhen auf eigenen Berechnungen und werden in der Abbildung nicht dargestellt. Quelle entsprechend Abbildung 4.46.

deutschen Männern und Frauen größer als zwischen deutschen und ausländischen Männern. Anders als im deutschlandweiten Trend (Spitaleri 2022), wo Lohnunterschiede mit höherem Anforderungsniveau zunehmen, zeigt sich in Thüringen ein gegenläufiger Trend: Die größten Gehaltslücken finden sich hier im Helfer- und Fachkräftebereich.

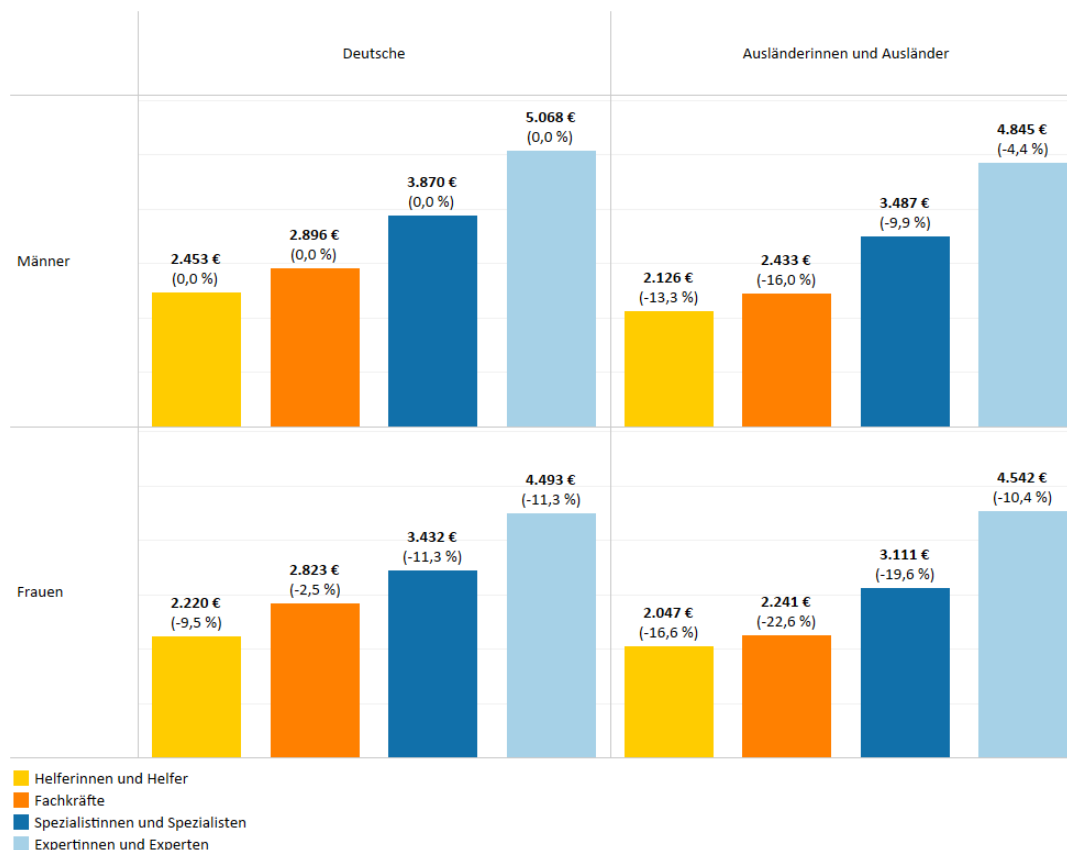


Abbildung 4.46: Medianentgelt in Thüringen nach Geschlecht, Anforderungsniveau und Nationalität im Jahr 2022

Bezugspunkt für den Vergleich in Klammern sind jeweils die deutschen Männer nach Anforderungsniveau. Stichtag: 31.12.

Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2024 (Sonderauswertung)

Dabei macht es auch einen Unterschied, woher ausländische Beschäftigte eingewandert sind bzw. welche Staatsangehörigkeit sie haben: Schaut man sich beispielsweise die Gehaltsunterschiede bei Tätigkeiten mit dem Anforderungsniveau „Fachkraft“ an, so ist der Gehaltsunterschied bei Frauen mit der Staatsangehörigkeit eines Landes der EU-Osterweiterung im Vergleich zu deutschen Männern höher (24,0 %) als bei Frauen aus Drittstaaten (17,5 %). Unter den Männern verdienen Fachkräfte aus Asylherkunftsländern am wenigsten (d. h. 17,3 % weniger als deutsche Männer) (siehe Abbildung 4.47).

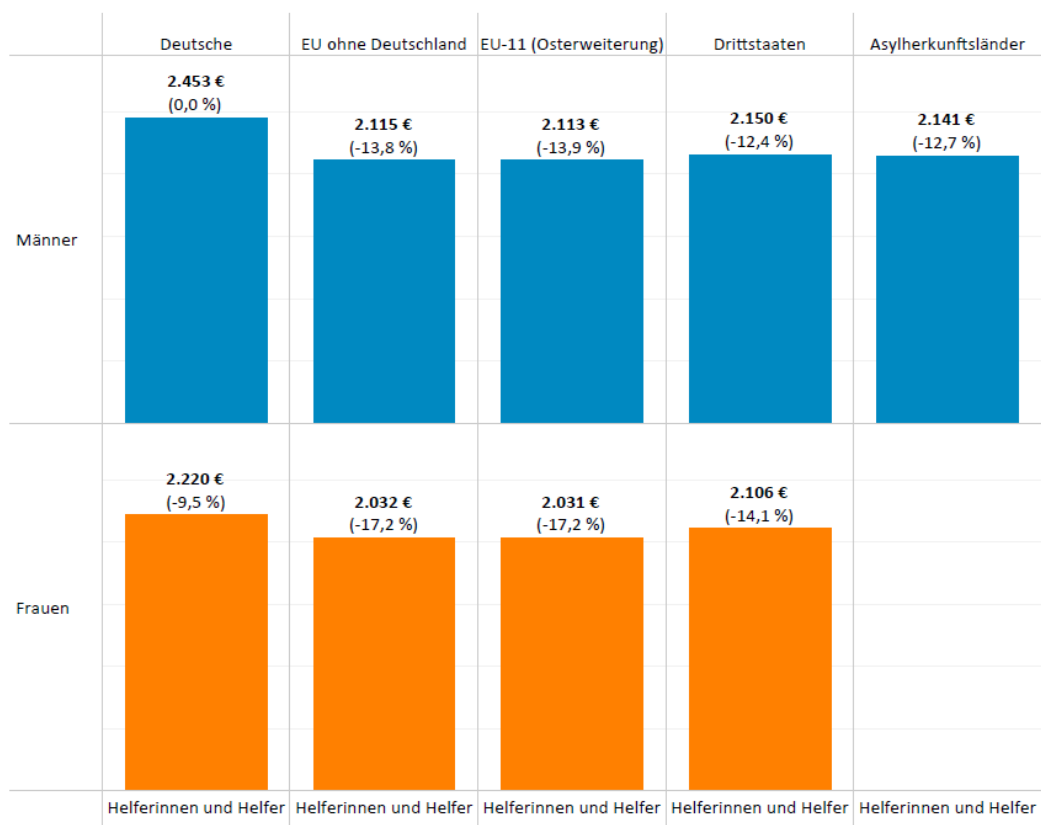


Abbildung 4.47: Medianentgelt in Thüringen nach Geschlecht und Anforderungsniveau für Fachkräfte⁹³ im Jahr 2022

Für die Anteile in Klammern wurden die deutschen Männer nach Anforderungsniveau als Referenzwert ausgewählt. Stichtag: 31.12.

Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2024 (Sonderauswertung)

Beschäftigungssituation in den einzelnen Wirtschaftszweigen

Betrachtet man die Beschäftigungssituation in den Wirtschaftszweigen, zeigt sich ein heterogenes Bild im Hinblick auf die Verteilung nach Staatsangehörigkeit. Zum Stichtag 30.09.2023 arbeiten in Thüringen die meisten Menschen im **Dienstleistungsbereich**, gefolgt vom **produzierenden Gewerbe**; im Bereich **Land- und Forstwirtschaft und Fischerei** arbeiten in Thüringen die wenigsten Personen. Differenziert nach Staatsangehörigkeit arbeiten 2023 in Thüringen anteilig häufiger Ausländerinnen und Ausländer als Deutsche im Dienstleistungsbereich (69,6 % versus 66,4 %) sowie in Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (1,9 % versus 1,6 %) während im produzierenden Gewerbe relativ mehr Deutsche beschäftigt sind (32 % versus 28,6 %), mit

⁹³ Aufgrund von einer zu geringen Fallzahl ist das Medianentgelt von Frauen aus Asylherkunftsländern auf Fachkräfteebene nicht ausgewiesen.

leichter abfallender Tendenz zu 2022, die vermutlich aus dem Renteneintritt vieler Deutscher resultiert. Das produzierende Gewerbe ist künftig also besonders auf den Zuwachs von nicht deutschen Beschäftigten angewiesen.



Abbildung 4.48: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen und Staatsbürgerschaft

Stichtag jeweils 30.09. Anteile nach Staatsangehörigkeit.

Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2024

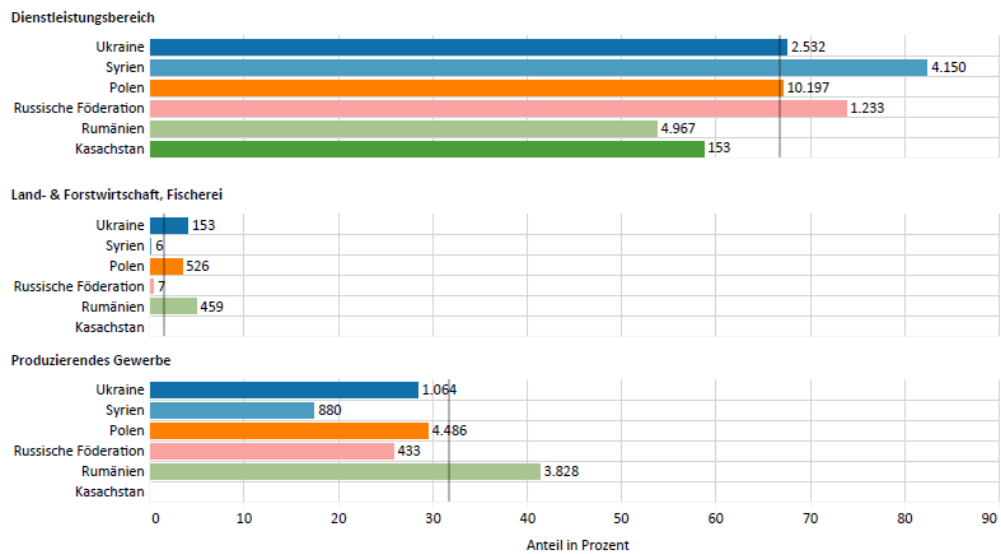


Abbildung 4.49: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Thüringen nach Wirtschaftszweigen und Staatsangehörigkeit 2023

Anmerkung: Die vertikale graue Linie zeigt jeweils den Anteil aller (also auch deutscher) sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Thüringen. Die Zahlen hinter den Balken zeigen die absoluten Werte.⁹⁴

Eigene Darstellung nach Bundesagentur für Arbeit 2024a

Differenziert man die Gruppe der Ausländerinnen und Ausländer auf dem Arbeitsmarkt weiter aus und betrachtet die Verteilung nach den sechs wichtigsten Herkunftsländern (siehe Abbildung 4.49) so zeigt sich:

Im **Dienstleistungsbereich** sind überdurchschnittlich viele Personen aus Syrien (mehr als doppelt so viele Beschäftigte in absoluten Zahlen im Vergleich zu 2018: 1.842 Personen, DeZIM 2019 (ZIB): 72), und ein großer Teil von Zugewanderten aus der Russischen Föderation beschäftigt. Zudem hat sich aufgrund der Fluchtmigration aus der Ukraine die absolute Zahl der ukrainischen Beschäftigten im Dienstleistungsbereich in den letzten Jahren von 618 Personen im Jahr 2018 auf 2.532 Personen im Jahr 2023 deutlich erhöht. In der **Land- und Forstwirtschaft, Fischerei** sind überdurchschnittlich viele Personen aus der Ukraine, Polen und Rumänien beschäftigt; Personen aus

⁹⁴ Stichtag ist der 30.09.2023. Die fehlenden Angaben (z. B. Personen aus Kasachstan im produzierenden Gewerbe) wurden von der Bundesagentur für Arbeit aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zur Verfügung gestellt, weil die Fallzahlen unter 3 liegen.

Syrien, Russland und Kasachstan hingegen nur zu einem insgesamt ähnlich geringen Anteil wie Beschäftigte mit deutscher Staatsangehörigkeit. Im **produzierenden Gewerbe** fällt vor allem eine überdurchschnittliche Beschäftigung von Personen aus Rumänien auf, die wahrscheinlich die leichte Angleichung zwischen ausländischen und deutschen Beschäftigten in den letzten Jahren erklärt.

4.5.2 *Mikrozensus*

Eine weitere Quelle zu Arbeitsmarktdaten ist der Mikrozensus. Die erhobenen Daten erlauben eine tiefere Analyse der Situation auf dem Arbeitsmarkt als Indikator für eine gelungene Integration, da nicht nach Staatsangehörigkeit, sondern nach Migrationshintergrund der Befragten ausgewertet wird (siehe Kapitel 2.4.2).

Erwerbstätigkeit

Die Teilhabe am Arbeitsmarkt wird über den Erwerbstätigenstatus nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation ILO gemessen (Statistisches Bundesamt 2024r).⁹⁵ Die Auswertung in Abbildung 4.50 zeigt den Anteil aller Erwerbstätigen in Thüringen mit und ohne Migrationshintergrund nach einzelnen Herkunftsgruppen. Der Anteil der Zugewanderten aus den Mitgliedstaaten der EU-Osterweiterung ist mit 83,3 % im untersuchten Zeitraum (2021–2023) durchgehend am höchsten – höher als der Anteil der Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund (81,7 %) und auch höher als der bundesweite Durchschnitt von 79,6 %. Auch in den Jahren 2022 und 2023 hält dieser Trend an. Ein gegenläufiger Trend ist bei Zugewanderten aus der ehemaligen Sowjetunion zu beobachten, hier fällt der Anteil der Erwerbstätigen seit 2021 deutlich. Die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten hingegen nimmt kontinuierlich an Fahrt auf und liegt im Jahr 2023 bei ca. 53,8 % und damit nur geringfügig unter dem bundesweiten Niveau von 55,2 %.

⁹⁵ Erwerbstätig im Sinne der ILO-Definition ist jede Person ab 15 Jahren, die in einem einwöchigen Berichtszeitraum mindestens eine Stunde lang gegen Entgelt oder im Rahmen einer selbstständigen oder mithelfenden Tätigkeit gearbeitet hat.

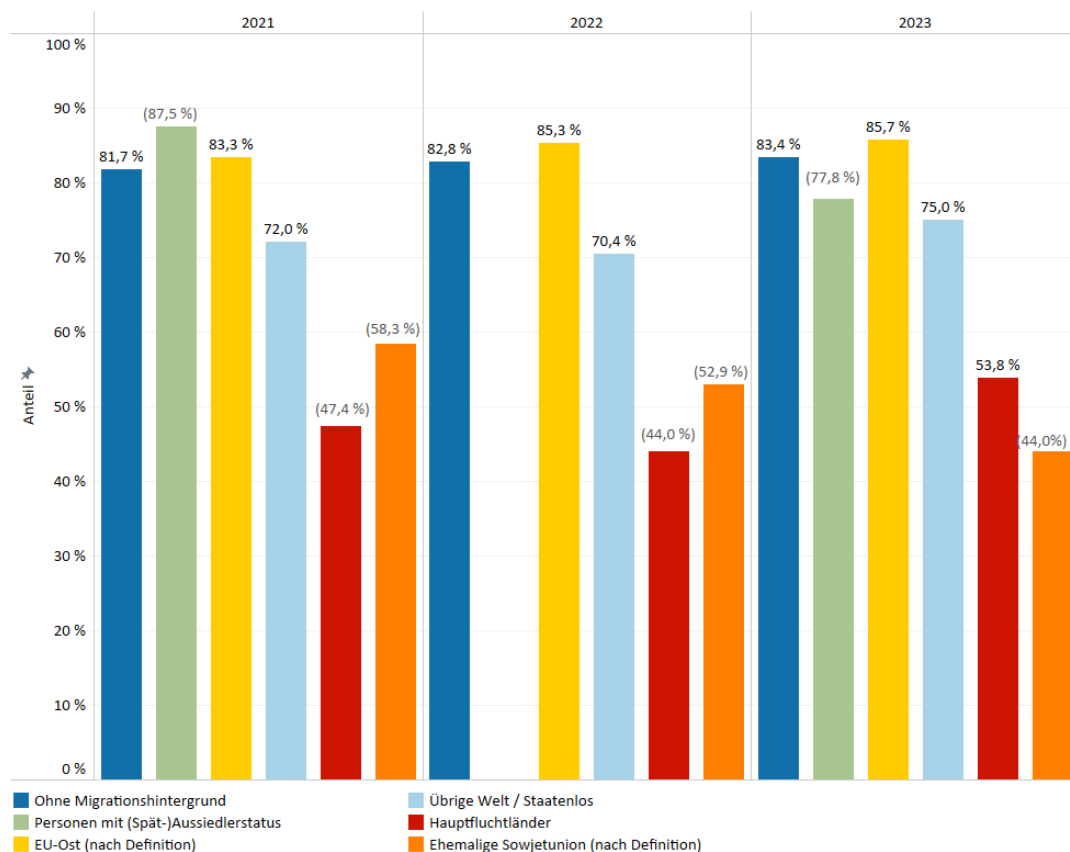


Abbildung 4.50: Erwerbstätige (ILO-Konzept) in Thüringen nach Herkunftsgruppen und Jahr

Anmerkung: Wegen zu niedriger Fallzahlen wurden Personen aus EU-West für 2021, 2022 und 2023 der Kategorie „Übrige Welt/staatenlos“ zugeordnet. Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus wurden 2022 ebenfalls dieser Kategorie zugeordnet. Der Aussagewert der Zahlen in Klammern ist laut Mikrozensus statistisch unsicher.

Quelle: Mikrozensus. Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung)

Schaut man auf die Verteilung der Geschlechter im Hinblick auf die Teilhabe am thüringischen Arbeitsmarkt, so bestehen nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen Zugewanderten mit und ohne Migrationshintergrund. Abbildung 4.51 zeigt zudem einen deutlichen Gender-Gap unter den Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund. Während der Anteil der erwerbstätigen Männer in dieser Gruppe seit 2021 kontinuierlich wächst und 2023 bei 77,9 % liegt, fällt der Anteil der erwerbstätigen Frauen mit Migrationshintergrund von 63,6 % in 2021 auf 56,9 % in 2023. Der Gender-Gap hat sich in Thüringen also im untersuchten Zeitraum von 20,1 Prozentpunkten im Jahr 2021 auf

27,8 Prozentpunkte im Jahr 2023 vergrößert und entwickelt sich somit gegenläufig zum bundesweiten Durchschnitt, wo der Gender-Gap von 20,4 Prozentpunkten im Jahr 2021 auf 16,4 Prozentpunkte im Jahr 2023 gefallen ist. Ein Grund für die Zunahme des Gender-Gaps kann in der veränderten Flucht-migration gesehen werden. So wanderten beispielsweise vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine ab 2022 prozentual mehr Frauen als Männer ein. Der unterschiedliche Trend im Vergleich zum Bundesdurchschnitt liegt daran, dass in Thüringen proportional mehr Ukrainerinnen und Ukrainer unter den Menschen mit Migrationshintergrund vertreten sind als deutschlandweit und diese somit mehr ins Gewicht fallen (siehe Abbildung 3.1). Zwar verfügten diese – im Gegensatz zu anderen Frauen, die im Rahmen von Flucht-migration nach Deutschland kommen – über einen sofortigen rechtlichen Zugang zum Arbeitsmarkt, stehen diesem aber, z. B. aufgrund vielfältiger Betreuungspflichten und Sprachbarrieren kurz nach der Ankunft, de facto nicht voll zur Verfügung. Die hohe Qualifikation der zugewanderten Ukrainerinnen und ihre hohe Beteiligung an Berufssprachkursen (siehe Kapitel 4.3) lässt erwarten, dass sich ihre Erwerbsbeteiligung in naher Zukunft erhöht.

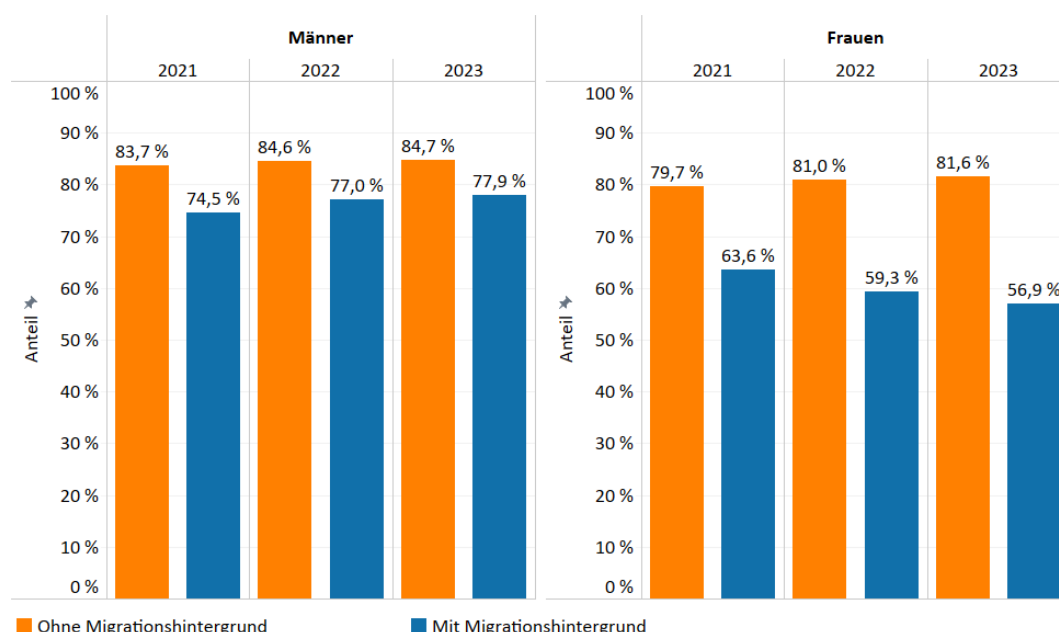


Abbildung 4.51: Erwerbstätige (ILO-Konzept) in Thüringen nach Migrationshintergrund und Geschlecht

Quelle: Mikrozensus. Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung)

Selbstständigkeit

Die durch den Mikrozensus erhobenen Daten zu Erwerbstätigen erfassen, im Gegensatz zu den Daten der BA (Stichwort „eingeschränkte Bezugsgröße“), auch Selbstständigkeit. Aufgrund der sehr geringen Fallzahlen kann für Thüringen allerdings nur eine grobe Tendenz abgebildet werden. Während bundesweit kaum Veränderungen der Anteile der selbständigen Männer und Frauen mit und ohne Migrationshintergrund im untersuchten Zeitraum zu verzeichnen sind, sind in Thüringen einige Schwankungen zu beobachten. Bundesweit liegt der Anteil der selbständig erwerbstätigen Männer mit Migrationshintergrund im Jahr 2023 bei durchschnittlich 9,4 % im Gegensatz zu 7,4 % bei Männern ohne Migrationshintergrund. Bei den selbständig erwerbstätigen Frauen liegt der Anteil 2023 bei konstant 4,9 % (ohne Migrationshintergrund) respektive bei 4,0 % (mit Migrationshintergrund).

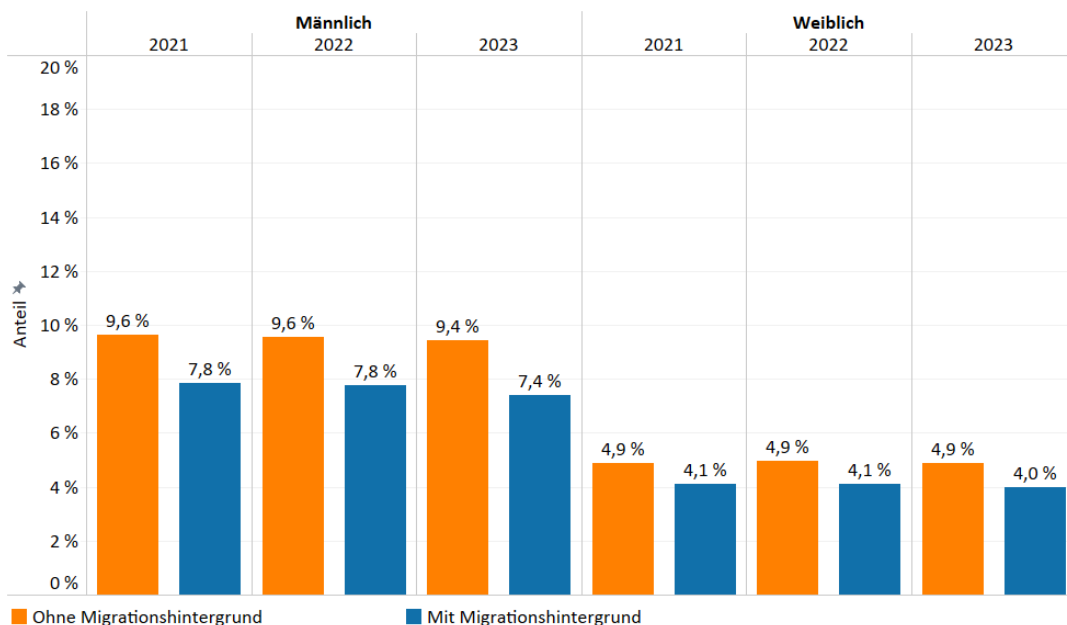


Abbildung 4.52: Selbstständige in Deutschland nach Migrationshintergrund, Geschlecht und Jahr

Quelle: Mikrozensus. Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung)

Die Werte für Thüringen sind deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt und schwanken insbesondere bei den Frauen. Lag ihr Anteil 2021 noch bei 4,5 % – und damit sogar geringfügig über dem Anteil der Frauen ohne Migrationshintergrund –, so fiel er 2022 auf 1,9 % ab, um schließlich 2023 auf 3,1 % anzusteigen.

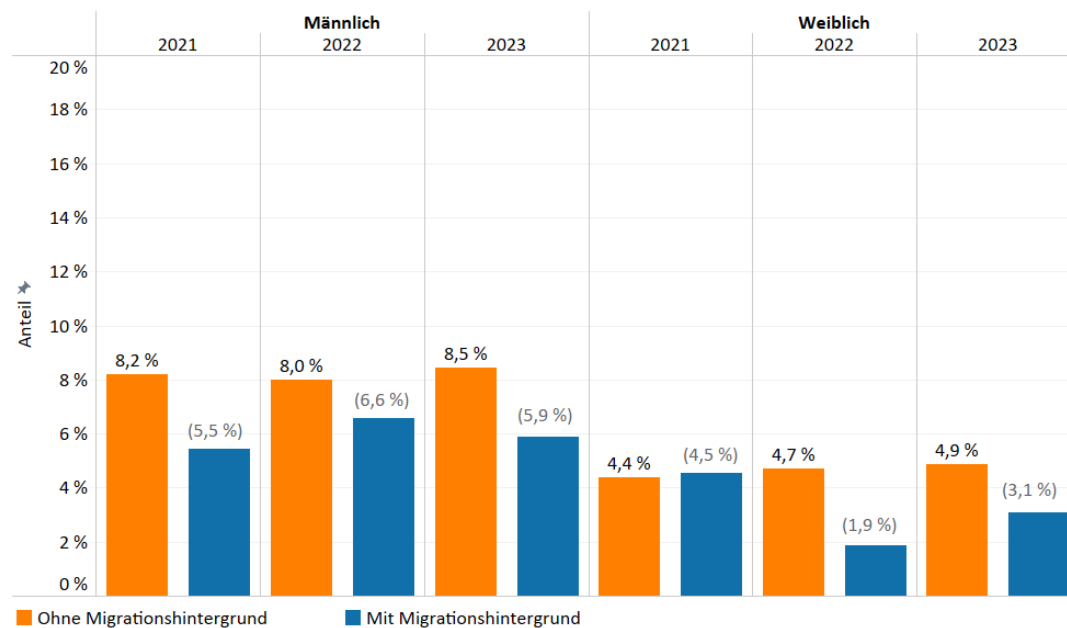


Abbildung 4.53: Selbstständige in Thüringen nach Migrationshintergrund, Geschlecht und Jahr

Anmerkung: Anteil gemessen an allen 25- bis 65-Jährigen. Die Fallzahlen für Personen mit Migrationshintergrund basieren auf eigenen Rechnungen. Im Mikrozensus wurden sie nicht ausgewiesen, da der Zahlenwert aufgrund der geringen Fallzahl (70 oder weniger) nicht sicher genug ist, deshalb werden die Werte hier in Klammern dargestellt.

Quelle: Mikrozensus. Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung)

4.5.3 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten

Arbeitszufriedenheit

Nicht nur der Arbeitsplatz an sich, sondern auch die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen und der Arbeit generell spielen eine Rolle bei der Beurteilung, ob eine Integration in Arbeit erfolgreich war. Denn nur wenn die eigene Arbeit eine als nachhaltig und gut empfundene Perspektive zur Sicherung des Lebensunterhalts und der persönlichen Verwirklichung wahrgenommen wird, werden Zugewanderte auch bleiben. Arbeitszufriedenheit als Indikator ist beispielweise über Umfragen wie die SOEP-Befragung messbar. Auch im SOEP wird nicht nach Staatsangehörigkeit, sondern nach Migrationshintergrund unterschieden.

Für Thüringen liegen Ergebnisse der Befragung für die Jahre 2018 bis 2021 vor. Demnach ist die Arbeitszufriedenheit bei den Menschen mit und ohne Migrationshintergrund auf der Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (voll und ganz zufrieden) in den Jahren 2018 bis 2021 steigend und liegt im Durchschnitt zwischen 6,9 und 7,4 (SOEP v.38, DIW 2024, Sonderauswertung) – eine Tendenz, die sich bereits im vorangegangenen Auswertungszeitraum (2009-2017) mit den Durchschnittswerten von 6,5 bis 7,1 abzeichnete (DeZIM 2019 (ZIB): 82). Im Bundesländervergleich zeigt sich für den betrachteten Zeitraum 2018-2021 kein einheitliches Bild. Während – unabhängig vom Migrationshintergrund – 2018 die durchschnittliche Arbeitszufriedenheit in Thüringen sowohl unter der Arbeitszufriedenheit der anderen ostdeutschen Bundesländer als auch unter dem westdeutschen Durchschnittswert lag, ist für das Jahr 2021 eine Wende erkennbar: Hier liegt der Thüringer Durchschnittswert erstmals über den Werten der anderen Bundesländer. Die Unterschiede sind jedoch nicht statistisch signifikant und die beschriebene Trendwende daher statistisch unsicher (SOEP v.38, DIW 2024, Sonderauswertung).

4.5.4 *Zwischenfazit zu Beschäftigung und Arbeit*

Ausländische Beschäftigte sind für den Thüringer Arbeitsmarkt essenziell und die junge Bevölkerungsstruktur zugewanderter Menschen birgt ein großes Potenzial für Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Schon jetzt zeigt sich, dass der Beschäftigungszuwachs der letzten Jahre größtenteils auf ausländische Beschäftigte zurückzuführen ist. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne deutschen Pass ist von Anfang 2019 bis Mitte 2023 um 28.593 Personen gestiegen.

Die Daten zeigen, dass die Arbeitslosenquote in Thüringen relativ stabil ist, aber Schwankungen aufweist, die durch saisonale Effekte und wirtschaftliche Einflüsse wie z. B. Inflation beeinflusst werden. Besonders während der Corona-Pandemie waren Ausländerinnen und Ausländer stärker von den Eindämmungsmaßnahmen betroffen als deutsche Erwerbsfähige, vor allem in Nord- und Ostthüringen. Der Anstieg der Arbeitslosenquote seit Mitte 2022 ist auf die Fluchtmigration aus der Ukraine zurückzuführen.

Ähnlich wie in anderen Bundesländern auch, finden zugewanderte Arbeitskräfte in Thüringen den Zugang überwiegend im Helfer- und Fachkräftebereich und arbeiten oft unter ihrer Qualifikation. Dies ist vermutlich unter anderem auf die fehlende oder langsame Anerkennung ausländischer Bildungs-

und Berufsabschlüsse oder noch bestehende Sprachbarrieren zurückzuführen (OECD 2024).

Zudem verdienen sie bei gleichem Anforderungsniveau strukturell weniger als deutsche Staatsangehörige: Gehaltsunterschiede variieren je nach Branche und Region, sind aber in Thüringen im Helfer- und Fachkräftebereich besonders groß. Auch lässt sich erkennen, dass die Staatsangehörigkeit einen noch größeren Einfluss auf Lohnunterschiede hat als geschlechterspezifische Gehaltsunterschiede.

Die Beschäftigungssituation in Thüringen zeigt, dass mehr Ausländerinnen und Ausländer im Dienstleistungsbereich und in der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei arbeiten als Deutsche. Im produzierenden Gewerbe sind aktuell mehr Deutsche als Ausländerinnen und Ausländer beschäftigt, wobei die Tendenz im Vergleich zu 2022 leicht abfällt und das produzierende Gewerbe durch den anstehenden Renteneintritt vieler deutscher Beschäftigter besonders auf den Zuwachs durch ausländische Beschäftigte angewiesen sein wird.

Betrachtet man die Erwerbstätigenquoten einzelner Zuwanderungsgruppen, so weisen Zugewanderte aus den Ländern der EU-Osterweiterung eine vergleichsweise hohe Erwerbstätigenquote auf; die Quote von Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion ist hingegen im Zeitraum 2021-2023 gesunken. Im selben Zeitraum steigend, aber weiterhin auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau liegt die Quote bei Zugewanderten mit Fluchterfahrung.

In Bezug auf Geschlechterunterschiede zeigt sich, dass der Anteil erwerbstätiger Männer mit Migrationshintergrund leicht steigt, während der Anteil erwerbstätiger Frauen in dieser Gruppe fällt. Dies führt zu einem wachsenden Gender-Gap, der durch die veränderte Fluchtmigration erklärt werden kann. Mit Beginn des Ukraine-Kriegs 2022 sind zwar mehr Frauen nach Thüringen eingewandert, die sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt hatten, diesen aber aufgrund von z. B. Betreuungsverpflichtungen und Sprachbarrieren nicht sofort vollständig nutzen konnten. Eingewanderte Mütter junger Kinder sind auf dem deutschen Arbeitsmarkt generell mit besonderen Hürden konfrontiert (ebd.). Die hohe Sprachkursbeteiligung neuzugewanderter Frauen in den letzten Jahren (siehe Kapitel 4.3) lässt jedoch eine mittel- und langfristige höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen erwarten.

Unter den Selbstständigen ist der Anteil von Personen ohne Migrationshintergrund im betrachteten Zeitraum in Thüringen höher als unter denen mit Migrationshintergrund, wobei die Anteile für die Personen mit Migrationshintergrund statistisch unsicher sind.

Neben der Beschäftigung an sich ist die Arbeitszufriedenheit entscheidend für eine erfolgreiche Integration und die langfristige Bindung von Zugewanderten, da eine als nachhaltig und gut empfundene Arbeitsperspektive gesellschaftliche Teilhabe und persönliche Verwirklichung beeinflusst: Die Ergebnisse der SOEP-Umfrage für Thüringen von 2018 bis 2021 zeigen diesbezüglich, dass die Arbeitszufriedenheit unter den Befragten mit und ohne Migrationshintergrund im betrachteten Zeitraum leicht gestiegen ist und von beiden Gruppen vergleichbar hoch bewertet wurde.

Verschiedene Studien zeigen, dass breit verfügbare Sprach- und Qualifizierungsangebote (siehe Kapitel 4.3 und 4.4), ausreichende Kinderbetreuungsstrukturen (siehe Kapitel 4.6) und einfache Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse entscheidende Voraussetzungen dafür sind, mittel- und langfristig eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration zu erzielen, die auch dem Fachkräftemangel entgegenwirkt (IAB 2024; OECD 2024). Deutschland und Thüringen sollten daher weiterhin entsprechende Maßnahmen vorantreiben.

Eine erfolgreiche Integration wird sich in Zukunft daran messen, ob der Beschäftigungszuwachs qualifikationsadäquat erfolgt, d. h. unter Anerkennung mitgebrachter Kenntnisse und Qualifikationen und mit vergleichbarer Entlohnung, die nicht auf strukturelle Unterschiede rekurriert, die auf Staatsangehörigkeit oder Geschlecht zurückzuführen sind.

4.6 Gesundheit

Gesundheit ist ein höchst schützenswertes Gut, auch weil sich daran die Möglichkeiten eines Individuums bemessen, an verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen teilzuhaben. Das ist für das Wohlergehen und gesellschaftliche Integration von großer Bedeutung: Krankheit oder gesundheitliche Beeinträchtigungen können marginalisieren und isolieren, z. B. wenn sie erwerbsunfähig machen, den Zugang zu Bildung erschweren bzw. ganz generell Belastbarkeit oder den Bewegungsradius einschränken. Bei der Konzeption integrativer Maßnahmen, die einen gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung gewährleisten sollen, gilt es, die unterschiedlichen gesundheitlichen Voraussetzungen verschiedener Gruppen mitzudenken. Menschen mit Migrationsgeschichte in Thüringen sind zwar im Vergleich zur Gesamtbevölkerung im Durchschnitt jünger und viele von ihnen haben daher aktuell gute körperliche Gesundheitsvoraussetzungen. Der Gesundheitszustand hängt jedoch neben dem Alter von vielen weiteren individuellen und strukturellen Faktoren ab. Dazu gehören die gesundheitliche Vorgeschichte, zum Teil gefährliche Migrationswege, die sozioökonomische Situation, prekäre Wohn- und/oder Arbeitsverhältnisse u. a. Insbesondere Geflüchtete, die in Thüringen einen großen Anteil der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte ausmachen, leiden aber, vor allem im Falle traumatischer Fluchterfahrungen, öfter unter psychischer Belastung (Metzing et al. 2020). Neuere Studien weisen dies auch mit Blick auf ukrainische Geflüchtete nach (Tillmann et al. 2023; Rzepka et al. 2023). Die Unsicherheit über die Aufenthaltsperspektive in Deutschland und Integrationshürden können diese psychische Belastung verstärken. Auch die Corona-Pandemie und ihre Folgen für die mentale Gesundheit haben die Situation zusätzlich verschärft (Spiritus-Beerden et al. 2021). Ebenso können unzureichende Hygienebedingungen und das enge Zusammenleben vieler Menschen in Sammelunterkünften bei der Verbreitung von Infektionskrankheiten ein Problem darstellen. Hinzu kommt, dass der Zugang zu vielen gesundheitlichen Versorgungsleistungen gerade für Asylsuchende ohnehin mit erheblichen Hindernissen verbunden ist (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2022; Führer 2023; RKI 2023): Fehlende Kapazitäten, eingeschränkte rechtliche Ansprüche auf Gesundheitsversorgung, Sprachbarrieren und mangelnde Kenntnisse des Gesundheitssystems, geografische Entfernung von Versorgungseinrichtungen und andere Faktoren wirken sich hier negativ aus. Ein Blick in die Praxis zeigt zudem, dass Versorgungsdefizite auch bei formal barrierefreiem Zugang bestehen können, von denen Menschen mit

Migrationsgeschichte überproportional betroffen sind: Grund hierfür ist laut einer DeZIM-Studie Diskriminierung im deutschen Gesundheitswesen, die sich an unterschiedlichen Stellen (Terminvergabe, Behandlung u. a.) manifestiert. Eine intersektionale Perspektive macht sichtbar, dass migrantische Frauen besonders häufig Rassismus im Gesundheitssystem erleben. Für sie bedeutet das nicht nur eine gesundheitliche Benachteiligung, sondern kann, sofern Diskriminierung in institutionellen Kontexten passiert, auch mit Vertrauensverlusten einhergehen (DeZIM 2023). Migration ist daher kein Faktor, der sich per se auf den Gesundheitszustand auswirkt. Der Zusammenhang kann nur unter Beachtung der Diversität der Gruppe und der strukturellen Bedingungen, die den Zugang zur Gesundheitsversorgung beeinflussen, analysiert werden (Hövener & Fiack 2023).

Den Zusammenhang von Migrationserfahrung und Gesundheit datenbasiert und unter Beachtung der genannten intersektionalen Ebene zu erfassen, ist komplex und steht zuweilen auch im Konflikt mit dem Schutz sensibler persönlicher Daten. In diesem Kapitel werden zum einen administrative Daten analysiert, die Aufschluss darüber geben, inwieweit öffentliche Gesundheitsleistungen für Kinder wie Impfungen und U-Untersuchungen in Anspruch genommen werden. Über den Gesundheitszustand im Erwachsenenalter liefert als neuer Indikator der Anteil der Todesfälle nach Altersklassen einen neuen Analysebaustein. Zusätzlich zu den administrativen Daten werden aber auch Umfrageergebnisse dazu ausgewertet, wie Menschen mit Migrationsgeschichte ihren eigenen Gesundheitszustand bewerten.

4.6.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten

Mit den Daten der Gesundheitsberichterstattung des Thüringer Landesverwaltungsamtes und der Thüringer Gesundheitsämter können Unterschiede im Zugang zu bzw. in der Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen, wie z. B. Impfungen, zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen sichtbar gemacht werden. Dabei wird auch der Migrationshintergrund erfasst. Das amtliche Monitoring deckt hier vor allem die Gesundheitsversorgung von Kindern ab: Impfstatus, Früherkennungsuntersuchungen und Körpergewicht werden statistisch erfasst. Es ist jedoch zu beachten, dass insbesondere der Impfstatus und die Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen nur durch einen Impfausweis oder ein Nachweisheft nachgewiesen werden kann. Kinder, die nicht in Deutschland geboren sind, haben diese (deutschen)

Nachweisefte häufig nicht, was aber nicht bedeutet, dass die entsprechenden Impfungen und Untersuchungen nicht in anderen Ländern bei ihnen durchgeführt wurden. Unter dieser Voraussetzung sind die im Folgenden ausgeführten vergleichenden Daten unter Vorbehalt zu betrachten.

Impfquoten von Kindern

So zeigt Abbildung 4.54 die Impfquoten von Kindern, die bei der Einschulungsuntersuchung vom öffentlichen Gesundheitsdienst erhoben werden. Insgesamt 94,5 % aller 2022 untersuchten Kinder hatten einen Impfpass, ihr Anteil ist im Vergleich zu 2018 (damals 93 %) leicht gestiegen (DeZIM 2019 (ZIB): 84). Die Impfquoten für die durch die Ständige Impfkommission (STIKO) am Robert-Koch-Institut empfohlenen Standardimpfungen liegen zwischen 77,9 % (Pneumokokken) und 96,2 % (Masern)⁹⁶ – auch diese Quoten sind im Vergleich zu 2018 (Impfquoten zwischen 86,6 und 93,7 %) leicht gestiegen.⁹⁷

Betrachtet man die Unterschiede nach Migrationshintergrund, so zeigen sich ähnliche Tendenzen wie die für 2018 im Vorgängerbericht beschriebenen (DeZIM 2019 (ZIB): 84). Die Impfquote von Kindern mit einseitigem⁹⁸ Migrationshintergrund sind ähnlich hoch wie bei Kindern ohne Migrationshintergrund. Der Unterschied bei Kindern mit zweiseitigem Migrationshintergrund ist weiterhin wesentlich größer, die Impfquoten haben sich aber im Vergleich zu 2018 angeglichen. So haben mittlerweile 84,1 % der Kinder mit zweiseitigem Migrationshintergrund einen Impfausweis und damit 15,3 Prozentpunkte mehr als noch 2018.

⁹⁶Ausgenommen ist hier die Rotavirus-Impfung, Erläuterungen dazu siehe weiter unten im Text.

⁹⁸ Als Kinder mit einseitigem Migrationshintergrund zählen in der Statistik diejenigen, bei denen ein Elternteil nicht in Deutschland geboren und/oder nichtdeutscher Staatsangehörigkeit ist. Ein zweiseitiger Migrationshintergrund wird für die Kinder erfasst, bei denen dies auf beide Eltern zutrifft oder das Kind selbst und mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist.

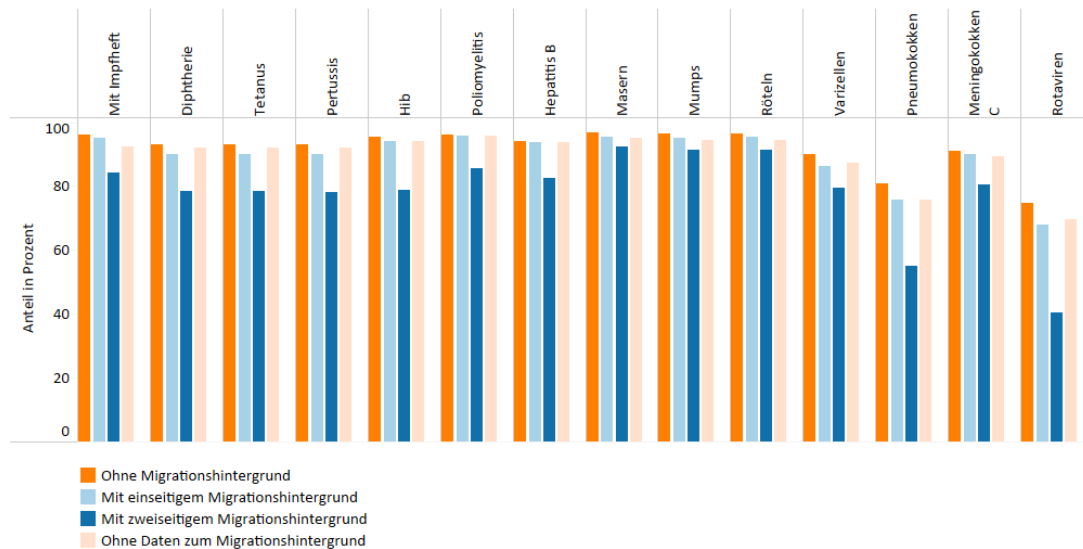


Abbildung 4.54: Impfquoten von Thüringer Kindern nach Migrationsstatus (ohne, einseitiger, zweiseitiger Migrationshintergrund) bei der Einschulungsuntersuchung 2022

Insgesamt liegen Daten von 18.759 Kindern vor. Der Anteil der Untersuchungen mit Impfausweis bezieht sich auf alle Untersuchungen. Die Quoten für die jeweiligen Impfungen beziehen sich auf die Untersuchungen, bei denen ein Impfausweis vorlag (17.722). Die Werte zeigen für die jeweiligen Impfungen den Anteil an Kindern, die die von der STIKO empfohlene Mindestanzahl an Impfdosen im entsprechenden Alter erhalten haben.⁹⁹

Eigene Darstellung nach Thüringer Landesverwaltungsamt/Thüringer Gesundheitsämter 2024 (Sonderauswertung)

Die Impfquoten von Kindern mit zweiseitigem Migrationshintergrund liegen je nach Impfung zwischen 55,0 % (Pneumokokken) und 92,4 % (Masern) und sind somit gegenüber 2018 ebenfalls gestiegen (Impfquoten zwischen 46,9 und 75,8 %). Wie bereits im Vorgängerbericht beschrieben, ist die Impfquote gegen Rotaviren auffallend niedrig, weil die Impfung in den ersten zwölf Wochen nach der Geburt erfolgen muss und später nicht mehr nachgeholt werden kann (DeZIM 2019 (ZIB): 84). Im Vergleich zu 2018 ist die Impfquote hier

⁹⁹ Diphtherie, Tetanus, Pertussis: ≥ 4 Impfdosen; Hib, Poliomyelitis, Hepatitis B, Pneumokokken: ≥ 3 ; Masern, Mumps, Röteln, Rotaviren, Varizellen: ≥ 2 , Meningokokken C: ≥ 1 (RKI 2024). Bei der Impfung gegen Meningokokken C gilt zu beachten: Wegen Unterschieden in der Erfassungssoftware war die Anzahl der Personen mit Impfausweis, aber mit unbekannter Anzahl von Impfdosen ungewöhnlich hoch. Daher wurde bei der Berechnung im Unterschied zu den anderen Impfquoten als Nenner die Anzahl der Personen genommen, bei denen die Anzahl der Impfdosen bekannt war.

für Kinder ohne Migrationshintergrund (74,8 %) und mit einseitigem Migrationshintergrund (67,8 %) gestiegen, für Kinder mit zweiseitigem Migrationshintergrund jedoch immer noch deutlich niedriger (40,5 %).

Über alle Impfungen hinweg lagen die Impfquoten für die Standardimpfungen von Kindern mit zweiseitigem Migrationshintergrund durchschnittlich bei 78,3 %, die von Kindern mit einseitigem Migrationshintergrund bei 89,6 % und die von Kindern ohne Migrationshintergrund bei 92,0 %. Damit ist der Unterschied im Vergleich zu 2018 wesentlich geringer geworden.

Früherkennungsuntersuchungen

Zudem wird bei der Einschulungsuntersuchung auch das Gelbe Heft über die Früherkennungsuntersuchungen überprüft (siehe Abbildung 4.55). 2022 konnten insgesamt 88,5 % aller Kinder das Kinderuntersuchungsheft vorlegen, also 1,6 Prozentpunkte weniger als noch 2018. Die U1- bis U7-Untersuchungen wurden von ca. 95 % der Kinder mit gelbem Heft in Anspruch genommen, mit leichten Schwankungen je nach Untersuchung. Auch hier ist ein geringer Rückgang gegenüber 2018 zu verzeichnen, als die Quote über 97 % lag (DeZIM 2019 (ZIB): 85). 2022 fiel die Quote bei den Folgeuntersuchungen erst bei den U9-Untersuchungen auf einen Anteil von 82,4 % der Kinder ab, bei denen die Untersuchung durchgeführt wurde, ein nur leicht höherer Wert als 2018 (81,8 %). Mit Blick auf Unterschiede nach Migrationshintergrund zeichnet sich wie schon bei den Impfquoten ein ähnliches Muster wie 2018 ab: Bei Kindern mit einseitigem Migrationshintergrund liegt der Anteil derjenigen, die die Früherkennungsuntersuchungen nachweisen konnten, nur wenig unter dem der Kinder ohne Migrationshintergrund, die Unterschiede fallen zudem bei den späteren Untersuchungen immer geringer aus. Bei Kindern mit zweiseitigem Migrationshintergrund sind die Unterschiede weiterhin größer, schrumpfen aber im Vergleich zu 2018. So hatten zwar nur 55,8 % von ihnen ein Gelbes Heft für Früherkennungsuntersuchungen, doch ist dieser Anteil im Vergleich zu 2018 um 19 Prozentpunkte gestiegen. Je nach Untersuchungszeitpunkt wurde bei zwischen 69,3 % und 77,2 % der Kinder mit zweiseitigem Migrationshintergrund eine U1-U7-Frühuntersuchung durchgeführt, ebenfalls ein Anstieg gegenüber 2018 (70,6 % bis 74,8 %). Bei der U8-Untersuchung war der Anteil von Kindern mit zweiseitigem Migrationshintergrund, bei denen diese Untersuchung durchgeführt wurde, unter allen Frühuntersuchungen mit 84,4 % am höchsten, bei der U9-Untersuchung mit 64,8 % am niedrigsten (auch niedriger als 2018 mit 68,7 %).

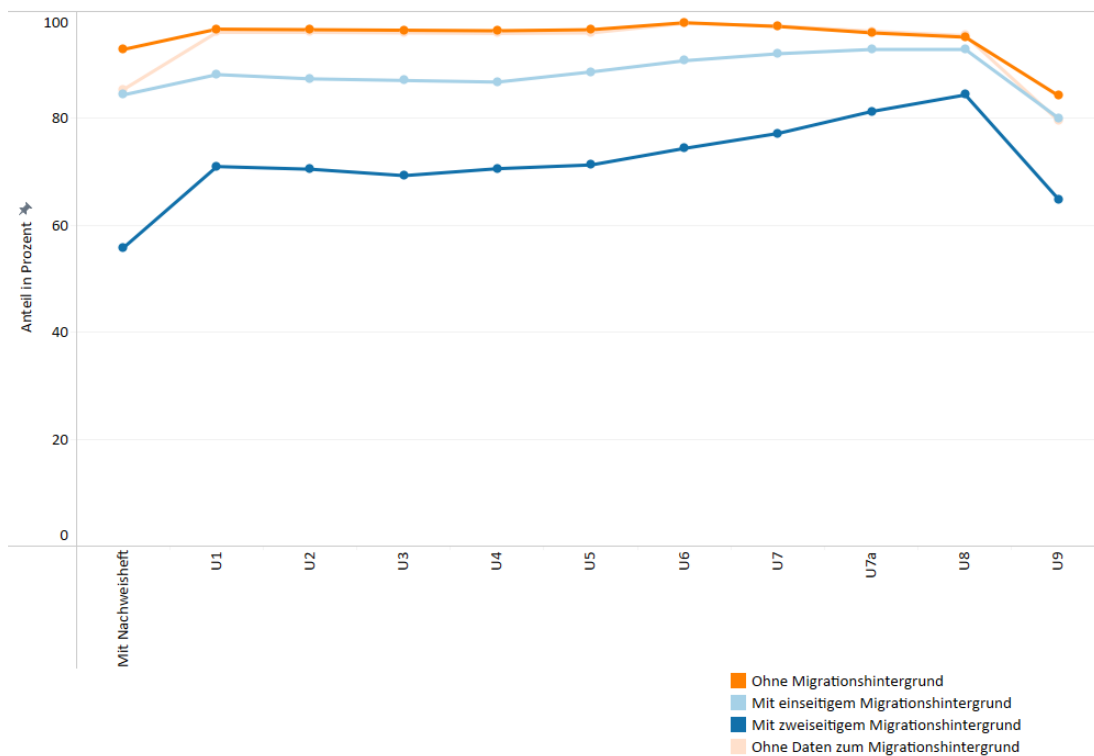


Abbildung 4.55: Anteil der Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen der U-Reihe nach Migrationsstatus (ohne, einseitiger, zweiseitiger Migrationshintergrund) durch Kinder in Thüringen (Einschulungsuntersuchung 2022)

Insgesamt liegen Daten zu 18.759 Kindern vor. Der Anteil der Untersuchungen mit Gelbem Heft bezieht sich auf alle Untersuchungen, der Anteil der Inanspruchnahme der einzelnen Untersuchungen auf die Gesamtzahl der Kinder, bei denen ein Kinderuntersuchungsheft vorlag (16.608). Bei insgesamt 2.552 Kindern lagen keine Informationen zum Migrationshintergrund vor.¹⁰⁰ Eigene Darstellung nach Thüringer Landesverwaltungsamt/Thüringer Gesundheitsämter 2024 (Sonderauswertung)

Sowohl bei den Impfquoten als auch bei den Früherkennungsuntersuchungen wird durch die Statistik nicht erfasst, ob Kinder mit Migrationshintergrund in Deutschland geboren sind. Bei Kindern mit zweiseitigem Migrationshintergrund ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass diese im Ausland geboren wurden und somit auch seltener in Deutschland an der U-Reihe teilgenommen oder Frühimpfungen erhalten haben. Die Diskrepanz zu Kindern ohne oder mit einseitigem Migrationshintergrund lässt sich wohl vor allem

¹⁰⁰ U1 und U2 = Neugeborenenalter (überwiegend in Geburtskliniken); U3 bis U6 = Säuglingsalter (1. Lebensjahr); U7 und U7a = Kleinkindalter (2. und 3. Lebensjahr); U8 und U9 = Vorschulalter.

darauf zurückführen. Die Daten geben auch keine ausreichende Auskunft darüber, ob die Impfungen oder Untersuchungen im Ausland zwar durchgeführt, aber bei der Einschulungsuntersuchung nicht entsprechend nachgewiesen werden konnten. Dass der Anteil der Kinder mit zweiseitigem Migrationshintergrund, die Frühuntersuchungen und Impfungen nachweisen konnten, im Vergleich zu 2018 gestiegen ist, dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass ein größerer Teil von ihnen inzwischen in Deutschland geboren bzw. in einem jüngeren Alter nach Deutschland gekommen ist als noch 2018.

Body-Mass-Index bei Kindern

Abbildung 4.56 bildet den Body-Mass-Index (BMI) von Kindern zum Zeitpunkt der Schuleingangsuntersuchung ab. Nach wie vor ist die Mehrheit der untersuchten Kinder normalgewichtig. Mit 77,7 % liegt der Wert jedoch um etwas mehr als einen Prozentpunkt unter dem Wert von 2018 (79,2 %, DeZIM 2019 (ZIB): 86). Dafür ist der Anteil der übergewichtigen Kinder zwischen 2018 und 2022 von 12,3 % auf 13,6 % gestiegen. 8,7 % der 2022 untersuchten Kinder sind untergewichtig. Die relativen Häufigkeiten von unter-, normal-, und übergewichtigen Kindern unterschieden nach Migrationshintergrund haben sich in diesem Zeitraum nicht grundlegend verändert: Die Verteilung ist bei den unterschiedlichen Gruppen nach Migrationshintergrund sehr ähnlich. Etwas ungünstiger ist die Verteilung für Kinder mit zweiseitigem Migrationshintergrund, von denen ca. 16 % übergewichtig und 9,4 % untergewichtig sind, und für Kinder mit einseitigem Migrationshintergrund, von denen 14,1 % übergewichtig und 9,8 % untergewichtig sind.

Da es sich jedoch um teilweise sehr kleine Stichprobengrößen handelt und für viele der untersuchten Kinder keine Angaben zum Migrationshintergrund vorliegen, sind die Daten mit Vorsicht zu interpretieren.

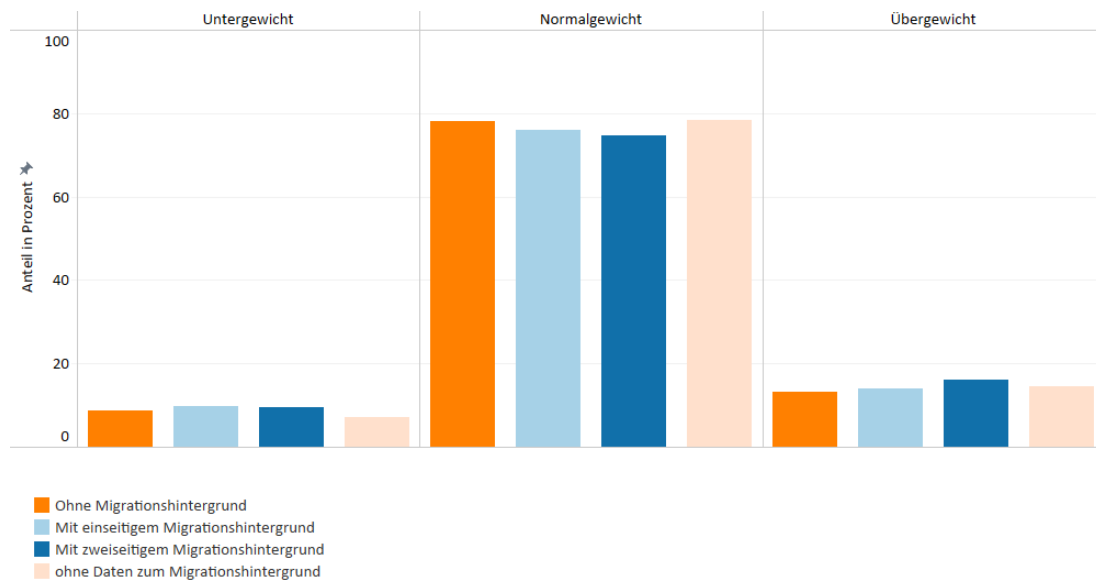


Abbildung 4.56: Beurteilung des Körpergewichts auf der Grundlage des Body-Mass-Index (BMI) von Kindern in Thüringen, die 2022 erstmalig anlässlich der vorgesehenen Einschulung vom öffentlichen Gesundheitsdienst untersucht wurden

Insgesamt liegen Daten zu der Körpergröße und dem Körpergewicht von 18.586 untersuchten Kindern vor. Bei 2.520 Kindern liegen keine Daten zum Migrationshintergrund vor.

Eigene Darstellung nach Thüringer Landesverwaltungsamt/Thüringer Gesundheitsämter 2024 (Sonderauswertung)

Sterbefälle

Während für Kinder im Einschulungsalter durch die Schuleingangsuntersuchung umfassende amtliche Daten zu unterschiedlichen Aspekten der gesundheitlichen Versorgung vorliegen, ist die Datenlage zum Gesundheitszustand in anderen Altersgruppen und in anderen Bereichen dünner (siehe Einleitung des Kapitels).

Unter den administrativen Daten lässt die Sterbestatistik einige Rückschlüsse auf die Gesundheitslage- und Versorgung in verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu. Diese registriert alle Sterbefälle der Wohnbevölkerung Deutschlands und erfasst neben Geschlecht, Alter u. a. auch die Staatsangehörigkeit der Verstorbenen. Schaut man sich an, wie die Sterbefälle in Thüringen unter deutschen und ausländischen Staatsangehörigkeiten auf verschiedene Altersgruppen verteilt waren, fällt auf: Unter den verstorbenen ausländischen Staatsangehörigen war 2023 der Anteil von Personen, die bereits im Alter unter 65 Jahren starben (53,2 %) wesentlich höher als unter deutschen Staatsangehörigen (12,9 %, siehe Abbildung 4.57).

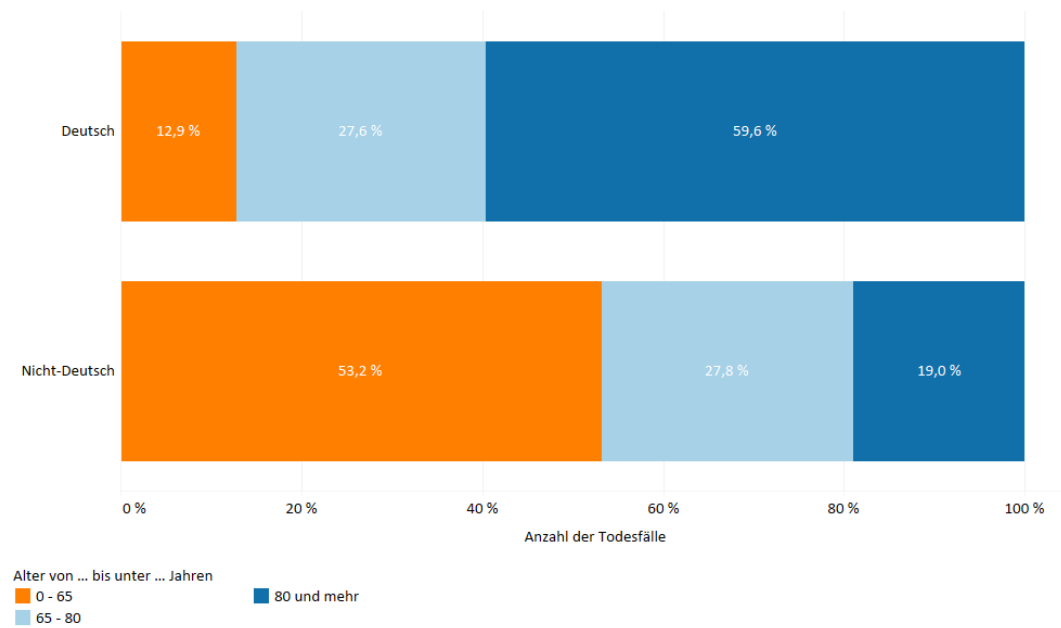


Abbildung 4.57: Anteil der Sterbefälle in Thüringen in ausgewählten Altersklassen nach Staatsangehörigkeit im Jahr 2023

Stichtag: 31.12.2023.

Quelle: Sterbefallstatistik. Eigene Berechnung und Darstellung nach TLS 2024 (Sonderauswertung)

Zwar ist die Zahl der Sterbefälle seit 2015 und vor allem seit 2020 insbesondere in der Altersgruppe der Personen unter 65 Jahren gestiegen (siehe Abbildung 4.58). Allerdings ist zu beachten, dass im Jahr 2023 nur 284 Sterbefälle von ausländischen gegenüber 30.853 Sterbefällen von deutschen Staatsangehörigen erfasst wurden und somit die ausländischen Verstorbenen weiterhin weniger als 1 % aller Sterbefälle in Thüringen ausmachen. Bundesweit lag ihr Anteil 2022 bei über 4 % (Statistisches Bundesamt 2023), der Unterschied lässt sich durch den bundesweit größeren ausländischen Bevölkerungsanteil erklären. Die unterschiedlichen Anteile in den Altersgruppen sind daher zum einen aufgrund der sehr unterschiedlichen Fallzahlen in den Gruppen vorsichtig zu beurteilen. Zum anderen lassen sie sich durch die generell jüngere Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung (siehe Kapitel 3.2.1) erklären. Betrachtet man nämlich den prozentualen Anteil der Sterbefälle in den jeweiligen Altersgruppen, so zeigt sich, dass die Unterschiede bei der Bevölkerung zwischen den Staatsangehörigkeitsgruppen eher gering sind. Zum Beispiel machten die Verstorbenen in der Altersklasse der unter 65-Jährigen 0,3 % im Verhältnis zu der ausländischen Ge-

samtbevölkerung in der Altersgruppe aus, bei den deutschen Staatsangehörigen belief sich dieser Wert auf 0,1 % (Statistisches Bundesamt 2024q und TLS 2024, Sonderaufbereitung).

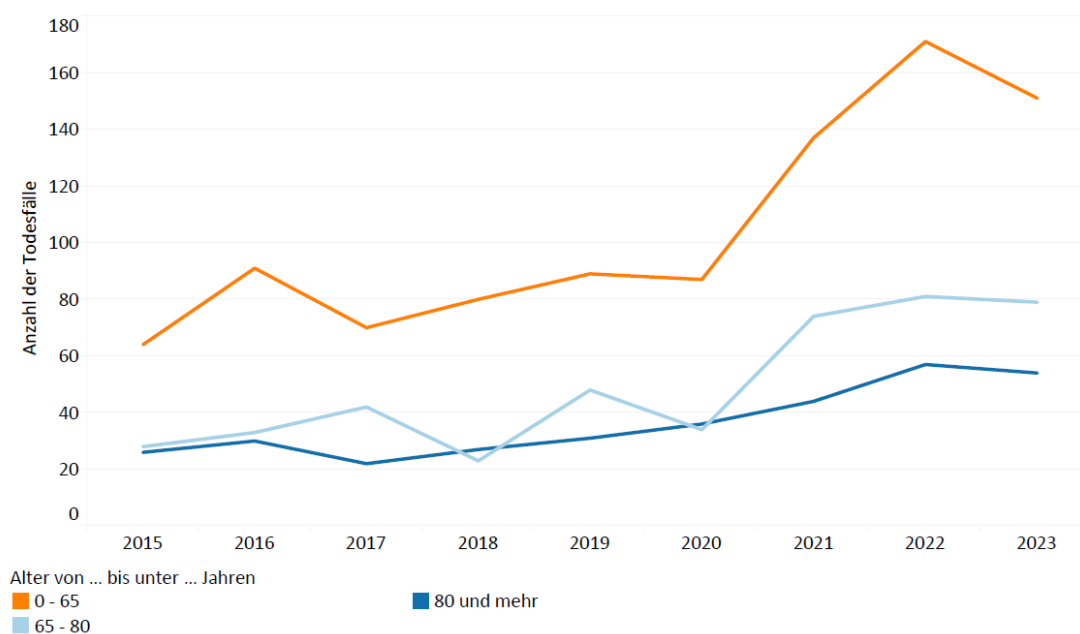


Abbildung 4.58: Anzahl der Sterbefälle von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Thüringen in ausgewählten Altersklassen nach Jahr

Stichtag: jeweils 31.12.

Quelle: Sterbefallstatistik. Eigene Berechnung und Darstellung nach TLS 2024 (Sonderauswertung)

Gleichzeitig zeigen vor allem Studien zur Übersterblichkeit während der Corona-Pandemie, dass sich strukturelle Ungleichheiten zuungunsten ethnifizierter und rassifizierter Minderheiten auch auf eine Übersterblichkeit in diesen Gruppen auswirken können. So stieg 2020 und 2021 der Anteil ausländischer Gestorbenen an allen Gestorbenen in Deutschland überdurchschnittlich stark an. In der Gruppe der ausländischen Staatsangehörigen zwischen 45 und 64 Jahren ist die Zahl der Todesfälle acht Mal stärker angestiegen als bei deutschen Staatsangehörigen (Plümecke et al. 2021). Grund dafür können prekäre Wohn- und Arbeitsverhältnisse, Armut und strukturelle Zugangshürden im Gesundheitssystem sein. Darauf weisen auch die Befragungsergebnisse zu Corona-Impfungen hin, die im nächsten Abschnitt analysiert werden.

4.6.2 *Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten*

Wie die Analyse der administrativen Daten zeigt, sind Gesundheit und Zugang zum Gesundheitssystem mit administrativen Daten nur eingeschränkt messbar. Dies liegt zum einen an der begrenzten Datenverfügbarkeit, zum anderen an den vielen durch amtliche Statistiken nicht erfassten Faktoren, die sich auf Gesundheit auswirken und für die umfassende Interpretation der Daten nötig wären. Gesundheit ist zudem ein mehrdimensionales Konzept, das sich nicht nur aus dem Wohlbefinden auf körperlicher, sondern auch auf psychischer und sozialer Ebene zusammensetzt (Wydra 2023). Dabei ist zwischen der Selbst- und der Fremdeinschätzung des Gesundheitszustandes einer Person zu unterscheiden (ebd.). Die sogenannte subjektive Gesundheit spiegelt das persönliche Wohlbefinden, unabhängig von Krankheiten und gesundheitlichen Beschwerden wider (Lampert et al. 2018) und wird von unterschiedlichen individuellen und gesellschaftlichen Faktoren beeinflusst. Diese wird in Studien häufig über die Selbsteinschätzung des allgemeinen Gesundheitszustandes erfasst (ebd.). Bei der Betrachtung von Unterschieden in der subjektiven Gesundheit von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte ist davon auszugehen, dass neben anderen Faktoren auch gesellschaftliche Gesundheitsnormen und Vorerfahrungen vor und während der Migration als Referenzrahmen eine Rolle spielen. Auch objektive Daten über den Zugang zu bzw. die Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen (z. B. Impfungen) werden zum Teil über Befragungen erfasst.

Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes

Subjektive Einschätzungen des eigenen Gesundheitszustandes werden gemeinsam mit Herkunftsgruppen in SOEP-Befragungen erfasst. Abbildung 4.59 zeigt die Einschätzung des eigenen Gesundheitszustands anhand der SOEP-Befragung in Thüringen nach Jahr und Herkunftsgruppe. Im betrachteten Zeitraum von 2018 bis 2021 bewerten Personen ohne Migrationshintergrund ihre Gesundheit im Durchschnitt etwas besser als zufriedenstellend (2021 bei 3,4 auf einer Skala von 1 „schlecht“ bis 5 „sehr gut“). Die durchschnittliche Einschätzung der Personen mit Migrationshintergrund liegt über den gesamten Zeitraum hinweg über dem Durchschnitt der Personen ohne Migrationshintergrund:¹⁰¹ 2021 lag der Durchschnittswert bei 3,6. Im Jahr 2021 überschneiden sich allerdings die Konfidenzintervalle, sodass der Un-

¹⁰¹ Zur Abgrenzung und Definition der Gruppen siehe Kapitel 2.4.3.

terschied in der Bewertung zwischen den beiden Gruppen in diesem Jahr unsicher ist. Insgesamt verändern sich die Zufriedenheitswerte in den Gruppen über den betrachteten Zeitraum kaum.

Wie bereits für den Zeitraum von 2016 bis 2017 festgestellt (siehe DeZIM 2019 (ZIB): 88), bewerten Personen aus Hauptfluchtländern auch im betrachteten Zeitraum von 2018 bis 2021 ihre Gesundheit etwas besser als „gut“. Ihre subjektive Bewertung ist somit in allen Jahren positiver als die Bewertung von Personen mit Migrationshintergrund (ohne jene aus Hauptherkunftsländern) und derjenigen ohne Migrationshintergrund. Die Konfidenzintervalle zwischen den Einschätzungen von Personen aus Hauptfluchtländern und denen ohne Migrationshintergrund überschneiden sich in keinem Jahr. Ein tatsächlicher Unterschied zwischen diesen beiden Gruppen ist somit wahrscheinlich. Die unterschiedliche Bewertung zwischen den Gruppen kann auf die unterschiedliche Altersstruktur und Geschlechterverteilung in den Gruppen zurückgeführt werden. Wie im Vorgängerbericht (siehe DeZIM 2019 (ZIB): 88) wurde daher zusätzlich der Einfluss des Alters und der Geschlechterverteilung untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass der Unterschied in den subjektiven Gesundheitswerten zwischen Befragten aus Hauptfluchtländern und denen ohne Migrationshintergrund im Jahr 2021 signifikant ist, wenn keine weiteren Faktoren oder nur das Geschlecht berücksichtigt werden. Bei Differenzierung zusätzlicher Altersgruppen wird der Unterschied statistisch unsicher. Das bedeutet, dass Altersunterschiede zwischen den Herkunftsgruppen einen Einfluss auf die subjektiven Gesundheitswerte haben.

Ein Vergleich mit anderen Bundesländern zeigt, dass sowohl in den anderen ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin) als auch in den westdeutschen Bundesländern ein ähnlicher Trend zwischen den drei Herkunftsgruppen zu beobachten ist wie in Thüringen.¹⁰² Somit sind im Vergleich zum vorherigen Bericht (siehe DeZIM 2019 (ZIB): 87) keine Veränderungen festzustellen.¹⁰³

¹⁰² Daten nicht in der Abbildung dargestellt. Quelle siehe Abbildung 4.59.

¹⁰³ Im Vergleich mit dem Daten aus dem vorherigen Bericht muss einschränkend beachtet werden, dass sich die Definitionen der Herkunftsgruppen verändert haben (siehe Kapitel 2.4.3 zu den SOEP-Daten).

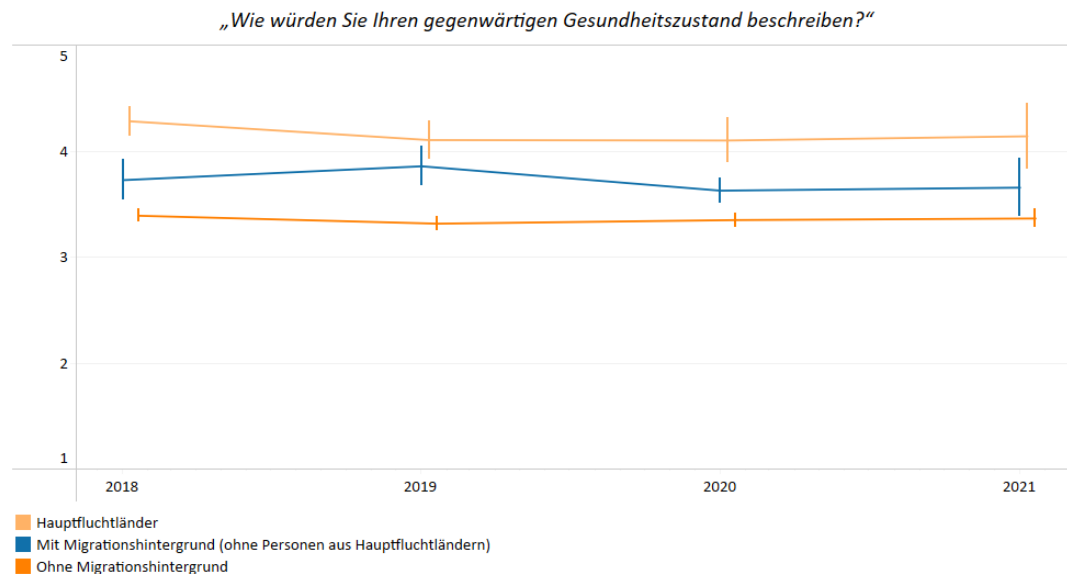


Abbildung 4.59: Einschätzung des eigenen Gesundheitszustands in Thüringen nach Herkunftsländern

Anmerkung: Skala von 1 („schlecht“) bis 5 („sehr gut“). Fallzahl: zwischen 659 und 1.054 je nach Jahr.

Quelle: SOEP v38. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach DIW 2024 (Sonderauswertung)

Lebenszufriedenheit

Die Lebenszufriedenheit bezeichnet die subjektive Einschätzung einer Person bezüglich der Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen in ihrem Umfeld (Stobbe 2020). Diese setzt sich aus unterschiedlichen Elementen zusammen und resultiert aus einer Kombination persönlicher Eigenschaften und äußerer Umstände (ebd.). Dazu zählen Persönlichkeitsmerkmale, Prägungen im Kindesalter, aktuelle und frühere Lebensumstände, Partnerschaften, Beruf, Einkommen beziehungsweise Vermögen und Gesundheit (ebd.). Zudem wird die Lebenszufriedenheit von übergeordneten Rahmenbedingungen wie politischen Systemen oder Umweltfaktoren beeinflusst (ebd.). Sie stellt somit ein weit umfassenderes Konzept als „Gesundheit“ dar, steht mit dieser aber in gegenseitiger Wechselwirkung.

Abbildung 4.60 zeigt die Einschätzung der gegenwärtigen eigenen Lebenszufriedenheit aus der SOEP-Befragung für Thüringen. Dabei wird deutlich, dass die Lebenszufriedenheit der Befragten ohne Migrationshintergrund im betrachteten Zeitraum nahezu konstant bleibt. Demnach liegt die Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar

zufrieden) im Durchschnitt zwischen 7,2 und 7,4. Bei Personen mit Migrationshintergrund (ohne Personen aus Hauptfluchtländern) liegt die durchschnittliche Lebenszufriedenheit zwischen 6,7 und 7,5 und unterliegt somit mehr Schwankungen. Unter Personen aus Hauptfluchtländern variiert die Einschätzung der eigenen Lebenszufriedenheit ebenfalls und liegt zwischen 6,5 und 7,5. Die großen Konfidenzintervalle dieser Gruppe und deren Überschneidungen mit den übrigen Konfidenzintervallen schränken die Vergleichbarkeit der Werte ein. Lediglich im Jahr 2019 ist ein signifikanter Unterschied erkennbar, wobei Personen aus Hauptfluchtländern im Schnitt eine geringe Zufriedenheit angeben (6,5) als Personen ohne Migrationshintergrund (7,3).

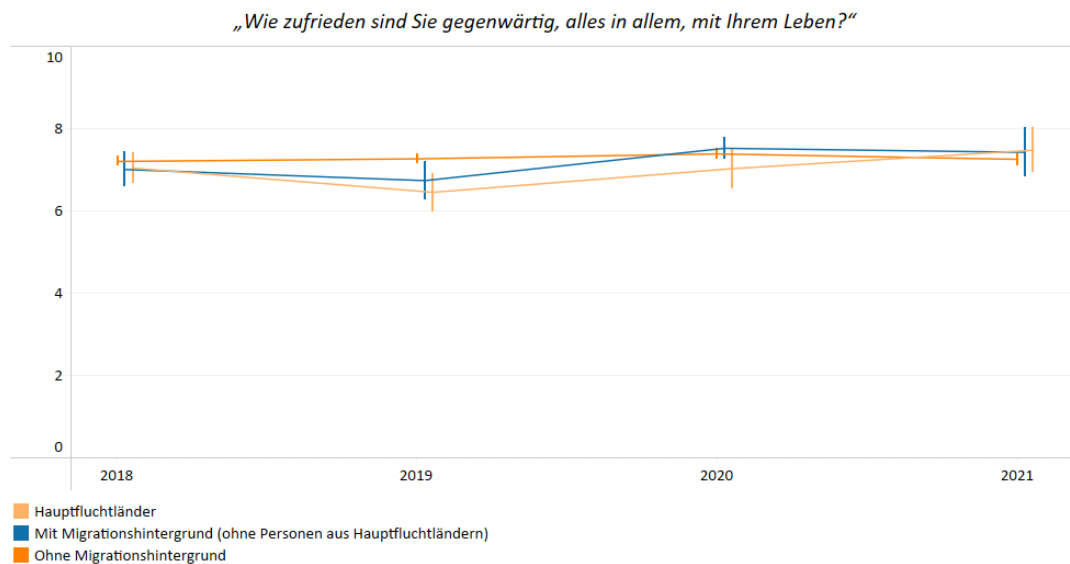


Abbildung 4.60: Einschätzung der gegenwärtigen Lebenszufriedenheit in Thüringen nach Herkunftsländern

Die Einschätzung der eigenen Lebenszufriedenheit wird jährlich in der SOEP-Befragung erhoben auf einer Skala von 0 („niedrig“) bis 10 („hoch“). Fallzahlen: zwischen 659 und 1.054 je nach Jahr.

Quelle: SOEP v38. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach DIW 2024 (Sonderauswertung)

In den anderen ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin) wird die Lebenszufriedenheit im betrachteten Zeitraum durchschnittlich etwas besser bewertet (zwischen 6,7 und 7,6) als in Thüringen. In den westdeutschen Bundesländern ist sie im Schnitt am höchsten (zwischen 7,1 und 7,6).¹⁰⁴

Selbsteinschätzung der psychischen Belastung

Zwar wurde der Thüringen-Monitor Integration, aus dem im Vorgängerbericht Umfragedaten zur psychischen Belastung von Geflüchteten ausgewertet werden, nicht mehr fortgeführt. Neue Indikatoren zur Einschätzung Geflüchteter in Thüringen zu ihrer eigenen psychischen Belastung liefert allerdings die IAB-BAMF-SOEP-Befragung. In Abbildung 4.61 ist der Anteil derjenigen dargestellt, die mindestens eine der vier Fragen zur Häufigkeit von Symptomen psychischer Belastung¹⁰⁵ mit „(fast) jeden Tag“ oder „mehr als die Hälfte der Tage“ beantwortet haben. Aufgrund der geringen Fallzahlen wurde auf eine Differenzierung nach Hauptflucht- und sonstigen Herkunftsländern verzichtet.

Für Thüringen zeigt sich, dass im Jahr 2016 der Anteil derer, die häufig unter psychischer Belastung leiden, bei den Befragten mit Migrationshintergrund bei 27,6 % und bei den Befragten ohne Migrationshintergrund bei 20,9 % liegt. Durch die Überschneidung der Konfidenzintervalle ist die Vergleichbarkeit jedoch eingeschränkt. Im Jahr 2019 geben in Thüringen hingegen deutlich weniger Personen an, häufig an psychischen Belastungen zu leiden, wobei der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund stark gesunken ist auf 7,9 % und unterhalb des Anteils der Personen ohne Migrationshintergrund liegt (16,9 %). Da sich die Konfidenzintervalle kaum überschneiden, ist davon auszugehen, dass dieser Unterschied auch tatsächlich besteht. Im Jahr 2021 ist die Stichprobengröße der Personen mit Migrationshintergrund sehr klein und das Konfidenzintervall entsprechend groß. Vergleichende Aussagen sind hier nicht möglich.

Im Bundesländervergleich zeigt sich, dass die Unterschiede in der Einschätzung der Häufigkeit der psychischen Belastung zwischen Menschen mit und

¹⁰⁴ Daten nicht in Abbildung dargestellt. Quelle siehe Abbildung 4.60.

¹⁰⁵ Die vier Fragen in der IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter lauten: „Jetzt geht es um die letzten zwei Wochen. Wie oft fühlten Sie sich da durch die folgenden Beschwerden beeinträchtigt: (1) wenig Interesse oder Freude an Ihren Tätigkeiten, (2) Niedergeschlagenheit, Schwermut oder Hoffnungslosigkeit, (3) Nervosität, Ängstlichkeit oder Anspannung, (4) nicht in der Lage sein, Sorgen zu stoppen oder zu kontrollieren?“.

ohne Migrationshintergrund in westdeutschen Bundesländern vergleichsweise gering sind, während sich in den anderen ostdeutschen Bundesländern (inkl. Berlin) ein ähnliches Bild wie in Thüringen abzeichnet.

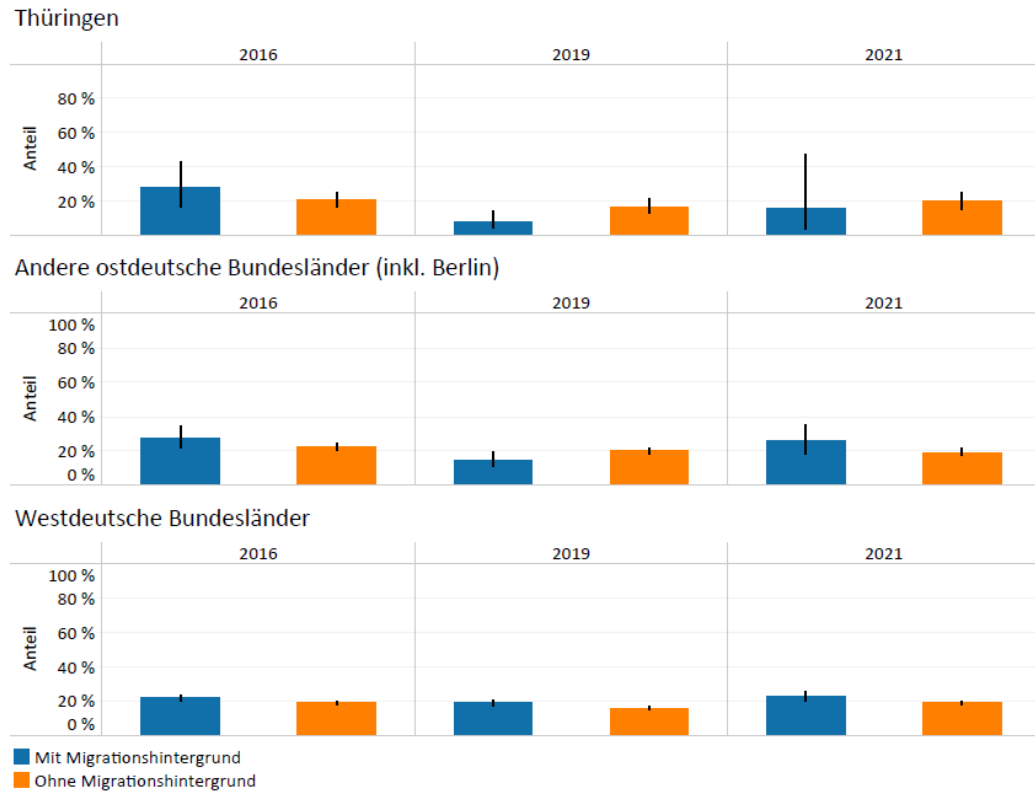


Abbildung 4.61: Einschätzung der Häufigkeit der eigenen psychischen Belastungen

Anmerkung: Die Befragten konnten auf einer fünfstufigen Skala von 0 („überhaupt nicht“) bis 4 („(fast) jeden Tag“) antworten, wie häufig sie sich psychisch belastet fühlen. Abgebildet ist der Anteil der Personen, die mindestens eine der vier Fragen zu den psychischen Belastungen mit „(fast) jeden Tag“ oder „mehr als die Hälfte der Tage“ beantwortet haben. Fallzahlen für 2017, 2018 und 2020 sind nicht verfügbar. Stichprobengröße: zwischen 54 und 14.607 Personen je nach Jahr, Migrationsstatus und Region.

Quelle: SOEP v38. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach DIW 2024 (Sonderauswertung)

Einsamkeitsempfinden

Ein weiterer Indikator zur Messung der Gesundheit aus der IAB-BAMF-SOEP-Befragung Geflüchteter ist die Einschätzung der eigenen Einsamkeit. In Abbildung 4.62 ist der Anteil derjenigen dargestellt, die mindestens eine der Fragen zur Einsamkeit¹⁰⁶ mit „sehr oft“ oder „oft“ beantwortet haben. Es zeigt sich, dass in beiden vorliegenden Jahren und in allen Regionen (d. h. in Thüringen und im Durchschnitt der ost- und westdeutschen Bundesländer) die Befragten aus Hauptfluchtländern am häufigsten angaben, einsam zu sein. Ihr Anteil lag im Jahr 2021 je nach Region zwischen 40,5 % und 54,8 %. Für Thüringen lassen sich aufgrund der großen Konfidenzintervalle im Jahr 2021 keine Vergleiche aufstellen. Im Jahr 2017 hingegen überschneiden sich die Konfidenzintervalle nicht, sodass die Unterschiede zwischen den Herkunftsgruppen somit wahrscheinlich sind. Die Unterschiede zwischen Befragten ohne Migrationshintergrund und Befragten mit Migrationshintergrund (ohne Personen aus Hauptfluchtländern) sind wesentlich geringfügiger, wobei auch hier die Konfidenzintervalle für Thüringen 2021 zu groß sind, um einen Vergleich zuzulassen. Bei den anderen ostdeutschen Bundesländern (inkl. Berlin) und den westdeutschen Bundesländern zeigt sich jedoch, dass sich auch Personen mit Migrationshintergrund (ohne jene aus Hauptfluchtländern) häufiger einsam fühlten (32 % und 29 %) als Personen ohne Migrationshintergrund (21 % und 24 %). Auffällig ist zudem, dass die Zustimmungswerte bei Personen aus den Hauptfluchtländern 2017 und 2021 in den westdeutschen und anderen ostdeutschen Bundesländern relativ konstant bleiben, während sie bei Personen ohne Migrationshintergrund und Personen aus anderen Herkunftsländern ansteigen. Ein Erklärungsansatz liegt darin, dass Personen aus den Hauptfluchtländern unabhängig von der Pandemie mit erheblichen Einsamkeitsfaktoren konfrontiert sind: Der Verlust von Familie und sozialem Umfeld sowie eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe aufgrund von Sprachbarrieren, mangelnder Erwerbstätigkeit und geringem Einkommen führen bei dieser Gruppe zu einer generell hohen Einsamkeit (Entringer et al. 2021). Darüber hinaus können auch Diskriminierungserfahrungen die Einsamkeitsbelastung erhöhen. Zu diesem Ergebnis kommt auch das 2024 veröffentlichte Einsamkeitsbarometer des Bundesfamilienministeriums und empfiehlt, die Teilhabe zu erleichtern und kulturelle sowie einsamkeitslindernde Angebote stärker auf Menschen mit Migrations- und Fluchterfahrungen auszurichten (BMFSFJ 2024b).

¹⁰⁶ Die Fragen lauteten: „Wie oft haben Sie das Gefühl, (1) dass Ihnen die Gesellschaft anderer fehlt? (2) außen vor zu sein? (3) dass Sie sozial isoliert sind?“

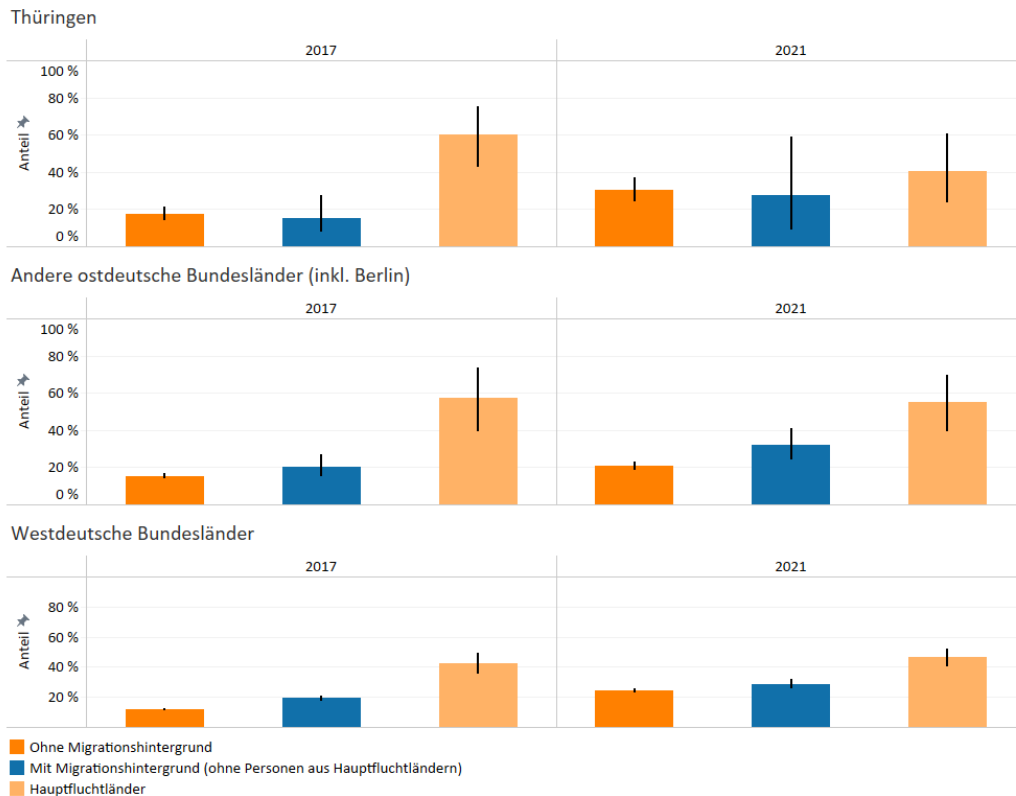


Abbildung 4.62: Einschätzung der Häufigkeit der eigenen Einsamkeit in Thüringen als „(sehr) oft“

Anmerkung: Abgebildet ist der Anteil der Personen, die mindestens eine der drei Fragen zur Einsamkeit mit „sehr oft“ oder „oft“ beantwortet haben. Die weiteren Antwortmöglichkeiten auf der Skala waren „manchmal“, „selten“ und „nie“. Für die Jahre 2018, 2019 und 2021 sind die Fallzahlen außergewöhnlich klein. Aus diesem Grund sind hier nur die Jahre 2017 und 2021 dargestellt. Stichprobengröße: zwischen 50 und 14.799 Personen je nach Jahr, Migrationsstatus und Region.

Quelle: SOEP v38. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach DIW 2024 (Sonderauswertung)

Covid-19-Impfquoten

Die Corona-Pandemie hat Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung sichtbar gemacht. Dies zeigen nicht nur die bereits oben beschriebenen Sterbestatistiken (Plümecke et al. 2022), sondern auch die Befragungsergebnisse des RKI zu den Covid-19-Impfquoten und der Impfbereitschaft in verschiedenen Bevölkerungsgruppen (RKI 2022). So lag die Impfquote¹⁰⁷ laut einer Befragung Ende 2021 bundesweit bei Personen mit Migrationsgeschichte mit

¹⁰⁷ Die Zahlen bezogen sich zu diesem Zeitpunkt auf Personen, die angaben, mindestens einmal geimpft zu sein.

rund 84 % etwas niedriger als bei Personen ohne Migrationsgeschichte mit rund 92 %. Dieser Unterschied war statistisch signifikant. Die Unterschiede zeigten sich bei beiden Geschlechtern und in fast allen Altersgruppen. Lediglich in der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen waren die Impfquoten mit knapp 93 % annähernd gleich. Einen größeren Einfluss auf die Impfquote hatten der RKI-Studie zufolge jedoch die selbsteingeschätzten Deutschkenntnisse: Je schlechter die eigenen Deutschkenntnisse eingeschätzt wurden, desto niedriger war die Impfquote (ebd.: 5).

Gefragt nach der Impfbereitschaft zeigte sich jedoch ein anderes Bild: Die Impfbereitschaft war bei den Befragten mit Migrationsgeschichte höher als bei denen ohne Migrationsgeschichte. Dies deutet darauf hin, dass strukturelle Hürden, wie das Fehlen mehrsprachiger Informationen, für die unterschiedliche Inanspruchnahme von Schutzimpfungen ausschlaggebender waren als persönliche Entscheidungen (ebd.). Spätere Studien haben gezeigt, dass auch der Bildungsgrad, die Aufenthaltsdauer und die Einbindung in das Regelgesundheitsversorgungssystem (z. B. durch regelmäßigen Besuch von Haus- und Fachärztinnen und -ärzten) einen Einfluss auf die Inanspruchnahme von Schutzimpfungen durch eingewanderte Personen haben (Bug et al. 2023). Die Schaffung niedrigschwelliger Informations- und Impfangebote wurde daher als wichtige Voraussetzung für den Zugang zu Impfungen definiert (ebd.)

Auf Länderebene liegen zu wenige Daten vor, um Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationsgeschichte zu untersuchen. Annäherungsweise kann jedoch die Impfquote in den ostdeutschen Bundesländern nach Migrationsgeschichte betrachtet werden. Hier zeigt sich, dass die Impfquote zum Befragungszeitpunkt (Ende 2021) bei Personen mit Migrationsgeschichte mit 65,4 % signifikant niedriger ist als bei Personen ohne Migrationsgeschichte (84,0 %).¹⁰⁸ Auch wenn die Fallzahlen für die ostdeutschen Bundesländer insgesamt eher gering sind, ist der Unterschied zwischen Personen mit und ohne Migrationsgeschichte größer als auf Bundesebene.

4.6.3 *Zwischenfazit zu Gesundheit*

Die vergleichende Darstellung des Gesundheitszustandes und des Zugangs zur Gesundheitsversorgung von Personen mit und ohne Migrationsgeschichte anhand von administrativen Daten, erweist sich nach wie vor als schwierig. Zum einen stehen aufgrund der hohen Sensibilität wenige Daten,

¹⁰⁸ Eigene Berechnung nach RKI 2024 (Sonderauswertung).

insbesondere zu Erwachsenen zur Verfügung. Zum anderen sollte bei der Interpretation der vorhandenen Daten immer beachtet werden, dass viele weitere soziodemografische und strukturelle Faktoren ausschlaggebend sind und Bedingungen der Datenerhebung (Vorhandensein von Nachweisdokumenten, Sprachbarrieren) den Vergleich erschweren.

Administrative Daten zur Inanspruchnahme von Schutzimpfungen und Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern im Einschulungsalter suggerieren weiterhin Lücken bei Kindern mit zweiseitigem Migrationshintergrund im Vergleich zu Kindern ohne oder mit einseitigem Migrationshintergrund, wobei die Unterschiede im Vergleich zum Vorgängerbericht geringer werden. Die Tatsache, dass für mehr Kinder mit zweiseitigem Migrationshintergrund die Inanspruchnahme der Gesundheitsleistungen nachgewiesen werden kann, liegt wohl auch daran, dass ein größerer Anteil von ihnen schon in Deutschland geboren oder in frühem Alter eingewandert ist. Unklar bleibt, inwiefern die erfassten Leistungen im Ausland beansprucht wurden, aber nicht nachgewiesen werden konnten. Dies kann insbesondere bei Kindern ohne Impfpass oder Gelbes Heft über Früherkennungsuntersuchungen nicht festgestellt werden.

Sterberaten in verschiedenen Altersklassen könnten Aufschluss über Unterschiede bei der Gesundheit auch im Erwachsenenalter geben: Zwar ist der Anteil der unter 65-Jährigen an den Verstorbenen ohne deutsche Staatsangehörigkeit wesentlich größer als bei den Verstorbenen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Dies hängt aber auch mit der wesentlich jüngeren Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung zusammen. Eine Übersterblichkeit der ausländischen Bevölkerung während der Corona-Pandemie weist aber auch auf strukturelle Benachteiligungen und eine besondere Betroffenheit der eingewanderten Bevölkerung durch die Pandemie hin. Dies zeigen auch die Befragungsergebnisse zur Corona-Impfung. Menschen mit Migrationsgeschichte im Jahr 2021 wiesen zwar mehrheitlich eine Impfbereitschaft auf, wurden aber seltener geimpft als Menschen ohne Migrationsgeschichte. Sprachbarrieren und andere strukturelle Hürden scheinen hier den Zugang zur Schutzimpfung erschwert zu haben.

Aus SOEP-Befragungsdaten zur subjektiven Gesundheitseinschätzung geht wie im Vorbericht hervor, dass Personen aus Hauptfluchtländern ihren Gesundheitszustand weiterhin positiver bewerten als Personen aus anderen Ländern und Personen ohne Migrationshintergrund. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass dies zum einen mit der jüngeren Altersstruktur der Geflüchteten zusammenhängt, zum anderen aber auch damit, dass Geflüchtete ihren Gesundheitszustand in Deutschland mit dem im Herkunftsland oder

auf der Flucht vergleichen und somit positiver einschätzen (DeZIM 2019 (ZIB): 90).

Auch bei der Einschätzung der Lebenszufriedenheit zeigen sich weiterhin keine bedeutsamen Unterschiede zwischen den Herkunftsgruppen.

Für die Eigenbewertung der psychischen Belastung sind die Fallzahlen der IAB-BAMF-SOEP-Befragung auf Landesebene zu gering, um umfassende vergleichende Aussagen treffen zu können. Ein Blick auf die anderen Bundesländer zeigt jedoch, dass die Unterschiede in der Einschätzung der eigenen psychischen Belastung zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund nicht sehr groß sind bzw. sich kein klarer Trend dazu zeigt, welche Gruppe über einen längeren Zeitraum eine größere Belastung empfindet. Gleichzeitig ist im Gesundheitsversorgungssystem die Herausforderung allgegenwärtig, adäquate Behandlungsangebote mit qualifizierter Sprachmittlung für eine hohe Zahl an Geflüchteten mit Traumafolgestörungen zur Verfügung zu stellen (Schouler-Ocak & Bering 2017).

Ein wesentlicher Unterschied zeigt sich hingegen bei der Einschätzung der eigenen Einsamkeit: Personen aus Hauptfluchtländern fühlen sich deutlich einsamer als Personen aus anderen Ländern und ohne Migrationshintergrund. Ihr Einsamkeitsempfinden ist im Corona-Jahr 2021 weniger gestiegen als das der anderen Gruppen. Dies weist darauf hin, dass andere kontinuierliche Faktoren, die ihre gesellschaftliche Teilhabe einschränken, vor allem Grund für ihre hohe Einsamkeit sind.

Für ein weiteres Monitoring zum Handlungsfeld Gesundheit ist zu überlegen, zu welchen Aspekten weitere administrative Daten unter Beachtung des Migrationshintergrunds oder der Staatsangehörigkeit erhoben und ausgewertet werden könnten. Solche Erhebungen sollten die Sensibilität gesundheitsbezogener Daten berücksichtigen und möglichst eine Differenzierung nach weiteren demografischen Faktoren zulassen. Denkbar wäre beispielsweise, in einem Folgebericht mehr Daten zum Thema Pflege einzubinden. Die oben beschriebenen Einschränkungen bei administrativen Daten zur Gesundheit lassen sich durch Umfragedaten insofern gut ausgleichen, als dass diese auch die Mehrdimensionalität von Gesundheit und intersektionale Benachteiligungen beim Zugang zur Gesundheitsversorgung besser sichtbar machen und somit auf strukturelle Hürden und Handlungsoptionen hinweisen können.

4.7 Wohnen

Auch Wohnraum und Wohnumfeld prägen Teilhabebedingungen. Wohnen ist ein menschliches Grundbedürfnis und damit mitentscheidend für Lebensqualität, mitunter weil der Wohnort über Zugangsmöglichkeiten zu Infrastrukturen des alltäglichen Lebens bestimmt, die sowohl im städtischen wie ländlichen Raum ungleich verteilt sind (Dangschat 2014; Häußermann & Siebel 2000). Gerade unter der aktuellen Krise des Wohnungsmarktes in Deutschland, die in vielen Städten bereits drastische Ausmaße annimmt, zeigen sich die zahlreichen Herausforderungen mit Blick auf die Wohnraumversorgung von Zugewanderten umso deutlicher. Denn Versorgungsdefizite treffen vor allem Mieterinnen und Mieter in unteren Marktsegmenten, auch weil der Bestand an preisgebundenen Wohnungen immer weiter zurück geht (Liebig et al. 2022). Eingewanderte sind statistisch betrachtet häufiger im Niedriglohnsektor beschäftigt und leiden aufgrund ihres geringen Einkommens insofern mit am stärksten unter der aktuellen Wohnungsknappheit und den hohen Mieten (siehe auch Kapitel 4.5). Zusätzlich verschärft wird diese Situation durch diskriminierende Praktiken in der Wohnungsvergabe, die Menschen mit zugeschriebenem Migrationshintergrund systematisch benachteiligen und den Zugang zu gutem, leistbarem Wohnraum erschweren (Antidiskriminierungsstelle des Bundes 2022). Ursachen für die zum Teil sehr ausgeprägte residentielle Konzentration von Menschen mit Migrationsgeschichte in bestimmten Wohnvierteln, die gemeinhin oft als großes Integrationshemmnis diskutiert wird, liegen also vor allem in einer sozioökonomischen Segregation und sozialen Restriktionen.

Hinzu kommen die besonderen aufenthaltsrechtlichen Auflagen zur Wohnsitzwahl für Geflüchtete während und bis zu drei Jahre nach Abschluss des Asylverfahrens. Diese setzt die Kommunen zusätzlich unter Druck, entsprechende Unterbringung sowie Wohnraum zur Verfügung zu stellen (siehe Fußnote 34). Gerade in Zeiten akut hoher Zuwanderungszahlen ist dabei der integrationsfördernde Anspruch, dezentrales Wohnen möglichst schnell zu ermöglichen, schwer einzuhalten. Private Unterstützungsnetzwerke können hier bei entsprechend rechtlichen Möglichkeiten Entlastung schaffen. Das hat der hohe Anteil ukrainischer Geflüchteter in Privatunterkünften gerade in der Anfangszeit der ukrainischen Fluchtmigration gezeigt (IAB 2023). Auch hier können sich aber langfristig stärkerer kommunale Unterstützungsmaßnahmen als notwendig erweisen (BAMF 2023).

4.7.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten

Die Wohnungssituation von Geflüchteten hängt im Einzelfall vor allem vom Aufenthaltsstatus und den Unterbringungsmöglichkeiten der zuständigen Kommunen bzw. der Lage am regionalen Wohnungsmarkt ab, da sie der aufenthaltsrechtlichen Residenzpflicht bzw. Wohnsitzauflage unterliegen (siehe Fußnote 34). Unterschieden wird im Wesentlichen zwischen Gemeinschaftsunterkünften und dezentraler Unterbringung. Dezentrale Unterbringungen bringen für Integrationsprozesse Vorteile, weil sie Geflüchteten verbesserte Möglichkeiten für Austausch und Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung erlaubt und sich mehr Freiraum, Selbstbestimmtheit und Privatsphäre überdies hinaus positiv auf die Lebensqualität der entsprechenden Personen auswirken (Piechura 2024; Scheible et al. 2016). Die Vermeidung wohnräumlicher Segregation ist auch im Thüringer Integrationskonzept vorgesehen (TMMJV 2017: 69f.). Zur Unterbringungslage in Thüringen geben Daten des Landesverwaltungsamtes erste Einblicke. Zum Stichtag, dem 29.02.2024, verfügte Thüringen über insgesamt 29.988 Unterbringungsplätze. Für 26.064 davon wurde eine Belegung vermerkt. In den Gemeinschaftsunterkünften waren von den 11.912 verfügbaren Plätzen 9.589 belegt. Von den insgesamt 17.417 Plätzen, die in Einzelunterkünften zur Verfügung standen, waren 16.016 belegt, was einer Auslastung von etwa 92 % entspricht (Thüringer Landesverwaltungsamt, Sonderauswertung).¹⁰⁹ Seit dem letzten Berichtsjahr 2019 hat Thüringen seine kommunalen Unterbringungskapazitäten stark ausgebaut und dabei etwas weniger als 10.000 neue Plätze geschaffen. An der enormen Steigerung der Gesamtauslastung von rund 57 % im Jahr 2019 auf rund 87 % 2024 zeigt sich jedoch auch, wie dringend der Bedarf für diesen Ausbau war (DeZIM 2019 (ZIB): 91).¹¹⁰

Die Belastungssituation bezüglich der Unterbringung von Geflüchteten in den Kommunen hat sich laut einer Umfrage der Universität Hildesheim und des Mediendienst Integration unter 800 deutschen Kommunen im Mai 2024 im Vergleich zum Vorherbst wieder entspannt.¹¹¹ Die Befragung ergab auch, dass Kommunen in Ostdeutschland die Unterbringungslage häufiger positiv

¹⁰⁹ In der Zählung sind Erstaufnahmeeinrichtungen nicht enthalten. Schutzsuchende Ukrainerinnen und Ukrainer, die in kommunalen Gemeinschafts- und Einzelunterkünften untergebracht wurden, werden mit einberechnet.

¹¹⁰ Zur Verteilung der Bezieherinnen und Bezieher von Regelleistungen nach dem AsylbLG auf verschiedene Unterbringungsformen 2024 siehe Kapitel 3.2.1.

¹¹¹ Darunter waren 96 Kommunen aus ostdeutschen Bundesländern. Der Anteil an der Stichprobe (12,4 %) entspricht beinahe dem Bevölkerungsanteil der ostdeutschen Bundesländer außer Berlin (14,9 %) (Kühn & Ziegler 2024). Zur Zahl der teilnehmenden Kommunen aus Thüringen liegen keine Angaben vor.

(„ohne größere Schwierigkeiten“) bewerteten als Kommunen in Westdeutschland. Ein Großteil der Kommunen (70,8 % in Ostdeutschland) bewertete die Unterbringungslage als „herausfordernd, aber noch machbar“. 7,7 % der ostdeutschen Kommunen sahen sich im Notfallmodus (Kühn & Ziegler 2024).

4.7.2 *Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten*

Für die weitere Begutachtung der Wohnraumversorgung von Zugewanderten ist der Rückgriff auf Befragungsdaten erforderlich. Als quantitative Bemessungsgrundlage für Wohnqualität lässt sich zum einen die Größe des Wohnraums, die einer Person individuell zur Verfügung steht, zum anderen die entsprechenden Mietkosten heranziehen. Dafür eignet sich die SOEP-Befragung, in der sowohl die durchschnittliche Quadratmeterzahl pro Person im Haushalt (siehe Abbildung 4.63) als auch der durchschnittliche Mietpreis pro Quadratmeter (siehe Abbildung 4.64) erfasst wird. Im Folgenden beziehen wir uns auf Zahlen aus dem Erhebungszeitraum von 2018-2021.¹¹²

Wohnfläche

Personen ohne Migrationshintergrund wohnen in Thüringen durchschnittlich auf einer Fläche zwischen 44,4 und 51,3 Quadratmetern. Aufgrund einer großen Schwankungsbreite in den Angaben vor allem im letzten Erhebungsjahr lässt sich statistisch nicht sicher feststellen, ob sich hier ein Aufwärtstrend abzeichnet, wenngleich die vorliegenden Zahlen dies suggerieren.

Die Wohnfläche, die Personen mit Migrationshintergrund (ohne jene aus Hauptfluchtländern) eigenen Angaben nach durchschnittlich zur Verfügung steht, fällt dagegen niedriger aus und beläuft sich im Jahr 2018 auf durchschnittlich 31,2 Quadratmeter. Im Zeitverlauf lässt sich hier eine deutliche Verringerung feststellen, insbesondere zwischen den Jahren 2020 und 2021, in denen die durchschnittlich zur Verfügung stehende Quadratmeterzahl von 39,1 (2020) auf 20,1 (2021) fällt.

Befragte aus den Hauptfluchtländern geben eine Wohnraumgröße von zwischen 23,4 (2018) und 28,3 (2019) Quadratmetern an. Über den Gesamtzeitraum betrachtet lebt diese Gruppe also am beengtesten, wobei die Unter-

¹¹² Die Zahlen sind mit denen des Vorgängerberichts aufgrund einer abweichenden Gruppierung der Befragten nicht direkt vergleichbar. Zur Gruppierung der SOEP-Datensätze siehe Kapitel 4.1.3

schiede zu Personen aus anderen Herkunftsländern nur 2018 und 2020 statistisch belastbar sind. 2021 lebten Personen aus den Hauptfluchtländern auf durchschnittlich 24,1 Quadratmetern.

Die genannten Gruppenunterschiede existieren in ähnlicher Form in den anderen ostdeutschen Bundesländern, daran hat sich seit dem Untersuchungszeitraum des Vorgängerberichts wenig geändert (DeZIM 2019 (ZIB): 91). In den westdeutschen Bundesländern dagegen haben sich die bestehenden, großen Unterschiede zwischen Menschen ohne und mit Migrationshintergrund (ohne jene aus Hauptfluchtländern) weiter verschärft – sodass auch die Abweichung von der Differenz in Thüringen zugenommen hat.¹¹³

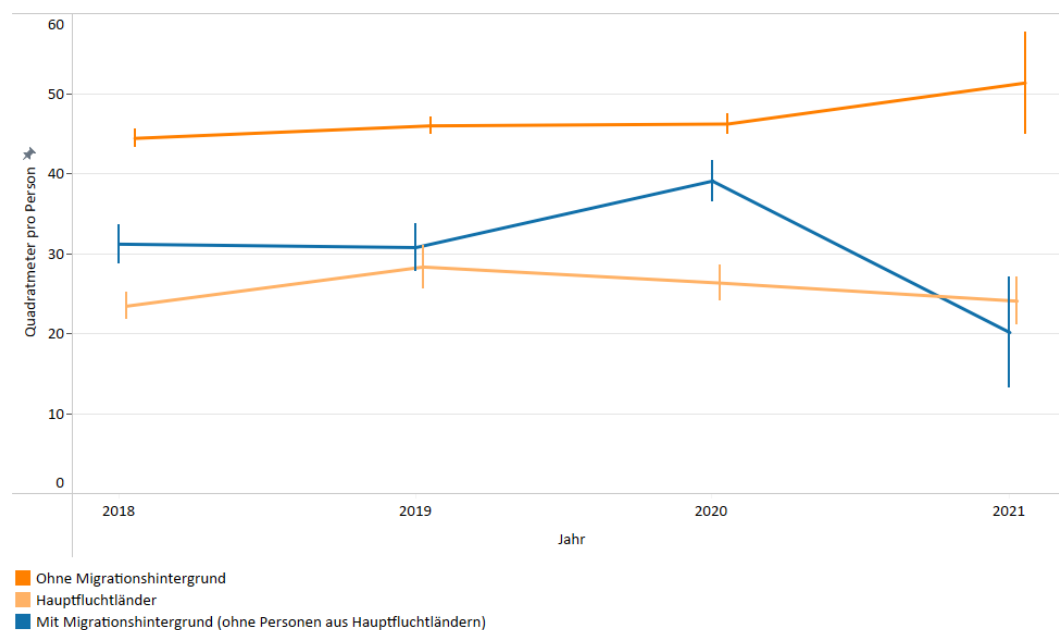


Abbildung 4.63: Wohnfläche in Quadratmeter pro Person in Thüringen
Stichprobengröße: 4.292.

Quelle: SOEP v38. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach DIW 2024 (Sonderauswertung)

Die Ursachen dafür, dass Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen wie in weiten Teilen Deutschlands durchschnittlich weniger Wohnfläche zur Verfügung haben als der Rest der Bevölkerung, sind vielschichtig, bedingen sich gegenseitig und lassen sich deshalb kaum isoliert voneinander betrachten. Zunächst ist zu berücksichtigen, dass sich die Haushaltsgröße der Be-

¹¹³ Daten nicht in der Abbildung dargestellt. Quelle siehe Abbildung 4.63.

fragten in den jeweiligen Gruppen unterscheidet: Während in den Haushalten von Personen ohne Migrationshintergrund in den betrachteten Jahren in Thüringen im Schnitt 2,5 Personen zusammenlebten, waren es bei Befragten aus Hauptfluchtländern im Schnitt 3,7 Personen und bei anderen Befragten mit Migrationshintergrund 3,6 Personen. Die Unterschiede sind in allen Jahren statistisch sicher. In größeren Haushalten ist die pro Person zur Verfügung stehende Wohnfläche im Allgemeinen kleiner, weil mehr gemeinschaftlicher Wohnraum geteilt wird. Zusätzlich kann davon ausgegangen werden, dass sowohl wirtschaftliche Faktoren wie ein geringeres Durchschnittseinkommen und Benachteiligung am Arbeitsmarkt eine Rolle spielen, ebenso wie rechtliche Rahmenbedingungen, etwa in Form erschwerter Zugänge zu staatlichen Unterstützungsleistungen und sozialem Wohnbau, oder kulturelle und soziale Komponenten, wie z. B. soziale Segregation.¹¹⁴

Miethöhe

Ein Abgleich der Miethöhe (in Relation zur Quadratmeterzahl) zwischen Bevölkerungsgruppen kann Aufschluss darüber geben, ob und in welchem Maße es am Wohnungsmarkt zu Diskriminierung kommt. Auch dieser Indikator wird jährlich vom SOEP erhoben. Insgesamt unterscheidet sich die Höhe der monatlichen Miete pro Quadratmeter in Thüringen zwischen Personen ohne Migrationshintergrund, Personen mit Migrationshintergrund (ohne jene aus Hauptfluchtländern) und Personen aus Hauptfluchtländern weniger stark als dies mit Blick auf die Wohnfläche der Fall ist, dennoch lassen sich auch hier Abweichungen im Zeitverlauf feststellen.

Für Personen ohne Migrationshintergrund sehen wir im Zeitraum von 2018 bis 2020 eine Durchschnittsmiete¹¹⁵ von 7,20 bis 7,60 Euro pro Quadratme-

¹¹⁴ Im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung erfolgt keine Unterscheidung nach der Herkunft der Wohnungssuchenden. Voraussetzung für das Beziehen einer geförderten Wohnung (Sozialwohnung) ist die Vorlage eines Wohnberechtigungsscheins nach § 19 Thüringer Wohnraumförderungsgesetz (ThürWoFG). Ausschlaggebend für die Antragsberechtigung ist, dass sich die Wohnungssuchenden nicht nur vorübergehend im Geltungsbereich des Grundgesetzes aufhalten und in der Lage sind, für sich und ihre Haushaltsangehörigen auf längere Dauer einen Wohnsitz als Mittelpunkt der Lebensbeziehungen zu begründen sowie die im Gesetz festgelegten Einkommensgrenzen (§ 10 ThürWoFG) nicht überschreiten. In Thüringen sind Ausländerinnen und Ausländer antragsberechtigt, wenn sie sich berechtigt im Bundesgebiet aufhalten und eine weitere längere Aufenthaltszeit vorauszusehen ist (Verwaltungsvorschrift zum Vollzug der Bindungen geförderter Wohnungen, Ziffer 8.3.5). Gemäß der Thüringer Verwaltungsvorschrift sind Personen in einer Duldung und Asylbewerberinnen und Asylbewerber, die sich noch im Verfahren befinden, nicht antragsberechtigt (ebd. Ziffer 8.3.5.2 und 8.3.6).

¹¹⁵ Alle Kostenangaben sind auf ganze Zehn-Cent-Schritte gerundet.

ter. Dieser Wert ist niedriger verglichen mit anderen ostdeutschen Bundesländern, wo die Miete 2018 bei 7,90 Euro und 2020 bei 8,00 Euro lag. Die höchsten Mieten zahlen Personen in Westdeutschland, durchschnittlich zwischen 8,20 und 9,00 Euro. Im Jahr 2021 waren die Fallzahlen für Personen ohne Migrationshintergrund sehr klein und sind daher nicht ausgewiesen. Auffällig ist, dass die angegebenen Mietkosten insbesondere in den Jahren 2020 und 2021 relativ großen Schwankungen unterliegen. Dieser Trend der abwechslungsreichen Steigerung und Verringerung ist auch im Zeitraum 2009 bis 2017 zu sehen, was auf eine ungleichmäßige Entwicklung der Mietpreise für diese Gruppe hinweist.

Mit Blick auf Personen mit Migrationshintergrund (ohne jene aus Hauptfluchtländern) ist ersichtlich, dass sich ihre Miete pro Quadratmeter von 7,30 Euro im Jahr 2018 merklich auf 9,20 Euro im Jahr 2021 gesteigert hat. Von 2019 bis 2020 gab es eine Verringerung der Miete, die jedoch 2020 und 2021 stark nachgezogen hat. Auch hier liefert die schwache Schätzsicherheit, insbesondere 2021, Hinweise dafür, dass es große Unterschiede in den Mieten gibt, die Personen mit Migrationshintergrund zahlen müssen. In den anderen Ost- und Westbundesländern sind die durchschnittlichen Mietkosten dieser Gruppe etwas höher, wobei sich die Unterschiede im Zeitverlauf anzugleichen scheinen.

Bei Personen aus den Hauptfluchtländern liegen die durchschnittlichen Mietkosten in Thüringen zwischen 8,00 Euro pro Quadratmeter im Jahr 2018 und 8,80 Euro im Jahr 2021, wobei sich ein leichter, aber statistisch dennoch robuster Aufwärtstrend abzeichnet. Ihre Miete ist sowohl in Ostdeutschland als auch Westdeutschland im Schnitt merklich teurer, mit 9,20 (Ost) und 9,30 (West) Euro im Jahr 2018 und 10,00 Euro (West) und 10,40 Euro in Ostdeutschland im Jahr 2021. Auch der Abstand zu den durchschnittlichen Mietpreisen von Personen ohne Migrationshintergrund und Personen mit Migrationshintergrund (ohne jene aus Hauptfluchtländern) fällt hier größer aus.

Der höhere Mietpreis für Personen aus den Hauptfluchtländern könnte auf Diskriminierung hindeuten. Ihre Wohnungssuche wird nach wie vor durch zahlreiche Hürden erschwert, etwa erhöhter bürokratischer Aufwand, fehlende Netzwerke sowie Vorurteile und diskriminierendes Verhalten. Zusammengefasst schmälern diese Faktoren die Erfolgchancen am Wohnungsmarkt und entsprechend die Verhandlungsmacht gegenüber Vermieterinnen und Vermietern. Das zwingt Geflüchtete häufig dazu, auch überbezahlte Angebote annehmen zu müssen. Der aktuelle Mangel an bezahlbarem Wohnraum vor allem in Ballungsgebieten kann diesen Effekt zusätzlich verschärfen (Holm et al. 2021).

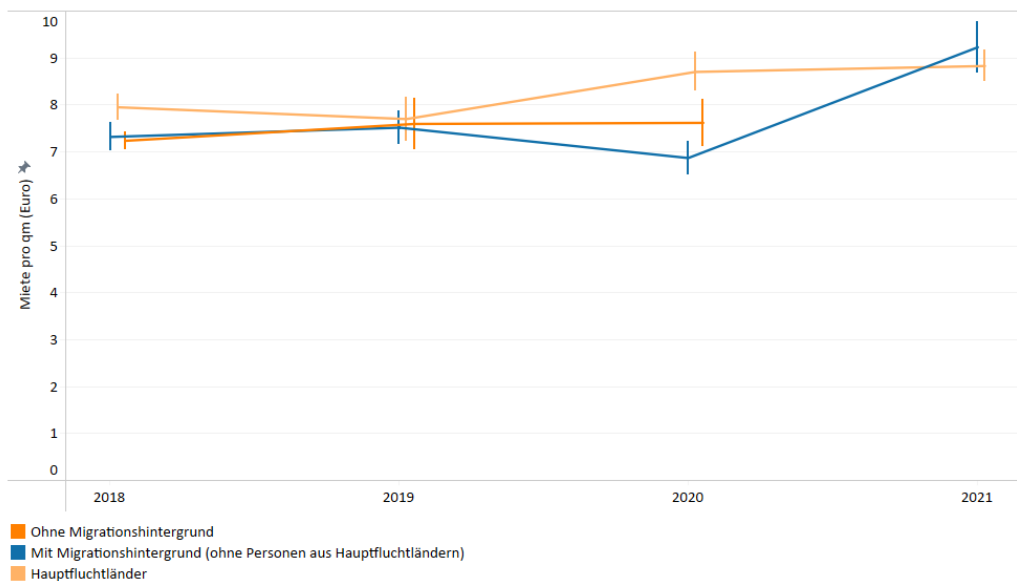


Abbildung 4.64: Höhe der monatlichen Miete pro Quadratmeter in Thüringen

Anmerkung: Die monatlichen Mietausgaben werden in der SOEP-Befragung jährlich abgefragt. Fallzahl: zwischen 116 und 792 je nach Jahr. Im Jahr 2021 waren die Fallzahlen für Personen ohne Migrationshintergrund sehr klein (<20 Personen) und sind daher nicht ausgewiesen.

Quelle: SOEP v38. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach DIW 2024 (Sonderauswertung)

Bei der Einordnung der hier vorliegenden Ergebnisse gilt es jedoch zu beachten, dass mehrere Faktoren die Mietpreissetzung mitbestimmen, die hier nicht berücksichtigt werden können, z. B. hängt der Quadratmetermietpreis auch wesentlich von Lage und Ausstattung einer Immobilie ab. Abweichungen in der Durchschnittsmiete verschiedener Gruppen können entsprechend auch viele Gründe haben. Diskriminierung am Wohnungsmarkt spielt hier, speziell im Fall von zugewanderten Personen, zwar erwiesenermaßen eine Rolle (Winke 2016), über ihr Ausmaß kann der Quadratmeter-Mietpreis, ohne Berücksichtigung entsprechender Kontrollvariablen, aber nur bedingt Aufschluss geben.

Zufriedenheit mit der Wohnsituation

Zusätzlich zu Wohnfläche und Mietpreise wird im SOEP auch die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation erhoben. Die Berücksichtigung dieses Indikators trägt der hohen subjektiven Bedeutung des Wohnens im Lebenskontext und für die eigene Lebensqualität Rechnung. Denn nicht nur guter

Wohnraum kann Bedürfnisse nach Sicherheit, Privatsphäre, Erholung und Selbstbestimmtheit befriedigen und mitunter deshalb eine wichtige Teilhabevoraussetzung für andere gesellschaftliche Bereiche darstellen. Auch Nachbarschaft und Wohngegend, die für viele wahrscheinlich in die Beurteilung ihrer Wohnsituation miteinfließen, sind für den Zugang zu Ressourcen zentral (Häußermann & Siebel 2000).

Abbildung 4.65 liefert einen Einblick in die Zahlen aus dem Zeitraum von 2018–2021. Kongruent zu den oben berichteten Verhältnissen, geben Personen ohne Migrationshintergrund in Thüringen durchschnittlich die höchsten Zufriedenheitswerte an. Im Beobachtungszeitraum steigt er von 7,8 im Jahr 2018 auf 8,1 im Jahr 2021. Diese Zufriedenheit ist vergleichbar mit dem Niveau des vorangegangenen Berichtszeitraums (2009-2017) (DeZIM 2019 (ZIB): 93) und unterscheidet sich auch nicht wesentlich von den entsprechenden Werten in westdeutschen Bundesländern. Lediglich die in den weiteren ostdeutschen Bundesländern fallen geringfügig niedriger aus.

Personen mit Migrationshintergrund (außer aus Fluchtherkunftsländern) sind tendenziell etwas weniger zufrieden mit ihrer Wohnsituation. Im Zeitraum 2018-2020 lag der Zufriedenheitswert durchschnittlich konstant bei 7,3 Punkten. Im Jahr 2021 sank dieser Wert jedoch auf 6,8 Punkte. Dieser Abwärtstrend ist auch in den restlichen ostdeutschen Bundesländern zu beobachten.

Die Zufriedenheit mit der Wohnsituation bei Personen aus den Hauptfluchtländern bei einem durchschnittlichen Wert zwischen 6,5 (2019/20) und 6,8 (2018) Punkten und somit deutlich unter der Zufriedenheit von Personen ohne Migrationshintergrund. Im Jahr 2021 stieg dieser Wert jedoch auf 8,1 Punkte und übertraf damit die Zufriedenheit der Personen mit Migrationshintergrund (außer auf Fluchtländern) und erreichte das Niveau der Personen ohne Migrationshintergrund. Im Vergleich zu den Jahren 2015-2017 haben sich die Zufriedenheitswerte stabilisiert. Es muss jedoch angemerkt werden, dass die Daten aufgrund niedrigerer Fallzahlen variieren und die Ergebnisse schwanken können. Insbesondere die Unterschiede von Personen aus Hauptfluchtländern und anderen Personen mit Migrationshintergrund sind aufgrund sich überschneidender Konfidenzintervalle in den Jahren 2018-2020 statistisch nicht sicher.

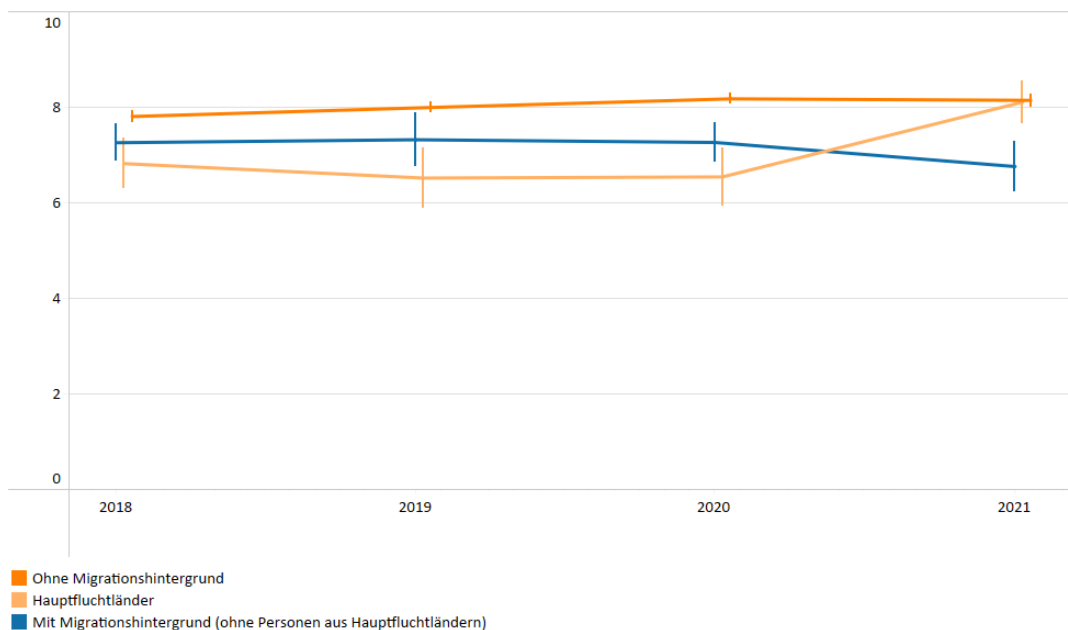


Abbildung 4.65: Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation in Thüringen

Anmerkung: Die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation wird jährlich im SOEP erhoben. Fallzahl: zwischen 639 und 1046 je nach Jahr.

Quelle: SOEP v38. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach DIW 2024 (Sonderauswertung)

4.7.3 Zwischenfazit zu Wohnen

Seit dem letzten Berichtsjahr 2019 hat Thüringen seine Unterbringungs-kapazitäten stark ausgebaut und dabei knapp 10.000 neue Plätze geschaffen. Die Gesamtauslastung ist zudem von rund 57 % im Jahr 2019 auf rund 87 % im Jahr 2024 gestiegen. Dezentrale Unterkünfte und die Vermeidung wohn-räumlicher Segregation sind integrationsfördernder, weil sie Geflüchteten verbesserte Möglichkeiten für Austausch und Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung erlauben.

Umfragedaten zeigen, wo Thüringen anderen west- und ostdeutschen Bundesländern etwas vorzuziehen scheint, z. B. bei durchschnittlich günstigeren Mieten, auch für geflüchtete Personen. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, dass der Wohnungsmarkt in Thüringen nicht so angespannt ist wie in anderen, vor allem städtischen Regionen Deutschlands. Die Umfrageergebnisse werfen aber auch Schlaglichter auf bestehende Ungleichheiten, etwa in der Verteilung von Wohnfläche: Menschen mit Migrationshintergrund allgemein und insbesondere jenen aus Hauptfluchtländern, steht zu

Hause nach wie vor deutlich weniger Platz zur Verfügung als Personen ohne Migrationshintergrund. Dies hängt allerdings auch mit der größeren Haushaltsgröße von Befragten mit Migrationshintergrund zusammen. Unterschiede in der Wohnsituation spiegeln sich zudem in den Zufriedenheitswerten mit dieser wider: Personen aus den Hauptfluchtländern fallen hier noch deutlich zurück. Auf Basis der vorhandenen Datengrundlage lassen sich jedoch nur Mutmaßungen darüber anstellen, welche Aspekte hierfür hauptauschlaggebend sind. Daran wird erkennbar, dass die vorliegenden Indikatoren nur Ausschnitte eines unvollständigen Bildes liefern. Um die Qualität der Wohnraumversorgung von zugewanderten und geflüchteten Menschen beurteilen zu können, braucht es weitere Einblicke. So gilt es, auch das Ausmaß wohnräumlicher Segregation, Hürden in der Wohnraumbeschaffung, Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und regionale Unterschiede hinsichtlich der Wohnraumverfügbarkeit in die Analyse einzubeziehen.

4.8 Integration und gesellschaftliche Teilhabe

Gesellschaftliche Teilhabe umfasst nicht nur den Zugang der einzelnen Personen zu bestimmten gesellschaftlichen Teilbereichen, sondern bezeichnet darüber hinaus auch ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten, aktiv an deren Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken (Böing et al. 2020; Bartelheimer 2007). Die Förderung gesellschaftlicher Teilhabe und einer gleichberechtigten Einbindung aller zielt damit vor allem auch auf die Stärkung der Demokratie. Menschen mit Migrationsgeschichte zählen dabei zu jenen Gruppen, welche aufgrund diverser struktureller Ursachen, etwa Sprachbarrieren, fehlenden Netzwerken oder erlebten Diskriminierungserfahrungen, erschwerte Teilhabebedingungen vorfinden und aufgrund dessen besondere Unterstützungsbedarfe aufweisen. Folgerichtig identifiziert auch das Thüringer Integrationskonzept (TMMJV 2017) eine Reihe von Bereichen, in denen und durch die Teilhabechancen und damit auch die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte gefördert werden können: Dazu zählen Sprache, bürgerschaftliches Engagement, Religion, Sport, Kunst und Kultur sowie politisches Engagement.

Wie bereits im Vorgängerbericht angemerkt (DeZIM 2019 (ZIB): 95) ist die Verfügbarkeit (insbesondere von amtlichen Statistiken) für den Bereich der Integration und gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt bzw. eine Auswertung nur unter erheblichem Zeitaufwand möglich. Daher werden administrative Daten zu Einbürgerung, Staatsbürgerschaft und Einkommen aufgeführt, die die Voraussetzung für Integration messen und nicht die eigentliche Integration und gesellschaftliche Teilhabe. Zudem greift der Bericht auf Umfragedaten zu zivilgesellschaftlichem Engagement, Vereinsmitgliedschaften, sozialen Kontakten, politischem Engagement und dem Zugehörigkeitsgefühl zurück. Dabei werden auch neue Indikatoren aus dem SVR-Integrationsbarometer mitaufgenommen.

4.8.1 *Indikatoren auf der Basis administrativer Daten*

Einbürgerung

Das aktive und passive Wahlrecht ist eine zentrale Form der politischen Teilhabe und gibt den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, direkt Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen (Pries 2015). Das Wahlrecht ist in Deutschland wie auch anderen Ländern für nichteingebürgerte Personen

stark eingeschränkt: Das passive und aktive Wahlrecht bei Bundes- und Länderwahlen genießen nur Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft. Bei Europawahlen und Wahlen auf kommunaler Ebene besitzen in Deutschland darüber hinaus auch andere EU-Staatsangehörige das passive und aktive Wahlrecht, wenn sie in Deutschland ihren Wohnsitz haben. Erst mit der Einbürgerung in Deutschland erhalten alle Personen somit den vollen rechtlichen Zugang zur politischen Teilhabe in Form von Wahlberechtigung in Deutschland.

Tabelle 4.2 zeigt die Einbürgerungsquoten für Personen mit Migrationshintergrund, die sich seit mindestens acht Jahren in Deutschland aufhielten. Im letzten Bericht (DeZIM 2019 (ZIB): 95) wurde erläutert, dass die Einbürgerungsquote in Thüringen im Berichtszeitraum von 2005 bis 2017 zwischen 2 und 3 % lag. Damit war sie zwar niedrig, lag aber insgesamt etwas über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Aus den aktualisierten Daten des vorliegenden Berichtes wird deutlich, dass die Einbürgerungsquoten der Jahre 2017 bis 2022 in Thüringen etwas höher liegen als noch im letzten Berichtszeitraum, nämlich zwischen 2,9 % im Jahr 2020 und 4,5 % im Jahr 2022.

Nach wie vor liegt die Einbürgerungsquote in Thüringen über dem bundesdeutschen Durchschnitt, der in den Jahren 2017 bis 2022 zwischen 2,1 und 2,9 % beträgt. Der Anstieg der Einbürgerungszahlen in den letzten Jahren ist hierbei insbesondere auf die Einbürgerungsanträge von syrischen Staatsangehörigen zurückzuführen (Thüringer Landesamt für Statistik 2024g). Von 1.605 Personen, die 2023 einen deutschen Pass besitzen, haben 835 Personen die syrische Staatsangehörigkeit (2022: 685), gefolgt von 95 eingebürgerten Personen aus dem Irak und 90 Einbürgerungen von ukrainischen Staatsangehörigen.

Thüringen schöpft damit – wie die ostdeutschen Bundesländer – insgesamt das Einbürgerungspotenzial besser aus als westdeutsche Bundesländer (Mediendienst Integration 2024). Die leicht erhöhte Einwanderungsquote in Thüringen in den letzten Jahren lässt sich u. a. darauf zurückführen, dass viele Menschen, die seit 2015 als Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind, mittlerweile die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen. Vor allem Geflüchtete planen angesichts von anhaltenden Gefahrensituationen in ihren Herkunftsländern einen langfristigen Aufenthalt in Deutschland. Damit verbunden ist auch das Anstreben der deutschen Staatsbürgerschaft. Menschen aus Staaten der EU-Osterweiterung, die vor 2015 einen größeren Anteil unter der ausländischen Bevölkerung Thüringens ausmachten, haben hingegen aufenthaltsrechtlich wegen der EU-Freizügigkeit weniger Einschränkungen, ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Deutschland zu leben. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die im Juni 2024 in Kraft getreten ist, kann

mit einem weiteren Anstieg der Anträge auf Einbürgerungen gerechnet werden (ebd.). Allerdings stauen sich bereits jetzt viele unbearbeitete Anträge auf Einbürgerung in den Behörden (ebd.).

Tabelle 4.2: Einbürgerungsquote in Thüringen und Deutschland nach Jahr

Jahr	Einbürgerungsquote (%) Thüringen	Einbürgerungsquote (%) Deutschland
2017	3,3 %	2,1 %
2018	3,0 %	2,1 %
2019	3,5 %	2,4 %
2020	2,9 %	2,0 %
2021	3,2 %	2,3 %
2022	4,5 %	2,9 %

Anmerkung: Zahl der Einbürgerungen im Verhältnis zur Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, die zum Ende des Vorjahres schon mindestens acht Jahre in Deutschland lebten.

Quelle: Einbürgerungsstatistik, Ausländerstatistik; eigene Berechnung und Darstellung nach TSL 2024f und Statistisches Bundesamt 2024n, 2024o, 2024p

Staatsbürgerschaft

Die folgenden Abbildungen zeigen Daten aus dem Mikrozensus. Sie veranschaulichen den Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die im Mikrozensus für die Jahre 2021 und 2023 angaben, die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen. Abbildung 4.66 stellt die Daten nach Herkunftsregionen dar, während Abbildung 4.67 die Verteilung nach Geschlecht zeigt.

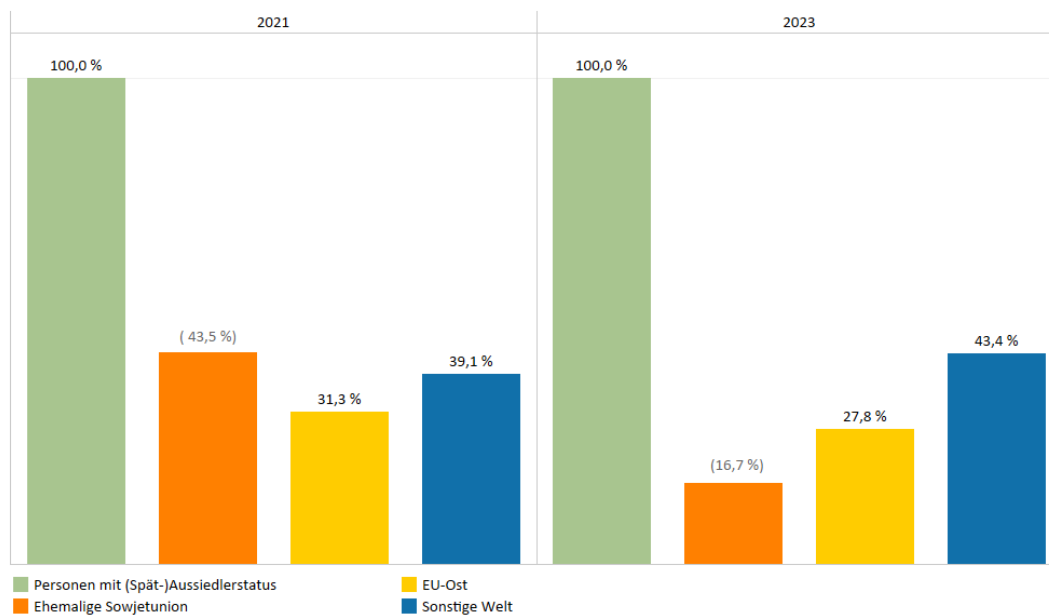


Abbildung 4.66: Anteil der deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund in Thüringen nach Herkunftsregionen

Fallzahl: 177.000 Personen (2021) und 232.000 Personen (2023) mit Migrationshintergrund in Thüringen.

Anmerkung: Die Aussagekraft der in Klammern dargestellten Anteile ist eingeschränkt, da der Zahlenwert laut Mikrozensus aufgrund der geringen Fallzahl (71 bis einschließlich 119) statistisch unsicher ist (relativer Standardfehler durchschnittlich zwischen 10 % und 15 %). Wegen zu geringer Fallzahlen können Personen aus den Hauptfluchtländern und EU-West in 2021 und 2023 nicht getrennt dargestellt werden und wurden der Kategorie „übrige Welt“ zugeordnet.

Quelle: Mikrozensus. Eigene Berechnung und Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung)

Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus erhalten unmittelbar nach ihrer Einwanderung nach Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit gemäß § 7 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG). Daher besitzen alle Personen dieser Gruppe die deutsche Staatsangehörigkeit. Unter den Personen mit Migrationshintergrund aus EU-Ost ist der Anteil der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit zwischen 2021 und 2023 leicht gesunken (von 31,3 % auf 27,8 %). Bei den Personen mit Migrationshintergrund aus den übrigen Ländern¹¹⁶ hingegen ist der Anteil deutscher Staatsangehöriger leicht gestiegen (von 39,1 % auf 43,4 %). Dies lässt sich vor allem auf die steigende Zahl von

¹¹⁶ Aufgrund der geringen Fallzahlen sind in der Kategorie „übrige Welt“ auch Personen aus Hauptfluchtländern und der EU-West enthalten.

Einbürgerungen von Personen aus Hauptfluchtländern (siehe oben) zurückführen. Der geringere Anteil deutscher Staatsangehöriger unter Personen mit Migrationshintergrund aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist zwar statistisch unsicher, wäre aber durchaus plausibel durch die hohe Zahl neu eingewanderter Ukrainerinnen und Ukrainer im betrachteten Zeitraum zu erklären.

Insgesamt ist der Anteil der deutschen Staatsangehörigen an den Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen zwischen 2021 und 2023 leicht gesunken. Bei den Männern liegt der Anteil 2023 bei 29,2 % (2021: 32,6 %), bei den Frauen bei 30,4 % (2021: 39,8 %). Auf Bundesebene zeigt sich ein ähnliches Bild. Wobei der Anteil an deutschen Staatsangehörigen insgesamt auf einem höheren Niveau liegt (49,8 % im Jahr 2023).¹¹⁷ Der vergleichsweise geringe Anteil der deutschen Staatsangehörigen an den Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen kann durch die junge Zuwanderung nach Thüringen begründet sein (siehe Kapitel 3).

¹¹⁷ Die Werte werden in der Abbildung nicht dargestellt. Quelle entsprechend Abbildung 4.67.

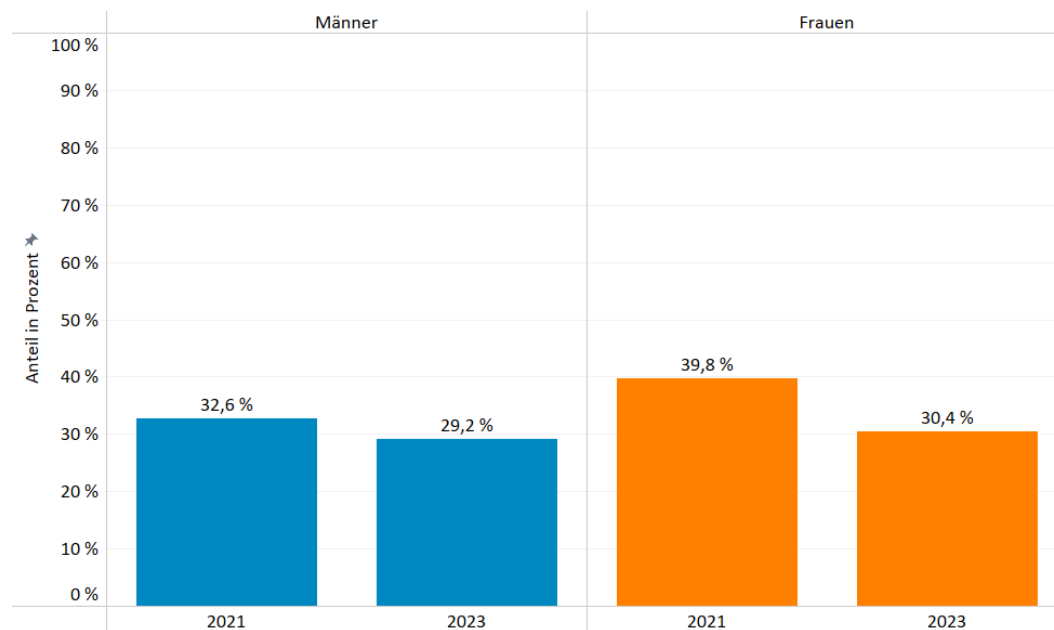


Abbildung 4.67: Anteil der deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund in Thüringen nach Geschlecht

Fallzahlen von Personen mit Migrationshintergrund nach Geschlecht und Jahr: zwischen 83.000 und 120.000.

Quelle: Mikrozensus. Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung)

Einkommen

Der Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe steht in einem engen Zusammenhang mit dem zur Verfügung stehenden Einkommen, denn gesellschaftliche Teilhabe ist meist nicht kostenlos: So ist z. B. die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen oder die Mitgliedschaft in Vereinen häufig mit Kosten verbunden. Ein höheres Einkommen eröffnet Menschen die Möglichkeit, sich in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft zu beteiligen. Umgekehrt kann ein geringes Einkommen soziale Isolation und Marginalisierung zur Folge haben. Ein höheres Einkommen kann auch mit mehr zur Verfügung stehender Zeit für gesellschaftliche Teilhabe in Verbindung stehen. Es ermöglicht erwerbstätigen Menschen, ihre Arbeitszeiten zu reduzieren oder flexiblere Arbeitszeitmodelle zu nutzen, was zusätzliche Freizeit für gesellschaftliches Engagement und Teilhabe schafft. Erwerbstätige Personen mit niedrigem Einkommen haben hingegen weniger Spielräume zur Arbeitszeitreduzierung, wenn sie ihren Lebensunterhalt sichern wollen. Weniger Zeit für regelmäßige Freizeitaktivitäten ergibt sich zudem in den Branchen, in denen Beschäftigte häufiger in Schichtarbeit tätig sind.

Das Kapitel 4.5 zu Beschäftigung und Arbeitsmarkt zeigt auf, dass erwerbsbedingte Einkommen von Personen mit und ohne deutschen Pass in Thüringen durchschnittlich unter dem Einkommen der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegt. Die folgenden Abbildungen hingegen beziehen sich auf Angaben des Mikrozensus, welcher das verfügbare Einkommen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund erfasst. Dazu zählen neben dem Einkommen durch Erwerbsarbeit z. B. auch Transferleistungen wie Kindergeld und Wohngeld oder Renten und Sozialleistungen.

In den betrachteten Jahren 2021 und 2023 haben Personen aus den als EU-West definierten Ländern im Schnitt das höchste Nettoeinkommen.¹¹⁸ Ihnen steht im Schnitt im Jahr 2023 ungefähr gleich viel Nettoeinkommen monatlich zur Verfügung wie Personen ohne Migrationshintergrund (Differenz von 30 Euro) (siehe Abbildung 4.68). Weiterhin wird sichtbar, dass Personen aus den östlichen EU-Ländern beim verfügbaren Einkommen aufholen: Demzufolge stieg das mittlere, monatliche Nettoeinkommen für diese Gruppe um 304 Euro im Vergleich zum Jahr 2021. Auch das Nettoeinkommen der „Sons-tigen Welt“ stieg im betrachteten Zeitraum stark an (um durchschnittlich 378 Euro). Mit Blick auf die Hauptfluchtländer zeigt sich zwar ebenfalls ein Anstieg des monatlichen Nettoeinkommens um 200 Euro, im Vergleich verdienen Personen aus Hauptfluchtländern dennoch nur etwas mehr als die Hälfte im Vergleich zu Personen aus den westlichen (europäischen) Ländern und den Personen ohne Migrationshintergrund in Deutschland. Ähnliche Differenzen sind auch für Gesamtdeutschland zu beobachten.¹¹⁹

¹¹⁸ Das Nettoeinkommen umfasst das tatsächlich verfügbare Einkommen nach Abzügen für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge (Statistisches Bundesamt 2024, Sonderauswertung).

¹¹⁹ Die Werte werden in der Abbildung nicht dargestellt. Quelle entsprechend Abbildung 4.68.

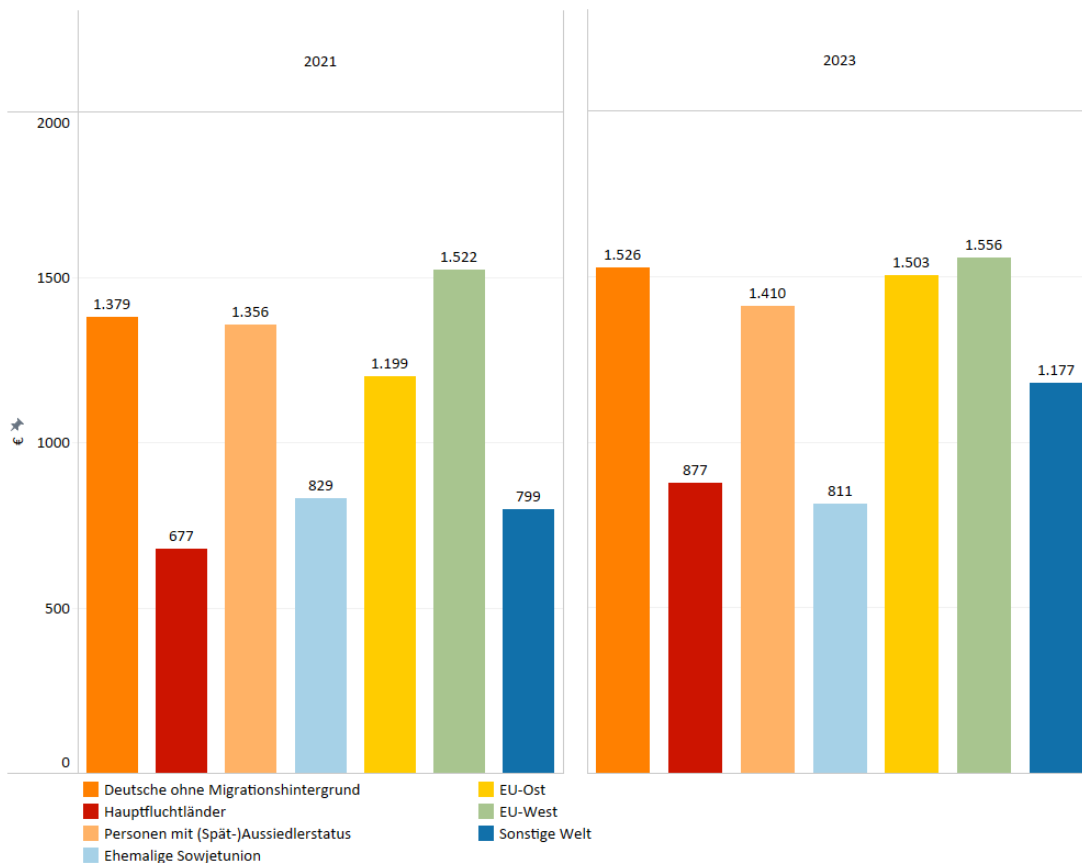


Abbildung 4.68: Monatliches Nettoeinkommen (aus Erwerbstätigkeit und Transferleistungen) 2021 und 2023 nach Herkunftsgruppen in Thüringen

Anmerkung: Dargestellt ist das mittlere Nettoeinkommen im letzten Monat in Euro. Grundgesamtheit: 2.090.000 Personen (2021) und 2.095.000 Personen insgesamt (2023)¹²⁰

Quelle: Mikrozensus. Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung)

Wie auch im vorherigen Berichtszeitraum (DeZIM 2019 (ZIB): 99) haben in beiden dargestellten Erhebungsjahren Männer im Schnitt höhere Einkünfte als Frauen, unabhängig vom Migrationsstatus. Außerdem verdienen Personen mit Migrationshintergrund stets weniger als Personen ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildung 4.69). Ebenfalls unverändert im Vergleich zum vorherigen Betrachtungszeitraum (siehe auch DeZIM 2019 (ZIB): 99) ist die Lücke der Einkünfte zwischen Frauen mit und ohne Migrationshintergrund

¹²⁰ Die Daten aus den Mikrozensus in dieser Grafik entstammen einer Sonderauswertung und basieren auf Hochrechnungen. Die Fallzahl ist damit deutlich höher als die im Vorgängerbericht ausgewiesenen Fallzahlen (DeZIM 2019(ZIB): 98), die nicht auf Hochrechnungen basierten.

größer als bei Männern. Während diese Differenz bei den Frauen nahezu unverändert blieb, hat sie sich bei den Männern mit und ohne Migrationshintergrund in dieser kurzen Zeitspanne um 60 Euro verringert. Auch hier ist jedoch zu beachten, dass aufgrund der Neuausrichtung des Mikrozensus die Daten vor und nach 2020 nur eingeschränkt miteinander verglichen werden können (siehe Kapitel 2).

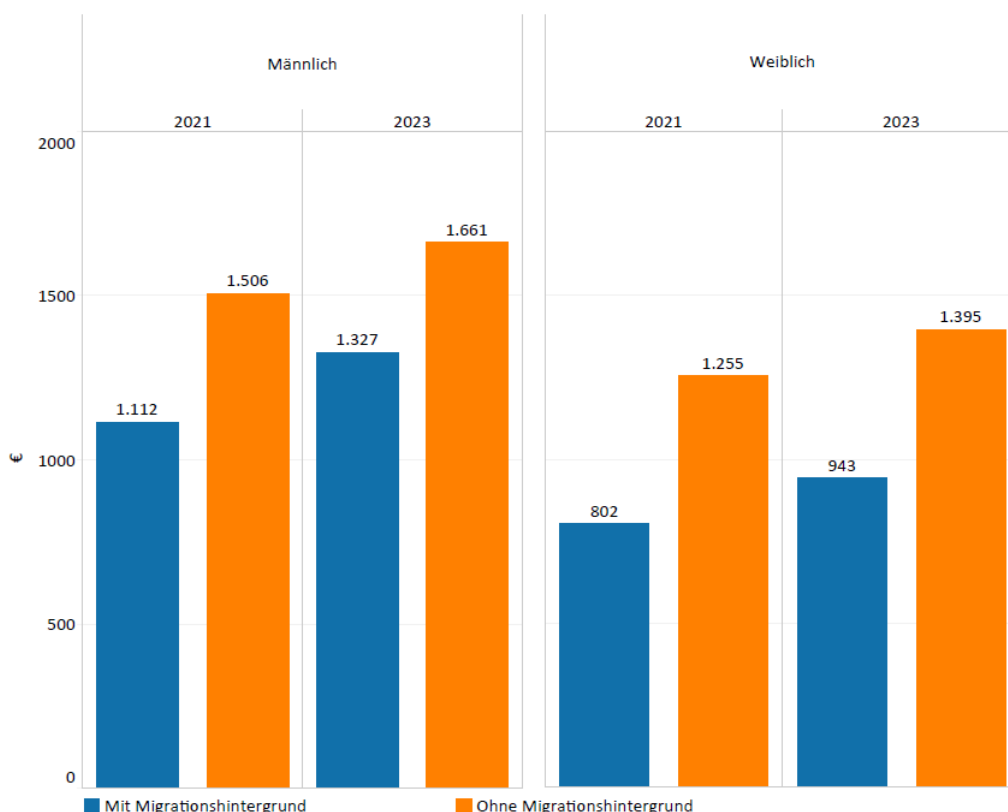


Abbildung 4.69: Monatliches Nettoeinkommen (aus Erwerbstätigkeit und Transferleistungen) 2021 und 2023 nach Migrationshintergrund und Geschlecht in Thüringen

Anmerkung: Dargestellt ist das mittlere Nettoeinkommen im letzten Monat in Euro. Fallzahl: zwischen 1.036.000 und 1.061.000 je nach Jahr und Geschlecht.

Quelle: Mikrozensus. Eigene Darstellung nach Statistisches Bundesamt 2024 (Sonderauswertung)

4.8.2 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten

Teilhabe an öffentliche Aktivitäten und Engagement

Freiwilliges Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund kann als ein Indikator für ihre Teilhabe an der Gesellschaft verstanden werden (Simonson et al. 2021: 26) und wird im Freiwilligensurvey 2019 zweistufig erfasst: Im ersten Schritt gaben die Befragten Auskunft über ihre Teilhabe an öffentlichen gemeinschaftlichen Aktivitäten außerhalb von Beruf und Familie. Im zweiten Schritt konkretisieren diejenigen, die öffentlich aktiv sind, in welchen Bereichen sie sich engagieren. Dabei werden 14 Gesellschaftsbereiche zur Wahl gestellt.

Im Folgenden wird zuerst die Teilnahme an öffentlichen Aktivitäten und danach das freiwillige Engagement nach Migrationshintergrund und Region beleuchtet. Hierbei ist jedoch anzumerken, dass die Stichprobe im Freiwilligensurvey nicht repräsentativ ist für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Thüringen, somit ist der Aussagewert der Ergebnisse für Personen mit Migrationshintergrund eingeschränkt ist (siehe Kapitel 2.4.3).

In Abbildung 4.70 ist der Anteil gemeinschaftlich aktiver Personen im Jahr 2019 nach Migrationshintergrund und Region dargestellt. Unter den Befragten ohne Migrationshintergrund waren in Thüringen 69,8 % öffentlich gemeinschaftlich aktiv, während in anderen ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin) der Anteil etwas geringer war (65,3 %). Die Konfidenzintervalle überschneiden sich nicht, was auf tatsächliche Unterschiede zwischen Thüringen und den anderen ostdeutschen Bundesländern schließen lässt. Auch der Ost-West-Unterschied ist statistisch eindeutig und zeigt, dass in westdeutschen Bundesländern 72,3 % der Personen ohne Migrationshintergrund öffentlich gemeinschaftlich aktiv sind, während in ostdeutschen Bundesländern der Anteil nur bei 65,3 % liegt. Vergleichbare Werte nach Region wurden auch in der vorherigen Erhebung im Jahr 2014 berichtet (siehe DeZIM 2019 (ZIB): 101).

Auffällig gegenüber der vorherigen Erhebung im Jahr 2014 ist, dass im Jahr 2019 in Thüringen 70,0 % der Befragten mit Migrationshintergrund angaben, öffentlich gemeinschaftlich aktiv zu sein. Im Jahr 2014 waren es 55,5 % (ebd.). Aufgrund der großen Konfidenzintervalle ist dieser Unterschied statistisch jedoch nicht sicher. Im Bundesländervergleich für 2019 zeigt sich, dass die Anteile derer, die angaben, öffentlich aktiv zu sein, nahezu gleich sind (54,7 % in anderen ostdeutschen und 53,8 % in westdeutschen Bundesländern). Der Anteil der öffentlich gemeinschaftlich aktiven Befragten mit Migrationshintergrund war somit in Thüringen signifikant höher als in anderen (ost- und westdeutschen) Bundesländern. Da das Konfidenzintervall für

Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen aufgrund der kleinen Stichprobe sehr groß ist, könnte die tatsächliche Differenz zu den anderen Bundesländern jedoch auch niedriger ausfallen.

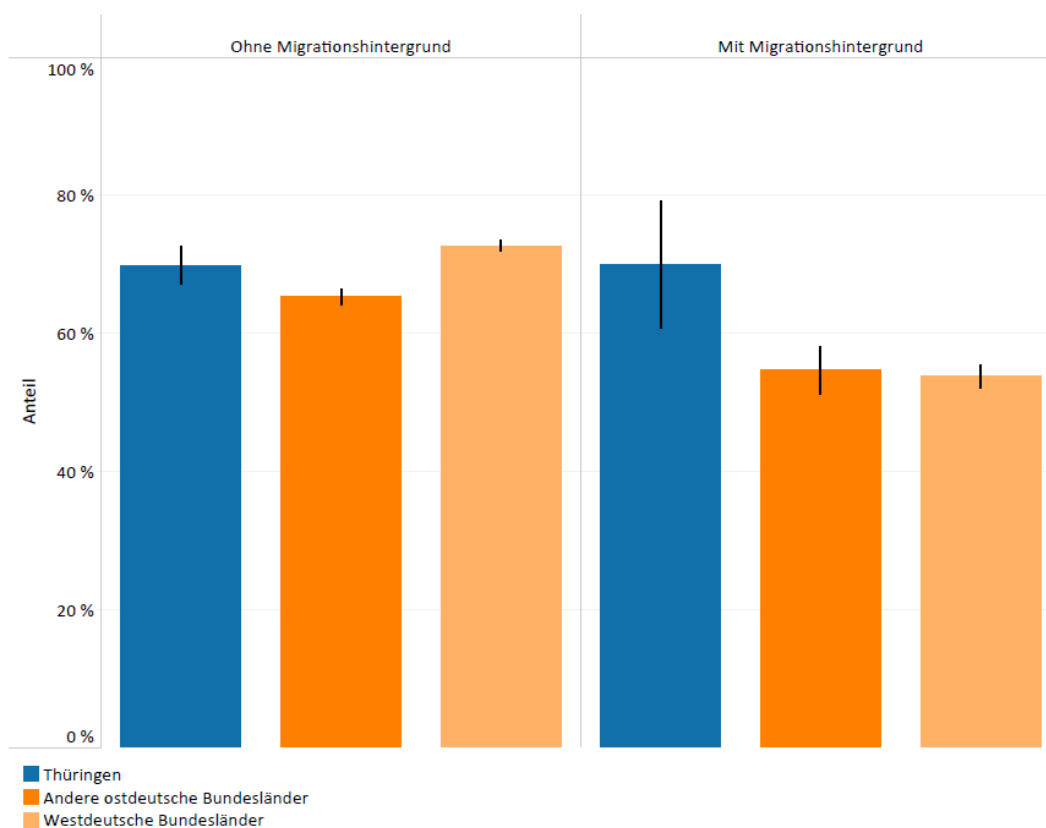


Abbildung 4.70: Öffentliche gemeinschaftliche Aktivitäten 2019 nach Migrationshintergrund und Region¹²¹

Fallzahl: 23.931.

Quelle: FWS 2019. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach BMFSFJ 2023

Im Freiwilligensurvey wurden Teilnehmende auch gefragt, ob sie in einem der 14 gesellschaftlichen Bereiche ehrenamtlich tätig sind. Damit ist gemeint, dass sie freiwillig Aufgaben und Arbeiten übernehmen, für die sie entweder gar keine oder nur eine geringe Aufwandsentschädigung erhalten (Simonson et al. 2021).

¹²¹ Der Anteil bezieht sich auf Personen, die nach eigenen Angaben in einem der folgenden 14 gesellschaftlichen Bereiche öffentlich gemeinschaftlich aktiv sind: Sport und Bewegung, Kultur und Musik, Freizeit und Geselligkeit, sozialer Bereich, Gesundheitsbereich, Schule und Kindergarten, Bildungsarbeit, Umwelt, Natur und Tiere, Politik, berufliche Interessenvertretung, Kirche und Religion, Justizbereich, Rettungsdienst, freiwillige Feuerwehr sowie andere Bereiche. Ostdeutsche Bundesländer mit Berlin.

Hier zeigt sich wiederum für die Personen ohne Migrationshintergrund, ein signifikanter Ost-West-Unterschied: Demnach bekundeten in westdeutschen Bundesländern 45,8 % der Teilnehmenden ihr Engagement, in den ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin) lag der Anteil bei 38,2 %. In Thüringen lag der Anteil bei 43,6 % und somit etwas höher als in den anderen ostdeutschen Bundesländern und als in der vorherigen Befragung von 2014 (38,7 %). Mit Blick auf die Befragten mit Migrationshintergrund zeigt sich, dass in allen drei Regionen der Anteil an freiwillig Engagierten deutlich geringer ist als unter den Personen ohne Migrationshintergrund.

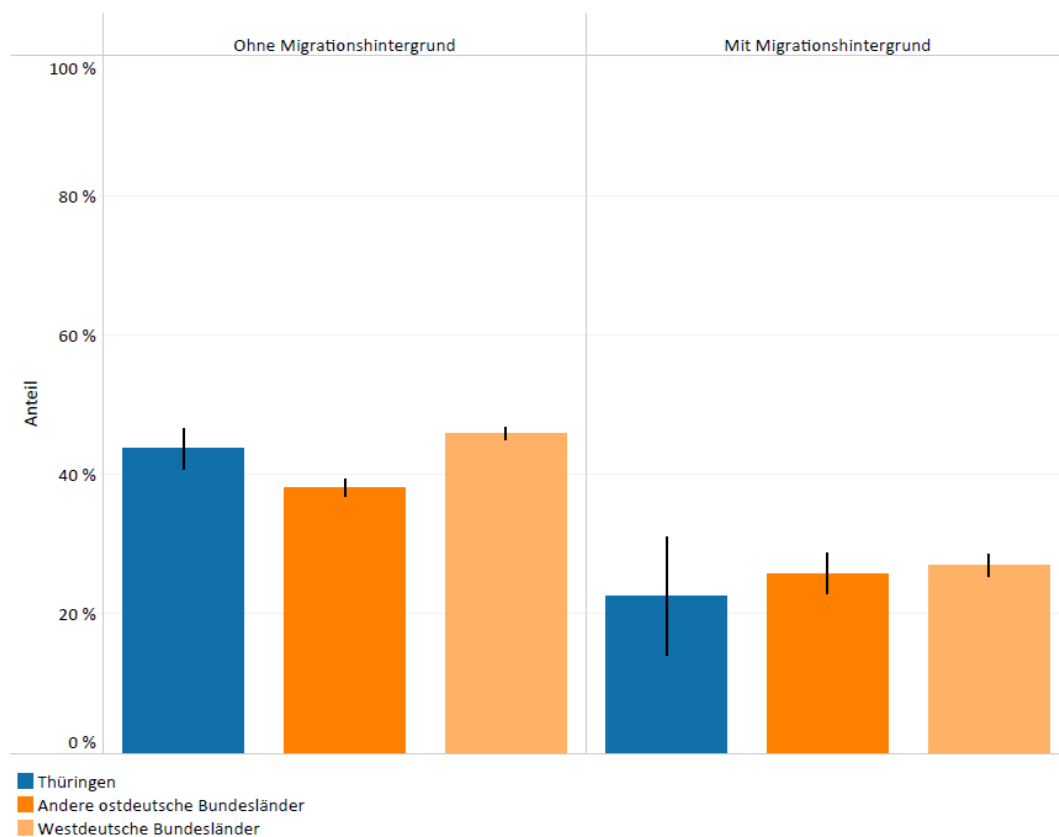


Abbildung 4.71: Freiwilliges Engagement 2019 nach Migrationshintergrund und Region¹²²

Fallzahl: 23.931.

Quelle: FWS 2019. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach BMFSFJ 2023

Auch in der vorherigen Erhebung im Jahr 2014 war dieser Unterschied beobachtbar (siehe DeZIM 2019 (ZIB): 101). In Thüringen liegt der Anteil bei

¹²² Ostdeutsche Bundesländer mit Berlin.

22,6 %, in anderen ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin) bei 25,9 % und in westdeutschen Bundesländern bei 26,4 %. Aufgrund der großen Konfidenzintervalle ist der tatsächliche Unterschied zwischen den Regionen hier jedoch nicht eindeutig zu definieren.

Vereinsmitgliedschaft

Neben dem individuellen Engagement von Personen, ist auch die Mitgliedschaft in einem Verein als zivilgesellschaftliches Engagement ein weiterer Indikator für die gesellschaftliche Teilhabe. Nach den Daten des Freiwilligen-survey 2019 lag, wie auch zuvor, der Anteil an Menschen ohne Migrationshintergrund in Vereinen in Thüringen mit 40,1 % höher als in anderen ostdeutschen Bundesländern (35,5 %), wobei weiterhin ein Ost-West-Unterschied besteht. Demnach gaben mehr als die Hälfte (51,8 %) aller Personen ohne Migrationshintergrund in Westdeutschland an, in Vereinen tätig zu sein.

Obwohl Personen mit Migrationshintergrund in Vereinen oftmals nicht als Zielgruppe gesehen werden (siehe Kapitel 4.1), gaben 30,1 % der Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen im Freiwilligen-survey 2019 an, eine Vereinsmitgliedschaft zu besitzen und damit vergleichsweise mehr als in anderen ostdeutschen Bundesländern, wo der Anteil 17,3 % beträgt (siehe Abbildung 4.72). Ein statistisch signifikanter Unterschied zwischen Thüringen und dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer besteht nicht.

Auf einen Vergleich der Werte für 2014 und 2019 in Thüringen wird aufgrund der großen Konfidenzintervalle verzichtet. Der regionale Vergleich im Zeitverlauf zeigt dagegen einen Rückgang des Anteils von Personen mit Migrationshintergrund in Vereinen in den anderen ostdeutschen Bundesländern (von 22,4 % im Jahr 2014 auf 17,3 % im Jahr 2019). Im Schnitt der westdeutschen Bundesländer zeigt sich hingegen keine statistisch sichere Veränderung über die Zeit hinweg. Im Jahr 2019 betrug der Anteil der Vereinsmitglieder mit Migrationshintergrund für die westdeutschen Bundesländer 23,5 %, 2014 waren es 26,0 %.

Zudem zeigen aktuellere Entwicklungen, dass sich immer mehr Menschen mit Migrationsgeschichte in Thüringen in Vereinen organisieren. Derzeit gibt es laut einem aktuellen Bericht der Thüringer Integrationsbeauftragten 75 Vereine, in denen sich Personen mit Migrationsgeschichte organisiert haben, davon wurden 30 neue Vereine in den vergangenen drei Jahren gegründet (TMMJV 2024). Es kann als Zeichen von gelungener Integration und gesellschaftlicher Teilhabe gewertet werden, wenn die Vereinslandschaft in Thüringen um so viele neue Vereine wächst und sich Eingewanderte in dieser Form in die Gesellschaft einbringen.

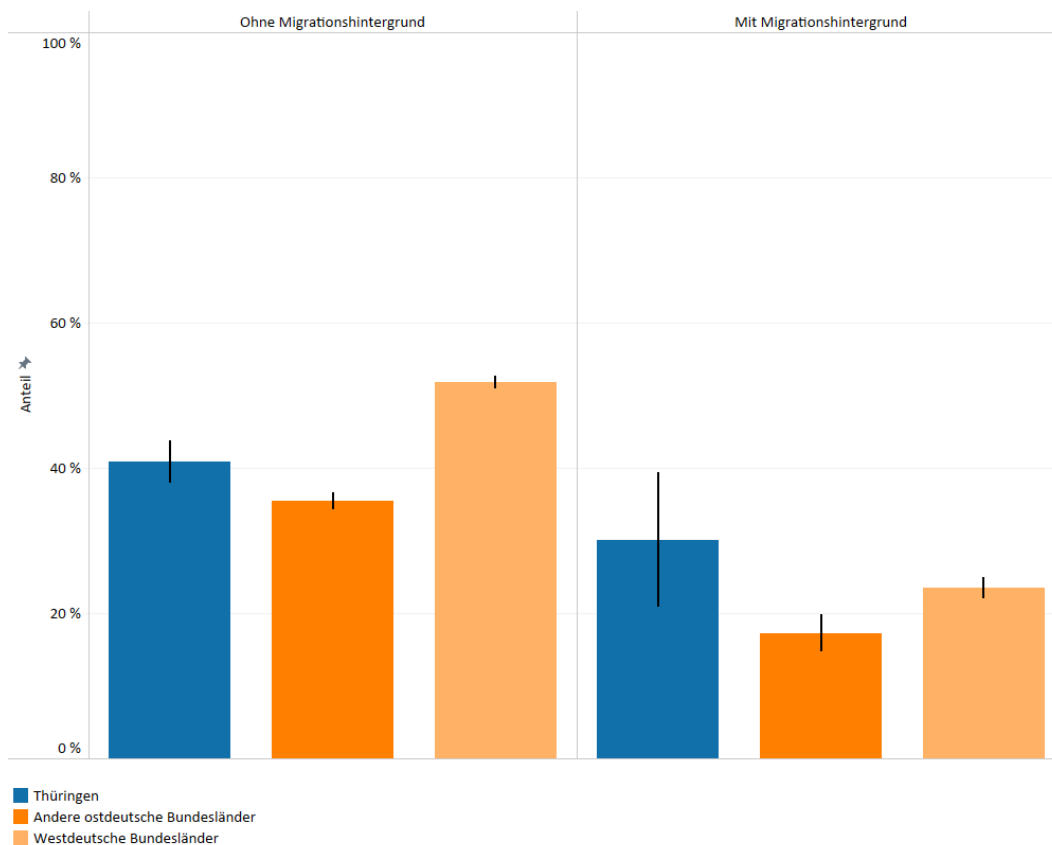


Abbildung 4.72: Mitgliedschaft in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation 2019 nach Migrationshintergrund und Regionen¹²³

Fallzahl: 23.905.

Quelle: FWS 2019. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach BMFSFJ 2023

Politisches Engagement

Ergänzend zu den Ergebnissen der Freiwilligensurvey bietet das SVR-Integrationsbarometer Einblicke in die politische Teilhabe, was auch die Mitwirkung an gesellschaftlich relevanten Fragen misst. Dabei wird politische Beteiligung in einem breiten Spektrum erfasst. Es umfasst auch informelle Beteiligungsformen, an denen grundsätzlich alle Einwohnerinnen und Einwohner teilnehmen können (wie beispielsweise die Teilnahme an Demonstrationen) (Integrationsmonitoring der Länder 2023: 152).

Abbildung 4.73 zeigt den Anteil der Personen mit Migrationshintergrund nach Bundesland, der in der Befragung angab, sich politisch zu engagieren. Wie bereits 2020 geben auch in der aktuellen Befragung in Thüringen im Bundesländervergleich die wenigsten Menschen mit Migrationshintergrund an, sich politisch zu engagieren (5 %). Parallel zum Bundestrend verzeichnet jedoch

¹²³ Ostdeutsche Bundesländer mit Berlin.

auch Thüringen einen leichten Anstieg von 3 auf 5 %. Unter den Engagierten mit Migrationshintergrund in Thüringen gab fast die Hälfte an, dass sie sich seltener als einmal im Monat engagieren (46,6 %).¹²⁴

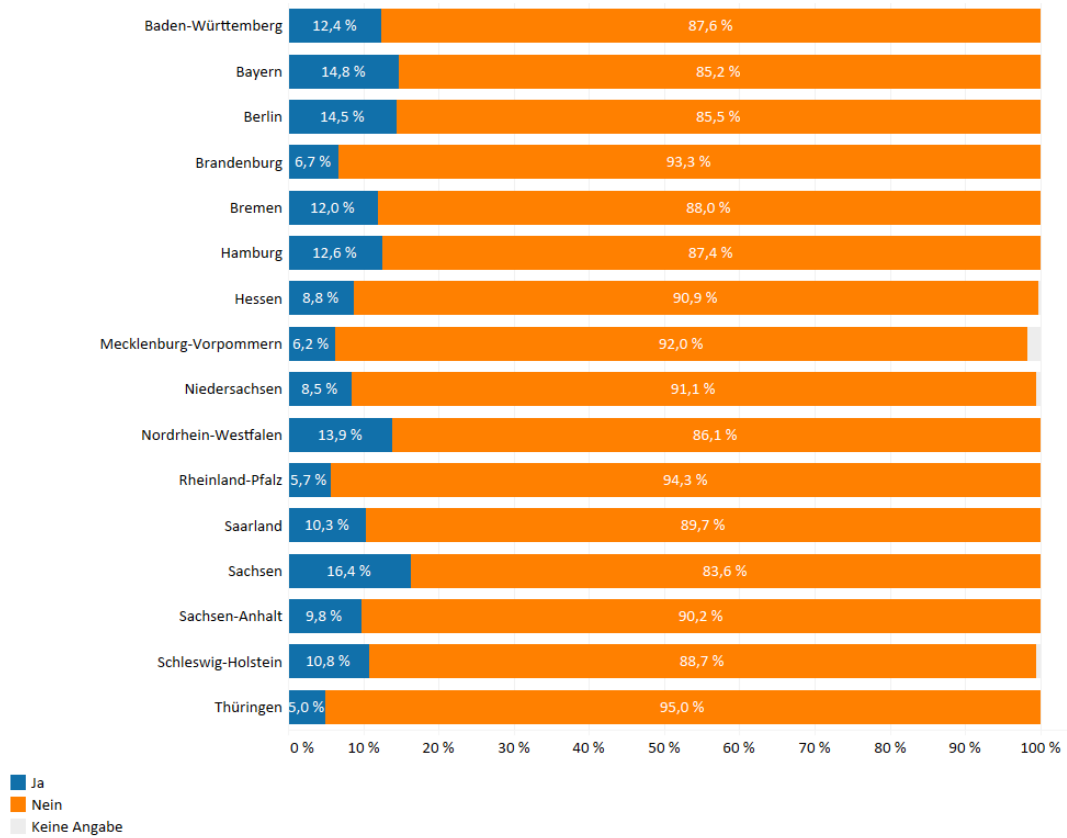


Abbildung 4.73: Anteil der Befragten mit Migrationshintergrund, die sich politisch in Deutschland engagieren nach Bundesland im Jahr 2022
Quelle: SVR-Integrationsbarometer. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach RWI 2024 (Sonderauswertung)

Zugehörigkeitsgefühl

Die Integration von Menschen in das gesellschaftliche Leben oder deren Ausschluss daraus spiegelt sich auch in ihrem Zugehörigkeitsgefühl wider. Je zugehöriger sich eine Person zu einer Gesellschaft fühlt, desto größer ist ihre Bereitschaft, sich einzubringen (Baumeister & Leary 2017; Haslam et al. 2020).

Abbildung 4.74 zeigt, dass sich die Mehrheit der Befragten im Freiwilligen-survey im Jahr 2019 „voll und ganz“ oder „eher“ zugehörig zur deutschen Gesellschaft fühlen. Unter den Personen ohne Migrationshintergrund wird

¹²⁴ Die Werte werden in der Abbildung nicht dargestellt. Quelle entsprechend Abbildung 4.73.

hierbei im Zeitverlauf ein positiver Trend sichtbar. In allen Regionen ist der Anteil gegenüber der Befragung von 2019 gestiegen: In Thüringen gaben im Jahr 2019 82,5 % der Befragten an, sich zugehörig zu fühlen. In anderen ostdeutschen Bundesländern waren es 81,2 % und damit signifikant weniger als in den westdeutschen Bundesländern mit 86,9 %. Zum Vergleich: 2014 lagen die Anteile in Thüringen bei 72,4 %, in den ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin) bei 73,0 % und in den westdeutschen Bundesländern 79,9 %.

Wie auch in der Befragung 2014 gab ein geringerer Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an, sich „voll und ganz“ oder „eher“ zugehörig zu fühlen als bei den Personen ohne Migrationshintergrund. In Thüringen lag der Anteil bei 70,3 %, in den ostdeutschen Bundesländern bei 69,4 % und in den westdeutschen Bundesländern bei 72,5 %. Im Vergleich zu den Werten von 2014 zeigt sich insgesamt ein positiveres Bild. Aufgrund der Überschneidung der Konfidenzintervalle lassen sich jedoch keine eindeutigen Vergleiche zwischen den Regionen im selben Jahr oder im Zeitverlauf ziehen.

Das geringere Zugehörigkeitsgefühl der Bevölkerung mit Migrationshintergrund kann auf die kurze Aufenthaltsdauer vieler Eingewanderter (siehe Kapitel 3.2.1), auf fehlende soziale Kontakte (siehe Kapitel 4.1) und Teilhabemöglichkeiten sowie Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen (siehe Kapitel 4.2) zurückzuführen sein. Ein weiterer damit in Korrelation zu setzender Indikator stellen die hohen Einsamkeitswerte unter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und insbesondere Geflüchteten (siehe Kapitel 4.6.2) dar.

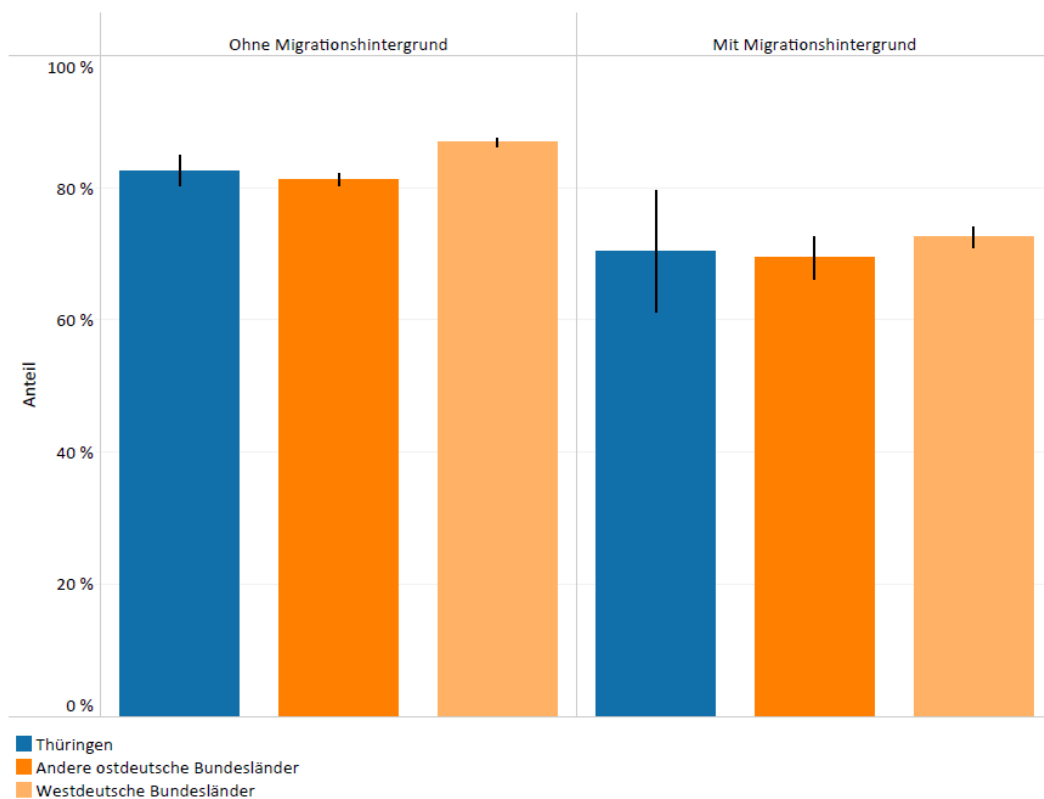


Abbildung 4.74: Gefühl der Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft 2019 nach Migrationshintergrund und Regionen

Fallzahl: 23.731. Anteil der Personen, die sich „voll und ganz zugehörig“ oder „eher zugehörig“ fühlen. Andere mögliche Antwortoptionen lauteten „teils/teils“, „eher nicht zugehörig“ und „ganz und gar nicht zugehörig“.

Quelle: FWS 2019. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach BMFSFJ 2023

Im SVR-Integrationsbarometer wurde ebenfalls die Zugehörigkeit gemessen, hierbei jedoch bezogen auf die Zugehörigkeit zur Stadt, in der die Befragten leben und somit die Identifikation vor Ort. Die Daten ergänzen die Ergebnisse aus dem Freiwilligenurvey, wobei der Zugehörigkeit zum Wohnort ein realitätsnäherer Bezug zugeschrieben wird als dem Zugehörigkeitsgefühl zur deutschen Gesellschaft im Allgemeinen (Integrationsmonitoring der Länder 2023: 158).

In Abbildung 4.75 ist zu sehen, dass in Thüringen im Jahr 2022 eine große lokale Verbundenheit herrscht. Demnach stimmten die meisten Personen, unabhängig vom Migrationsstatus, der Aussage „Insgesamt fühle ich mich der Stadt, in der ich lebe, zugehörig“ voll und ganz zu. Lediglich 14,5 % der Befragten ohne Migrationshintergrund und 14,1 % der Personen mit Migrati-

onshintergrund stimmten der Aussage eher nicht oder gar nicht zu. Im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt fühlen sich in Thüringen mehr Menschen lokal verbunden: Die Anteile der Personen, die sich voll und ganz zugehörig fühlen, betragen in Deutschland rund 55,4 % für Personen mit und 60,4 % für Personen ohne Migrationshintergrund.¹²⁵ Im Vergleich fällt zudem auf, dass nach Hamburg (68,2 %) und Hessen (63,2 %) sich in Thüringen (60,7 %) am meisten Personen ohne deutschen Pass der Stadt, in der sie wohnen, zugehörig fühlen.

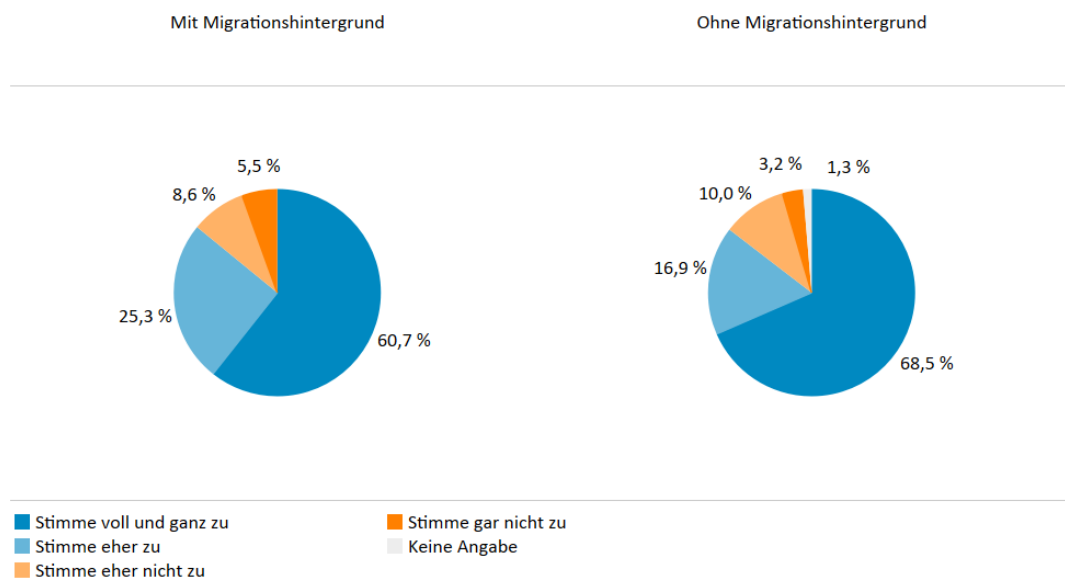


Abbildung 4.75: Zustimmung zur Aussage „Insgesamt fühle ich mich der Stadt, in der ich lebe, zugehörig“ nach Migrationshintergrund im Jahr 2022

Quelle: SVR-Integrationsbarometer. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach RWI 2024 (Sonderauswertung)

Interkulturelle Interaktionen

Interaktionen zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte sind entscheidend für die soziale Integration. Solche Begegnungen und Austauschmöglichkeiten tragen zur Reduktion von Vorurteilen gegenüber anderen Gruppen bei (Weins 2011). In Kapitel 4.1 wurde der Kontakt der Mehrheitsgesellschaft mit Eingewanderten als Indikator für interkulturelle Offen-

¹²⁵ Die Werte werden in der Abbildung nicht dargestellt. Quelle entsprechend Abbildung 4.75.

heit betrachtet. Dieses Kapitel untersucht ebenfalls die Perspektive der Menschen mit Migrationshintergrund und bewertet Interaktionen als Maßstab für deren gesellschaftliche Teilhabe.

In der SOEP-Befragung wurden Zugwanderte danach gefragt, wie oft sie in ihrem Freundeskreis Kontakt¹²⁶ zu „Deutschen“ haben. In den Jahren 2020/21 gaben 22,6 % der Befragten in Thüringen an, dass sie im Freundeskreis täglich oder mehrmals pro Woche Kontakt zu Deutschen haben (siehe Abbildung 4.76). In den anderen ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin) waren es hingegen 26,1 %, in den westdeutschen Bundesländern 26,5 %. Auch hier sind durch die niedrigen Fallzahlen in Thüringen die statistischen Unsicherheiten recht groß. Das gilt auch für den Vergleich zum Jahr 2017 (siehe DeZIM 2019 (ZIB): 106).

Zusätzlich gaben in Thüringen 20,0 % an, im Freundeskreis „jede Woche“ Kontakt zu Deutschen ohne Migrationshintergrund zu haben. In westdeutschen Bundesländern (17,2 %) und im übrigen Ostdeutschland sind es weniger (14,9 %).¹²⁷ Auf der anderen Seite gibt auch rund ein Viertel (26,2 %) der Befragten an, im Freundeskreis nie Kontakt zu Deutschen zu haben, wobei das in Thüringen etwas seltener der Fall ist als in den anderen ostdeutschen Bundesländern (inkl. Berlin) mit 30,3 % und ungefähr vergleichbar mit den westdeutschen Bundesländern (25,5 %).

¹²⁶ Kontakt wird in dieser Frage definiert als Begegnungen, die über zufällige, unpersönliche Kontakte wie an der Supermarktkasse und einfache Grußkontakte in der Nachbarschaft hinausgehen.

¹²⁷ Die Werte werden in der Abbildung nicht dargestellt. Quelle entsprechend.

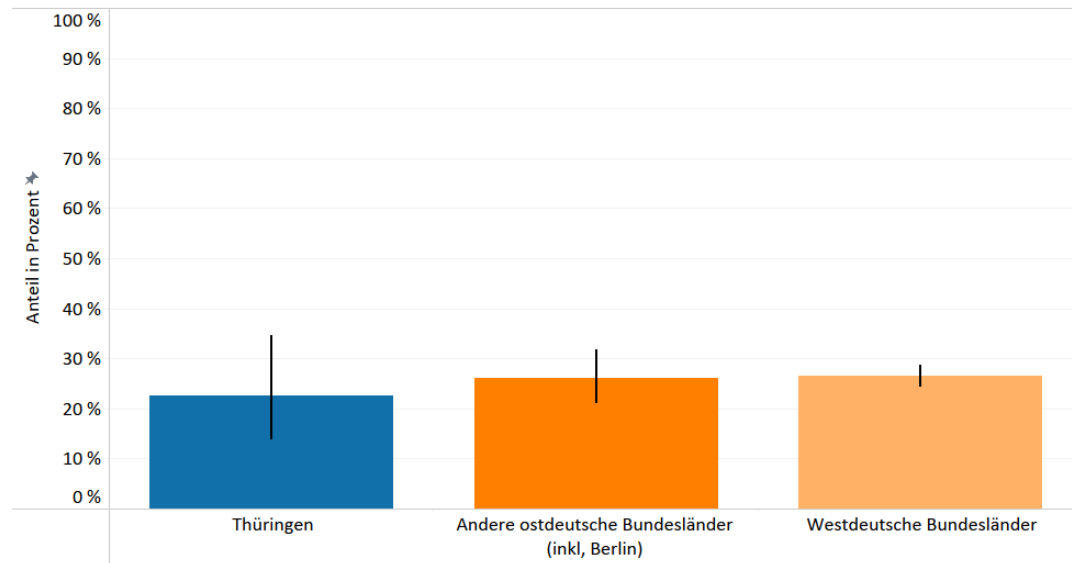


Abbildung 4.76: Täglich oder mehrmals pro Woche Kontakt zu Deutschen im Freundeskreis 2020 und 2021 nach Regionen

Anmerkung: Abgebildet ist der Anteil der befragten Zugewanderten, die laut eigener Aussage „täglich“ oder „mehrmals pro Woche“ Kontakt zu Deutschen in ihrem Freundeskreis haben. Diese Frage wurde ausschließlich in der IAB-BAMF-SOEP-Befragung gestellt, weshalb die Stichprobe hauptsächlich Personen aus den Hauptfluchtländern umfasst. Aus diesem Grund erfolgt keine Unterscheidung zwischen Hauptfluchtländern und anderen Ländern. Aufgrund der geringen Fallzahlen im Jahr 2021 wurden die Jahre 2020 und 2021 zusammengerechnet. Die Stichprobengröße beträgt 6.767 Personen.

Quelle: SOEP v38. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach DIW 2024 (Sonderauswertung).

Auch im SVR-Integrationsbarometer wurden Personen mit Migrationshintergrund danach gefragt, wie häufig sie Kontakt zu Menschen ohne Migrationshintergrund haben. Im Vergleich zu den Ergebnissen der Befragten ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildung 4.6), gaben Menschen mit Migrationshintergrund häufiger an, Kontakt zu Menschen ohne Migrationshintergrund zu haben (siehe Abbildung 4.77). Die Befragungsergebnisse für Thüringen und andere Bundesländer divergieren hier zudem weniger stark. Fast drei Viertel aller befragten Eingewanderten in Thüringen geben an, gelegentlich, oft oder sehr oft Kontakt zu Deutschen im Freundes- und Bekanntenkreis zu haben, in ostdeutschen Bundesländern liegt dieser Anteil im Schnitt bei ca. 78 %, in westdeutschen Bundesländern bei 83,4 %. Der große Wahrnehmungsunterschied zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ist auffallend. Ausschlaggebend hierfür könnte sein, dass für Menschen, die neu an

einem Ort ankommen, Kontakte zu Menschen, die bereits vor Ort leben, angesichts der noch kleinen sozialen Netzwerke eher als bedeutend wahrgenommen werden als andersherum, wenn diese Kontakte im Vergleich zu engeren sozialen Beziehungen in etablierten Netzwerken weniger ins Gewicht fallen. Im Allgemeinen spiegelt die unterschiedliche Wahrnehmung aber auch die tendenziell schlechtere Wahrnehmung des Integrationsklimas unter der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildung 4.3) wider. Frühere Ergebnisse des Integrationsbarometers haben gezeigt, dass sich mangelnde Kontakte untereinander auch negativ auf das Integrationsklima bzw. dessen Wahrnehmung auswirken (SVR 2018).

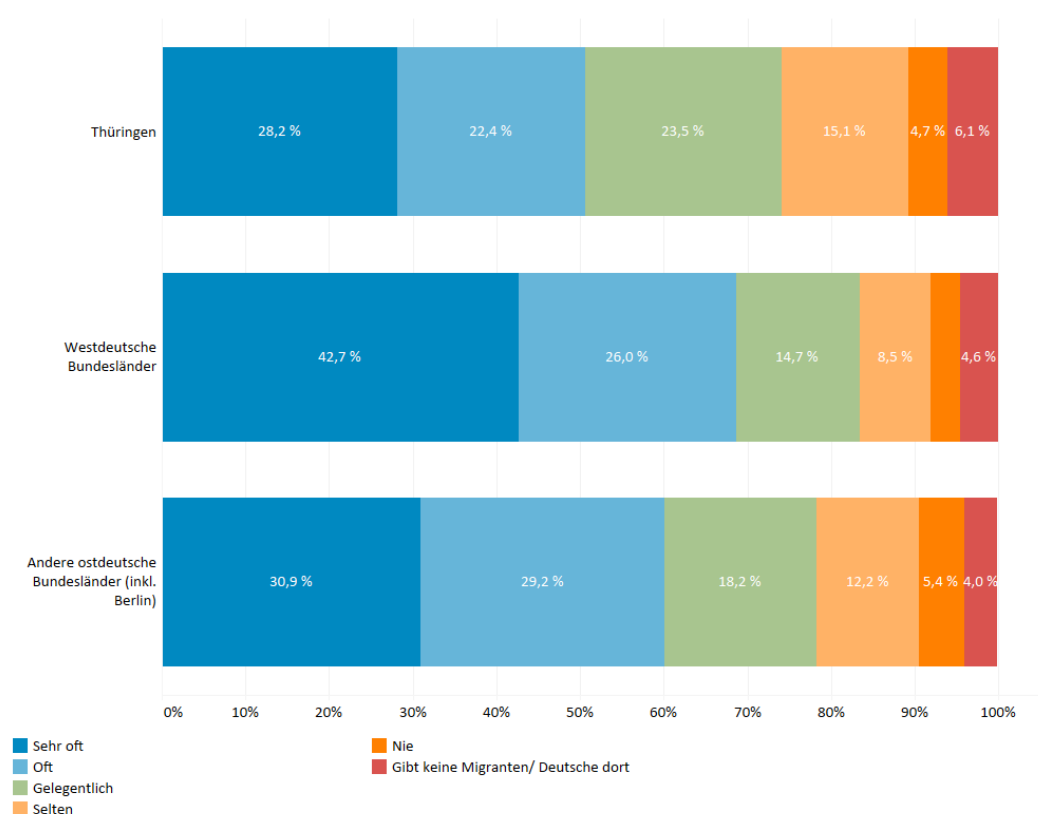


Abbildung 4.77: Kontakt zu Menschen ohne Migrationshintergrund¹²⁸ im Freundes- und Bekanntenkreis im Jahr 2022 nach Bundesland
 Teilstichprobe: Personen mit Migrationshintergrund.
 Quelle: SVR-Integrationsbarometer. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach RWI 2024 (Sonderauswertung)

¹²⁸ Die Definition von „Deutschen“ – der Bezeichnung, die in der Fragestellung genutzt wird – entspricht der von Menschen ohne Migrationshintergrund.

Bei der hier analysierten Auswertung der Kontakte zu Menschen ohne Migrationshintergrund im Freundes- und Bekanntenkreis, sowohl im SOEP als auch im SVR-Integrationsbarometer, ist zu beachten, dass die Erhebungen nicht die hohe Neuzuwanderung nach Thüringen in den letzten Jahren widerspiegeln (siehe Kapitel 2.4.3). In den Befragungen gab hingegen die große Mehrheit der Befragten an, seit mehr als fünf Jahren in Thüringen zu leben. Neuere Umfragen mit mehr neuzugewanderten Befragten könnten andere Ergebnisse zeigen.

Mediennutzung

Die Rolle der Massenmedien im Integrationsprozess von Eingewanderten und ihren Nachkommen ist seit geraumer Zeit Gegenstand integrationspolitischer Debatten. Ein zentraler Diskussionspunkt ist dabei die Frage, ob und inwiefern ein häufiger Konsum herkunftssprachiger Massenmedien die Integration von Eingewanderten in Deutschland beeinträchtigt. Gleichzeitig wird die Annahme diskutiert, dass Massenmedien, jenseits direkter persönlicher Erfahrungen, Brücken zwischen potenziell unterschiedlichen Lebenswelten bauen und somit integrativ wirken können (Tonassi & Wittlif 2021).

Das SVR-Integrationsbarometer gibt Auskunft über das Mediennutzungsverhalten der Befragten nach Migrationsstatus und zeigt, dass in Thüringen in der Befragung im Jahr 2022 soziale Medien unter den Befragten mit Migrationshintergrund am häufigsten genutzt werden (62,6 % nutzen sie täglich), gefolgt von Fernsehen (37,4 %), Printmedien (16,3 %) und Streamingdiensten (14,4 %). Wie auch im Bundesdurchschnitt konsumieren in Thüringen die Befragten im Jahr 2022 „klassische Medien“ wie Fernsehen und Printmedien nach eigenen Angaben täglich seltener als Personen ohne Migrationshintergrund.

Bei der Nutzung der sozialen Medien zeigt sich hingegen ein anderes Bild: Befragte mit Migrationshintergrund (62,6 %) geben öfter als Befragte ohne Migrationshintergrund (39,4 %) an, soziale Medien täglich zu nutzen. Eine spiegelbildliche Tendenz zeigt sich unter denen, die nie soziale Medien benutzen. Demnach gaben 16,1 % der Personen mit Migrationshintergrund an, nie soziale Medien zu nutzen, wohingegen unter den Deutschen mit 28,5 % deutlich mehr Personen keine sozialen Medien konsumieren (siehe Abbildung 4.78). Dieser Unterschied zeigt sich auch in allen anderen Bundesländern¹²⁹ und könnte mit dem im Durchschnitt jüngeren Alter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Zusammenhang stehen (siehe Kapitel 3).

¹²⁹ Die Werte werden in der Abbildung nicht dargestellt. Quelle entsprechend Abbildung 4.78.

Im Zeitverlauf wird erkennbar, dass gegenüber der Verteilung im Jahr 2020 in der Befragung 2022 der Anteil der in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund, die täglich soziale Medien konsumieren, deutlich angestiegen ist (von 46,9 % auf 62,6 %). Unter den Personen ohne Migrationshintergrund ist der Anteil ebenfalls gestiegen, jedoch weniger auffällig (von 34,0 % auf 39,4 %).¹³⁰

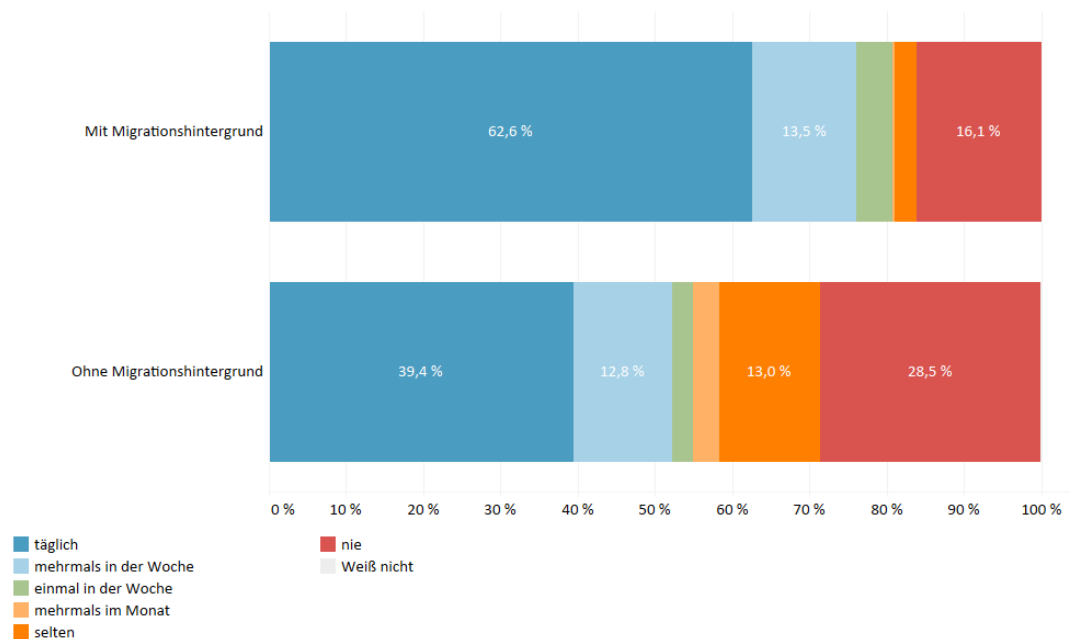


Abbildung 4.78: Nutzungshäufigkeit sozialer Medien in Thüringen nach Migrationsstatus im Jahr 2022

Teilstichprobe: Personen mit Migrationshintergrund.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach RWI 2024 (Sonderauswertung)

Im SVR-Integrationsbarometer gaben die Befragten außerdem Auskunft darüber, in welcher Sprache sie das jeweilige Medium überwiegend nutzen. Hierauf antwortete die Mehrheit der Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen in der Befragung 2022, dass sie soziale Medien auf Deutsch rezipieren (65,3 %). 34,4 % gaben an, dass sie soziale Medien vorwiegend auf ihrer Herkunftssprache konsumieren und 38,3 % nannten (auch) andere Sprachen,¹³¹ darunter am häufigsten Englisch. Eine ähnliche Verteilung ist auch für Gesamtdeutschland zu beobachten.¹³²

¹³⁰ Die Werte werden in der Abbildung nicht dargestellt. Quelle entsprechend Abbildung 4.78.

¹³¹ In der hier behandelten Frage zur gewählten Mediensprache war eine Mehrfachauswahl möglich, weshalb die Anteile nicht 100 % ergeben.

¹³² Die Werte werden in keiner Abbildung dargestellt. Quelle entsprechend Abbildung 4.78.

In der Gegenüberstellung der Befragungsjahre 2022 und 2020 zeigt sich, dass die Befragten mit Migrationshintergrund in Thüringen vermehrt Medien auf Deutsch konsumieren: Im Jahr 2022 gab ein um 9 Prozentpunkte höherer Anteil an Befragten an, soziale Medien (auch) auf Deutsch zu konsumieren. Der Anteil für den Konsum in der Herkunftssprache sank (5,3 Prozentpunkte), während der Anteil in anderen Sprachen (hauptsächlich Englisch) zunahm (13,1 Prozentpunkte).¹³³ Die Zunahme an Nutzung der deutschen Sprache in sozialen Medien bei Personen mit Migrationshintergrund kann auf eine fortschreitende kulturelle und sprachliche Integration hinweisen.

Lebenszufriedenheit

Als letzter Indikator dieses Berichtes wird die Selbstauskunft zur Lebenszufriedenheit der Personen mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte in Thüringen unter die Lupe genommen. Dieser subjektive und summarische Indikator der Lebenslage wird durch eine Vielzahl an Einflüssen bestimmt und gibt damit Einblicke in verschiedene Lebensbereiche (Integrationsmonitoring der Länder 2023: 168). Im Kapitel 4.6.2 wurden bereits die Befragungsergebnisse des SOEP zur Lebenszufriedenheit im Kontext von Gesundheit ausgewertet.

Im SVR-Integrationsbarometer wird die Zufriedenheit von den Befragten auf einer Skala von 0 bis 10 für die folgenden Bereiche bewertet: allgemeine Lebenslage, Arbeit, finanzielle Situation, Freizeit und persönliche Beziehungen. Bundesweit liegt der Mittelwert der Lebenszufriedenheit im Jahr 2022 bei 7,7 Punkten. Die Werte variieren nur geringfügig nach Migrationshintergrund. Auch in Thüringen zeigen sich nur geringe Unterschiede hinsichtlich der Lebenszufriedenheit von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. 2020 lag diese bei Menschen mit Migrationshintergrund bei 8 Punkten und bei Menschen ohne Migrationshintergrund bei 7,9 Punkten (Abbildung 4.79). 2022 ist die Lebenszufriedenheit sowohl bei Menschen mit als auch ohne Migrationshintergrund leicht gesunken, wobei eine etwas größere Differenz zwischen den beiden Gruppen festzustellen ist. Bei Menschen mit Migrationshintergrund lag die Lebenszufriedenheit 2022 noch bei 7,7 Punkten, wohingegen sie bei Menschen ohne Migrationshintergrund nur noch bei 7,3 Punkten lag.

¹³³ Die Werte werden in keiner Abbildung dargestellt. Quelle entsprechend Abbildung 4.78.

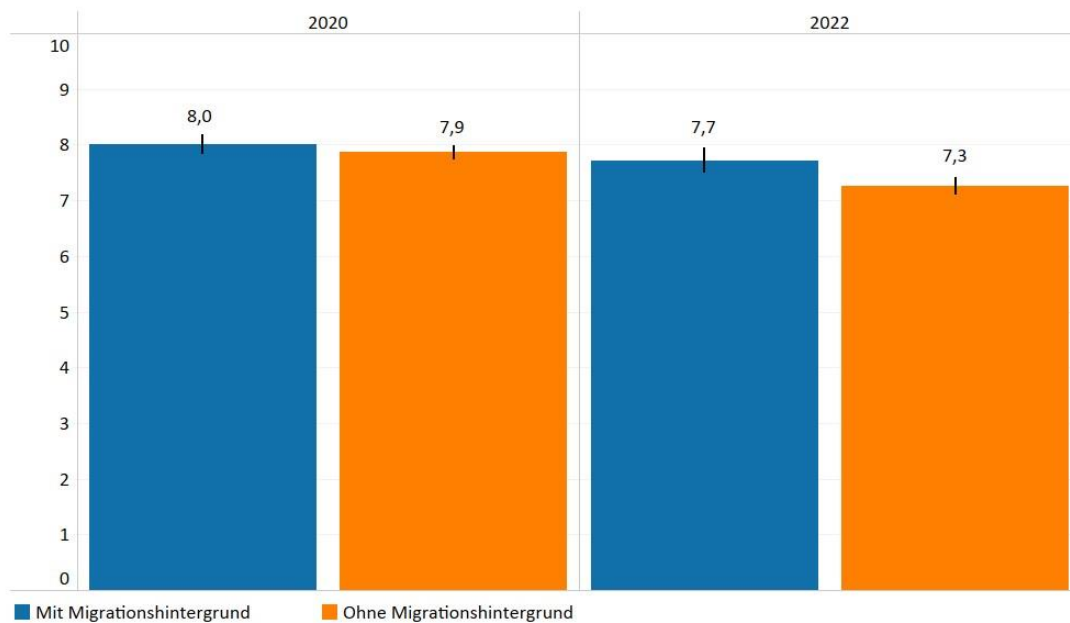


Abbildung 4.79: Zufriedenheit mit der eigenen Lebenslage insgesamt nach Migrationsstatus im Jahr 2022 in Thüringen

Skala zwischen 0 („überhaupt nicht zufrieden“) und 10 Punkten („vollkommen zufrieden“)

Quelle: SVR-Integrationsbarometer. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach RWI 2024 (Sonderauswertung)

Die Zufriedenheitswerte variieren je nach Lebensbereich und Migrationsstatus. Abbildung 4.80 zeigt, dass die Befragten in Thüringen 2022 am zufriedensten mit ihren persönlichen Beziehungen waren. Interessanterweise gaben Menschen mit Migrationshintergrund trotz einer höheren Gesamtzufriedenheit geringere Werte in Bezug auf die Zufriedenheit mit persönlichen Beziehungen (8,0 Punkte) als Menschen ohne Migrationshintergrund (8,3 Punkte) an.

In Bezug auf den Bereich Arbeit gaben Menschen mit Migrationshintergrund an, zufriedener als Menschen ohne Migrationshintergrund zu sein, wobei die Werte lediglich um 0,3 Punkte variieren (Abbildung 4.80). Hinsichtlich der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des Haushalts sind keine Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund festzustellen. Die Zufriedenheit mit der Freizeit unterscheidet sich geringfügig zwischen Menschen mit Migrationshintergrund (7,1 Punkte) und Menschen ohne Migrationshintergrund (6,8 Punkte).

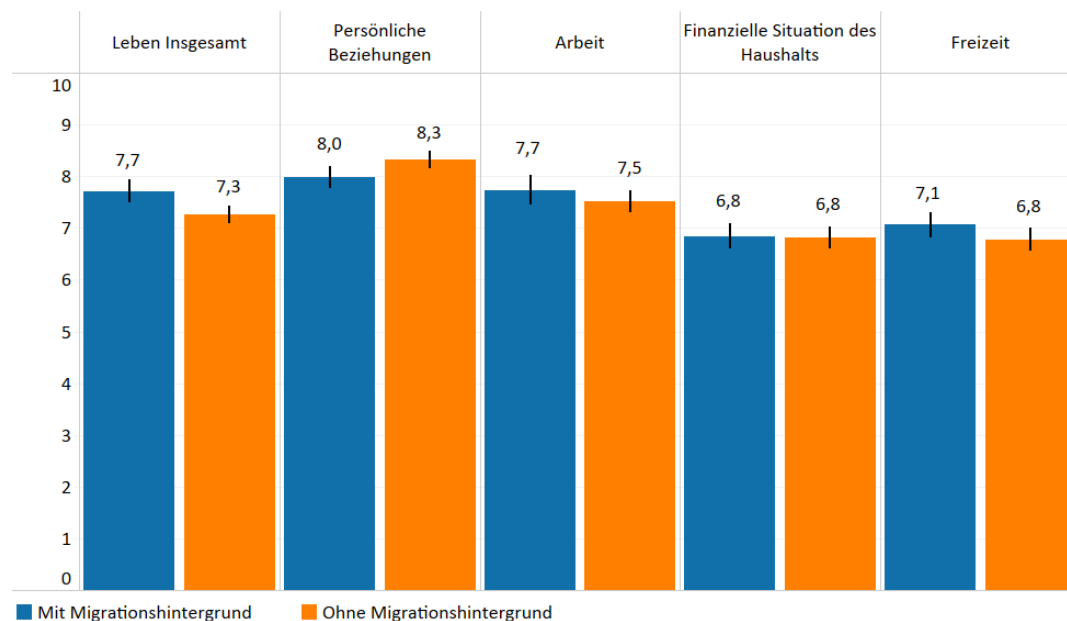


Abbildung 4.80: Zufriedenheit mit der eigenen Lebenslage insgesamt, der Arbeit, der finanziellen Situation des Haushalts, der Freizeit und der persönlichen Beziehungen nach Migrationsstatus im Jahr 2022 in Thüringen
Skala zwischen 0 („überhaupt nicht zufrieden“) und 10 Punkten („vollkommen zufrieden“)

Quelle: SVR-Integrationsbarometer. Gewichtete Daten. Eigene Berechnung und Darstellung nach RWI 2024 (Sonderauswertung)

4.8.3 Zwischenfazit zu Integration und gesellschaftliche Teilhabe

Integration und gesellschaftliche Teilhabe bedeuten, dass Menschen mit eigener oder familiärer Migrationsgeschichte aktiv am öffentlichen und sozialen Leben teilnehmen. Dies umfasst unter anderem den Aufbau und die Pflege sozialer Kontakte zur Mehrheitsbevölkerung, das Engagement in gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten sowie das Einbringen in die Gemeinschaft.

Wie auch im Vorgängerbericht vermerkt (DeZIM 2019 (ZIB): 110f.), bleibt die Datenlage für dieses Kapitel zur Integration und gesellschaftlichen Teilhabe oft unzureichend. Das Kapitel beinhaltet zwar administrative Daten zu Einbürgerung, Staatsbürgerschaft und Einkommen, aber diese messen eher die Voraussetzungen als die eigentliche gesellschaftliche Teilhabe. Zusätzlich gibt es Umfragedaten zu zivilgesellschaftlichem Engagement, Vereinsmitgliedschaften und sozialen Kontakten, die weitere Einblicke bieten. An dieser

Stelle wird dennoch die Notwendigkeit deutlich, die Datenerhebung zu verbessern, um ein umfassenderes Bild der Integration und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte zu erhalten.

Das Wahlrecht ist eine zentrale Form der politischen Teilhabe, die Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft vorbehalten ist (mit Ausnahmen für EU-Bürgerinnen und -Bürger bei Kommunal- und Europawahlen). Trotz steigender Einbürgerungszahlen in den letzten Jahren bleibt der Anteil der deutschen Staatsangehörigen unter den Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen gering, was auf verschiedene Faktoren zurückzuführen ist, u. a. auf die Zusammensetzung von Einwanderungsgruppen und deren Aufenthaltsdauer.

Auch die Einkommensverhältnisse sind entscheidend: So fördert ein höheres Einkommen, durch mehr Ressourcen für Engagement und soziale Netzwerke, auch die gesellschaftliche Teilhabe. In Thüringen zeigt sich, dass Menschen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt ein niedrigeres Einkommen haben als Menschen ohne Migrationshintergrund. Dadurch sind ihre Teilhabechancen eingeschränkt. Unter den Zugewanderten selbst gibt es deutliche Einkommensunterschiede je nach Herkunftsregion, was wiederum unterschiedliche Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe schafft.

Zu gesellschaftlicher Teilhabe gehören auch soziale Kontakte zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte. Dies wirkt sich positiv auf die Integration aus. Laut dem SVR-Integrationsbarometer haben etwas mehr als ein Viertel der Befragten mit Migrationshintergrund sehr oft Kontakt zu Deutschen ohne Migrationshintergrund im Freundeskreis. Solche Interaktionen helfen, Vorurteile abzubauen und das Integrationsklima zu verbessern. Die Häufigkeit und Qualität dieser Kontakte hängen stark von den alltäglichen Gelegenheiten ab, wie z. B. in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft.

Als weiterer Indikator fördert das Zugehörigkeitsgefühl die Bindung zur Gemeinschaft und motiviert Menschen, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Laut dem Freiwilligensurvey 2019 fühlt sich die Mehrheit der Befragten zur deutschen Gesellschaft zugehörig, unabhängig vom Migrationsstatus. Die lokale Verbundenheit zur Stadt, in der die Menschen leben, ist ebenfalls hoch. Diese Verbundenheit ist in Thüringen stärker ausgeprägt als im Bundesdurchschnitt.

Im Mediennutzungsverhalten zeigt sich, dass in Thüringen Personen mit Migrationshintergrund soziale Medien deutlich häufiger täglich nutzen als Personen ohne Migrationshintergrund, wobei die Nutzung in deutscher Sprache unter Personen mit Migrationshintergrund zugenommen hat, was auf eine fortschreitende kulturelle und sprachliche Integration hinweisen kann.

Die Selbstauskunft zur Lebenszufriedenheit ist ebenfalls positiv zu bewerten. Hier zeigen sich nur geringfügige Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Personen mit Migrationshintergrund geben eine leicht höhere Zufriedenheit an.

Bestehende Herausforderungen zeigen sich hingegen in der politischen Teilhabe: Laut der Befragung aus dem SVR-Integrationsbarometer ist der Anteil der politisch engagierten Befragten mit Migrationshintergrund in Thüringen gering. Das kann auf Barrieren und eventuell fehlende Möglichkeiten zur politischen Teilhabe hindeuten. In Bezug auf ehrenamtliches Engagement scheint es Veränderungen zu geben: Waren laut Freiwilligensurvey 2019 Personen mit Migrationshintergrund seltener in Vereinen aktiv und engagieren sich weniger ehrenamtlich als Personen ohne Migrationshintergrund, zeigen aktuellere Daten aus einem Bericht der Thüringer Integrationsbeauftragten 2024 einen gegenläufigen Trend, wonach Menschen mit Migrationsgeschichte in der Thüringer Vereins- und Ehrenamtslandschaft zunehmend aktiv sind.

5 Zusammenfassende Gesamteinschätzung

Mit der Fortschreibung des Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsberichts (ZIB) von 2019 können Entwicklungen des Zuwanderungs- und Integrationsgeschehens in verschiedenen Bereichen betrachtet und somit Handlungsbedarfe für die Migrations- und Integrationspolitik sichtbar gemacht werden. Der Vergleich von Daten über eine längere Zeit lässt Schlüsse auf die Wirksamkeit integrationspolitischer Maßnahmen zu. Gleichzeitig bieten neu verfügbare Daten Einblick in bisher nicht dargestellte Facetten des Integrationsgeschehens.

Seit 2019 haben u. a. mit der Corona-Pandemie und der Fluchtmigration aus der Ukraine einschneidende und unvorhersehbare Ereignisse das Zuwanderungs- und Integrationsgeschehen in Thüringen und Deutschland stark beeinflusst. Insbesondere für ostdeutsche Länder wie Thüringen, die in besonderem Maße durch das Zuwanderungsgeschehen seit 2015 Änderungen erleben, wirken sich solche Dynamiken stark auf das Integrationsgeschehen aus. Vor diesem Hintergrund ist auch die Entwicklung der in diesem Bericht ausgewerteten Indikatoren für das Integrationsgeschehen zu betrachten: Anders als in den westdeutschen Bundesländern ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die schon länger in Deutschland leben oder hier geboren sind, in Thüringen relativ klein im Verhältnis zu Neuzugewanderten. Entsprechend fallen Entwicklungen bei Personen, die schon länger hier leben, zahlenmäßig im Verhältnis zu den Entwicklungen bei Neuzugewanderten zunächst weniger ins Gewicht, wenn man alle Menschen mit Migrationsgeschichte unabhängig von ihrer Aufenthaltsdauer zusammen betrachtet. So bilden sich Integrationsfortschritte in den letzten Jahren bei den beschriebenen Indikatoren in Thüringen nicht so schnell ab wie in Deutschland insgesamt. Gerade wegen der Dynamiken im Migrationsgeschehen wird es aber auch in Zukunft wichtig bleiben, die Entwicklungen im Zuwanderungs- und Integrationsgeschehen weiter anhand valider Daten zu betrachten.

5.1 Zu- und Abwanderung

Der Anteil der Thüringer Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist in den letzten Jahren weiter gewachsen. Dementsprechend stark ist die Zusammensetzung dieser Bevölkerungsgruppe von Neuzuwanderung geprägt. Menschen, die erst vor kurzem eingewandert sind und noch keinen deutschen Pass haben, machen wie bereits im Vorberichtszeitraum einen wesentlich größeren Anteil an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aus als im Bundesdurchschnitt. Unter ihnen stellen Geflüchtete und Eingewanderte aus den östlichen EU-Staaten die größten Gruppen dar. Nachdem die Neuzuwanderung seit 2017 konstant zurückging, erreichte sie während der Corona-Pandemie einen Tiefpunkt. Danach nahm die Zuwanderung wieder stark zu. Ausschlaggebend hierfür war vor allem die Fluchtmigration aus der Ukraine infolge des russischen Angriffskriegs. Die Fluchtmigration aus anderen nicht-europäischen Staaten nimmt zwar seit der Corona-Pandemie wieder zu, bleibt allerdings weit unter den Anstiegen von 2015/2016. Die Zuwanderung aus östlichen EU-Staaten stagniert hingegen. Geflüchteten werden Wohnorte in allen Landesteilen zugewiesen. Insgesamt leben Menschen mit Migrationsgeschichte vor allem in städtischen Räumen.

Folgende Trends lassen sich, im Vergleich zum Vorberichtszeitraum, beobachten:

- Anders als noch im Vorbericht ist die Zahl der Menschen, die nach Thüringen zuwandern, mittlerweile größer als die Zahl der Menschen, die das Land verlassen. Dieser Wanderungsgewinn geht allerdings allein auf Zuwanderung aus dem Ausland zurück. An andere deutsche Bundesländer verliert Thüringen hingegen im Schnitt sowohl deutsche als auch ausländische Staatsangehörige. Nach wie vor sind es vor allem junge Menschen im Ausbildungs-, Studiums-, und Berufseinstiegsalter, die den Freistaat verlassen.
- Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist von einer jüngeren Altersstruktur geprägt als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, auch bei den Neuzuwandernden sticht die Gruppe der jungen Erwerbsfähigen hervor.
- Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen wollen langfristig in Deutschland bleiben. Da viele von ihnen geflüchtet sind, ist die Sicherheitslage in ihrem Herkunftsland ausschlaggebend für diese Entscheidung. Zudem sind die Zufriedenheit mit der Erwerbssituation und psychosoziale Gründe wie die gesellschaftliche Teilhabe

und Aufnahmebereitschaft der Mehrheitsbevölkerung entscheidend für die Bleibeabsichten in Thüringen und Deutschland.

Fazit: Zuwanderung hat Thüringen in den letzten Jahren weiter geprägt. Neben den Menschen, die nun schon seit einigen Jahren im Freistaat leben, gibt es viele, die erst vor kurzem in das Land gekommen sind, vor allem als Geflüchtete. Diese Zuwanderung hat mittlerweile zu einem Wanderungsgewinn für das Bundesland geführt. Es handelt sich dabei vor allem um junge Menschen, die einwandern und gute Startbedingungen für eine gelingende Integration brauchen.

Datenlage: Die administrative Datenlage zur Zu- und Abwanderung gepaart mit Mikrozensusdaten lässt weiterhin einen guten und differenzierten Überblick über das Wanderungsgeschehen zu. Zwar stehen weitere Umfrageergebnisse zu Wanderungsmotiven und Bleibeabsichten zur Verfügung, allerdings noch nicht im großen Umfang. Das erschwert einen differenzierten Blick auf die unterschiedlichen Gruppen. Weiterhin kann nicht beurteilt werden, ob Menschen mit positiven Bleibeabsichten auch planen, in Thüringen zu leben, oder langfristig ihre Zukunft in anderen Bundesländern sehen.

5.2 Integration in Thüringen

Anhand der unterschiedlichen Handlungsfelder des Thüringer Integrationsberichts konnten vielfältige Teilhabebereiche analysiert werden. Die datenbasierte Analyse des Integrationsgeschehens lässt Schlüsse auf Handlungsbedarfe sowie auf Erfolge bisheriger integrationspolitischer Maßnahmen zu.

5.2.1 *Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur. Hin zu einer offenen Gesellschaft*

- **Politische Partizipation und Institutionsvertrauen:** Menschen mit Migrationshintergrund sind in Thüringen wie auch in anderen ostdeutschen Bundesländern in politischen Vertretungsorganen sehr wenig repräsentiert. Dennoch haben sie – auch im Vergleich zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund – ein hohes Institutionsvertrauen. Dies könnte auch darin begründet sein, dass undemokratische Strukturen in einigen Herkunftsländern als Vergleich dienen.
- **Integrationsklima:** Das Integrationsklima wird von Menschen mit Migrationshintergrund sowohl insgesamt wie in einzelnen Lebensbereichen durchweg positiver bewertet als von Menschen ohne Migrationshintergrund. Die Einschätzungen der Thüringerinnen und Thüringer ohne Migrationshintergrund fallen auch im Bundesvergleich als besonders negativ auf. Gründe hierfür könnten geringe persönliche Kontaktmöglichkeiten sein.
- **Öffnung nicht staatlicher Organisationen:** Die im August 2023 gegründete Kampagne „Weltoffenes Thüringen“ konnte innerhalb kurzer Zeit mehrere Tausend Unterstützerinnen und Unterstützer gewinnen, darunter Unternehmen, Vereine, kirchliche Träger, Universitäten, und viele weitere Organisationen und Privatpersonen. Zwar handelt es sich hier lediglich um eine Absichtserklärung. Dennoch kann das Unterzeichnen der Initiative in Zeiten, in denen die Demokratie in Thüringen unter Druck geraten ist, als sichtbares Statement für interkulturelle Öffnung verstanden werden.
- **Ehrenamtliches Engagement:** Menschen mit Migrationsgeschichte werden noch nicht als relevante Zielgruppe für Vereine gesehen. Hier könnten sich die Vereinsstrukturen noch mehr öffnen. Auf der ande-

ren Seite lässt sich das hohe Maß an Hilfsbereitschaft in der Zivilgesellschaft gegenüber geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern seit Beginn des russischen Angriffskrieges als Indiz für eine ausgeprägte Willkommenskultur begreifen.

Fazit: Weiterhin deuten die Daten darauf hin, dass ein gesellschaftlicher Anerkennungs- und Öffnungsprozess für eine vielfältige Einwanderungsgesellschaft in Thüringen noch nicht so weit fortgeschritten ist wie bundesweit. Dies hat wohl auch damit zu tun, dass durch neue Migrationsbewegungen der vergangenen Jahre eine größere Zahl von Menschen mit Migrationsgeschichte erst seit kurzem in dem Bundesland lebt. Persönliche Kontaktmöglichkeiten über unterschiedliche Teilhaberäume zu schaffen, wird grundlegend dafür sein, den sozialen Risiken negativer Stimmungsbilder unter der Mehrheitsbevölkerung beim Thema Integration entgegenzuwirken.

Datenlage: Administrative Daten und Mikrozensusergebnisse zur interkulturellen Öffnung liegen weiterhin kaum vor. Dies trifft insbesondere auf den Bereich des öffentlichen Dienstes zu, wo die Fallzahlen aus dem Mikrozensus zu Personen mit Migrationshintergrund sehr gering sind. Die Befragungsdaten werden durch viele Ergebnisse aus dem Integrationsbarometer angereichert, die unterschiedliche Facetten gesellschaftlicher Öffnungsprozesse ausleuchten und einen Vergleich zwischen Thüringen und anderen Bundesländern zulassen. Um mehr Differenzierung für die Lage innerhalb Thüringens zuzulassen, wären jedoch weitere Befragungen auf Landesebene nötig.

5.2.2 *Bekämpfung von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*

- Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Einstellungen, die dem Spektrum der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zuzuordnen sind, sind in Thüringen verbreitet. Negative Einstellungen gegenüber Migrantinnen und Migranten, Musliminnen und Muslimen und antisemitische Einstellungen lagen in den vergangenen Jahren laut Umfragedaten auf einem konstanten Niveau und sind teilweise angestiegen. Zudem sind sie teilweise stärker ausgeprägt als in anderen Bundesländern.
- Wahlverhalten: Der Zuspruch zu rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Parteien ist in den letzten Jahren weiter gestiegen – insbesondere ablesbar an den Wahlerfolgen für den vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuften Landesverband der Alternative für Deutschland (AfD).
- Straftaten: Rechtsmotivierte Straftaten im Allgemeinen und Gewalttaten im Speziellen haben laut Kriminalstatistik und Opferberatungsstellen in den letzten Jahren stark zugenommen. Darüber hinaus sind Ausländerinnen und Ausländer überproportional häufig von Straftaten wie Körperverletzung betroffen.

Fazit: Um Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen konsequent zu bekämpfen, muss seitens der Politik noch mehr unternommen werden, sodass sich alle Thüringerinnen und Thüringer – auch diejenigen, die in den Freistaat zuwandern – willkommen und vor allem sicher fühlen.

Datenlage: Wieder zeigt sich, dass administrative Daten nur wenige Schlüsse über Ursachen und Motive von rechtspopulistischem Wahlverhalten oder von Straftaten zulassen. Umfragedaten geben Einblicke in die Einstellungsmuster der Bevölkerung, sind jedoch nicht immer für vollständige Jahresverläufe verfügbar und nicht frei von methodischen Einschränkungen. So kann insbesondere bei politischen Einstellungen die soziale Erwünschtheit das Antwortverhalten beeinflussen. Darüber hinaus gibt es aufgrund geringer Fallzahlen nur wenige Daten, die die Perspektive der Betroffenen abbilden können. Eine wichtige Einschränkung ist außerdem, dass anhand der vorliegenden Daten nur allgemeine Diskriminierungserfahrungen aufgrund von Herkunft abgebildet werden können. Für eine detailliertere Analyse zu

Benachteiligung in einzelnen Lebensbereichen und zum Zusammenwirken verschiedener diskriminierungsrelevanter Merkmale (u. a. Geschlecht, Alter, Behinderung, sozialer Status, Herkunftsgruppen im Einzelnen) wären umfangreichere Daten nötig.

5.2.3 *Sprache als Schlüssel zu Integration*

- **Angebot an Sprachkursen:** Integrationskurse machen weiterhin den größten Anteil an Sprachförderangeboten in Thüringen aus, das Angebot ist im Vergleich zum Jahr 2018 größer geworden und wird auch weitaus häufiger genutzt. Im Zuge der Fluchtmigration aus der Ukraine wurden die Angebote stark ausgebaut. Allerdings werden erst in Kombination mit den Sprachkursen des Landesprogramms “Start Deutsch” auch die Zielgruppen erreicht, die keinen rechtlichen Zugang zu Integrationskursen (mehr) haben oder zu lange auf einen Integrationskurs warten müssen. Dieses Landesprogramm hat sich in allen Kreisen etabliert.
- **Teilnehmende:** Veränderungen im Bildungsgrad der Teilnehmenden an Integrations- und Berufssprachkursen sowie die Umkehr des Geschlechterverhältnisses der Teilnehmenden von einem mehrheitlich männlichen zu einem mehrheitlich weiblichen Teilnehmendenkreis im Vergleich zum Vorgängerbericht lassen sich mit der Fluchtmigration aus der Ukraine erklären.
- **Erfolg der Teilnahme:** Im Vergleich zum Vorgängerbericht schließt ein größerer Teil der Teilnehmenden die „Start Deutsch“-Kurse mit einer Prüfung auf dem Niveau A1 oder A2 erfolgreich ab.
- Zwar kann kein direkter kausaler Zusammenhang zwischen dem größeren Angebot an Kursen im Vergleich zu 2018 und einem höheren Sprachniveau der ausländischen Bevölkerung in Thüringen festgestellt werden. Die vorliegenden Daten aus dem Mikrozensus und den SOEP-Daten deuten tendenziell aber darauf hin.

Fazit: Sprachkurse sind weiterhin eine der wichtigsten Integrationsmaßnahmen und werden als solche von vielen Neuzugewanderten wahrgenommen. Der Ausbau des Angebots auch für neue Zielgruppen konnte in den letzten Jahren erfolgreich umgesetzt werden und auch die Erfolgsquoten der Teilnehmenden haben sich erhöht. Der hohe Bedarf kann jedoch nicht immer zeitgerecht gedeckt werden: Lange Zugangs- und Wartezeit stellen eine wesentliche Hürde für den Deutscherwerb und die davon abhängigen Teilhabebereichen dar.

Datenlage: Die Datenlage zu Angebot, Teilnahme und Abschlüssen von Integrationssprachkursen ist weiterhin umfassend. Es können allerdings diejenigen nach wie vor schlecht erfasst werden, die an den Kursen nicht teilnehmen. Weitere Umfragen könnten nicht nur über diese Gruppe, sondern

auch allgemein über Erfolgsfaktoren für den Spracherwerb in und außerhalb der Kursangebote liefern.

5.2.4 *Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe*

- **Frühkindliche Bildung:** Die Betreuungsquoten für 3-6-Jährige mit Migrationshintergrund haben in Thüringen innerhalb eines kurzen Zeitraums zugenommen. Auch bezüglich des kleiner werdenden Unterschieds zur Betreuungsquote von Kindern ohne Migrationshintergrund steht Thüringen im Bundesvergleich überdurchschnittlich gut da.
- **Schule:** Der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund an Thüringer Schulen nimmt zu. An Gymnasien sind sie jedoch weiterhin unterrepräsentiert. Ein wesentlicher Grund dafür sind Sprachbarrieren. Das zeigt sich auch am kontinuierlich hohen Anteil der Schülerinnen und Schüler mit einem Förderbedarf Deutsch. Die Disparitäten zwischen Schülern mit und ohne Migrationshintergrund, die in der 4. Jahrgangsstufe die Regelstandards Deutsch und Mathematik erreichen, haben sich seit dem letzten Bericht noch weiter zu Ungunsten der Kinder mit Migrationshintergrund vergrößert.
- **Übergangsbereich:** Für junge Erwachsene, die mit geringen Deutschkenntnissen und fehlenden formalen Schulabschlüssen nach Deutschland kommen, erweist sich das Übergangssystem als Schlüssel für die Teilhabe am Ausbildungs- und Berufsleben. Ein Drittel aller Teilnehmenden am Übergangssystem hat eine ausländische Staatsangehörigkeit. Besonders wichtig ist das Berufsvorbereitungsjahr (Sprache), um auf die Aufnahme einer Ausbildung oder den Erwerb eines Schulabschlusses vorzubereiten.
- **Ausbildung und Hochschulen:** Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger an den Thüringer Auszubildenden ist in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen und lag 2021 bei 6,1 %. Allerdings ist nur knapp ein Drittel aller ausländischen Auszubildenden weiblich. An Thüringer Hochschulen haben im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überproportional viele Studierende (16,3 % im Wintersemester 2022/23), Promovierende (28,1 % im Jahr 2022) und Angestellte (17,2 % im Jahr 2022) eine ausländische Staatsangehörigkeit.
- **Bildungsabschlüsse der Bevölkerung mit Migrationshintergrund:** Menschen mit Migrationshintergrund haben laut Mikrozensusdaten häufiger einen höheren Schulabschluss sowie einen akademischen weiterführenden Abschluss als Menschen ohne Migrationshintergrund. Auf der anderen Seite geben Menschen mit Migrationshinter-

grund und insbesondere aus den Hauptfluchtländern aber auch häufiger an, keine Bildungsabschlüsse zu haben. Hier ändert sich also nichts an den stark polarisierten Tendenzen, die auch schon im Vorgängerbericht beobachtet wurden. Die junge Altersstruktur der Eingewanderten, Unterschiede in den Bildungssystemen und fluchtbedingte Unterbrechungen der Bildungslaufbahn sind hierfür wesentliche Faktoren.

Fazit: Die große Zahl Neuzugewandelter im jungen Alter und häufig mit Fluchthintergrund birgt besondere Anforderungen für eine gelungene Bildungsintegration in Thüringen. Hürden für die Bildungsteilhabe bestehen vor allem durch Sprachbarrieren, aber auch dadurch, dass insbesondere bei Geflüchteten der Bildungsweg durch die Flucht unterbrochen wurde und viele junge Eingewanderte noch keinen formalen Bildungsabschluss vorweisen können. Für sie braucht es ausreichende Angebote, die einen Anschluss an das deutsche Regelsystem während, aber auch nach dem Schulpflichtalter ermöglichen. Kindern und Jugendlichen muss vor allem durch eine umfassende Sprachförderung, auch schon in der vorschulischen Erziehung, die Chance auf Bildungserfolge gegeben werden.

Datenlage: Die administrative Datenlage lässt im Vergleich zum Vorgängerbericht ein noch umfassenderes Bild zu. Bei der Erfassung von Bildungsabschlüssen wie sie derzeit durch den Mikrozensus erfolgt, stellt die Unterschiedlichkeit der Bildungssysteme ein Problem für die Selbsteinschätzung dar. Das erschwert die Einschätzung der Ergebnisse. Mehr Befragungen, insbesondere zu Hürden bei der Bildungsteilhabe, wären eine wichtige weitere Grundlage, um strukturelle Faktoren für Ungleichheiten zu identifizieren und diesen entgegenzuwirken.

5.2.5 *Beschäftigung und Arbeitsmarkt: Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben*

- Der Beschäftigungszuwachs in Thüringen in den letzten Jahren ist weitgehend auf ausländische Beschäftigte zurückzuführen. Bereits jetzt stellen sie für den Thüringer Arbeitsmarkt eine unverzichtbare Stütze dar. Die junge Bevölkerungsstruktur der zugewanderten Bevölkerung bringt weiteres großes Potenzial für Arbeitsmarkt und Wirtschaft mit sich.
- Arbeitslosenquote: Im Zeitraum 2019-2024 ist die Arbeitslosenquote in Thüringen relativ stabil, weist aber Schwankungen auf, die durch saisonale Effekte und wirtschaftliche Einflüsse wie Inflation, Corona-Pandemie beeinflusst werden. Mit Blick auf die Corona-Pandemie zeigt sich, dass Ausländerinnen und Ausländer stärker von Corona-Eindämmungsmaßnahmen betroffen waren als deutsche Erwerbsfähige, insbesondere in Nord- und Ostthüringen. Der Anstieg der Arbeitslosenquote seit Mitte 2022 ist auf die Fluchtmigration aus der Ukraine zurückzuführen.
- Einkommen: Beschäftigte ohne deutschen Pass verdienen bei gleichem Anforderungsniveau strukturell weniger als deutsche Staatsangehörige: Die Staatsangehörigkeit hat einen größeren Einfluss auf Lohnunterschiede als geschlechterspezifische Gehaltsunterschiede. Während deutschlandweit Lohnunterschiede mit höherem Anforderungsniveau zunehmen, zeigt sich in Thüringen ein gegenläufiger Trend: Die größten Gehaltslücken finden sich hier im Helfer- und Fachkräftebereich.
- Qualifikationsadäquate Beschäftigung: Ähnlich wie in den anderen Bundesländern finden auch in Thüringen zugewanderte Arbeitskräfte den Zugang überwiegend im Helfer- und Fachkräftebereich und arbeiten oft unter ihrer Qualifikation. Dies lässt sich unter anderem auf die fehlende oder langsame Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse zurückführen.
- Arbeitszufriedenheit: Ergebnisse der SOEP-Umfrage für Thüringen von 2018 bis 2021 zeigen, dass die Arbeitszufriedenheit bei Befragten mit und ohne Migrationshintergrund im betrachteten Zeitraum leicht gestiegen ist und zwischen den beiden Gruppen vergleichbar hoch bewertet wurde.

Fazit: Eine erfolgreiche Integration wird sich in Zukunft daran messen, ob der Beschäftigungszuwachs qualifikationsadäquat unter Anerkennung mitgebrachter Kenntnisse und Qualifikationen und unter vergleichbarer Entlohnung ohne strukturelle Unterschiede, die allein auf die Staatsangehörigkeit oder Geschlecht zurückzuführen sind, erfolgt.

Datenlage: In diesem Bericht wurden hauptsächlich die Indikatoren aus dem Vorgängerbericht fortgeführt, die größtenteils auf amtlichen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit beruhen. Neu mitaufgenommen wurden Statistiken zum Migrant-Gender-Pay-Gap, einem der aktuellen Themen in der Integrationsforschung. Im Vergleich zu anderen Bereichen der Integration, sind zum Thema Arbeitsmarkt und Beschäftigung reichlich administrative Daten vorhanden. Einschränkend festzuhalten ist jedoch, dass aufgrund der geringen Fallzahlen an Ausländerinnen und Ausländern die Analysen oftmals oberflächlich bleiben. Wünschenswert wäre, wie auch im vorherigen Bericht genannt, die Einkommensverteilungen und Beschäftigungsdaten mehr aufzuschlüsseln z. B. nach Aufenthaltstiteln. Außerdem wären mehr Umfragedaten mit subjektiven Einschätzungen der Zugewanderten zu ihrem Arbeitsalltag bereichernd für eine vollumfängliche Analyse.

5.2.6 *Gesundheit: ein Wert an sich*

- Impfungen und Frühuntersuchungen bei Kindern: Administrative Daten zur Inanspruchnahme von Schutzimpfungen und Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern im Einschulungsalter legen weiterhin Lücken bei Kindern mit zweiseitigem Migrationshintergrund im Vergleich zu Kindern ohne oder mit einseitigem Migrationshintergrund nahe, wobei die Unterschiede im Vergleich zum Vorgängerbericht geringer werden. Weiterhin unklar ist, inwieweit diese Leistungen im Ausland zwar beansprucht wurden, aber nicht mit entsprechenden Dokumenten nachgewiesen werden konnten.
- Sterberaten: In den letzten Jahren haben die Sterberaten unter der ausländischen Bevölkerung wie auch die ausländische Bevölkerung insgesamt zugenommen. Augenfällig ist ein besonders hoher Anteil an Gestorbenen in der Altersgruppe der unter 65-Jährigen, der sich aber durch die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung erklären lässt. Eine Übersterblichkeit der ausländischen Bevölkerung während der Corona-Pandemie weist aber auch auf strukturelle Benachteiligungen und eine besondere Betroffenheit durch die Pandemie hin.
- Subjektive Gesundheitseinschätzung: Personen aus Hauptfluchtländern schätzen ihren Gesundheitszustand weiterhin positiver ein als Personen aus anderen Ländern und Personen ohne Migrationshintergrund. Es ist zu vermuten, dass dies zum einen mit der jüngeren Altersstruktur unter Geflüchteten in Verbindung zu bringen ist. Zum anderen ist davon auszugehen, dass Geflüchtete ihren Gesundheitszustand in Deutschland, mit dem im Herkunftsland oder auf der Flucht vergleichen und somit positiver bewerten. Unterschiede zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund bei der Einschätzung der psychischen Belastungen fallen hingegen nicht eindeutig aus.
- Einsamkeit: Personen aus Hauptfluchtländern fühlen sich wesentlich einsamer als Personen aus anderen Ländern und ohne Migrationshintergrund.
- Corona-Impfungen: Menschen mit Migrationsgeschichte waren 2021 zwar mehrheitlicher zur Impfung bereit, wurden aber seltener geimpft als Menschen ohne Migrationsgeschichte. Sprachbarrieren und andere strukturelle Hürden scheinen hier den Zugang zur Schutzimpfung erschwert zu haben.

Fazit: Einzelne Daten wie die zu den Corona-Impfquoten weisen darauf hin, dass ein wesentlicher Faktor beim Zugang zum Gesundheitssystem in der

sprachlichen und niedrigschwelligen Zugänglichkeit von Gesundheitsleistungen besteht. Die hohe Einsamkeit von Geflüchteten kann psychische Belastungen als Folgeerscheinungen von traumatischen Fluchterfahrungen erhöhen. Angebote zur Einsamkeitsbekämpfung für diese Zielgruppe könnten daher eine wichtige Ergänzung zu anderen psychischen Gesundheitsleistungen darstellen.

Datenlage: Den Gesundheitszustand und den Zugang zur Gesundheitsversorgung anhand administrativer Daten vergleichend für Personen mit und ohne Migrationsgeschichte darzustellen, erweist sich weiterhin als schwierig. Zum einen stehen aufgrund der hohen Sensibilität nur wenig Daten zur Verfügung. Zum anderen kann die Komplexität soziodemografischer und struktureller Faktoren, die auf Gesundheit einwirken, nur begrenzt dargestellt werden. Bedingungen der Datenerhebung (Vorhandensein von Nachweisdokumenten, Sprachbarrieren) sowie unterschiedliche Referenzrahmen bei der subjektiven Gesundheitseinschätzung erschweren den Vergleich. Mehr Umfragedaten könnten dabei helfen, die Mehrdimensionalität von Gesundheit und strukturelle Hürden beim Zugang zur Gesundheitsversorgung besser sichtbar zu machen.

5.2.7 *Wohnen: sich zu Hause fühlen*

- **Unterbringung von Geflüchteten:** Seit dem letzten Berichtsjahr 2019 hat Thüringen seine Unterbringungskapazitäten stark ausgebaut und dabei fast 10.000 neue kommunale Unterbringungsplätze geschaffen (ohne Erstaufnahmeeinrichtungen). An der enormen Steigerung der Gesamtauslastung von rund 57 % im Jahr 2019 auf rund 87 % 2024 zeigt sich jedoch auch, wie dringend der Bedarf für diesen Ausbau war. Für die gesellschaftliche Integration bieten dezentrale Unterkünfte und nicht segregiertes Wohnen klare Vorteile.
- **Mietpreise:** Die Mietpreise in Thüringen sind in den letzten Jahren gestiegen, bleiben jedoch auch für Menschen mit Migrationshintergrund unter dem Durchschnitt anderer Bundesländer. Auch der Unterschied zwischen den Mieten, die Personen ohne und mit Migrationshintergrund und insbesondere aus Hauptfluchtländern zahlen müssen, ist in Thüringen geringer als in anderen Bundesländern.
- **Wohnfläche:** Menschen mit Migrationshintergrund steht nach wie vor pro Kopf weniger Wohnfläche zur Verfügung als Menschen ohne Migrationshintergrund.
- **Wohnzufriedenheit:** Personen aus den Hauptfluchtländern sind deutlich unzufriedener mit ihrer Wohnsituation als Personen ohne Migrationshintergrund und aus anderen Herkunftsländern.

Fazit: In Thüringen weisen die Indikatoren Wohnfläche und Mietpreis pro Quadratmeter auf kleinere Ungleichheiten als bundesweit hin. Dennoch bestehen Unterschiede, die sich auch deutlich auf die Wohnzufriedenheit auswirken. Aus den Daten können zudem aufgrund fehlender Kontextindikatoren nur eingeschränkt Schlussfolgerungen gezogen werden.

Datenlage: Die vorliegenden Indikatoren geben nur ein unvollständiges Bild. Um die Qualität der Wohnraumversorgung von Menschen mit Migrationsgeschichte beurteilen zu können, braucht es einen breiteren Blick. So müssten etwa auch auf das Ausmaß wohnräumlicher Segregation, Hürden in der Wohnraumbeschaffung, Diskriminierung und regionale Unterschiede bei der Wohnraumverfügbarkeit berücksichtigt werden.

5.2.8 *Integration und gesellschaftliche Teilhabe: sein Lebensumfeld gestalten*

- **Verfügbares Einkommen:** Menschen mit Migrationshintergrund haben im Durchschnitt ein niedrigeres Einkommen als Menschen ohne Migrationshintergrund, was ihre Teilhabemöglichkeiten einschränkt. Hierbei zeigen sich deutliche Unterschiede nach Herkunftsregion der Zugewanderten.
- **Politische Teilhabe (Staatsbürgerschaft):** Trotz steigender Einbürgerungszahlen in den letzten Jahren bleibt der Anteil der deutschen Staatsangehörigen unter den Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen gering. Das Wahlrecht als Grundrecht der politischen Mitbestimmung besitzen die meisten von ihnen also nicht. Politisches Engagement von Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen ist laut den Umfragedaten des SVR-Integrationsbarometers gering ausgeprägt.
- **Soziale Netzwerke:** Etwas mehr als ein Viertel der Befragten mit Migrationshintergrund gibt an, sehr oft Kontakt zu Deutschen ohne Migrationshintergrund im Freundeskreis zu haben. Andersherum werden die Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis geringer eingeschätzt.
- **Zugehörigkeitsgefühl:** Insgesamt fühlt sich die Mehrheit der Bevölkerung der deutschen Gesellschaft und ihrem Wohnort zugehörig, unabhängig vom Migrationsstatus.
- **Ehrenamtliches Engagement:** Laut Freiwilligensurvey 2019 sind Personen mit Migrationshintergrund seltener in Vereinen aktiv und engagieren sich weniger ehrenamtlich als Personen ohne Migrationshintergrund. Aktuellere Daten aus einem Bericht der Thüringer Integrationsbeauftragten 2024 zeigen jedoch einen gegenläufigen Trend, wonach Menschen mit Migrationsgeschichte in der Thüringer Vereins- und Ehrenamtslandschaft zunehmend aktiv sind.
- **Mediennutzungsverhalten:** Personen mit Migrationshintergrund nutzen soziale Medien deutlich häufiger täglich als Personen ohne Migrationshintergrund in Thüringen. Hierbei hat die Nutzung in deutscher Sprache unter Personen mit Migrationshintergrund zugenommen.

Fazit: Die ausgewerteten Daten weisen darauf hin, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in vielen Bereichen weniger gesellschaftlich teilhaben oder die Ressourcen dafür haben als Personen ohne Migrationsgeschichte. Die Gründe dafür hängen eng mit den anderen Handlungsfeldern zusammen.

Rechtliche Zugangshürden zu politischer Teilhabe, geringe Einkommen, wohnräumliche Segregation oder Sprachbarrieren stellen z. B. Probleme bei den strukturellen Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe dar. Verbesserungen in diesen Bereichen würden sich auch auf die gesellschaftliche Teilhabe positiv auswirken. Zudem wird das gesellschaftliche Klima ausschlaggebend dafür sein, wie gut Menschen mit Migrationsgeschichte in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen teilhaben können. Es gilt, diese Teilhabe durch die proaktive Öffnung verschiedener Begegnungs- und Gestaltungsräume mehr zu fördern, beispielsweise am Arbeitsplatz, in Vereinen, oder durch entsprechende Angebote in den Medien.

Datenlage: Administrative Daten ermöglichen es derzeit nur, einige Voraussetzungen gesellschaftlicher Teilhabe (Einkommen, Staatsbürgerschaft etc.) und Involvierung in organisierte oder institutionalisierte Aktivitäten zu messen. Umfrageergebnisse geben darüber hinaus nur punktuelle Eindrücke, ohne kausale Zusammenhänge in ihrer Komplexität zu zeigen. Auch in diesem Bereich sollten weitere Daten erfasst werden.

5.3 Langfristiges Monitoring zu Zuwanderung und Integration

Der vorliegende Bericht stellt die erste Fortschreibung des Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsberichts dar. Die meisten Indikatoren auf Basis von administrativen und Mikrozensusdaten, die für den ersten Bericht (DeZIM 2019 (ZIB)) ausgewählt wurden, konnten in diesem Bericht wieder ausgewertet werden. Diese Kontinuität ermöglicht eine Langzeitanalyse des Zuwanderungs- und Integrationsgeschehens in Thüringen anhand gleichbleibender Faktoren und sollte auch in Zukunft gewährleistet und für weitere Indikatoren ausgebaut werden. Bereits jetzt war es möglich, in vielen Bereichen neue Indikatoren auf Basis von administrativen Daten und Befragungsdaten hinzuzuziehen. Dies zeigt, dass im Zuge der anhaltend starken Migrationsdynamiken insbesondere seit 2015/16 und des stärkeren Zuwanderungsbedarfs infolge des demografischen Wandels sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene ein Ausbau der verfügbaren und zwischen den Ländern vergleichbaren Daten stattgefunden hat.

Dennoch gibt es weiterhin erhebliche Lücken, um ein umfassendes Bild des Integrationsgeschehens in verschiedenen Lebensbereichen zu zeichnen. Insbesondere administrative Daten sind für die verschiedenen Bereiche in unterschiedlichem Ausmaß vorhanden oder unterschiedlich aussagekräftig. Während diese für die Abbildung des Wanderungsgeschehens, der Beschäftigung am Arbeitsmarkt und der Spracherwerbsangebote eine umfassende Analyse zulassen und beispielsweise im Bereich Bildung wesentlich mehr Facetten abbilden können als noch 2019, lassen sich Integrationsbereiche wie Interkulturelle Öffnung, Ausgrenzung und Diskriminierung und Integration und gesellschaftliche Teilhabe weiterhin nur sehr begrenzt durch Verwaltungsdaten erfassen. Hinzu kommt, dass diese in der Regel weder eine Differenzierung nach unterschiedlichen Herkunftsgruppen, Aufenthaltsdauer in Deutschland o. Ä. zulassen, noch andere sozioökonomische und strukturelle Teilhabefaktoren abbilden (z. B. Einkommen, Wohn- und Beschäftigungssituation, Bildungsstand), die mit migrationsbedingten Faktoren zusammenwirken. Gerade eine Differenzierung nach Aufenthaltsdauer würde in Thüringen dazu beitragen, Integrationsentwicklungen bei Menschen, die sich schon länger im Land aufhalten, besser und schneller sichtbar zu machen. Zudem sollte untersucht werden, inwiefern auch Integrationsprozesse von Personen erfasst werden können, die nicht an Maßnahmen (z. B. Deutschkurs, Angebote des Bildungssystems) teilnehmen, aber dennoch einen entsprechenden Bedarf an integrationsfördernden Angeboten haben.

Die isolierten Daten zu den Personen, die durch Maßnahmen erreicht werden (z. B. Sprachkursteilnehmende), sind daher nur eingeschränkt aussagekräftig. In Folgeberichten sollte erwogen werden, den Fokus stärker auf diese ungedeckten Bedarfe zu legen, um Hürden und Handlungsbedarfe sichtbarer zu machen. Auch die Kompatibilität von Bedarfen und Angeboten (z. B. Förderbedarf Deutsch als Zweitsprache und entsprechende Fördermaßnahmen in Schulen; Inanspruchnahme und Dauer von Anerkennungsverfahren für Bildungsabschlüsse und berufliche Qualifikationen) sollte stärker in den Blick genommen werden.

Die Lücken in administrativen Daten lassen sich zwar durch Mikrozensus- und andere Befragungsdaten zum Teil schließen. Auch dort sind die Fallzahlen für Thüringen aber häufig zu gering, um eine Differenzierung verschiedener Gruppen und eine mehrdimensionale Auswertung unter Beachtung anderer Faktoren für strukturelle Teilhabe zu ermöglichen. Eine Erhöhung der Fallzahlen für Thüringen bei bundesweiten Befragungen könnte hier Abhilfe schaffen und würde darüber hinaus Vergleiche mit anderen Bundesländern ermöglichen. Dies liefert oft wichtige analytische Erkenntnisse. Auch landesspezifische Umfragen wie sie für den Vorgängerbericht z. B. durch den Thüringen-Monitor Integration vorlagen können helfen, offene Fragen zu klären. Allerdings ist die Aufbereitung von Umfragedaten mit erheblichem Aufwand verbunden.

Regionale Unterschiede im Integrationsgeschehen Thüringens lassen sich weiterhin nur in Ausnahmefällen auf Basis der verfügbaren Daten untersuchen. Der Empfehlung des Vorgängerberichts, exemplarische Kommunen für Befragungen auszuwählen, um diese Unterschiede mit möglichst geringem Aufwand sichtbar zu machen, kann an dieser Stelle wiederholt werden (DeZIM 2019 (ZIB): 119).

Die statistische Definition und Abgrenzung von Menschen mit Migrationsgeschichte ist weiterhin Gegenstand von Diskussionen. Zentral für die Vergleichbarkeit der administrativen Daten ist aber nicht nur die Angleichung der Definitionen, sondern auch der jeweils zu erfassenden Merkmale bei den verschiedenen Indikatoren, also z. B. ob bei bundesländerübergreifend erfassten Daten wie denen zum Schulbesuch die Staatsangehörigkeit oder der (eigene und/oder familiäre) Migrationshintergrund erfasst wird. Zudem sollte in Folgeberichten abgewogen werden, ob die im ZIB 2019 vorgenommenen Gruppierungen nach Herkunfts- bzw. Geburtsländern zu Zwecken der Vergleichbarkeit weiter beibehalten werden, oder Anpassungen an die sich wandelnde Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und politische Gegebenheiten sinnvoller wären.

5.4 Aktuelle und zukünftige Herausforderungen

Zuwanderung ist in Thüringen in den letzten Jahren zur Normalität geworden und birgt für das Land die Chance, den großen Herausforderungen durch den demografischen Wandel zu begegnen. Eine gelingende Integrationspolitik in Thüringen muss vor allem den Bedarfen einer starken Neuzuwanderung gerecht werden. Die Zahl der Neuzugewanderten steht in einem ungleich großen Verhältnis zu der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte, die schon seit längerem im Land lebt. Neuzugewanderte brauchen von Anfang an gute Bedingungen für gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig gilt es, auch für diejenigen, die schon seit einigen Jahren in Thüringen leben, gute Teilhabebedingungen zu schaffen, um sie langfristig im Land zu halten. Die im Thüringer Integrationskonzept festgehaltenen Maßnahmen müssen weiter vorangetrieben werden, um den anhaltenden Bedarfen gerecht zu werden.

Der Bericht macht sichtbar, wo besonders große Ungleichheiten und somit besonders großer Handlungsbedarf bestehen: z. B. auf dem Arbeitsmarkt, an Gymnasien oder bei der Repräsentation im öffentlichen Dienst und in politischen Organen. Diese Ungleichheiten sind in der Corona-Pandemie besonders deutlich geworden oder haben sich gar verstärkt: z. B. in Form von höherer Arbeitslosigkeit und niedrigeren Impfquoten bei der eingewanderten Bevölkerung. Der Bericht zeigt auch, in welchen Bereichen bereits viele Grundlagen für chancengerechte Teilhabe gelegt wurden. So werden beispielsweise im Bereich der Sprache und Bildung die vorhandenen Förderangebote stark angenommen und genutzt. Der hohe und nicht immer gedeckte Bedarf an Angeboten in diesem Bereich zeigt aber auch, dass diese noch ausgebaut werden müssen. Diskrepanzen zwischen Bedarfen und Angeboten müssen in zukünftigen Datenerhebungen und Monitorings stärker sichtbar gemacht werden, um Handlungsbedarfe präzise zu erkennen. Nicht zuletzt zeigen die Datenanalysen, inwieweit Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte gesellschaftlich anerkannt und unterstützt wird. All die sich daraus ergebenden Handlungsbedarfe wirken zusammen und lassen sich nicht getrennt voneinander angehen.

Grundpfeiler guter Lebensbedingungen sind qualifikationsadäquate Beschäftigungen und faire Arbeitsverhältnisse, gute Bildungschancen, Zugang zur Gesundheitsversorgung und zu dezentralem Wohnraum – sowohl für sich selbst als auch für die Familienangehörigen. Um dies zu gewährleisten, muss für die vielen Neuzugewanderten ein ausreichendes Angebot an Deutschkursen und Bildungsmaßnahmen gesichert werden, die auf ihre Aus-

gangssituation und ihre (beruflichen) Ziele abgestimmt sind. Schnelle Anerkennungsverfahren für bestehende Abschlüsse sollten die qualifikationsadäquate und somit nachhaltige Arbeitsmarktintegration fördern. Für Geflüchtete im jungen Erwachsenenalter, die aufgrund ihrer Fluchtgeschichte oft keine formellen Abschlüsse vorweisen können, gilt es weiterhin, mit besonderen Förderprogrammen den Einstieg ins Bildungs- und Berufssystem zu ermöglichen. Kinder und Jugendliche müssen möglichst schnell in die Regelbildungssysteme integriert werden. Für gute Bildungschancen sollten ausreichende Angebote zur Deutschförderung weiter zur Verfügung gestellt werden. Zudem trägt eine Verbesserung der Wohnsituation durch dezentralen, ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum maßgeblich zu gesellschaftlicher Integration bei.

Es hängt aber auch entscheidend von schwer messbaren Faktoren wie interkultureller Öffnung der Gesellschaft, Bekämpfung von Diskriminierung und gesellschaftlicher Teilhabe ab, ob Menschen mit Migrationsgeschichte langfristig in Thüringen bleiben und ihre Teilhabe an der Thüringer Gesellschaft selbstverständlich wird. Derzeit sind die Zustimmungswerte zu migrationskritischen und rassistischen bzw. diskriminierenden Aussagen besorgniserregend hoch und das Integrationsklima wird von Menschen ohne Migrationsgeschichte schlechter als im bundesweiten Vergleich eingeschätzt. Die Vermutung liegt nahe, dass fehlende persönliche Kontakte und Erfahrungswerte mit vielfältigem Zusammenleben diese negativen Stimmungsbilder verursachen. Begegnungsräume in allen gesellschaftlichen Bereichen zu schaffen und gleichberechtigtes Zusammenleben zu normalisieren wird also die wichtigste integrationspolitische Aufgabe für Thüringen sein, wenn die Chancen von Migration für die Zukunft des Landes genutzt werden sollen.

Literaturverzeichnis

- [ADS] Antidiskriminierungsstelle des Bundes, 2022: Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Umfragen/umfragrass_diskr_auf_dem_wohnungsmarkt.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (28.06.2024).
- [ADS] Antidiskriminierungsstelle des Bundes, 2024: Jahresbericht 2023. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2023.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (28.06.2024).
- Ajzen, I. / Fishbein, M. / Lohmann, S. / Albarracín, D., 2018: The Influence of Attitudes on Behavior. In: *The Handbook of Attitudes, Volume 1: Basic Principles* (2. Auflage). London: Routledge.
- Anslinger, E. / Klee, A., 2023: Demokratieförderung im Übergangssystem: Stand der Entwicklung und Ausblick. Fachstelle Demokratieförderung im Übergangsbereich des Kompetenznetzwerks Demokratieförderung in der beruflichen Bildung. <https://minor-kontor.de/demokratiefoerderung-im-uebergangssystem-2/> (16.07.2024).
- Baba, L / Schmandt, M. / Tielkes, C. / Weinhardt, F. / Wilbert, K., 2024: Evaluation der Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthG (Beiträge zu Migration und Integration, Band 13, 1. aktualisierte Fassung). Nürnberg. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. <https://doi.org/10.48570/bamf.fz.beitr.b13.d.2023.wohnsitzregelung.1.1.> (05.08.2024).
- [BA] Bundesagentur für Arbeit, 2011: Klassifikation der Berufe 2010 – Band 1: Systematischer und alphabetischer Teil mit Erläuterungen. https://www.arbeitsagentur.de/datei/Klassifikation-der-Berufe_ba017989.pdf (03.07.2024).
- [BA] Bundesagentur für Arbeit, 2024: Migrations-Monitor Arbeitsmarkt, Ausländerarbeitsquoten und Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten, Eckwerte Arbeitsmarkt, Statistik der BA. Nürnberg: BA.
- Bakir, D., 2023: Rassistisch und provinziell. Expats geben Deutschland vernichtendes Zeugnis. 12.07.2023. <https://www.capital.de/wirtschaftspolitik/expat-studie--was-auslaendische-fachkraefte-an-den-deutschen-stoert-33640296.html> (28.06.2024).
- [BAMF] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2022: Integrationskursgeschäftsstatistik. <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/Integrationskurszahlen/Kreise/2022-gesamt-integrationskurs-geschaeftsstatistik-kreise-xlsx.html?nn=284810> (13.06.2024).
- [BAMF] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2023: Entwicklung der Wohnsituation ukrainischer Geflüchteter in Deutschland. BAMF-

- Kurzanalyse 03/2023. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse3-2023-wohnen-ukr-gefluechtete.pdf?__blob=publicationFile&v=10 (12.07.2024).
- [BAMF] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2024a: Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2023. <https://www.bamf.de/DE/Themen/Statistik/Integrationskurszahlen/integrationskurszahlen-node.html> (11.07.2024).
- [BAMF] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2024b: Dossier: Integrationskurse. https://www.bamf.de/SharedDocs/Dossiers/DE/Integration/integrationskurse-im-fokus.html?nn=284228&cms_docId=411134 (08.07.2024).
- [BAMF] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2024c: Deutsch für den Beruf. <https://www.bamf.de/DE/Themen/Integration/ZugewanderteTeilnehmende/DeutschBeruf/deutsch-beruf.html?nn=282656> (08.07.2024).
- [BAMF] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2024d: Job-BSK: passgenauer Spracherwerb am Arbeitsplatz. <https://www.bamf.de/DE/Themen/Integration/ZugewanderteTeilnehmende/JobBSK/job-bsk-node.html> (08.07.2024).
- [BAMF] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2024f: Evaluation der Wohnsitzregelung nach § 12aAufenthG. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Beitragsreihe/beitrag-band-13-evaluation-wohnsitzregelung.pdf?__blob=publicationFile&v=12 (06.08.2024).
- Bartelheimer, P., 2007: Politik der Teilhabe. Ein soziologischer Beipackzettel. Fachforum Analysen & Kommentare. N° 1 2007. Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://library.fes.de/pdf-files/do/04655.pdf> (28.06.2024).
- Baumeister, R./ Leary, M., 2017: The Need to Belong: Desire for Interpersonal Attachments as a Fundamental Human Motivation. In: Psychological Bulletin, 117(3): 497-529.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2022: Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen. <https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/integrationsarbeit-in-den-bereichen/gesellschaft-und-teilhabe/gesundheitsversorgung-von-fluechtlingen-1865506> (28.06.2024).
- [BIMF] Beauftragte Integration, Migration und Flüchtlinge im Freistaat Thüringen, 2024a: Zahl der Geflüchteten in Deutschland. <https://bimf.thueringen.de/flucht/zahlen> (04.08.2024).
- [BIMF] Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge im Freistaat Thüringen, 2024b: Residenzpflicht und Wohnsitzauflage. <https://bimf.thueringen.de/flucht/wohnsitz> (07.08.2024).
- Becker, P. / Fritsche, C. / Komitowski, D. / Meiners, S. / Remy, J. / Sakadeyeva, T., 2021: Eingewanderte in der Corona-Krise: Die Arbeitsmarktsituation Eingewanderter im zweiten Jahr der Corona-Pandemie. Minor. IQ

- Fachstelle Einwanderung und Integration. <https://minor-kontor.de/eingewanderte-in-der-corona-krise/>
- Bernardt, F. / Wolter, M. I. / Glöckner, E. E. / Knoll, S. / Ragnitz, J., 2023: Herausforderungen und Chancen im demografischen Wandel. Arbeitsmarkt- und Beschäftigungsentwicklung in Thüringen – Projektion bis 2035. Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS). https://www.serviceagentur-demografie.de/media/user_upload/Fachkraefte_in_Thueringen_2035.pdf (11.07.2024).
- Bernhard, S. / Bernhard, S. / Helbig, L., 2021: Erfahrungen von Geflüchteten beim Deutschlernen: Langer Weg mit Stolpersteinen, IAB-Kurzbericht, No. 26/2021, Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).
- Best, V. / Decker, F. / Fischer, S. / Küppers, A., 2023: Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://library.fes.de/pdf-files/pbud/20287-20230505.pdf> (11.07.2024).
- [bibb] Bundesinstitut für berufliche Bildung (Hrsg.), 2024: Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2024. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. https://www.bibb.de/dokumente/pdf/bibb-datenreport_2024_vorversion.pdf (11.07.2024).
- [BKA] Bundeskriminalamt, 2024: Vorstellung der Fallzahlen zur Politisch motivierten Kriminalität 2023. <https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktbereiche/PMK/PMKZahlen2023/PMKZahlen2023.html> (28.06.2024).
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2021: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019). <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/freiwilliges-engagement-in-deutschland-176834> (13.06.2024).
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2023: Deutscher Freiwilligensurvey 2019. ZA5714 Datenfile Version 1.0.0. Köln: GESIS.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2024a: Monitoringbericht zum KiQuTG 2023. Monitoringbericht 2023 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nach § 6 Absatz 2 des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz – KiQuTG) für das Berichtsjahr 2022. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/monitoringbericht-zum-kiqutg-2023-235364> (05.08.2024).
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2024b: Einsamkeitsbarometer 2024. Langzeitentwicklung von Einsamkeit in Deutschland. <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/>

- 240528/ 5a00706c4e1d60528b4fed062e9debcc/einsamkeitsbarometer-2024-data.pdf (11.07.2024).
- [BMG] Bundesministerium für Gesundheit, 2024: Schutzimpfungen. <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/praevention/impfungen/schutzimpfungen.html> (10.07.2024).
- [BMI/BAMF] Bundesministerium für Inneres und für Heimat / Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge, 2022: Migrationsbericht der Bundesregierung. Migrationsbericht 2020. Berlin/Nürnberg: BMI/BAMF.
- [BMJ] Bundesministerium der Justiz, 2024: Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts (StARModG). <https://www.recht.bund.de/bgbl/1/2024/104/VO.html> (16.07.2024).
- Böing, U. / Breuer, M. / Dieckmann, F. / Greving, H. / Roemer, A., 2020: Teilhabe und Teilhabeforschung. Grundriss und Positionierung. Schriftenreihe des Instituts für Teilhabeforschung Nr.1. Münster: Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen.
- Boockmann, B. / Kalweit, R. / Kleinemeier, R. / Knirsch, F. / Maier, A. / Murawski, W. / Puhe, H. / Scheu, T., 2022: Abschlussbericht. Vorstudie zur Abwanderung von ausländischen Fachkräften im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit. A: 13-21-00035. Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW). SOKO Institut. https://www.iaw.edu/files/dokumente/ab_04_2021/Vorstudie_Fachkraefteabwanderung_2022.pdf (11.07.2024)
- Bug, M. / Blume, M. / Kajikhina, K. / Bartig, S. / Wulkotte, E. / Neuhauser, H. / Geerlings, J. / Hövener, C. / Koschollek, C., 2023: COVID-19-Impfstatus bei Menschen mit ausgewählten Staatsangehörigkeiten: Ergebnisse der Studie GEDA Fokus. Journal of Health Monitoring 8(1). Robert-Koch-Institut. (11.07.2024).
- Bund-Länder Demografie Portal, 2024a: Regionale Bevölkerungsentwicklung in Thüringen. <https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/bevoelkerungsentwicklung-regional-thueringen.html> (19.06.2024).
- Bund-Länder Demografie Portal, 2024b: Demografiepolitik in Thüringen. <https://www.demografie-portal.de/DE/Politik/Thueringen/Thueringen.html> (01.08.2024).
- [BpB] Bundeszentrale für politische Bildung, 2018: Rechtspopulismus im europäischen Vergleich – Kernelemente und Unterschiede. 28.10.2018. <https://www.bpb.de/themen/parteien/rechtspopulismus/240093/rechtspopulismus-im-europaeischen-vergleich-kernelemente-und-unterschiede/> (12.07.2024).
- [BpB] Bundeszentrale für politische Bildung / Höttemann, M. 2020: Sekundärer Antisemitismus. Antisemitismus nach Auschwitz. 23.11.2020. <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/321575/sekundaerer-antisemitismus/> (16.07.2024).
- Dangschat, J., 2014: Soziale Ungleichheit und der (städtische) Raum. S. 117-13 in: Berger, P. A. / Keller, C. / Klärner, A. / Neef, A. (Hrsg.), Urbane

- Ungleichheiten. Neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie. Wiesbaden: Springer VS.
- Debuschewitz, P. / Bujard, M., 2014: Determinanten von Bildungsdifferenzen in Deutschland. Lehren und Grenzen der PISA-Studie. In: Bildungsforschung 11 (2014): 11-16. https://www.bib.bund.de/Publikation/2014/pdf/Determinanten-von-Bildungsdifferenzen-in-Deutschland-Lehren-und-Grenzen-der-PISA_Studie.pdf?__blob=publication-File&v=2 (11.07.2024).
- Decker, O. / Kiess, J. / Brähler, E., 2023: EFBI Policy Paper 2023-2. Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Else-Frenkel-Brunswik-Institut. <https://efbi.de/details/efbi-policy-paper-2023-2-autoritaere-dynamiken-und-die-unzufriedenheit-mit-der-demokratie.html> (12.07.2024).
- Deutscher Bundestag, 2023: Zahlen in der Bundesrepublik Deutschland lebender Flüchtlinge zum Stand Ende 2023. Drucksache 20/9621. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/099/2009931.pdf> (04.07.2024).
- [DeZIM] DeZIM Institut, 2019: Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsbericht, 2019. Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV). https://bimf.thueringen.de/media/tmmjv_migrationsbeauftragte/th10/bimf/Beauftragte/Publikationen/Dateien_Publikationen/zuwanderungs_und_integrationsbericht_2019.pdf (06.06.2024).
- [DeZIM] Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, 2023: Rassismus und seine Symptome. Bericht des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors 2023. https://www.rassismusmonitor.de/fileadmin/user_upload/NaDiRa/Rassismus_Symptome/Rassismus_und_seine_Symptome.pdf (28.06.2024).
- Dülken, B. / Shibeshi, S., 2024: Ungleiche Bezahlung in Engpassberufen. Die unsichtbaren Grenzen von Herkunft und Geschlecht. Minor. IQ Fachstelle Einwanderung und Integration. <https://minor-kontor.de/bezahlung-engpassberufe/> (06.06.2024).
- [DIW] Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2023: Sozio-oekonomisches Panel, Daten der Jahre 1984-2021 (SOEP-Core, v38, International Edition). https://www.diw.de/de/diw_01.c.875882.de/edition/soep-core_v38i_daten_1984-2021_international_edition.html (06.06.2024).
- Entringer, T. / Jacobsen, J. / Kröger, H. / Metzling, M., 2021: Geflüchtete sind auch in der Corona-Pandemie psychisch belastet und fühlen sich weiterhin sehr einsam. DIW Wochenbericht 12/2021. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.813943.de/21-12.pdf (11.07.2024).
- Ette, A. / Spieß, K. C. / Bujard, M. / Décieux, J. / Gambaro, L. / Gutu; L. / Milewski, N. / Ruckdeschel, K. / Sauer, L. / Schmitz, S., 2023: Lebenssituation ukrainischer Geflüchteter. Höhere gesellschaftliche Teil-

- haben nach eineinhalb Jahren in Deutschland. In: *Bevölkerungsforschung Aktuell* 6/2023: 3-16. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. https://www.bib.bund.de/Publikation/2023/pdf/Lebenssituation-ukrainischer-Gefluechteter.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (09.07.2024).
- [Ezra] Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen, 2024: Jahresstatistik 2023. Unabhängiges Monitoring zu rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen. <https://ezra.de/jahresstatistik2023/> (11.07.2024).
- Fachkommission Integrationsfähigkeit, 2020: Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit. <https://www.fachkommission-integrationsfaehigkeit.de/resource/blob/1786706/1880170/917bc43f62136ed26e-cef8125a4c9cdf/bericht-de-artikel-data.pdf?download=1> (04.06.2024).
- Flüchtlingsrat Thüringen, 2020: Gewaltschutz in Sammelunterkünften. <https://www.fluechtlingsrat-thr.de/themen/gewaltschutz> (11.07.2024).
- Frydryszek, H. / Merten, R., 2024: Wie tickt Thüringen? Lebenszufriedenheit im Freistaat vor dem Superwahljahr. Friedrich-Ebert-Stiftung. Landesbüro Thüringen.
- Führer, A., 2023: Determinanten der Gesundheit und medizinischen Versorgung von Asylsuchenden in Deutschland. In: *Bundesgesundheitsblatt* 66: 1083-1091. <https://doi.org/10.1007/s00103-023-03762-9> (10.07.2024).
- Gensicke, T., 2020: Kompaktbericht zur Studie: Ehrenamtliches Engagement im ländlichen Raum Ostdeutschlands 2020 am Beispiel Thüringens. Erfurt: Gensicke Sozialforschung München im Auftrag der Thüringer Ehrenamtsstiftung.
- Graf, J., 2023: Freizügigkeitsmonitoring: Migration von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland. Jahresbericht 2022. BAMF. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/BerichtsreihenMigrationIntegration/Freizuegigkeitsmonitoring/freizuegigkeitsmonitoring-jahresbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=7 (01.08.2024).
- Graf, J., 2024: Freizügigkeitsmonitoring: Migration von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland. Jahresbericht 2023. BAMF. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/BerichtsreihenMigrationIntegration/Freizuegigkeitsmonitoring/freizuegigkeitsmonitoring-jahresbericht-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (01.08.2024).
- Hameister, N. / Kelle, N. / Kausmann, C. / Karnick, N. / Arriagada, C. / Simonson, J., 2023: Monitoring Civil Society. The German Survey on Volunteering 1999-2019. In: *Soziale Welt*, 74(2): 294-314.

- Haslam, S. / Jetten, J. / Cruwys, T. / Dingle, G. / Haslam, C., 2020: *The New Psychology of Health: Unlocking the Social Cure*. London: Routledge.
- Häußermann, H. / Siebel, W., 2000: Wohnverhältnisse und Ungleichheit. S. 120-140 in: Harth, A. / Scheller, G. / Tessin, W. (Hrsg.), *Stadt und soziale Ungleichheit*. Wiesbaden: Springer VS.
- Heining, J. / Jahn, D. / Körner, K. / Rossen, A. / Teichert, C. / Weyh, A., 2023: Regionale Arbeitsmarktprognosen 2023/2024: Angespannte wirtschaftliche Lage trifft die regionalen Arbeitsmärkte unterschiedlich. IAB-Kurzbericht. Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, 20/2023. <https://doku.iab.de/kurzber/2023/kb2023-20.pdf> (11.07.2024).
- Hoesch, K., 2018: *Migration und Integration. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Holm, A. / Regnault, V. / Sprengholz, M. / Stephan, M., 2021: Die Verfestigung sozialer Wohnversorgungsprobleme: Entwicklung der Wohnverhältnisse und der sozialen Wohnversorgung von 2006 bis 2018 in 77 deutschen Großstädten. Working Paper Forschungsförderung. Nummer 217, Juni 2021. Hans-Böckler-Stiftung. https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008039 (12.07.2024).
- Hövener, C. / Fiack, S., 2023: Intersektional und komplex: Aktuelle Forschung und Praxis im Bereich Migration, Flucht und Gesundheit. Welche Aspekte sollten berücksichtigt werden? In: *Bundesgesundheitsblatt* 66: 1069-1070. <https://doi.org/10.1007/s00103-023-03766-5> (09.07.2024).
- Huebener, M. / Schmitz, S. / Spieß, K. / Binger, L., 2023: Frühe Ungleichheiten. Zugang zu Kindertagesbetreuung aus bildungs- und gleichstellungspolitischer Perspektive. FES diskurs. November 2023. Friedrich-Ebert-Stiftung. https://www.researchgate.net/profile/Mathias-Huebener/publication/375868225_Fruhe_Ungleichheiten_Zugang_zu_Kindertagesbetreuung_aus_bildungs-_und_gleichstellungspolitisch_Perspektive/links/65607d1d3fa26f66f423241c/Fruhe-Ungleichheiten-Zugang-zu-Kindertagesbetreuung-aus-bildungs-und-gleichstellungspolitisch-Perspektive.pdf (16.07.2024).
- Hummrich, M., 2017: Soziale Ungleichheit, Migration und Bildung. In: Baader, M., Freytag, T. (Hrsg.): *Bildung und Ungleichheit in Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS.
- [IAB] Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, 2023: Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland: Ergebnisse der ersten Welle der IAB-BiB/FReDA-BAMFSOEP Befragung. IAB Forschungsbericht No. 2/2023. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/270305/1/fb2302.pdf> (16.07.2024).
- [IAB] Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, 2024: Arbeitsmarktintegration ukrainischer Geflüchteter: Eine internationale Perspektive. IAB-Forschungsbericht 16/2024. <https://doku.iab.de/forschungsbericht/2024/fb1624.pdf> (19.07.2024).

- Integrationsministerkonferenz, 2024: Das Konzept des Migrationshintergrundes bzw. der Migrationsgeschichte. <https://www.integrationsmonitoring-laender.de/zielsetzung-und-konzeption-das-konzept-des-migrationshintergrundes-bzw-der-migrationsgeschichte.html> (04.06.2024).
- Integrationsmonitoring der Länder, 2023: Bericht 2023. Berichtsjahre 2019-2021 und Bund-Länder-Integrationsbarometer 2022. Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/ Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK). <https://www.integrationsmonitoring-laender.de/startseite-berichte.html> (15.06.2024).
- Infratest dimap, 2024: ThüringenTREND Juni 2024. Repräsentative Studie im Auftrag des MDR. <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/thueringen/laendertrend/2024/juni/> (12.07.2024).
- IQ Fachstelle Einwanderung, 2018: Verschiedene Statistiken, verschiedene Probleme. Wanderungen Deutschland. Erfassungsformen, methodische Umstellungen und „blinde Flecken“. Minor. https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2018/11/Minor_FE_Verschiedene-Statistiken-%E2%80%93-verschiedene-Probleme_2018.pdf (13.06.2024).
- IQ Fachstelle Einwanderung, 2021: Lebenslagen in Krisenzeiten. Neuzugewanderte in Deutschland in der Corona-Krise. Ergebnisse einer Online-Unfrage. Working Paper 1/2021. Minor. https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2021/02/Minor_FE_WP-Lebenslagen-Krisenzeiten_2021-2.pdf (03.07.2024).
- Klug, P. / Amsbeck, H. / Loos, R. / Weber, J., 2024: Bevölkerungsvorausberechnung 2040 im Wegweiser Kommune: Länderbericht Thüringen. Bertelsmann-Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/Bevoelkerungsvorausberechnung_2040/Laenderbericht-Thueringen.pdf (14.06.2024).
- Knoll, S., 2020: Sprachkenntnisse und Arbeitsmarktpartizipation Geflüchteter in Deutschland. In: ifo Dresden berichtet 27, Nr. 2.: 10-13. <https://www.ifo.de/publikationen/2020/aufsatz-zeitschrift/sprachkenntnisse-und-arbeitsmarktpartizipation-gefluechteter> (28.06.2024).
- Knoll, J. / Ünsel, G., 2021: EU-Zugewanderte in Berlin und die Corona-Pandemie (III). Minor. https://minor-kontor.de/wp-content/uploads/2021/10/Minor_EB_EU-Zugewanderte-in-Berlin-und-die-Corona-Pandemie-III_2021.pdf (01.08.2024).
- Kosyakova, Y. / Brücker, H., 2024: Zur Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten aus der Ukraine: Eine Simulationsstudie. IAB-Forschungsbericht 09/2024. Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB). <https://doku.iab.de/forschungsbericht/2024/fb0924.pdf>
- Kroher, M. / Beuß, M. / Isleib, S. / Becker, K. / Ehrhardt, M.-C. / Gerdes, F. / Koopmann, J. / Schommer, T. / Schwabe, U. / Steinkühler, J. / Völk, D. / Peter, F. / Buchholz, S., 2023: Die Studierendenbefragung in Deutschland. 22. Sozialerhebung. DZHW. Bundesministerium für Bildung und

- Forschung (BMBF). https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/4/31790_22_Sozialerhebung_2021.pdf?__blob=publicationFile&v=9 (12.07.2024).
- Kühn, B. / Ziegler, F., 2024: Weiter am Limit. Zur Lage der Kommunen bei der Aufnahme Geflüchteter. Expertise Mai 2024. Mediendienst Integration. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Kuehn_Ziegler_Umfrage_Kommunen_Mai_2024.pdf (15.07.2024).
- Lampert, T. / Schmidtke, C. / Borgmann, L.-S. / Poethko-Müller, C. / Kuntz, B., 2018: Subjektive Gesundheit bei Erwachsenen in Deutschland. Journal of Health Monitoring 3(2). Robert-Koch-Institut. https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/Factsheets/JoHM_02_2018_Subjektive_Gesundheit_Erwachsene.pdf?__blob=publicationFile (11.07.2024).
- Leclerque, C. / Fritzsche, B., 2024: Entwicklung und Struktur der Beschäftigung von Ausländer*innen in Thüringen. IAB-Regional. IAB Sachsen-Anhalt-Thüringen 2/2024. Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB). https://doku.iab.de/regional/SAT/2024/regional_sat_0224.pdf (05.06.2024).
- Liebig, S. / Neßler, M. / Hanhörster, H. / Zimmer-Hegmann, R., 2022: Migration und Wohnen – Ein kritischer Blick auf den Wohnungsmarkt. ILS-TRENDS 3/22. Dortmund. https://www.ils-forschung.de/files_publicationen/pdfs/ils-trends-3-22.pdf (28.06.2024).
- Liu, S. / Heinz, A. / Haucke, M.N. / Heinzl, S., 2021: Globale Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen. In: Nervenarzt Volume 92: 556-561. <https://doi.org/10.1007/s00115-021-01068-2> (28.06.2024).
- Loschert, F. / Komitowski, D., 2024: Auf Wiedersehen? Analyse der Daten- und Forschungslage zu Ab- und Rückwanderungsprozessen von zugewanderten aus/nach Deutschland. FES diskurs. Minor Wissenschaft Gesellschaft im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. In Veröffentlichung.
- Maddox, A., 2024: Institutionenvertrauen Geflüchteter in Deutschland. BAMF- Kurzanalyse 02|2024. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse2-2024-iab-bamf-soep-institutionsvertrauen.pdf?__blob=publicationFile&v=7 (21.06.2024).
- MDR, 2022: Ausbildungen starten in Thüringen – viele Stellen bleiben leer. 02.08.2022. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ausbildung-fachkraefte-azubi-krise-102.html> (11.07.2024).
- MDR, 2024: Wieso wird die Thüringer AfD vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft? 14.03.2024. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/afd-rechtsextremistisch-einstufung-verfassungsschutz-100.html> (12.07.2024).

- Mediendienst Integration, 2019: Welche Migration gab es in der DDR? 08.11.2019. <https://mediendienst-integration.de/artikel/welche-migration-gab-es-in-der-ddr.html> (14.06.2024).
- Mediendienst Integration, 2024: Mehr als 200.000 offene Einbürgerungsanträge. 21.06.2024. <https://mediendienst-integration.de/artikel/mehr-als-200000-offene-einbuengerungsantraege.html> (09.07.2024).
- Metzing, M. / Schacht, D. / Scherz, A., 2020: Psychische und körperliche Gesundheit von Geflüchteten im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen. In: DIW Wochenbericht 5/2020: 63-72. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.703996.de/20-5-1.pdf (28.06.2024).
- OECD, 2024: Stand der Integration von Eingewanderten – Deutschland. https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/topics/policy-issues/migration/Immigrant%20Integration%20Germany_de.pdf (18.07.2024).
- Oltmer, J., 2020: Die DDR – eine Migrationsgesellschaft? Migrationspolitik und -praxis in der DDR. In: Politik & Kultur 6/2021: 10. <https://www.kulturrat.de/publikationen/zeitung-pk/ausgabe-nr-062021/> (14.06.2021).
- Oltmer, J. / Hanewinkel, V., 2021: Geschichte der Migration nach und aus Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/laenderprofile/deutschland/341068/geschichte-der-migration-nach-und-aus-deutschland/#footnote-target-3> (14.06.2024).
- Palmowski, N., 2022: Corona-Effekte bei Statistiken zu Strafsachen. Statistisches Bundesamt: WISTA. https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2022/04/corona-effekte-statistiken-zu-straftsachen-042022.pdf?__blob=publicationFile (11.07.2024).
- Pfeffer-Hoffmann, C. (Hrsg.) / Behrendt, M. / Bloem, S. / Knoll, J., 2021: Auswirkungen der EU-Binnenmigration auf die Herkunftsländer Herausforderungen und Potenziale der innereuropäischen Wanderungsdynamiken. Minor. Berlin: Mensch & Buch.
- Pfeffer-Hoffmann, C. (Hrsg.) / Becker, P. / Hampel, A.-E. / Krause, E. L. / Spitaleri, L., 2022: Prekär durch die Krise. Einblicke in die Arbeitssituation von Eingewanderten in der Pandemie. Minor. Berlin: Mensch & Buch.
- Piechura, P., 2024: Alternativen zur Sammelunterkunft. Hybride Projekte und ihr Beitrag zum Wandel der Unterbringungslandschaft. S. 251-276 in: Werner, F. / Piechura, P. / Bormann, C. / Breckner, I. (Hrsg.): Flucht, Raum, Forschung. Einführung in raumsensible FluchtMigrationsforschung. Wiesbaden: Springer VS.
- Plümecke, T. / Supik, L. / Will, A.-K., 2021: Rassismus in der Pandemie. Unterschiedliche Sterberaten im Zusammenhang mit Covid-19. Medien-

- dienst Integration. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Daten/Expertise_Rassismus_Uebersterblichkeit_Covid_19_Will_Supik_Pluemecke_FINAL.pdf (11.07.2024).
- Poutrus, P., 2020: Ausländer in Ostdeutschland. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/314193/auslaender-in-ost-deutschland/> (14.06.2021).
- Pries, L., 2015: Teilhabe in der Migrationsgesellschaft: Zwischen Assimilation und Abschaffung des Integrationsbegriffs. In: IMIS-Beiträge 47/2015: 7-35. https://www.imis.uni-osnabrueck.de/fileadmin/4_Publicationen/PDFs/imis47.pdf (11.07.2024).
- Proskunina, U., 2023: Ukrainian Refugees in Altenburger Land: Research on integration conditions and intentions to stay. Wissenschaftstag Altenburger Land. <https://www.altenburgerland.de/media/full/15771/Wanderausstellung-Wissenschafts-Tag-Altenburger-Land.pdf> (21.06.2024).
- [RKI] Robert Koch-Institut, 2022: COVID-19-Impfquotenmonitoring in Deutschland als Einwanderungsgesellschaft (COVIMO-Fokuserhebung). Report 9. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Projekte_RKI/COVIMO_Reports/covimo_studie_bericht_9.pdf?__blob=publicationFile (11.07.2024).
- [RKI] Robert Koch-Institut, 2023: Gesundheit von Menschen mit ausgewählten Staatsangehörigkeiten in Deutschland: Ergebnisse der Studie GEDA Fokus. In: Journal of Health Monitoring 8(1): 7-35. https://edoc.rki.de/bitstream/handle/176904/10850/JHealthMonit_2023_01_Gesundheitliche_Lage_GEDA_Fokus.pdf?sequence=1&isAllowed=y (11.07.2024).
- [RKI] Robert Koch-Institut, 2024: Impfkalender (Standardimpfungen) für Säuglinge, Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Epidemiologisches Bulletin 4/2024. https://www.rki.de/DE/Content/Kommissionen/STIKO/Empfehlungen/Aktuelles/Impfkalender.pdf?__blob=publicationFile (09.07.2024).
- Rude, B., 2020: Geflüchtete Kinder und Covid-19: Corona als Brennglas vorhandener Problematiken. In: ifo Schnelldienst 73, Nr. 12: 46-57. <https://www.ifo.de/publikationen/2020/aufsatz-zeitschrift/gefluechtete-kinder-und-covid-19-corona-als-brennglas> (28.06.2024).
- Rutter, S., 2021: Soziale Ungleichheit im Bildungssystem. S. 1-66 in: Rutter, S. (Hrsg.): Sozioanalyse in der pädagogischen Arbeit. Bildung und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer VS.
- Rzepka, I. / Gebhardt, N. / Kindermann, D. / Stengel, A. / Zipfel, S. / Friederich, H. C. / Nikendei, C., 2023: Screening der psychischen Belastung von ukrainischen Geflüchteten in einem Ankunftszentrum in Baden-Württemberg. In: Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen. Volume 182: 32-37. <https://www.zefq-jour->

- nal.com/article/S1865-9217(23)00183-6/abstract(11.07.2024).Salheiser, A., 2023: Stellungnahme Thüringen. In: EFBI Policy Paper 2023-2: 40-41. https://efbi.de/files/efbi/pdfs/Policy%20Paper/2023_2_Policy%20Paper.pdf (11.07.2024).
- Sandu, D.; Toth, G.; Tudor, E., 2018: The Nexus of Motivation– Experience in the Migration Process of Young Romanians. In: Population, Space and Place 24: 1-16.
- Schammann, H./ Gluns, D., 2021: Migrationspolitik. Baden-Baden: Nomos.
- Scheible, J. A. / Schacht, D. / Trübswetter, P, 2016: Ankommen in Deutschland. In: Brücker, H. / Rother, N. / Schupp, J. (Hrsg): IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse, DIW Berlin: Politikberatung kompakt, Nr. 116.
- Schmidt, M. / Stein, J., 2021: Die Hochrechnung im Mikrozensus 2020. In: Statistisches Bundesamt. WISTA 6/2021: 54-66. https://www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2021/06/hochrechnung-mikrozensus-062021.pdf?__blob=publicationFile (16.07.2024).
- Schouler-Ocak, M. / Bering, R., 2017: Geflüchtete im Versorgungssystem. In: DNP 18: 20-27. <https://doi.org/10.1007/s15202-017-1741-4> (16.07.2024).
- Sereda, V. / Havrysh, O. / Fischer, J. / Soliman, K, 2022: Aus der Ukraine nach Thüringen geflohen – Ergebnisse einer landesweiten Befragung. Erfurt: Institut für kommunale Planung und Entwicklung.
- Simonson, J. / Kelle, N. / Kausmann, C. / Clemens Tesch-Römer (Hrsg.), 2021: Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligen-survey 2019. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- Spitaleri, L., 2022: Der Migrant-Gender-Pay-Gap. Sind die Gehälter niedrig, trifft es alle. Minor. IQ Fachstelle Einwanderung. <https://minor-kontor.de/migrant-gender-pay-gap/> (06.06.2024).
- Spiritus-Beerden, E. / Verelst, A. / Devlieger, I. / Langer Primdahl, N. / Botelho Guedes, F. / Chiarenza, A. / De Maesschalck, S./ Durbeej, N./ Garrido, R./ Gaspar de Matos, M., 2021: Mental Health of Refugees and Migrants during the COVID-19 Pandemic: The Role of Experienced Discrimination and Daily Stressors. International Journal of International Research and Public Health 2021, 18, 6354. <https://doi.org/10.3390/ijerph18126354> (28.06.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2020: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2019, Fachserie 1, Reihe 2.2. https://www.statistischebibliothek.de/mir/servlets/MCRFileNodeServlet/DEHeft_derivate_00062789/2010220197004_korr24112020-4.pdf (11.07.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2022: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2021, Fachserie 1, Reihe 2. https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DEHeft_mods_00148958 (16.07.2024).

- Statistisches Bundesamt, 2023a: Statistischer Bericht – Integrierte Ausbildungsberichterstattung – 2022. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Schulen/Publicationen/Downloads-Schulen/statistischer-bericht-integrierte-ausbildungsberichterstattung-5211201227005.html> (11.07.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2023b: Statistik der Studierenden. Wintersemester 2022/2023. https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww.destatis.de%2FDE%2FThemen%2FGesellschaft-Umwelt%2FBildung-Forschung-Kultur%2FHochschulen%2FPublikationen%2FDownloads-Hochschulen%2Fstatistischer-bericht-studierende-hochschulen-endg-2110410237005.xlsx%3F__blob%3Dpublication-File&wdOrigin=BROUSELINK (17.07.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2023c: Ausländische Bevölkerung 2022. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publicationen/Downloads-Migration/statistischer-bericht-auslaend-bevoelkerung-2010200227005.html> (13.06.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2023d: Promovierendenstatistik 2022. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publicationen/Downloads-Hochschulen/statistischer-bericht-promovierende-5213501227005.html> (10.07.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2023e: Statistischer Bericht - Integrierte Ausbildungsberichterstattung - 2022. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Schulen/Publicationen/Downloads-Schulen/statistischer-bericht-integrierte-ausbildungsberichterstattung-5211201227005.html> (11.07.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2023f: Statistischer Bericht - Sterbefälle 2022. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/Publicationen/Downloads-Sterbefaelle/statistischer-bericht-sterbefaelle-5126105227005.html> (18.07.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024a: Migration und Integration. Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund und Bundesländern. Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund und Bundesländern. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/migrationshintergrund-laender.html> (04.06.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024b: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Staatsangehörigkeit in Thüringen 2023. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/_inhalt.html (04.06.2024).

- Statistisches Bundesamt, 2024c: Migration und Integration. Personen mit Migrationshintergrund. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Methoden/Erlauterungen/migrationshintergrund.html> (04.06.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024d: Migration und Integration. Einwanderungsgeschichte – Hintergrundpapier. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Methoden/Erlauterungen/einwanderungsgeschichte-hintergrundpapier.html> (04.06.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024e: Ausländer: Bundesländer, Stichtag, Geschlecht, Aufenthaltstitel/Ausgewählte Aufenthaltstitel, Ländergruppierungen/Staatsangehörigkeit. Tabelle 12521-0026. <https://www-genesis.destatis.de/> (09.07.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024f: Die Neuregelung des Mikrozensus ab 2020. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Methoden/mikrozensus-2020.html#529996> (13.06.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024g: Migration und Integration. Häufig gestellte Fragen. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/FAQ/faq-Liste.html#116624> (13.06.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024h: Schutzsuchende nach dem Ausländerzentralregister. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Methoden/Erlauterungen/schutzsuchende.html> (19.06.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024i: Statistischer Bericht. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2023. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/statistischer-bericht-auslaend-bevoelkerung-2010200237005.html> (16.07.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024j: Bevölkerung nach Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2023, Statistischer Bericht, EVAS-Nummer: 12211. https://www.statistischebibliothek.de/mir/receive/DESerie_mods_00007685 (09.07.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024k: Schutzsuchende: Bundesländer, Stichtag, Geschlecht/ Altersjahre/Familienstand, Ländergruppierungen/Staatsangehörigkeit. Tabelle: 12531-0021. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (08.07.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024l: Rohdatenausählung ausländische Bevölkerung. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/rohdaten-auslaendische-bevoelkerung-zeitreihe.html> (15.07.2024).

- Statistisches Bundesamt, 2024m: Amtliche Einwohnerzahl Deutschlands 2023. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/_inhalt.html (15.07.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024n: Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Geschlecht. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/liste-migrationshintergrund-geschlecht.html#116670> (15.07.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024o: Einbürgerungen von Ausländern: Deutschland, Jahre. Tabelle: 12511-0001. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (12.07.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024p: Ausländer: Deutschland, Stichtag, Geschlecht, Aufenthaltsdauer/Aufenthaltsdauer (Abgrenzung Einbürgerungen), Ländergruppierungen/Staatsangehörigkeit. Tabelle: 12521-0006. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (12.07.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024q: Bevölkerung: Bundesländer, Stichtag, Nationalität, Geschlecht, Altersjahre. Tabelle: 12411-0014-DLAND. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (12.07.2024).
- Statistisches Bundesamt, 2024r: Erwerbstätigkeit: Internationale Arbeitsorganisation (ILO)-Arbeitsmarktstatistik. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Methoden/Erlaeuterungen/erlaeterungen-arbeitsmarktstatistik-ilo.html> (16.07.2024).
- Stifterverband für die deutsche Wissenschaft e. V., 2022: Hochschulbildung in der Transformation. Hochschulbildungsreport 2020, Abschlussbericht. https://www.hochschulbildungsreport.de/sites/hsbr/files/hochschul-bildungs-report_abschlussbericht_2022.pdf (12.07.2024).
- Stobbe, M., 2020: Lebenszufriedenheit und subjektives Wohlbefinden. Berlin: Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/langewege-der-deutschen-einheit/47331/lebenszufriedenheit-und-subjektives-wohlbefinden/#node-content-title-1> (10.07.2020).
- [SVR] Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, 2010: Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer. <https://www.svrmigration.de/publikationen/jahresgutachten-2010-mit-integrationsbarometer/> (04.06.2024).
- [SVR] Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, 2018: Stabiles Klima in der Integrationsrepublik Deutschland. SVR-Integrationsbarometer 2018. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2018/09/SVR_Integrationsbarometer_2018.pdf (11.07.2024).
- [SVR] Sachverständigenrat für Integration und Migration, 2022a: SVR-Integrationsbarometer 2022. Methodenbericht. Dezember 2022. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2022/12/SVR_IB2022_Methodenbericht.pdf (13.06.2024).

- [SVR] Sachverständigenrat für Integration und Migration, 2022b: Integrationsklima 2022: Leicht verbessert mit einzelnen Eintrübungen. SVR-Integrationsbarometer 2022. SVR-Bericht 2022-1. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2022/12/SVR_Integrationsbarometer_2022_Barrierefrei.pdf (11.07.2024).
- [SZ] Süddeutsche Zeitung, 2024: Drei ostdeutsche Länder verlieren Tausende Beschäftigte. 26.04.2024. <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/arbeitsagentur-drei-ostdeutsche-laender-verlieren-tausende-beschaefigte-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-240426-99-815221> (05.06.2024).
- Tagesspiegel, 2024: Starker Anstieg rechter Gewalt: Zahl politisch motivierter Straftaten erreicht neuen Höchstwert. 21.05.2024. <https://www.tagesspiegel.de/politik/starker-anstieg-rechter-gewalt-zahl-politisch-motivierter-straftaten-erreicht-neuen-hochstwert-11690471.html> (11.07.2024).
- [Thüringen Monitor] Schmitt, Karl, Best, Heinrich, & Reiser, Marion, 2023. Thüringen-Monitor 2000-2022. ZA6345 Datenfile Version 7.0.0. GESIS. https://search.gesis.org/research_data/ZA6345?doi=10.4232/1.14191 (16.07.2024).
- [Thüringen Monitor] Reiser, M. / Küppers, A. / Brandy, V. / Hebenstreit, J. / Vogel, L., 2024: Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel: Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2023. Friedrich-Schiller-Universität Jena. https://thueringen.de/fileadmin/user_upload/TM2023_PraesentationFINANL_16042024.pdf (11.07.2024).
- Tillmann, J. / Weckbecker, K. / Wiesheu, P. / Bleckwenn, M. / Deutsch, T. / Münster, E., 2023: Hausärztliche Versorgung ukrainischer Geflüchteter, Evaluation von Herausforderungen und Informationsbedarfen (RefUGe-Studie). In: Zeitschrift für Allgemeinmedizin 2023/ 99: 28-33. <https://doi.org/10.1007/s44266-022-00001-3> (28.06.2024).
- [TLS] Thüringer Landesamt für Statistik, 2019: Landtagswahl 2019 in Thüringen – endgültiges Ergebnis. <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2019&zeigeErg=Land> (12.07.2024).
- [TLS] Thüringer Landesamt für Statistik, 2023: Statistischer Bericht. Tageseinrichtungen für Kinder und öffentlich geförderte Kindertagespflege in Thüringen am 1.3.2021. https://statistik.thueringen.de/webshop/pdf/2021/10502_2021_00.pdf (05.08.2024).
- [TLS] Thüringer Landesamt für Statistik, 2024a: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung 2014*) bis 2035 nach ausgewählten Altersgruppen und Geschlecht in Thüringen. <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=lz000103> (04.06.2024).
- [TLS] Thüringer Landesamt für Statistik, 2024b: Wanderungssaldo 2023 in Thüringen um rund 62 Prozent zurückgegangen. Pressemitteilung

- 125/2024. 31.05.2024. https://statistik.thueringen.de/presse/2024/pr_125_24.pdf (20.06.2024).
- [TLS] Thüringer Landesamt für Statistik, 2024c: Bevölkerung, darunter Ausländer, nach Geschlecht und Kreisen in Thüringen. <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr000102> (09.07.2024).
- [TLS] Thüringer Landesamt für Statistik, 2024d: Planungsregionen in Thüringen. https://statistik.thueringen.de/datenbank/auflistung.asp?auswahl1=r_planungsregion (03.07.2024).
- [TLS] Thüringer Landesamt für Statistik, 2024e: Wanderungen und Bevölkerung in Thüringen 2022. <https://statistik.thueringen.de/webshop/webshop.asp?wargr=2&kat=1&ukat=3> (08.07.2024).
- [TLS] Thüringer Landesamt für Statistik, 2024f: Eingebürgerte Personen nach Geschlecht in Thüringen. <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=zr000110> (12.07.2024) (16.07.2024).
- [TLS] Thüringer Landesamt für Statistik, 2024g: Europawahl 2024 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=EW&wJahr=2024&zeigeErg=Land> (12.07.2024).
- [TLS] Thüringer Landesamt für Statistik, 2024h: Kommunalwahlen – Wahlergebnisse. https://wahlen.thueringen.de/kommunalwahlen/kw_wahlergebnisse.asp (16.07.2024).
- [TLS] Thüringer Landesamt für Statistik, 2024i: Studierende insgesamt im Wintersemester nach Hochschularten, Hochschulen und Fächergruppen in Thüringen. <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=nt001313&startpage=0&datcsv=&richtung=&sortiere=&vorspalte=0&SZDT=&anzahlH=-5&fontgr=12&mkro=&AnzeigeAuswahl=&XLS=&auswahlNr=&felder=0&felder=1&felder=2&felder=3&zeit=2022%7C%7Cws&anzahlZellen=372> (17.07.2024).
- [TLS] Thüringer Landesamt für Statistik, 2024j: Ausländische Bevölkerung in Thüringen. Ausgabe 2023. https://statistik.thueringen.de/webshop/pdf/2023/80111_2023_00.pdf (17.07.2024).
- [TMBJS] Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, 2023: Thüringer Lehrplan für die berufsbildende Schule. Schulform: Berufsschule. Berufsvorbereitungsjahr und Berufsvorbereitungsjahr Sprache. <https://www.schulportal-thueringen.de/media/detail?tspi=17573> (11.07.2024).
- [TMBJS] Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, 2024a: Schuljahresstatistik nach Statistischem Informationssystem Bildung. <https://www.schulstatistik-thueringen.de/html/themen/schueler/migrationshintergrund-thueringen.html> (10.07.2024).
- [TMBJS] Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, 2024b: Thüringen – internationale Schulpartnerschaften. Schuljahr 2023/2024. Statistisches Informationssystem Bildung. <https://www.schulstatistik->

- thueringen.de/?link=Themenverzeichnis%7E-SchuleFlie%C3%9Ftext%20Top%20L%C3%A4nder;%20Vergleich%20Bundesebene;%20Verbindung%20zu%20Wanderungskapitel;%20Bildung%20(internationale%20Hochschulbildung) (11.07.2024).
- [TMBJS] Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, 2024c: Fremdsprachenunterricht in Thüringen. Statistisches Informationssystem Bildung. <https://www.schulstatistik-thueringen.de/html/themen/schueler/fremdsprachenunterricht-thueringen.html> (11.07.2024).
- [TMIL], Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, 2023: Demografiebericht 2023. Teil 1: Bevölkerungsentwicklung des Freistaats Thüringen und seiner Regionen. https://www.serviceagentur-demografie.de/media/user_upload/Demografiebericht_2023_Teil_1_final.pdf (18.07.2024).
- [TMMJV] Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, 2017: Das Thüringer Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander!. https://bimf.thuerin-gen.de/media/tmmjv_migrationsbeauftragte/th10/bimf/Beauftragte/Publikationen/Dateien_Publikationen/Thueringer_Integrationskonzept.pdf (04.06.2024).
- [TMMJV] Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, 2024: Immer mehr Zugewanderte organisieren sich in Vereinen. 07.05.2024. <https://bimf.thueringen.de/beauftragte/medieninfo/detailseite/15-2024> (15.07.2024).
- Tonassi, T. / Wittlif, A., 2021: Auf Empfang gestellt? Aktuelle Befunde zur Mediennutzung und zum Medienvertrauen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. SVR-Policy Brief 2021-2, Berlin. https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/01/SVR_Policy-Brief_Medien-8.pdf (14.06.2024).
- [VHS] Volkshochschule Thüringen 2024: Landesprogramm Start Deutsch. <https://www.vhs-th.de/start-deutsch> (08.07.2024).
- Weins, Cornelia 2011: Gruppenbedrohung oder Kontakt? Ausländeranteile, Arbeitslosigkeit und Vorurteile in Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 63(3): 481-499.
- Weltoffenes Thüringen, 2024: Unterzeichner*innen. <https://thueringen-weltoffen.de/> (16.07.2024).
- Winke, T., 2016: Menschen mit Migrationshintergrund zahlen elf Euro mehr Miete pro Monat. DIW Wochenbericht Nr. 47. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.547530.de/16-47-3.pdf (12.07.2024).
- Wöhlbier, M. / Leisenheimer, M. / Fröhlich Zapata, A. M., 2023: Demokratieförderung im Thüringer Übergangsbereich. Länder-Dossier. Fach-

- stelle Demokratieförderung im Übergangssystem, Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung. <https://minor-kontor.de/demokratieforderung-im-uebergangssystem/> (16.07.2024).
- Wüst, A. / Bergmann, H., 2024: Repräsentation von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in deutschen Parlamenten. Mediendienst Integration. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MDI_Expertise_Politische_Repraesentation_2024.pdf (08.08.2024).
- Wydra, G., 2023: Was ist Gesundheit? Mehrdimensionale Betrachtungen zu einem komplexen Thema. B&G Bewegungstherapie und Gesundheitssport 39(01): 4-10.
- Zick, A. 2023: Sozialpsychologische Diskriminierungsforschung. S. 1-26. In: Scherr, A. / Reinhardt, A.C. / El-Mafaalani, A. (Hrsg.), Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden: Springer VS.
- Zick, A. / Küpper, B. / Mokros, N., 2023: Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Mitte Studie. Friedrich-Ebert-Stiftung. <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd> (28.06.2024).

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1: Gruppierungen nach Geburtsländern	27
Tabelle 3.1: Ausländische Bevölkerung in Thüringen und Deutschland zum 31.12.2023 nach Aufenthaltsstatus	44
Tabelle 3.2: Schutzsuchende in Thüringen insgesamt und aus der Ukraine nach Jahr, Geschlecht und Alter	46
Tabelle 3.3: Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Thüringen und Deutschland 2023 nach ausgewählten Merkmalen	47
Tabelle 3.4: Wanderungsbewegungen in Thüringen über die Bundeslandgrenzen 2023	52
Tabelle 4.1: Zustimmungswerte für ausgewählte Aussagen	94
Tabelle 4.2: Einbürgerungsquote in Thüringen und Deutschland nach Jahr	205

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3.1: Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen und Gesamtdeutschland nach Geburtsländern (bzw. Geburtsland der Eltern) im Jahr 2023	37
Abbildung 3.2: Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen 2023 nach Geburtsland (bzw. Geburtsland der Eltern) gruppiert	38
Abbildung 3.3: Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Thüringen nach Geburtsland (bzw. Geburtsland der Eltern) gruppiert	40
Abbildung 3.4: Asylersanträge in Thüringen im Zeitverlauf	41
Abbildung 3.5: Anteil an Ausländerinnen und Ausländern nach Landkreis 2023	49
Abbildung 3.6: Wanderungssalden für Thüringen 2023 nach Nationalität und Altersgruppen	53

Abbildung 3.7: Wanderungssalden für Wanderungen zwischen Thüringen und dem Ausland nach Herkunfts- bzw. Zielregionen – Jahresverlauf	56
Abbildung 3.8: Wanderungssalden für Thüringen nach Bundesländern (Durchschnitt 2018-2023)	57
Abbildung 3.9: Wanderungssalden für Wanderungen zwischen Thüringen und den anderen Bundesländern nach Nationalität	59
Abbildung 3.10: Durchschnittliche Wanderungssalden für Thüringen bezogen auf die anderen Bundesländer 2018-2023 nach Altersgruppen	60
Abbildung 4.1: Charta der Vielfalt: Zahl der unterzeichnenden Unternehmen und Organisationen nach Typ und Region	69
Abbildung 4.2: Landtagsabgeordnete nach Migrationsgeschichte 2021	72
Abbildung 4.3: Integrationsklima-Index (IKI) für Thüringen nach Jahren und Migrationsstatus	74
Abbildung 4.4: Integrationsklima-Index (IKI) für Thüringen im Vergleich zu west- und ostdeutschen Bundesländern nach Migrationsstatus 2022	76
Abbildung 4.5 Integrationsklima-Index (IKI) in verschiedenen Lebensbereichen	77
Abbildung 4.6: Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund im Freundes- und Bekanntenkreis im Jahr 2022 nach Bundesland	78
Abbildung 4.7: Vertrauen in politische Institutionen nach Migrationsstatus in Thüringen 2022	80
Abbildung 4.8: Vertrauen in Justiz und Polizei nach Migrationsstatus in Thüringen 2022	81
Abbildung 4.9: Vertrauen in das Gesundheitssystem und das öffentliche Schulwesen nach Migrationsstatus in Thüringen 2022	82
Abbildung 4.10: Fallzahlen fremdenfeindlicher Straftaten und davon politisch rechts motivierte Kriminalität in Thüringen, 2019-2023	87
Abbildung 4.11: Anteil ausländischer Opfer nach Herkunftsgruppen und absolute Zahlen der Opfer versuchter und vollendeter Straftaten nach Straftatenschlüsseln in Thüringen, 2019-2023	90
Abbildung 4.12: Einstellungen zu bestimmten Bevölkerungsgruppen in Thüringen	92
Abbildung 4.13: Manifeste und latente Zustimmung zur Aussage „Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“ nach Bundesländern (in %) im Jahr 2022	95

Abbildung 4.14: Erfahrungen von Personen mit Migrationshintergrund, in den vergangenen fünf Jahren aufgrund ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein in Thüringen im Jahr 2022	96
Abbildung 4.15: Häufigkeit der Benachteiligung aufgrund von Herkunft (Durchschnitt 2016-2021)	97
Abbildung 4.16: Anzahl der im Jahr 2022 in Thüringen begonnenen Integrationskurse des BAMF und Sprachkurse des Landesprogramms „Start Deutsch“ nach Landkreisen und kreisfreien Städten	103
Abbildung 4.17: Integrationskurseintritte und -austritte nach Jahr in Thüringen. Integrationskursgeschäftsstatistik	104
Abbildung 4.18: Anteil der Integrationskursteilnehmenden nach Kursarten und Jahr in Thüringen 2018-2022	105
Abbildung 4.19 Kurseintritte in Berufssprachkurse nach Altersgruppen und Jahr in Thüringen	107
Abbildung 4.20: Kurseintritte in Berufssprachkurse nach Geschlecht und Jahr in Thüringen	108
Abbildung 4.21: Kurseintritte in Berufssprachkurse nach Sprachniveau und Jahr in Thüringen	109
Abbildung 4.22: Kurseintritte in Berufssprachkurse nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und Jahr in Thüringen	110
Abbildung 4.23: Teilnehmende an Deutschkursen im Rahmen des Landesprogramms „Start Deutsch“ in Thüringen 2023 nach Herkunftsländern	111
Abbildung 4.24: Teilnehmende an Deutschkursen im Rahmen des Landesprogramms „Start Deutsch“ in Thüringen 2023 nach Geschlecht und Alter	112
Abbildung 4.25: Anteil der Teilnehmenden an Deutschkursen im Rahmen des Landesprogramms „Start Deutsch“ in Thüringen 2023 nach Niveaustufe des Kurses und Zahl der absolvierten Schuljahre im Herkunftsland	114
Abbildung 4.26 Prüfungsergebnisse des Landesprogramms „Start Deutsch“ nach Niveaustufe der vorgesehenen Prüfung 2019-2023	115
Abbildung 4.27: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund i. w. S. nach gesprochener Sprache in Privathaushalten in Thüringen 2023	117
Abbildung 4.28: Einschätzung der eigenen Deutschkenntnisse bei Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund in Thüringen	118

Abbildung 4.29: Bewertung der Teilnahme an einem Sprachkurs als hilfreich im Jahr 2021	120
Abbildung 4.30: Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund nach ausgewählten Schularten in Thüringen (Schuljahr 2015/2016 bis Schuljahr 2023/2024)	129
Abbildung 4.31: Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund nach weiteren Schularten in Thüringen (Schuljahr 2015/2016 bis Schuljahr 2023/2024)	130
Abbildung 4.32: Teilnehmende am Berufsvorbereitungsjahr Sprache nach Herkunftsgruppen in Thüringen, 2019-2023	133
Abbildung 4.33: Anteil ausländischer und deutscher Auszubildenden in der dualen Berufsausbildung in Thüringen und Deutschland nach Jahr	134
Abbildung 4.34: Auszubildende ohne deutschen Pass in der dualen Berufsausbildung in Thüringen und Deutschland nach Geschlecht und Jahr	135
Abbildung 4.35: Ausländische und deutsche Auszubildende in der dualen Berufsausbildung nach Ausbildungsbereichen in Thüringen im Jahr 2021	136
Abbildung 4.36: Höchster allgemeinbildender Schulabschluss (ab 18 Jahren) nach Migrationshintergrund, Geburtsort und Jahr in Thüringen	140
Abbildung 4.37: Allgemeine Schulabschlüsse von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Thüringen nach Herkunftsgruppen im Jahr 2023	142
Abbildung 4.38: Weiterführende Schulabschlüsse von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Thüringen nach Herkunftsgruppen im Jahr 2023	144
Abbildung 4.39: Bildungsstand der Eltern von Studierenden im Jahr 2021 in Thüringen und bundesweit nach Migrationshintergrund (in %)	145
Abbildung 4.40: Monatliche Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen in Thüringen in %, April 2019 - April 2024	151
Abbildung 4.41: Anzahl der ausländischen Beschäftigten und Arbeitslosen in Thüringen nach Monat, Januar 2019-Februar 2024	152
Abbildung 4.42: Arbeitslosenquote bezogen auf die eingeschränkte Bezugsgröße nach Staatsangehörigkeit und Thüringer Planungsregionen Januar 2019 bis November 2023	153

Abbildung 4.43: Monatliches Bruttoeinkommen: Median und mittlere 60 % von Ausländerinnen und Ausländern, Deutschen und Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern, 2018-2022	155
Abbildung 4.44: Monatliches Bruttoeinkommen: Median und mittlere 60 % ausgewählter Gruppen nach Staatsangehörigkeit zum 31.12.2022	156
Abbildung 4.45: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Thüringen nach Geschlecht, Anforderungsniveau und Nationalität im Jahr 2022	158
Abbildung 4.46: Medianentgelt in Thüringen nach Geschlecht, Anforderungsniveau und Nationalität im Jahr 2022	160
Abbildung 4.47: Medianentgelt in Thüringen nach Geschlecht und Anforderungsniveau für Fachkräfte im Jahr 2022	161
Abbildung 4.48: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen und Staatsbürgerschaft	162
Abbildung 4.49: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Thüringen nach Wirtschaftszweigen und Staatsangehörigkeit 2023	163
Abbildung 4.50: Erwerbstätige (ILO-Konzept) in Thüringen nach Herkunftsgruppen und Jahr	165
Abbildung 4.51: Erwerbstätige (ILO-Konzept) in Thüringen nach Migrationshintergrund und Geschlecht	166
Abbildung 4.52: Selbstständige in Deutschland nach Migrationshintergrund, Geschlecht und Jahr	167
Abbildung 4.53: Selbstständige in Thüringen nach Migrationshintergrund, Geschlecht und Jahr	168
Abbildung 4.54: Impfquoten von Thüringer Kindern nach Migrationsstatus (Einschulungsuntersuchung 2022)	175
Abbildung 4.55: Anteil der Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen der U-Reihe nach Migrationsstatus durch Kinder in Thüringen (Einschulungsuntersuchung 2022)	177
Abbildung 4.56: Beurteilung des Körpergewichts auf der Grundlage des Body-Mass-Index (BMI) von Kindern in Thüringen, (Einschulungsuntersuchung 2022)	179
Abbildung 4.57: Anteil der Sterbefälle in Thüringen in ausgewählten Altersklassen nach Staatsangehörigkeit im Jahr 2023	180
Abbildung 4.58: Anzahl der Sterbefälle von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit in Thüringen in ausgewählten Altersklassen nach Jahr	181

Abbildung 4.59: Einschätzung des eigenen Gesundheitszustands in Thüringen nach Herkunftsländern	184
Abbildung 4.60: Einschätzung der gegenwärtigen Lebenszufriedenheit in Thüringen nach Herkunftsländern	185
Abbildung 4.61: Einschätzung der Häufigkeit der eigenen psychischen Belastungen	187
Abbildung 4.62: Einschätzung der Häufigkeit der eigenen Einsamkeit in Thüringen	189
Abbildung 4.63: Wohnfläche in Quadratmeter pro Person in Thüringen	196
Abbildung 4.64: Höhe der monatlichen Miete pro Quadratmeter in Thüringen	199
Abbildung 4.65: Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation in Thüringen	201
Abbildung 4.66: Anteil der deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund in Thüringen nach Herkunftsregionen	206
Abbildung 4.67: Anteil der deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund in Thüringen nach Geschlecht	208
Abbildung 4.68: Monatliches Nettoeinkommen (aus Erwerbstätigkeit und Transferleistungen) 2021 und 2023 nach Herkunftsgruppen in Thüringen	210
Abbildung 4.69: Monatliches Nettoeinkommen (aus Erwerbstätigkeit und Transferleistungen) 2021 und 2023 nach Migrationshintergrund und Geschlecht in Thüringen	211
Abbildung 4.70: Öffentliche gemeinschaftliche Aktivitäten 2019 nach Migrationshintergrund und Region	213
Abbildung 4.71: Freiwilliges Engagement 2019 nach Migrationshintergrund und Region	214
Abbildung 4.72: Mitgliedschaft in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation 2019 nach Migrationshintergrund und Regionen	216
Abbildung 4.73: Anteil der Befragten mit Migrationshintergrund, die sich politisch in Deutschland engagieren nach Bundesland im Jahr 2022	217
Abbildung 4.74: Gefühl der Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft 2019 nach Migrationshintergrund und Regionen	219
Abbildung 4.75: Zustimmung zur Aussage „Insgesamt fühle ich mich der Stadt, in der ich lebe, zugehörig“ nach Migrationshintergrund im Jahr 2022	220
Abbildung 4.76: Täglich oder mehrmals pro Woche Kontakt zu Deutschen im Freundeskreis 2020 und 2021 nach Regionen	222

Abbildung 4.77: Kontakt zu Menschen ohne Migrationshintergrund im Freundes- und Bekanntenkreis im Jahr 2022 nach Bundesland	223
Abbildung 4.78: Nutzungshäufigkeit sozialer Medien in Thüringen nach Migrationsstatus im Jahr 2022	225
Abbildung 4.79: Zufriedenheit mit der eigenen Lebenslage insgesamt nach Migrationsstatus im Jahr 2022 in Thüringen	227
Abbildung 4.80: Zufriedenheit mit der eigenen Lebenslage insgesamt, der Arbeit, der finanziellen Situation des Haushalts, der Freizeit und der persönlichen Beziehungen nach Migrationsstatus im Jahr 2022 in Thüringen	228

Impressum

Fortschreibung des Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsberichts 2024

Minor – Wissenschaft Gesellschaft mbH

Projektleitung:

Christian Pfeffer-Hoffmann

Projektteam:

Anna-Elisabeth Hampel (Projektkoordination)

Hannah Arnu

Bianca Dülken

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Herausgebers unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



wissenschaft
gesellschaft

<https://minor-wissenschaft.de>

Die Fortschreibung des Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsberichts erfolgt im Auftrag der Thüringer Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge.

Satz und Gestaltung:

Werbeagentur Kleine Arche GmbH, Erfurt

Stand: Erfurt, August 2024

gedruckt auf Recyclingpapier aus 100 % Altpapier